Juristische Wochenschrift

Organ der Reichsgruppe Rechtsanwälte des NS. Rechtswahrer-Bundes Herausgegeben von dem Reichsgruppenwalter Rechtsanwälte Dr. H. Droege

Die neue Anleihestockregelung

Bon Affeffor Sans. Rahlert, Berlin

	Abersicht	Seite
I.	Stand der Unleihestodgefetgebung	3273
II.	Die Borichriften bes Underungsgesetes .	3275
III.	Rapitalerhöhungen	3275
IV.	Die Auflösung und Berteilung bes An- leihestods	3276
V.	Ermittlung bes Rapitals als Basis ber Gewinnausschüttung	3279
VI.	Sonftige Boridriften	3280

Die Reichsregierung hat kürzlich die Anleihestockgesetzgebung um wichtige gesetliche Bestimmungen erweitert und somit der Wirtschaft die schon lange erwartete und unter mannigfaltigen Vermutungen häusig erörterte Aufklärung über die Ziele der Staatssührung und der ihnen dienenden Regeslung für diesen so außerordentlich verwickelten und empfindslichen Fragenkreis des Wirtschaftslebens gebracht. Die Darsstellung und Erläuterung der durch die erlassenen Vorschriften geschaftenen Rechtslage soll der Gegenstand der nachstehenden Ausführungen sein.

I. Stand der Anleihestodgefetgebung

1. überficht

Die gesetzliche Regelung des Anleihestocks ist in folgenden Gesehen und Verordnungen enthalten, die in den nachstehens den Ausführungen mit den im Klammerzusatz enthaltenen Abstürzungen bezeichnet werden:

a) Geset über die Gewinnverteilung bei Kapitalgesellschaften (Anleihestockgeset) v. 4. Dez. 1934 — RGBl. I, 1222 — (AnlStG.),

b) Geset zur Anderung des Anleihestockgesetzes v. 9. Dez. 1937 — RGBI. I, 1340 — (AnlStändG.),

c) Erste Verordnung zur Durchführung und Ergänzung bes Anleihestockgesetzes v. 27. Febr. 1935 — RGBl. I, 316 — (I. AnlStDBD.),

d) Zweite Vervrdnung zur Durchführung und Ergänzung bes Anleihestockgesetes v. 18. April 1935 — RGBl. I, 558 — (II. AnlStDBD.),

e) Verordnung zur Einführung des Kapitalanlagegesetze und des Anleihestockgesetzes im Saarland v. 17. Juli 1935 — RGBl. I, 1029 — (AnlStSaargDVD.),

f) Dritte Verorbnung zur Durchführung und Ergänzung bes Anleihestockgesches v. 9. Dez. 1937 — KGBl. I, 1341 — (III. AnlStDVD.).

Das diesen Gesehen und Verordnungen vorangegangene Gesch über die Visbung eines Anleihestocks bei Kapitalgesellschaften (Kapitalanlagegeseh) v. 29. März 1934 (NGBl. I, 295 ff.) ist in der obigen Aufzählung nicht mehr enthalten, da es heute keine praktische Vedeutung mehr hat, obwohl es durch die

nachfolgende Anleihestockgesetzgebung formell nicht außer Kraft gesetzt, sondern auf Gesellschaften, deren Gesellschaftskapital 100000 RM nicht übersteigt, beschränkt worden ist (Art. 4 II. AnlStDBD.). Es ist mit dem 11. Dez. 1934 ausgesausen, wie sich aus der zeitlichen Beschränkung des § 11 Sat 2 AnlStG. ergibt.

2. Die Grundfäge der Unleihestodgesetzgebung

Bum besseren Verständnis der in den nachfolgenden Ausführungen besprochenen Anleihestockbestimmungen muffen noch einmal die Grundsätze herausgestellt werden, die auch fünftig nach den Bestimmungen des AnlStundes. weiter in Rraft bleiben. Der sachliche Anwendungsbereich der Anleihestockvorschriften umfaßt die Rapitalgesellschaften, und zwar kraft ausdrücklicher Bestimmung Attiengesellschaften, Kommanbit-gesellschaften auf Aktien, Gesellschaften m. b. S., Kolonialgeselschaften, bergrechtliche Gewerkschaften sowie ähnliche juristische Versonen des öffentlichen und privaten Rechts, sofern das Gesellschaftstapital dieser Gesellschaften den Betrag von 100000 KM übersteigt (§§ 1, 2 Ansett., Art. 2 Abs. 1 Sah 1 I. AnsetDBD.). Die von diesen Gesellschaften zur Musschüttung an bie Gesellschafter gelangenden Gewinnbetrage dürfen den Sat von 6% nicht überschreiten. Die über diesen Sat hinaus beschlossene überdividende ist an den Anleihe= stock bei der Deutschen Golddistontbank zu überweisen. Die Grenze der baren Ausschüttung von 6% darf bis zu dem im Vorjahr festgelegten Ausschüttungssatz überschritten werben, jedoch 8% nicht übersteigen. Beachtlich ist, das Gewinne aus Reserven ober Gewinnvorträgen früherer Jahre und sogenannte verdedte Gewinnausschüttungen ebenfalls von der Anleihe= stockpflicht erfaßt werden (vgl. § 3 AnlStG., Art. 4 Abs. 1 und 2 I. AntStDBD.). Die der Deutschen Golbbiskontbank überwiesenen überdividenden werden von diefer für die Gefellschafter in Anleihen des Reichs oder fonstigen gesetzlich be-stimmten Papieren (Staatsanleihen, Gemeindeumschuldungspapieren) angelegt und die so gebildeten Stöcke sür die Ge-sellschafter treuhänderisch verwaltet (§ 4 AnlStG.). Haben Gesellschafter entgegen den gesetzlichen Anleihestockbestimmungen Barbeträge über ben im Ginzelfall gulaffigen Sochstfat hinaus erhalten, so sind sie fraft Gesetzes zur Erstattung biefer Beträge verpflichtet, mahrend die gegen das Gesetz verstoßenden gesetlichen Bertreter ben Gesellschaften gegenüber schabensersappflichtig werden können (§ 7 UniStG.). Um zu verhindern, daß gleichartige Gesellschaftsanteile sich im freien Berkehr befinden, von benen ein Teil nicht gum Unleihestod beigetragen hat, ist bestimmt, daß sowohl auf eigene Anteile als auch auf vom Gewinnbezug ausgeschloffene Anteile die entsprechende überdividende an den Unleihestock abzuführen ist (Art. 8 I. AnlStDBD.); jedoch hat bas Gesetz hier die Möglichkeit der Befreiung von der Stockpflicht vorgeschen, sofern die betreffenden Gesellschaften die gesetzlichen Voraussezungen zur Geltendmachung des sogenannten Schachtelprivilegs erfüllen. Das Schachtelprivileg ist eine der wesent-lichsten besonderen Ausnahmevorschriften, die die gesesliche Regelung enthält. Der maßgebende Art. 3 Abs. 1 I. AnsetDBD.

bestimmt, daß Rapitalbeteiligungen von Rapitalgesellschaften, die 25% des Kapitals der ausschüttenden Untergesellschaft übersteigen, Anspruch auf die volle Barausschüttung erheben tonnen, ohne stockpflichtig zu werben. Go vermied man einmal die doppelte Stockpflicht, die fonst bei den in der Wirtschaft befannten Berschachtelungen gegeben ware, und auch bie finanziellen Schwierigkeiten für Besellschaften, die ihre Beteiligungen mit Krediten finanziert und felbst hierfür die entsprechenden Zinspflichten zu erfüllen haben. Die in Art. 3 Abs. 1 I. AniStDBD. zur Geltendmachung des Schachtelprivilegs geforderten Boraussehungen, Hinterlegung ber Un-teile bei ber Deutschen Golddiskontbank, Abtretung ober sonstige Sperrung der Anteile, stellen sicher, daß hinsichtlich der Stockpflicht nicht unterschiedliche Unteile der gleichen Wesellschaft in den freien Vertehr gelangen können. Ift der Staat selbst Aftionär, so ist auch hier eine Abführungspflicht verfehlt, und bas Reich, die Lander und Gemeinden dementsprechend befreit. Allerdings trifft auch sie die Hinterlegungspflicht (Art. 3 Abs. 2 AnlStDBD.), um die Stockpflicht abzuwenden. Bon grundfählicher Bedeutung ist auch die bedingte Emissionssperre gemäß Urt. 4 Abs. 4 I. AnlStDBD., die die Begebung von jungen Attien, Genußscheinen und ähnlichen Rechten an die Genehmigung des Reichswirtschaftsministers bindet. Schließlich tann der Reichswirtschaftsminister für die verschiedenen Falle der Praxis, in denen eine Ausnahmeregelung unter Be-rücksichtigung der Zwecke der Anleihestockgesetzgebung nach den Umständen bes Ginzelfalles erforderlich oder angebracht ift, im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister von den geselslichen Aflichten zur Abführung an den Anleihestock ganz oder teilweise ober auch unter Auflagen Befreiung erteilen (§ 10h AnlSto., Art. 19 I. AnlStDBD.). Die bestimmungsgemäße Abführung der Aberdividende durch die Gesellschaften wird von den Finanzämtern überwacht, gegen deren Entscheidung die Berufung beim Finanzgericht und weiter die Rechtsbeschwerde an den Reichsfinanzhof zulässig ist.

3. Das wirtschaftspolitische Ziel

Bum Berständnis und zur Rechtfertigung der im Anl-StG. bestimmten Erweiterung bes zeitlichen Anwendungs-bereichs, ferner nicht zulet für die Beurteilung von Ausnahmegenehmigungen oder Befreiungsantragen, follen nachftehend noch die politischen und wirtschaftlichen Gedanken und Biele, die der Anleihestockgesetzgebung zugrunde legen, furz geftreift werden. Der machtvolle Aufschwung, den die Wirtschaft seit der Machtergreifung erlebte, kann vor allem auf bie seitens ber öffentlichen Sand zum Zwede der Arbeits-beschaffung bereitgestellten Gelber zuruchgeführt werben. Die fer Impuls ermöglichte höhere Umfape und gestattete in ben folgenden Jahren ben Gefellschaften, höhere Gewinne auszuschütten. Es wäre nicht verständlich gewesen, wenn die Gesellschaften alsdann nicht zur magvollen Dividendenpolitik angehalten worden wären, sondern die Gesellschafter der Ra= pitalgesellschaften fast ausschließlich den hohen Ruten der zum Borteil der ganzen Bolksgemeinschaft ausgerichteten Birtschaftspolitik erhalten hätten. Weiter war eine Berlagerung zwischen dem Renten- und dem Aftienmarkt geboten. Die Unleihestockgesetzgebung follte ben Rentenmarkt stüten, indent sie vor allem die Rapitalinteressen von den Aftien abwandte und dem Rentenmarkt zuwies. Gine ftarke Belebung des Aftienmartts hätte Bestrebungen durchfreuzt, die auf eine baldige organische Zinssenkung, insbesondere bei den festverzinslichen Papieren, abzielten. Das mit diesen politischen Zielen geschaffene Kapitalanlagegesetz hat den Er folg nicht gebracht, da es, um den Sauptgrund zu nennen, feine absolute Dividendengrenze enthielt, sondern lediglich die Stockpflicht gleitend von der Sohe der jeweiligen Ausschüttungen abhängig machte und weder den Areditmarkt noch die Dividendenpolitit der Gefellschaften beeinflußte. Der mit der Anleihestockgesetzgebung wohl auch beabsichtigte Er folg einer Stärtung bes Rapitalmarkts in ber Richtung, bag bie abgeführten Überdividenden von den Gefellschaftern dem Reich vor allem für die Finanzierung des Arbeitsbeschafjungsprogramms für drei Jahre freditweise überlaffen wurden, ist praktisch nicht eingetreten. Die Auflockerung des Rapitalmarkts ist in anderer Weise herbeigeführt worden. Beachtlich ist in diesem Zusammenhang die weit über den Rahmen einer die Dividendenpolitik bremsenden Maßnahme hinausreichende, oben bereits angedentete Vorschrift des Art. 4 Abs. 4 I. AnschDVD., durch welche die Emission von Anteilen der Kapitalgesellschaften an die Genehmigung des Reichswirtschaftsministers geknüpst wird und die eine starke den Kapitalmarkt regelnde Funktion ausübt.

Schon lange vor Erlaß der Anleihestocknovelle erging ein Rätselraten in den beteiligten Kreisen über die Möglichfeit einer Verlängerung bes zeitlichen Geltungsbereichs. Die Reichsregierung hat sich zur Verlängerung bes AnlSto. entschlossen, ba die Voraussetzungen, die zum Erlaß des AnlSto. geführt haben, noch fortbestehen und auf die Regelung, die ihren Wert als Mittel der Kapitalmarktpolitik erwiesen hat, noch nicht verzichtet werden kann. Es hat zwar eine wesentliche Stärfung des Rentenmarkts mit befriedigenden Kurjen stattgefunden, die den Einsat größerer Mittel erübrigt, den noch wird die weitere Pflege des Kentenmarkts wertwoll sein. Auch insofern wird das AnlStG. seinen bisherigen Bwed weiter verfolgen, als es die Dividendengewährung der Gesellschaften in magvollen Grenzen halten wird. Diese rein pshchologische Scite des Gesetzes, die fortschreitende innerliche Stärfung ber Unternehmungen in Verfolg der weiteren guten Konjunktur wirkt sich zugleich in Betriebsverbesserun-gen und -ausweitungen, in der Erbringung zusätzlicher Leiftungen für die Zwede bes Bierjahresplans und der fonftigen Förderung der deutschen Wirtschaft und auch in dem Ausbau jozialbetrieblicher Leistungen aus. Das Geset kann daher noch weiter bem Bolk bienen. Mit dem Gesetz sind auch die Bestimmungen über die Auflösung und Berteilung des bis= herigen Anleihestocks in der III. AntStDBD. ergänzt. Somit löst der Gesetgeber grundfählich das im AnlSty. gegebene Beriprechen ein.

4. Nachstehend wird eine übersicht über die neuen Borschriften gegeben.

A. Anderung bes AnlSto

I. Anderung des § 6 Abs. 1 AntStG. (Ziff. 1 AntStones)

a) gesetzliche Anordnung der Aufteilung des gesamten Anleihestocks

1. zunächst nach der Beschluffassung über den Ab-

ichluß für das vierte Geschäftsjahr, 2. nach Ablauf des Verlängerungsgesetzes nach der Beschlußfassung über den Abschluß für das erste

Beschlußfassung über den Abschluß für das erste Geschäftsjahr, auf das das Geset keine Anwendung nicht findet,

3. Berechtigte; Berteilungsgrundfate.

b) Anordnungsbefugnisse bes Reichswirtschaftsministers 1. allgemeine,

2. Bestimmungen über an Stelle der Anleihestockmittel zu verteilende Werte,

3. Zeitpunkt der Aufteilung.

B. Auflösung und Verteilung des bisherigen Anleihestocks (Art. 2—10 III. AniStDBD.)

- I. übernahme des Anleihestocks durch das Reich (Art. 2) 1. Umtausch gegen Steuergutscheine (Art. 2 Abs. 1),
 - 2. Ausnahmen bei Gesellschaftsstöcken (Art. 2 Abs. 1),
 - 3. rechtlicher Inhalt und Wert der Steuergutscheine (Art. 3).
- II. Bersahren bei der Deutschen Goldbiskontbank (Art. 5) 1. Aushändigung der Steuergutscheine an die Gesellsichaften,
 - 2. Haftung.
- III. Verteilung durch die Gesellschaften (Art. 6 und 7)
 - d. Zeitpunkt zu A I a 1 oben mit ber Gewinnausschütstung zusammen (Art. 6 Abf. 2),
 - 2. treuhanderische Berwaltung ber Anleihestochnittel burch die Gesellschaften (Art. 6 Abs. 3),
 - 3. Rechte und Pflichten ber Gefellschaften bei Verteilung (Art. 6 Abs. 4)

- a) Aushändigung ber Steuergutscheine,
- b) Veräußerung für die Gesellschafter, c) übernahme für eigene Rechnung.

4. Berechtigte (Art. 7)

a) alte und neue Gesellschafter,

b) Anspruchsnachweis,

c) vom Gewinnbezug ausgeschlossene und eigene Anteile der Gesellschaften,

d) schachtesprivilegierte und sonstige befreite Anteile (Art. 7 Abs. 3 und 4),

e) keine Entschädigung für die Gesellschaft (Art. 7 Abs. 6),

f Berjährung grundsätlich nach vier Jahren (Art. 8). 5. Entsprechende Behandlung von Genufrechten und Gewinnschuldverschreibungen (Art. 9),

6. Ausfolgung ber Gesellschaftsstöde (Art. 10),

7. entsprechendes Verfahren bei fonstigen Aufsösungsgruns ben (Art. 11).

C. Anderung von Durchführungsbestimmungen (Art. 12)

- 1. Der lette Einheitswertbescheid als Grundlage für die Ermittlung des Rapitals,
- 2. Abzüge und Burechnungen,

3. Berechnungsgrundfäße.

D. Ergänzungen der bisherigen Regelung

- 1. Bertragliche Zahlungen Dritter an Gesellschafter auf beren Gesellschaftsanteile sind stockpflichtig (Art. 13),
- 2. Verzugszinsen für verspätete Anleihestockzahlungen (Art. 14),

3. steuerrechtsige Bestimmungen

- a) keine besondere Prüfung durch die Fink., daß die Kapitalertragsteuern entrichtet sind (Art. 15 Abs. 1),
- b) Anrechnung von Kapitalertragsteuern auf andere Steuerarten (Art. 15 Abs. 2).

4. Strafbestimmungen bei Berftößen gegen

- a) übernommene Verpflichtungen und Auflagen der behördlichen Stellen,
- b) die Auflösungs- und Berteilungsvorschriften (Art. 16).

II. Die Boridriften des Anderungsgesehes

- 1. Die Verlängerung ber Anleihestockgesetzung um weitere drei Jahre ist im Anderungsgesetz durch die lakonische Einfügung des Bortchens "fünf" an Stelle von "beiben" in § 11 Say 1 AnlSt. bestimmt. Dem AnlSt. unterlag ber erste Jahresabschluß, über den nach dem 11. Dez. 1934, dem Intrafttreten bes UnlSto., Befchluß gefaßt wurde. Erfaßt werden jest die fünf folgenden, mindeftens je zwölf Monate umfassenden Geschäftsjahre, mithin insgesamt sechs Jahresabschlüffe. Während bas erfte Jahr nicht zwölf Monate zu umfassen braucht, können nachfolgende Rumpfgeschäftsjahre Schwierigkeiten bereiten. Much Rumpfgeschäftsjahre unterliegen in einem ihrem Zeitablauf entsprechenden Verhältnis der Anleihestockpflicht (Art. 6 I. AnlStDBD.); jedoch ist dem Willen des Gesetzgebers entsprechend dem Gesetz nicht Genüge getan, wenn etwa lediglich für fünf Rumpfgeschäftsjahre die Überdividende abgeführt wird. Es muß vielmehr der dem UnlStG. unterfallende Zeitraum von mindeftens sechzig Monaten in Betracht gezogen werden, abgesehen vom ersten Geschäftsabschluß nach dem 11. Dez. 1937.
- 2. Die zweite Anderung betrifft die Neufassung des § 6 Abs. 1 AnlStG., die zunächst der Berlängerung des AnlStG. Rechnung trägt. Es ist eine zweimalige Austeilung des gesamten, seweils angesammelten Anleihestocks vorgesehen
 - a) nach ber Beschluftassung über ben Abschluß für das vierte Geschäftsjahr, auf den das Geset Anwendung sins det. und
 - b) nach Beschluffassung über den Abschluß, auf ben das Geset keine Anwendung mehr findet.

Weiter enthält die Neufassung die gesetzliche Erundlage für die III. AnsetDBD., soweit diese sich mit den Modalitäten der Verteilung nach der ersten Austeilung des Anleihestocks besaßt. Die frühere Fassung hätte vielleicht zu Zweisel Anlaß gegeben, ob die gesetzliche Ermächtigung hinreichend gewesen wäre, da der Anleihestock in seinem jezigen Bestand nach den Borschriften III. AnlStDBD. gegen Steuergutsscheine ausgetauscht wird, die dann zur Verteilung an die Gesellschafter gelaugen. Dem KBiM. sind umfassende Besugnisse eingeräumt. Er bestimmt über die Aufteilungsgrundssätzeitpunkt. Die geänderte Bestimmung des § 6 Abs. 1 AnlStV. ist sicher nicht zuletzt auch vorausschauend für die Schlisverteilung vorgesehen, die alsdann bereits, auch soweisen würde, hinsichtlich der zu wählenden Verteilungssorm bereits jest die geschliche Grundlage gesunden hat. Es kann aber wohl angenommen werden, daß die Schlusverteilung sich nach ähnslichen Erundsäßen vollziehen wird, wie sie gegenwärtig vorgesehen sind.

III. Kapitalerhöhungen

Im Zusammenhang mit dem AnlStünds. erscheint es ersorderlich, darauf hinzuweisen, daß mit der gleichzeitigen Verlängerung der Durchsusst. zum AnlSts. auch die oben mehrsach erwähnte Vorschrift des Art. 4 Abs. 4 I. AnlSts DVD. weiterhin in Kraft bleibt und somit fernerhin Kapitalerhöhungen durch das KWiM. genehmigungspflichtig sind. Von der Genehmigungspflicht gibt es zwei dem Gesetz zu entnehmende Ausnahmen, die hier noch einmal herauszusstellen sind, weil die Praxis die Kechtslage immer wieder verkennt:

a) Da Gesellschaften, beren Kapital 100000 AM nicht übersteigt, nach Art. 2 Abs. 1 I. Ansst DVD. den Bestimmungen des Ansst G. nicht unterliegen, ist zur Kapitalerhöhung bei solchen Gesellschaften eine Genehmigung nicht ersorderlich, und zwar auch dann nicht, wenn das Kapital infolge der Erhöhung sich auf einen 100000 AM übersteigens den Betrag erhöhen wird.

b) Nach Art. 4 Abs. 4 Sat 2 I. AnlStDBD. in der Fassung der II. AnlStDBD. bedarf eine Kapitalerhöhung dann nicht der üblichen Genehmigung, wenn die Kapitalerhöhung gleichzeitig oder in unmittelbarem Zusammenhang mit einer nicht durch Kückzahlung des Gesellschaftskapitals unter Befreiung der Gesellschaft von der Berpflichtung zur Leistung von Einzahlungen erfolgenden Kapitalherabsehung vorgenommen wird. Genehmigungspflichtig ist allerdings der die Kapitalherabsehung übersteigende Betrag. Unterschreitet in einem solchen Kalle die Kapitalherabsehung den Betrag von 100 000 Km, so dürste demuoch für diese Transaktion eine Genehmigung ebenfalls nicht erforderlich werden. Die in Art. 2 Abs. 1 Sat 2 I. AnlStDBD. vorgesehene Zustimmung zu Kapitalherabsehungen auf unter 100 000 Km hat wer die Wirkung, daß die Gesellschaft in Zukunst von dem Verpflichtungen nach dem AnlStG. befreit ist. Da infolge der gleichzeitigen Kapitalerhöhung die Gesellschaft dem AnlSch. ohnehin wieder untersallen würde, ist für die Erteilung einer Zustimmung nach Art. 2 Abs. 1 Sat 2 I. AnlStDBD. kein Kaum.

c) Der Soubersall bes "genchmigten Kapitals" nach
§ 169 bes neuen Akts. gehört eigenklich nicht hierher. Die
Borschrift bes Art. 4 Abs. 4 I. A. DBD. knüptt die Genehmigungsbedürftigkeit an den Tatbestand der "Ausgabe der
jungen Anteile". Die Anwendung dieses Begriffs ist nicht
immer ganz einsach, wie z. B. dei ImbH.-Geichäftsanteilen.
Jedenfalls untersallen die Beschlüsse der Gesellschaften oder
Mitgliederversammlungen oder der sonst zuständigen Gesells
ichaftsorgane über eine Kapitalerhöhung noch nicht der Genehmigungspflicht. Die Beschlüsse müßten aber wohl "vorbehaltlich der Genchmigung des Reichswirtschaftsministers"
gesaft werden. Entsprechend ist auch die dem Geset entspredende satungsmäßige Ermächtigung des Borstandes einer Attiengesellschaft, das Grundkapital zu einem bestimmten Nennbetrag durch Ausgabe neuer Aktien gegen Einzahlung zu erhöhen, zu beurteilen. Diese Ermächtigung ist sicht genehmis
gungspflichtig.

Die Genehmigungspflicht murbe eingeführt, um ber Befahr einer Verbreiterung der Rapitalbasis der Wesellschaft zu dem Zwecke der ziffernmäßigen Senkung des Dividenden-sages und Ermöglichung höherer Ausschüttungen zu begegs nen; auch follen in den Rapitalerhöhungen etwa liegende verdedte Gewinnausschüttungen erfaßt werden (vgl. Art. 4 Abs. 1 I. AnlStDBD.). Es fommt für die Genehmigungspflicht nicht darauf an, ob das Kapital voll eingezahlt wird. Der Gesetzgeber hat es absichtlich unterlassen, von vornherein die Fälle zu bezeichnen, in denen ein Migbrauch der Rapitalerhöhung ausgeschlossen ift, und daher die Genehmigungs pflicht ganz allgemein angeordnet. Es wird daher bei Unträgen auf Genehmigung einer Kapitalerhöhung zu prüfen sein, ob etwa der Abernahmekurs der neuen Anteile ihrem inneren Werte tatfächlich entspricht oder ob in Form eines niedrigen Begebungsturses eine verdedte Gewinnausschüttung an die Gesellschafter vorgenommen wird. In diesem Falle oder auch bei der Ausgabe von Gratisanteilen wird die Erteilung der Genehmigung regelmäßig von der Auflage an die Wesellschaft abhängig gemacht, einen bestimmten Betrag für ihre Rechnung an den Anleihestock zu zahlen, der etwa der Beeinträchtigung des Anleihestocks durch die Kapitalerhöhung entspricht. über die rechtliche Behandlung solcher Gesellschafts= stöcke ist unten zu den Verteilungsgrundsätzen näheres ausgeführt. Es kann auch bestimmt werden, daß der Erhöhungs= betrag bei der Dividendenberechnung unberücksichtigt zu blei= ben hat, neben der Anordnung sonstiger Auflagen, die die Beeinträchtigung der Belange des Anleihestocks ausräumen oder vermeiden, etwa auch die Auferlegung eines bestimmten Bezugsturfes, wenn der vorgeschlagene Emissionsturs zu einem überhöhten Wert des Bezugsrechts führt.

Die weiter oben ichon angedeutete Funktion der genann= ten Vorschrift im Sinne einer Pslege des Kapitalmarkts hat zwar unmittelbar mit der Ginflugnahme auf die Dividendenpolitik nichts zu tun, sprengt aber nicht den Rahmen der wirtschaftlich sehr weit greifenden Anleihestockgesetzgebung. Die Ansorberungen, die das Reich zur Erfüllung der vordringlichen öffentlichen Zwecke an den Rapitalmarkt zu stellen hat, konnten durch eine Bielzahl erheblicher, die Ergiebigkeit bes Rapitalmarkts schwächender Aktienemissionen in ihrer Erfüllbarkeit gefährbet werden. So schafft die Borschrift die Möglichkeit, nicht nur eine wirksame Kontrolle der Emissionen durchzuführen, sondern auch den Kapitalmarkt vornehmlich für die Anleihebedürfnisse des Reichs und sonstige öffentliche Zwecke freizuhalten. Wenn hierbei allerdings hin und wieder betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten und die vordringlichen öffentlichen Zwecke in Widerstreit geraten sind, so kann doch wohl auf die in den abgelaufenen Jahren besonders bewährte Genehmigungspflicht nicht verzichtet werden. Auch zur Wahrung der Belange des Rapitalmarkts konnen sichernde Auflagen ergehen, etwa, daß die Napitalerhöhung in bestimmter Art und Weise durchgeführt wird, 3. B. unter Umwandlung von Verbindlichkeiten in verantwortliches Kapital, oder daß die übernehmer der Erhöhungsbeträge sich für mehrere Jahre verpflichten, Berfügungen über den erworbenen jungen Unteilbesit von der Zustimmung des Reichswirtschaftsministe=

riums abhängig zu machen. Während bisher schon die erlaubnislose Begebung junger Gesellschaftsanteile mit Strafe bedroht war, ergänzt die neue DurchsWD. in Art. 16 diesen Strasschutz und stellt Zuwiderhandlungen gegen auf Auslage des Reichswirtschaftsministeriums übernommene Berpflichtungen unter Strase. Mangels rückwirtender Krast dieser DurchsBest. können Berfügungen vor Inkrasttreten der BD. nicht geahndet werden, wohl aber Verstöße gegen vor diesem Zeitpunkt übernommene

Berpflichtungen.

Es empfiehlt sich, bei Anträgen an das Reichswirtschaftsministerium auf Genehmigung von Kapitalerhöhungen den vorangestellten Gesichtspunkten Rechnung zu tragen und dementsprechend in einer eingehenden Begründung (doppelt) Zweck und die Art und Weise der Kapitalerhöhung darzutun, die Bisanzen der setzten drei Jahre nehst Gewinn- und Verluftrechnungen und Geschäftsberichten einzureichen und auch die Gesellschafterverhältnisse zu erläutern. Die disherigen Gewinnverteilungen und Errechnungen ber Dividendenfähe sind barzulegen und unter Umftanden die Ausgabekurse anzugeben.

In diesem Zusammenhang soll noch kurz die Frage gestreist werden, ob der Registerrichter eine nicht genehmigte Kapitalerhöhung in das Handelsregister eintragen dars. Überwiegend machen die Registerrichter die Eintragung von der Beibringung der Genehmigungsurkunde abhängig. Dieser Auffassung muß zugestimmt werden. Zwar ist auch die nicht genehmigte Kapitalerhöhung dürgerlich-rechtlich voll wirksam, lediglich die Begedung der Anteile löst strafrechtliche Maßenahmen aus. Da aber bei der GmbH. der Geschäftsanteil "begeden" ist, wenn die Eintragung der Kapitalerhöhung im Handelsregister fosgt, muß der Registerrichter vorher das Borliegen der Genehmigung prüfen. Eine abweichende Behandlung für Kapitalerhöhungen bei Uttiengesellschaften ersscheint nicht begründet.

IV. Die Auflösung und Berteilung des Anleihestods

Die III. AnlStDBD. regelt in ihrem wesentlichen Teil das Verfahren über die Auftösung und Verteilung des Anleihestocks, welches nach Beschlußfassung über den Abschluß für das vierte unter das AnlStG. fallende Geschäftsjahr stattsindet (Art. 1 III. AnlStDBD.), und enthält auch materiellrechtliche Vorschriften über Inhalt und Gestaltung der Stockansprüche der Gesellschafter. Daß für die Beschlußfassung über den Jahresabschluß bei Aktiengesellschaften nach § 125 Abs. 3 Akt. nicht mehr die Hauptversammlung, son dern in der Regel Vorstand und Aufsichtsrat zuständig sind, ändert hieran nichts; ebenso ist unbeachtlich, ob für das vierte Geschäftsjahr Gewinne verteilt werden. Der Anleihestock besteht in seinem wesentlichen Teil auf 4%igen Gemeindeumschuldungsanleihen und weist einen Betrag von ctwa 90-100 Mill. RM auf. Die Summe der abgeführten Dividendensäße würde den Bestand des Anleihestocks noch nicht treffen, da der Wertzuwachs durch Zinssteigerungen und auch durch Kursgewinne seit ber Anlage zu berücksichtigen Bei der Wahl eines Verfahrens für die Auflösung mußte verschiedenen Gesichtspunkten Rechnung getragen werden, die zu der gewählten praktischen Lösung geführt haben. Man hatte die Nachteile zu vermeiden, die mit einer plotlichen Inanspruchnahme des Kapitalmarkts aus einem gleichsteitigen Berkauf der 100 Mill. RM Umschuldungsanleiho verbunden sein würden. Außerdem mare eine Auskehrung in den von der Deutschen Golddiskontbank angeschafften Wertpapieren wegen der unzureichenden Rleinststückelung fehr schwierig gewesen, abgesehen von kapitalmaritmäßigen Störungen, die durch den Kursdruck auf die Anleihepapiere zu erwarten gewesen wären.

1. Übernahme des Stocks burch das Reich. Ausstattung der Steuergutscheine

a) Aus den genannten Gründen übernimmt das Reich mit Wirkung vom Tage des Inkrafttretens der DBD. die von der Deutschen Golddiskontbank angeschafften Wertpapiere und händigt der Bank dafür besondere für die Berteilungszwede geschaffene Zertifikate aus, die vom Gesetz als Steuergutscheine bezeichnet werden (Art. 2 Abs. 1 III. Ant-StDBD.). Der Umtausch kann rechtlich als eine Novation angesehen werden. Die übernahme geschieht en bloc zu einem in bas Ermeffen bes Reichsfinanzministeriums gestellten Beitpunkt. Da es sich um einen Rechtsübergang ex lege (Art. 2 Abs. 1 III. AniStDBD.) handelt, liegt hierin wohl kein steuerpflichtiges Auschaffungsgeschäft im Sinne der Vorschriften bes KapVerkSty. Die Steuergutscheine werden zu ihrem Rennbetrag auf die Wertpapiere des Anleihestocks zu ihrem Kurswert am Tage der übernahme angerechnet. Den Gesellschaftern verbleiben mithin die aufgelaufenen Kouponszinsen nebst Zinseszinsen sowie die seit Anlage entstandenen Kurs-gewinne, die nach der übernahme dem Reich zufallen. Die bisherigen Kursverlufte belafteten dementsprechend auch die Gesellschafter. Der dem Reich bei dem Umtausch zufallende Rugen foll zur Förberung der deutschen Wirtschaft verwandt werden.

Nach Art. 2 Abs. 2 III. AnsStD&D. sind solche Wertpapiere vom Umtausch ausgeschlossen, die von der Deutschen Goldbiskontbank für Rechnung der Gesellschaft selbst, nicht der Gesellschafter, zur Errichtung eines Anleihestocks angeschaft worden sind. Hier handelt es sich um die oben bereits erwähnten Gesellschaftsstöcke, deren Errichtung einer Auslage des Reichswirtschaftsministers bei Erteilung einer Auslage des Reichswirtschaftsministers bei Erteilung einer besonderen Genehmigung (Kapitalerhöhung, Ausgade von Gratisaktien oder Einräumung eines hohen Bezugsrechts) entspricht. Es verbleibt bei den allgemeinen Auflösungsregeln auch in diesem Fall, wenn die Kückgade nach dem Wortlaut des ministeriellen Bescheides nach den allgemeinen Grundsäten über die Auflösung des Anleihestocks ersolgen sollte. In der Praxis ist bei derartigen Auslagen nicht einheitlich versahren worden.

- b) Die Steuergutscheine sind in der Konstruktion und Verwendungsmöglichkeit den früheren Steuergutscheinen ausgeglichen, die seinerzeit zur Ankurbelung der Wirtschaft geschaffen wurden. Es bestehen aber einige wesenkliche Unterschiede. Damals handelte es sich um eine Steuerrückvergütung für die bezahlten Umsaß, Gewerbes und Grundskeuern und schließlich auch Besörderungssteuern. Sie wurden sür Mehrscinstellungen von Gesolgschaftsmitgliedern erteilt. Sie waren verzinslich ausgestattet. Die neuen Steuergutscheine sind unsverzinslich, werden aber auf saft sämtliche Keichssseuern, mit Ausnahme der Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und der Jölle, von den Finanzkassen, zum Kennwert angerechnet. Die Unsrechnung erstreckt sich auch auf Zinsen, Säumniss und andere Zuschläge (§ 168 Abs. 2 KABGD.).
- c) Die Ausgabe der Steuergutscheine erfolgt in Bloden bon 100, 1000 und 5000 RM zu je fünf fich in der Farbe unterscheidenden Steuergutscheinen zum gleichen Nennbetrag, und zwar im Betrage von je 20, 200 und 1000 RM. Die Ausgabe von Steuergutscheinen in fleineren Betragen hatte ben Markt mit unerwünscht kleinen Titeln belaftet, die im Berhältnis zu ihrem Wert hohe Umfatz- und Berwahrungs= koften verursacht hätten. Der erste Steuergutschein eines Blodes kann zuerst v. 1. April 1941 ab in Zahlung gegeben werden. Die folgenden vier Steuergutscheine werden nacheinander in den anschließenden vier Jahren eingelöst (Art. 3 Abs. 2 III. AnsStDBD.). Der grundsählich als letter Einlösungstag sestgelegte Zeitpunkt v. 31. Marz 1946 kann von ben Finanzkassen nach Ermächtigung burch ben Reichssinanzminister hinausgeschoben werden (Art. 3 Abs. 7 III. And-StDBD.). Eine von der grundfählichen Regelung abweichende Stüdelung fann von dem Reichswirtschaftsminifter im Ginvernehmen mit dem Reichsfinanzminifter für besondere Fälle vorgesehen werden. Die Unverzinslichkeit und zeitlich hinausgeschobene Ginlösungsfähigkeit ber Steuergutscheine beeinflußt naturgemäß ben gegenwärtigen Wert. Das von bem Unteilbesitzer im Falle einer sofortigen Beräußerung zu tragende Disagio kann mit 23% geschätzt werben.
- d) Durch weitere Vorschriften ift sichergestellt, daß der Attionär ein rasch verwertbares vollgültiges Papier erhält. Die vollständigen Blöde können gehandelt werden und sind an jeder deutschen Börse zugelassen (Art. 3 Abs. 4 III. AnlStDV). Den Gesellschaftern dürsen nur vollständige Vöcke überlassen werden (Art. 3 Abs. 3 III. AnlStDV). Die Steuergutscheine lauten auf den Inhaber (Art. 3 Abs. 2 Sah 1 III. AnlStDV) und stellen als rechtsversörpernde und vertretbare Urkunden Wertpapiere im Sinne der Vorschriften des DepotG, v. 4. Febr. 1937 dar (vgl. § 1 Abs. 1 a. a. D.). An dieser Tatsache wird auch dadurch nichts geändert, daß die Erfüllung der Vorschriften des DepotG. (Nummernverzeichnis, Berwahrung) insbesondere sür die Banken eine starke Arbeitsbelastung mit sich bringen kann. Eine vielleicht angebrachte Vestreiung von den Depotvorschriften wäre aber im Verordnungswege nicht möglich gewesen. Insolge der Unverzinslichseit der Steuergutscheine entsteht im Handel mit den Steuergutscheine keine Börsenumsahessen; auch bleiben die Steuergutscheine von der Wechselssteuer und der Urkundensteuer unberührt.
 - e) Bei ber fpateren Ginlöfung barf auf bie Steuergut-

scheine kein Barbetrag von den Finanzkassen herausgegeben werden, wenn der zu tilgende Steuerbetrag den Kennwert unterschreitet (Art. 3 Abs. 5 III. AnsStDBD.). Ein etwa entstehender Unterschiedsbetrag kann jedoch wieder auf Steuern, ähnlich wie in Art. 3 Abs. 2 III. AnsStDBD. bestimmt, in Anrechnung gebracht werden. Die Steuergutscheine werden durch Abschieden der linken oberen Ede entwertet. Wesentlich beschädigte Steuergutscheine werden nicht angenommen, der sorengegangene oder sonst abhanden gekommene nicht erseht (Art. 3 Abs. 6 III. AnsStDBD.). Der Strasschutz der S\$ 146—148, 151, 152 und 360 Ar. 4—6 StGB. wird sür anwendbar erklärt (Art. 3 Abs. 9 III. AnsStDBD.).

2. Das Auflösungs= und Berteilungsverfahren

Nach vollzogenem Umtausch stellen die Steuergutscheine neben den gemäß Urt. 2 Ubs. 2 III. UnlStDBD. verbliebenen Wertpapieren und den wegen ihres geringen Betrages nicht anzulegenden Barspisen den Anleihestock im Sinne der gesehlichen Bestimmungen dar. Sie verbleiben gemäß § 4 UnlStG. der Deutschen Golddiskontbank zur treuhänderischen Verwahrung überlassen, dis die Aussolgung an die Gesellschaften ersfolgt Solange die Verwahrung der Deutschen Golddiskontbank andauert, ist die Versügung über die Steuergutscheine den Gesellschaften versagt. Ihre Pfändung im Wege der Bwangsvollstreckung ist ausgeschlossen.

a) Aushändigung an die Gefellichaften.

Die Auflösung findet nach der Beschlußfassung über den Jahresabschluß für das vierte unter das AnlStG. fallende Geschäftsjahr statt (Art. 4 Sah 1 III. AnlStDBD.). In der Mehrzahl aller Fälle wird dies das Geschäftsjahr 1937 oder auch 1936/37 sein, soweit in diesem Falle die drei Geschäftsjahre zurückliegende Beschlußfassung nach dem Inkrastreten des AnlStG. ersolgt ist (§ 11 AnlStG.). Ob eine Gesellschaft nun früher oder später die Auflösung des Anleihestocks erzeicht, ist im allgemeinen wohl unbedeutend, da die später Auflösung sich mit einem Wertzuwachs der Steuergutscheine durch deren allmählich steigenden Aurswert (Zinszuwachs) wohl ausgleicht. Die Ausschlung entbindet die Gesellschaften nicht, auch in dem Geschäftsjahr, in welchem die Auflösung erfolgt, die Anleihestockorschriften zu beachten (Art. 4 Sah 2 III. AnlStDBD.).

Da gemäß Art. 6 Abs. 1 III. AnlStDBD. die Gesellschaften zur Verteilung bes Anleihestocks an ihre Gesellschafter verpflichtet sind, beantragen fie durch ihren gesethlichen Bertreter bei der Deutschen Golddiskontbank die Überlassung der Stockwerte (Art. 5 Say 1 III. AnlStDBD.). Der Antrag hat die Feststellung zu enthalten, daß das vierte unter das AnlSty. fallende Geschäftsjahr abgelaufen ift, sofern diese Tatsache bei der Deutschen Goldbiskontbank nicht offenkundig ift. Es dürfte auch dienlich sein, Angaben über die von der Gesellschaft nach Art. 6 Abs. 4 III. AnlStDBD. zu mählende Art und Beise der Ausschüttung an die Gesellschafter zu machen, damit erforderlichenfalls eine paffende Auswahl ber Studelung vorgenommen werden fann. Die Deutsche Goldbistontbank ift jedoch bezüglich der Höhe der Rennbeträge an die Bunsche der Gesellschaft nicht gebunden (Art. 5 Sat 2 III. AnlStDBD. Die Deutsche Goldbiskontbank wird der Gesellschaft in Schlußaufstellungen wohl im einzelnen barlegen, wie sich ihr Stodtonto entwidelt hat. Durch die Boridrift bes Art. 5 Sat 3 III. AnlStDBD. wird die Deutsche Golddiskontbank nach der Aushändigung bes Anleihestocks ausbrucklich von ihren treuhänderischen Berwahrungspflichten entbunden und von fünftiger Saftung freigestellt.

b) Die Bermaltung des Anleihestods durch bic Gesellschaft.

In die Berwaltungsarbeit der Verteilung hat der Gestsgeber die Geselschaft selbst mit starken Vollmachten eingesett (Art. 6 Abs. 1 III. AnlStDVD.), ohne daß allerdings die Geselschaft für ausgewandte Bemühungen eine Vergütung berechnen darf (Art. 7 Abs. 6 III. AnlStDVD.). Verteilungszeitpunkt ist der ohne schuldhaftes Zögern nach der Veschlungsassitung gewählte Termin, mit dem zugleich die Gewinnausschitz

tung für das abgelaufene Geschäftsjahr zur Bereinfachung der Verwaltungsarbeit verbunden werden sollte (Art. 6 Abs. 2 III. AnlStDBD.). Bis zur Verteilung hat die Gesellschaft die Anleihestöde für die Gesellschafter nach den Grundfähen für die Berwaltung eines Trenvermögens getrennt von ihrem eigenen Bermögen zu verwahren. Die Werte erscheinen nicht in den Bilanzen der Gesellschaften. Gläubigern der Gesellschaften ist ausdrücklich die Inauspruchnahme des Treuver-mögens versagt, so daß auch insbesondere Zwangsvollstreckun-gen in die Steuergutscheine unzulässig wären (Art. 6 Abs. 3 III. AnlStDBD.). Dagegen dürfte nach Aushändigung ber Steuergutscheine an die Gesellschaft ber Ausfolgungsanspruch der Attionäre pfändbar fein. Die ordnungsmäßige Berteilung an die gewinnberechtigten Gesellschafter genießt den besonderen Strasschutz des Art. 17 III. AnsStDBD. Unberührt bleiben naturgemäß zivilrechtliche Schabenserfagansprüche eines Gefellschafters gegen die Gefellschaft, die insbesondere einen Berspätungsschaden betreffen konnen, wenn die Gefellschaft die rechtzeitige Berteilung schuldhaft hinauszögert. Es ist überhaupt die Entscheidung über die Geltendmachung von Aftionaransprüchen auf Grund ber getroffenen Anleihestockregelung gegen die Gesellschaften ober auch über etwaige negative Feststellungsansprüche ber Gefellschaften nicht ber Buftanbigkeit der ordentlichen Gerichte entzogen.

c) Die Berteilung.

Filr die Durchführung der Verteilung sind die gesetlichen Vertreter der Gesellschaft verantwortlich. Die näheren Mosdalitäten sind im wesentlichen in das Ermessen der Gesellschaft gestellt. Die Gesellschaft hat drei Möglichseiten sür die Ausssolung des Anleihestocks (Art. 6 Abs. 4 Sap. 1 III. AnlestOVO.): aa) Ausschüttung der Steuergutscheine (Grundsab), db) Versüherung sür Rechnung der Vesellschafter und co. Übernahme sür eigene Rechnung. Hür die Höhe der Ausschüttung, unsahängig von der erfolgten Art und Weise, erhebt sich die Frage, ob die Gesellschaft ihren Gesellschaftern den Minderzeitwert (Disagio) der Steuergutscheine zusätzlich in dar aussschütten darf. Diese von den Verteilungsvorschriften nicht mehr getragene Leistung muß als Gewinnausschüttung augesehen werden, die je nach Lage des Falles wiederum zur Abführung nicht dar zahlbarer Gewinnteile nach den Anleihesstockorschriften zur Deutschen Golddiskontbank führen kann.

Wenngleich das Gesetz die Naturalausschützung als den Grundsat aufstellt, so wird bennoch in der Brazis häufiger von den lettgenannten Möglichkeiten zu bb und co Gebrauch gemacht werden. Hierbei wird für die Abernahme in die eigenen Vermögensbestände Interesse bestehen, wenn die Gesellschaft Anlagen sucht. Im wesentlichen wird es wohl bei der Ber-äußerung der Steuergutscheine bleiben. Bei einer Bielzahl von Aktionären wäre eine Naturalverteilung ohnehin technisch kaum durchführbar und auch zu kostspielig. Die Borfenfahigkeit der Steuergutscheine erleichtert ben Berkauf und gibt ben intereffierten Aftionaren zugleich die Möglichkeit, die Papiere an der Borfe zu Anlagezwecken zu erwerben. Im Berkaufsfall ift der Erlöß an die Gesellschafter zu verteilen (Art. 6 Abs. 4 Sat 4 III. AnlStDBD.). Im Falle der libernahme ist nach dem Berliner Börsenkurs am 14. Tage vor der Beschlußfassung über den Jahresabschluß oder an dem diesem Tage voraugehenden Börsentag abzurechnen (Art. 6 Abs. 4 Sat 2 III. AnsetDBD.). Bei Attiengesellschaften beginnt in der Regel die Zweiwochenfrist mit dem Tage der ordentlichen Hauptversammlung (Art. 4 Abs. 4 Sat 3 III. AnlStDBD.), und zwar sofern durch diese der Sahresabschluß nicht festgestellt wird. Ein Zwang für die Gesellschaft zur libernahme oder zum Berkauf der Steuergutscheine besteht nur, soweit die Forderung eines Gesellschafters in Steuergutscheinen nicht barstellbar ist (Art. 6 Abs. 4 Say 5 III. AusStDBD.). Der Borstand dürfte nach allgemeinen Grundfäßen nicht für befugt angesehen werden, Gesellschaftern mit gleichartigen Unteilen den Anleihestock teils in natura zu überlassen und teils ihnen Barbeträge auszuschütten. Es ließe fich allenfalls vertreten, verschiedene Gesellschaftergruppen unterschiedlich zu behandeln, wenn es im Interesse einer zwedmäßigen Berteilung geboten ift.

- d) Die Unfpruchsberechtigten.
- aa) Allgemeines.

Der Grundsat ift in dem neugejagten § 6 Abj. 1 AnlStG. festgelegt, der in der Vorschrift des Art. 7 Abf. 1 III. AnlSt= DBD. wieder aufgenommen ift. Anspruchsberechtigt sind die Gesellschafter, denen nach den allgemeinen bürgerlich-rechtlichen Borschriften die Gewinnberechtigung zusteht. Dabei sind die Sahungen, Statuten und Vereinbarungen der Gesellschaft entscheibend zu berückstigen, wie sich aus dem Satz, nach den für die Gewinnverteilung geltenden Grundsätzen" (Ziff. 1 Satz 1 Anstunds., § 6 Abs. 1 Anstw. n. F.) ergibt. Im einzelnen gibt das Gesetz noch einige wichtige Auslegungsregeln, die besonderen Berhaltniffen, insbesondere bei ber Ausgabe neuer Gefellschaftsanteile, Rechnung tragen. Sind Sonderstöde nur für Rechung eines ober mehrerer bestimmter Gefellschafter errichtet worden, etwa zugunsten einer pri= vilegierten Attionärgruppe usw., so sind nur diese Gesellschafter anspruchsberechtigt (Art. 7 Abs. 1 Say 2 III. AnlStDBD.). Bei der Begebung neuer Gesellschaftsanteile geht das Geselg von dem Grundsatz aus, daß nachträglich entstandene Gesellschaftsrechte insoweit nicht zu berücksichtigen sind, als der zu verteilende Anleihestock vor ihrer Schaffung errichtet wurde. Abweichendes gilt nur, wenn eine Gleichstellung der alten mit den neuen Anteilen durchweg beabsichtigt war. Diese auf das subjektive Gebiet gedrängte Entscheidung wird durch die Fiktion erleichtert, daß die Gleichstellung bei zu gleicher Kotiz an der Börfe gehandelten alten und neuen Attien als beabsichtigt gilt (Art. 7 Abs. 1 Säze 3 und 4 III. AnlStDBD.). Bei dem Wechsel der Anteilsinhaber erhält der Nachfolger den Anspruch, da das Stockrecht als unselbständiges Recht vom Anteil nicht gelöst werden fann. Dieser Rechtsfolge trägt auch die Auslegungsvorschrift des Art. 7 Abs. 2 III. AusetDBD Rechnung (fiehe unten gu cc).

bb) Besondere Fälle.

Wie oben dargestellt, sind nach Art. 8 Abs. 1 und 3 III. AnlStDBD. für eigene Anteile der Gesellschaften und für vom Gewinnbezug ausgeschlossene Anteile ebenfalls die überdividenden abzusühren. In beiden Fällen gilt der Ansleichestock als für Rechnung der Gesellschaft errichtet, der ihr auch nach seiner Auflösung wieder zusteht (Art. 7 Abs. 3 n. 4 III. AnlStDBD.). Bei eigenen Attien war in Bollzug dieser Borschrift die Anwendung des § 65 Abs. 7 AttG. auszusschließen. Bei den vom Gewinnbezug ausgeschlossenen Ansteilen steht allerdings dann der Anleichestock den Anteilseinhabern zu, sosen im Berteilungszeitpunkt die Ausschlussvereinbarung nicht mehr besteht.

Eine gesehliche Klarstellung enthält Art. 7 Abs. 5
III. AnlStDBD. Gesellschaften in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter, die von der Schachtelvergünstigung des Art. 3
Abs. 1. I. AnlStDBD. Gebrauch gemacht haben, nehmen an der Verteilung selbstverständlich nicht teil. Das gleiche gilt für die vorher genannten Fälle nach Art. 8 Abs. 1 und 3
I. AnlStDBD., in denen sich die Gesellschaften ebenfalls nach den Grundsätzen über die Schachtelvergünstigung von der Stockpslicht besteien konnten und dementsprechend bei der Schlußverteilung nicht berücksichtigt werden. Bei der Schachtelvergünstigung ist noch zu erwähnen, daß der Gesellschafter, soweit er von dem Priviseg nicht Gebrauch gemacht hat, oder soweit die Schachtelvergünstigung erst nach einer oder mehreren Ausstracht die Schachtelvergünstigung erst nach einer oder mehreren Ausstracht den entsprechenden Verteilungsanspruch geltend machen kann.

cc) Der Aufpruch Inachweis.

Der allgemeinen Vorschrift, daß das Verteilungsverschren in die Hände der Gesellschaft gelegt ist (Art. 6 Abs. 1 III. AnlStDVD.) muß entnommen werden, daß der geselsche Vertreter einer Gesellschaft auch darüber zu bestimmen hat, wie der Anspruch des Gesellschafters nachzuweisen ist. Die Vorschrift des Art. 7 Abs. 2 III. AnlStDVD. knüpft auch an diesen Rechtszustand an und bestimmt, daß der Erwerber eines Anteils sogar auch dann empfangsberechtigt sein

joll, wenn der Rechtsübergang nach dem Berteilungszeitpunkt aber vor Befriedigung stattsand, sofern von der Gejellschaft die Borlage eines Gewinnanteilscheins oder ähnlicher Scheine zum Anspruchsnachweis nicht gesordert worden ist. Der gejeßliche Bertreter einer Gesellschaft wird den Anspruchsnachweis im übrigen nach seinem Ermessen den Gesellschaftersverhältnissen anpassen. Bei ausgegebenen Aktien wird zwecksmäßig die Borlage des Gewinnanteilscheins gesordert wersden, auf den dann zugleich auch der neue Gewinn ausgezahlt werden kann (vgl. Art. 6 Abs. 2 III. Ansst DKD.).

e) Berjährung.

Die in Art. 8 III. AntStDBD. gewählte kurze Bersjährungsfrift für Anfprüche der Gesellschafter gegen die Gesellschaft aus der Berwaltung und Berteilung des Anleihesstocks entsprücht einem Bedürfnis der Praxis. Sonstige Anstprüche, etwa gegen die Deutsche Golddiskontbank, unterliegen der Jojährigen Berjährungsfrist (Art. 8 Sähe 1 und 2 III. AntStDBD.).

- f) Genugrechte und Inhaberschuldverichreibungen.
- Es entspricht ber burch Art. 1 I. AnlStDBD. eingeführten Erstreckung der gesanten Regelung auf die obengenannten Rechte, daß für sie ebenfalls auch die Auslösungsbestimmungen sinngemäß anzuwenden sind (Art. 9 III. Anl-StDBD.).
 - g) Die fogenannten Gefellichaftsftode.

stber die Entstehung und den Umtausch der Anleihestöcke, die zugunsten und für Rechnung der Gesellschaften selbst gebildet wurden, ist oden mehrsach näheres ausgesührt (vgl. zu III und IV la). Die Aushändigung des Anleihestocks an die Gesellschaften sindet auf Antrag der Gesellschaft an die Deutsche Golddiskontdank statt, ganz gleich, od er in Steuersgutschen oder in den angeschafsten Wertpapieren besteht (vgl. Art. 2 Abs. 2 III. AnsStDV). Sollte die Auslösung nach einer Auflage des Reichswirtschaftsministers gleichzeitig mit dem gesetzlich gebildeten Stock ersolgen, so darf diese and ders als nach Art. 6 Abs. 2 Say 1 III. AnsStDVD. bereitssschon unmittelbar nach Veendigung des in Frage kommenden Geschässisches stattsinden.

h) Bejondere Auflösungsfälle.

Wird die Gesellschaft durch Konkurs, Liquidation ober aus einem sonstigen Grunde vorzeitig ausgelöst, so kann der Anleihestock vor dem allgemein bestimmten Zeitpunkt aussgesöst werden. Entsprechenden an die Deutsche Golddiskonts vorgelegten und von dieser dem Keichswirtschaftsminister vorgelegten Anträgen ist im allgemeinen stets stattgegeben worden. Art. 11 III. AnlStDVD. stellt nun sicher, daß in diesem Falle die allgemeinen Auflösungs- und Verteilungs- vorschriften Anwendung sinden.

V. Ermittlung des Rapitals als Bajis der Cewinnausichuttung

Die Anderung der Fassung des Art. 5 I. AnlStDBD. alte Fassung durch Art. 12 III. AnlStDBD. ift von grundlegender Wichtigkeit für viele Gesellschaften. Bisher hatten die Gewerkschaften und andere Rapitalgesellschaften, für die ein festes Gesellichaftstapital nicht vorgesehen ist, die Dividenden-jäte auf das steuerliche Reinvermögen am 1. Jan. 1931 zu berechnen. Andere Gesellschaften waren im gleichen Sinne befugt, wenn ihr Bilanzkapital kleiner als das steuerliche Reinvermögen war, sofern ihre Anteile zum amtlichen Sandel an einer deutschen Borfe nicht zugelassen oder im Freiverkehr nicht gehandelt werden. Lag der lette Fall vor, so war allein das bilanzmäßig ausgewiesene Kapital zugrunde zu legen. Die Regelung hatte ihren Nachteil darin, daß der gewählte Bewertungszeitpunkt weit zurücklag und bas steuerliche Reinvermögen inzwischen nach neueren steuerlichen Feststellungen in der Mehrzahl der Fälle stark gestiegen war. Es wurde bisher im Interesse gleicher Behandlung aller davon abgesehen, die Zugrundelegung späterer Einheitswertbescheibe zuzulaffen. In der Reichssinanzverwaltung ist jedoch jest die Einheitsbewertung 1935 im wesentlichen zum Abschluß gekommen, so baß eine Anpassung der Bemessungsgrundlage für die zustässige Barausschüttung gemäß Art. 5 I. AnlStDLD. alte Fassung an das neuerlich bestimmte Reinvermögen zugelassen werden konnte. Aus der Neufassung ergeben sich solgende Grundsähe:

a) Der maßgebende Einheitswertbescheib.

Die bisher von der Regelung ersasten Arten von Gesellschaften sind auch jest die gleichen geblieden (Art. 12 Abs. 1 und 4 III. AnsStDBO.). Für sie muß dzw. kann der Sinheitswertbescheid zugrunde gelegt werden, und zwar der lette, wenn auch noch nicht rechtskräftige Bescheid, der vor dem Tage der ersten Beschlußfassung über die Gewinnverteilung nach Ablauf des Geschäftsjahres ergangen ift (Art. 12 Abs. 1 III. AnsStDBO.). Es ist jedoch dentbar, daß der seiten Bescheid sich auf einen älteren Bescheid mit einem Festenlungszeitpunkt vor dem letten Feststellungszeitpunkt besteht, was für das Geseh nicht ausreicht. Der Feststellungszeitpunkt eines zur Anwendung zugelassenen Einheitswertbescheides muß der dem Beschlußfassungstage nächstliegende jein; sonst muß er unberücksichtigt bleiben und der alsdann nächstliegende gewählt werden (vgl. Art. 12 Abs. 1 Saß 2 III. AnsstDBO.). Daß die zeitliche Reihensolge oft nicht eingehalten bleibt, kann sich aus der Einlegung von Kechtsmitteln usw. ergeben.

b) Der berichtigte Einheitswertbescheib.

Für die Zwecke der Anleihestockgesetzgebung ersährt der Einheitswertbescheid eine gewisse Averektur durch Hinzurechsnungen (aa) und Abzüge (bb):

- aa) hinzuzurechnen ist der gemäß § 60 Abs. 1 KBewG. v. 6. Okt. 1934 außer Ansat gebliebene Wert einer Beteilisgung (Art. 12 Abs. 1 Ziff. 1 III. AnsetDBD.). hierbei handelt es sich um die sogenannten steuerrechtlichen Schachtelsbeteiligungen von mindestens 25% des Vermögens der Untersgesellschaft, die steuerlich nicht zum Vermögen der Gesellschaft gerechnet wird, um eine Doppelbesteuerung auszuschließen.
- bb) 1. Entsprechend der vorangestellten Bestimmung wers den dagegen Schulden im wirtschaftlichen Zusammenhang mit den erwähnten Schachtelbeteiligungen wieder abgezogen, soweit sie ebenfalls dei der Einheitswertseststellung außer Ansach geblieben sind (§§ 62 Abs. 1, 60 Abs. 1 RBewG., Art. 12 Abs. 1 Ziff. 2a III. AnlStD&D.).
- 2. Wenn durch Art. 12 Abs. 1 Ziff. 2 b III. AnsetDBD. bestimmt ist, daß eigene Anteile, die im Einheitswertbescheid berücksichtigt sind und die sich bei Ablauf des maßgebenden Geschäftsjahres noch im Besitz der Gesulschaft besinden oder eingezogen sind, abgesetzt werden müssen, so entspricht das dem allgemeinen Grundgedanken, daß nur das wirklich schaffende Kapital als Gewinngrundlage zu berücksichtigen ist. Der Erwerb eigener Aktien kommt einer Kapitalherabsehung oder erückzahlung oder auch einem Berichtigungsposten zum Kapital gleich. Bei Nichtabsehung könnte auch durch Erwerb eigener Aktien der Dividendensah wilkfürlich erhöht werden. Daß der Verkauf der eigenen Aktien den Abzug wieder korrigiert, ist eine selbstverständliche Folge.
- 3. Im Einheitswertbescheib werden in Sonderfällen auch Berpflichtungen zur Leistung von Kapitaleinlagen bewertet, etwa wenn bereits der Zahlungszeitpunkt seschiedt u. a. m. III. AnstDBD.), entspricht dem Grundsaß des AnsetG., daß nur vom geleisteten und nicht vom Nominalkapital auszugehen ist (vgl. § 3 AnsetG.).
- 4. Weiter sind gewisse nach dem maßgebenden Bewertungsstichtag eingetretene Vermögensminderungen abzusehen (Art. 12 Abs. 1 Jiff. 2d und e III. AnlStDBD.), und zwar Kapitalrückzahlungen, Auswendungen für den Erwerb eingezogener eigener Aktien und Erwerbspreise für eigene Aktien.
- 5. Es entspricht der bisherigen Regelung, wenn fernerhin die Gesellschaften nach Art. 12 Abs. 2 Ziff. 1 III. AnlStDBD., soweit sie Handelsbilanzen aufstellen, die ausgewiesenen offenen Referven, oder dafür nach Wahl einen Pauschalbetrag von 20% des nach Art. 12 Abs. 1 III. AnlStDBD. berich=

tigten Einheitswerts, vom berichtigten Einheitswert abzuziehen haben (Art. 12 Abs. 2 III. AnlStDBD.).

Art. 12 Abs. 3 III. AnlStDBD. ergänzt den Art. 3 Abs. 1 II. AnlStDBD. und tritt an seine Stelle, soweit es sich um Gesellschaften handelt, die das berichtigte steuerliche Keinvermögen zugrunde legen, indem er für diese bestimmt, daß bei den Gewinnberechnungen nur die am Schlusse des schäftsjahres gewinnberechtigten Anteile zu berücksichtigen sind.

Art. 12 Abs. 5 III. AnlStDBD. stellt endlich klar, daß die Berechnungsgrundlage für das Ausschüttungsjahr und für das Borjahr im Sinne von § 3 Sat 2 AnlStG. gleich-

artig sein muß.

VI. Sonftige Boridiriften

1. Stockpflichtigkeit vertraglicher Zahlungen eines Dritten

Die Bestimmung bes Art. 13 III. AnlStDBD. trägt gur Erläuterung des Begriffs der stochpflichtigen Bahlung an die Wesellschafter bei und läßt flar den Grundsatz erkennen, daß es im wesentlichen nur barauf ankommt, daß dem Gesellschafter etwas "auf seinen Gesellschaftsanteil" gezahlt wird, und es bahingestellt bleiben kann, welches Kausalgeschäft der Zahlung zugrunde liegt und wer zahlt oder zahlungspflichtig ift. Daher bestimmt Art. 13 III. AnlStDBD., daß Zahlungen, die den Gesellschaftern auf ihren Gesellschaftsanteil auf Grund eines Vertrages unmittelbar von einem Dritten geleistet wurden, anleihestockpflichtig sind. An dieser Rechtsfolge wird auch dann nichts geändert, wenn die Boraussehungen des Art. 12 Abs. 3 I. AniStDBD. vorliegen, und das AniStG. etwa deshalb keine Anwendung findet, weil die Rapitalgefellschaft zufolge einer vor der Anleihestochgesetzgebung getroffenen Vereinbarung ihren gesamten Gewinn an Dritte abführt. In der Prazis ist wohl auch immer im wesentlichen so versahren worden. Sind in solchen Fallen dann bereits vor Infrasttreten der III. AnlStDBD. Gewinnanteile an die Deutsche Golddiskontbank überwiesen worden, so hat es damit sein Bewenden (Art. 13 Sat 2 III. AnlStDLD.)

2. Bergugszinfen für verfpätete Zahlungen

Nach § 4 Abs. 1 Sat 1 AnsStV. hat die Gesellschaft die überweisungen zum Anleihestock unverzüglich nach der Befchlußfassung über die Gewinnausschüttung der Deutschen Golddiskontbank vorzunehmen. Diefer Grundsatz geht davon aus, daß die Dividende, wie üblich, nach der Beschlußfassung sofort fällig wird. Im übrigen kann davon ausgegangen werden, daß die Fälligkeit des Anleihestockanspruchs der Fälligkeit des Bardividendenanspruchs folgt, so etwa auch bei ratenweiser Barausschüttung. über die Fälligkeit der baren Gewinnanteile entscheiden die Borschriften des bürgerlichen Rechts, die Satungen und Vereinbarungen. Nach den so ermittelten Fälligkeiten richtet sich die Teststellung, ob eine Bahlung an den Anleihestock verspätet geleistet ift. Ift die Leistung verspätet erfolgt, so ist sie mit 5% für die Dauer des Berzuges zu verzinsen. Diese Zinsen wachsen bem Stock zu gunsten der Gesellschafter zu, für deren Acchnung er ge-bildet wurde. Diese erhalten dadurch einen gewissen Ausgleich für die verspätete Anschaffung zinsbringender Wertpapiere. Die gleichen Berzugszinsen haben die Gesellschafter zu gahlen, die verspätet die gemäß § 7 Abs. 1 AntStis. ju erstattenden Gewinnanteile abführen, die ihnen vorhar dem AnlStG. zuwider ausgezahlt worden sind. Die Vorschrift des Art. 14 III. AnlStDBD. wirkt nicht zurud, so daß inzwischen eingetretene Berspätungen erst vom Inkrafttreten der Verordnung an zu dem bestimmten hundertsat zu verzinsen sind, es sei benn, daß eine Zinspflicht aus anderen Gründen früher entstanden ift.

Der Zinsfat des Art. 14 Sat 1 III. AnlStDBD. fann durch den Reichswirtschaftsminister geändert werden (Art. 14

Say 3 III. AniStDBD.)

3. Steuerrechtliche Bestimmungen

Die bisherigen stenerrechtlichen Borichriften über ben An-

leihestock bleiben aufrechterhalten. Die Rapitalertragsteuer muß von der Gesellschaft sowohl für die Bardividende als auch für den in den Anleihestock fließenden Gewinnteil entrichtet werden, und zwar für Rechnung der Gesellschafter. Die Gesellschafter sind zur Einkommen= oder Körperschaftsteuer nur mit den bar zugefloffenen Gewinnteilen zu veranlagen. Die nicht baren Gewinnteile, die in den Anleihestod gefloffen find, werden einschließlich Zinsen und Kursgewinne im Auftei-lungsicht (Art. 4 III. AniStDBD.) versteuert (Art. 15 Abs. 1 Biff. 1 und 2 I. AniStDBD.). Dabei findet die fruher auf den Anleihestock von der Gesellschaft für Rechnung der Gesellschafter gezahlte Kapitalertragsteuer Anrechnung. Die Börsensumsatzeuer bei Anschaffungsgeschäften für den Stock geht zu Laften der Gesellschafter (Art. 17 I. AnlStDBD.). Bei der Beranlagung der Gesellschafter zur Einkommen- und Körperschaftsteuer sollen nun gemäß Art. 15 Abs. 1 Sat 1 III. Anl-StDBD. zur Vereinfachung der Verwaltung die Finkl. regelmäßig — d. h. ohne Nachprüfung — bavon ausgehen, daß die Rapitalertragsteuer von einem Neuntel der den Gesellschaftern aus dem Stock zufließenden Beträge (entsprechend der Abfilhrung von 10% der nicht baren Gewinnteile) an das Fin A. abgeführt ift. Die Borschrift des Art. 15 Abf. 2 I. AniStDBD., die die Ausfertigung von Bescheinigungen für die Finanzberwaltung vorsah, fällt ins Leere. Durch Art. 15 Abs. 1 Sat 2 III. AnlStDBD. ist klargestellt, daß Abs. 1 Sat 1 nicht für die Sonderanleihestocke der Gefellschaften gilt. Es soll in diesem Zusammenhang nochmals ausdrücklich betont werden, daß bei diesen überweisungen der Gesellschaften zum Anleihestock für ihre eigene Rechnung, insbesondere auf Auflagen ober Anordnungen des Reichswirtschaftsministers, ein Abzug von 10% Kapitalertragsteuer nicht vorgenommen werden darf.

Art. 15 Abs. 2 III. AnsStDVD, befaßt sich mit den

Uberweisungen zum Anleihestock von Gesellschaften,

a) soweit sie selbst beteiligte Gesellschafter sind, von der Schachtelvergünstigung des Art. 3 Abs. 1 I. AniStDBD. keinen ober nur teilweisen Gebrauch gemacht haben, und

b) soweit sie eigene Anteile besitzen oder soweit vom Gewinnbezug ausgeschlossene Anteile vorhanden sind (vgl. Art. 3 und 8 I. AnsStDBD.) und sie hierauf (wie zu a) die überdividende abgesührt haben.

In diesen Fällen ist von den Gesellschaften auch die Kapitalertragsteuer entrichtet worden. Sie werden jedoch wegen der ihnen aus dem Anleihestock zusließenden Beträge nicht zur Körperschaftsteuer herangezogen (vgl. das steuerrechtliche Schachtelvivileg gemäß § 9 Abs. 1 KörpStG.). Hier kommt der Gesehlte Kapitalertragsteuer bei der Entrichtung der im übrigen zu zahlenden Körperschaftsteuer für das Birtschaftsiahr anzurechnen, in dem der Anseihestock aufgelöst wird. Wird dagegen von solchen Gesellschaften keine Körperschaftsteuer erhoben (Gemeinden usw.), so kann wegen der etwa gezahlten Kapitalertragsteuer nicht geholsen werden. Eine Erstattung kommt nicht in Frage.

Die Einfünfte aus der Berteilung des Anleihestocks konnen nicht als außerordentliche Einkünfte gemäß § 34 Eink-St. behandelt werden. Ihre Verteilung auf mehrere Jahre kann daher nicht zugelassen werden. Daß die Steuergutscheine im übrigen weder börsenumsas-, urkunden- noch wechselsteuer-

pflichtig sind, war oben schon betont.

4. Schlugbestimmungen

In Art. 16 III. AnlStDBD. ist entsprechend den früheren Borschriften (§ 10b AnlStG., Art. 19 I. AnlStDBD.) auch für die neuen Bestimmungen die Möglichkeit von Ausnahmen zugelassen, über die der Reichswirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister entschiedet.

über die Strafbestimmungen des Art. 17 III. Anste DVD. ist oben schon näheres ausgesichrt. Sie betreffen den Verstoß gegen behördliche Auflagen anläßlich der Genehmigungen von Kapitalerhöhungen und gegen die Auflösungsvorschriften.

Zur Frage der Berechtigung und Gültigkeit innerdeutscher Wertsicherungsklauseln

Bon Affeffor Dr. Meher-Collings, Berlin

T.

Unter "Wertsicherungsklauseln" sind diesenigen Klauseln zu verstehen, durch die sich der Gläubiger gegen Abgleiten der Schuldwährung sichern kann. Die verschiedenen Arten solcher Klauseln sind des näheren geschildert u. a. dei Sack und Meyer-Collings, "Golde und Valutaklausel in deutscher und niederländischer Gerichtsprazis") S. 9 ff.; diesen Ausführungen hat sich kürzlich Jürgensen en: JW. 1937, 2497 ff. in zutressender Weise angeschlossen. Der von ihm verwendete Ausdruck, "Kährungsschußtlauseln" ist allerdings nicht ganz zutressend. Die in Kede stehenden Klauseln dienen nicht dem Schuß der Währung, sondern des Gläubigers, dem sie den ursprünglichen Wert der Forderung sichern sollen.

Es foll im vorliegenden Auffat die Berechtigung und Bültigkeit folcher Rlaufeln für den heutigen innerdeutsch en Rechtsverkehr untersucht werden. Im zwischenstaatlichen Rechtsverkehr find die Berhältniffe anders gelagert. Bährend, wie im folgenden zu zeigen, für den innerdeutschen und im allgemeinen auch für den inneren Rechtsverkehr eines jeden Staates Wertsicherungsklauseln grundsätlich nicht berechtigt sind, wird ber zwischenstaatliche Rechtsverkehr2) nicht ganglich umhin können, sich solcher Rlaufeln zu bedienen. Das gilt nicht nur für die echte Balutaklausel; es gilt für alle Wertsicherungsklaufeln schlechthin. Burbe man fie nicht zulaffen, fo würde der internationale Handels=, insbesondere der Areditverkehr, weiter zurückgehen. Daher gebührt bem "paiement international"2a) eine Sonderstellung. Leider ist nicht zu verfennen, daß infolge ber wirtschaftspolitischen Spannungen zwischen ben verschiedenen Staaten der Begriff bes "paiement international" ber Gefahr immer stärkerer Einschränkungen ausgesett ift, die durch gesetzeberische Magnahmen zum Ausbruck kommen; daher besteht die Besorgnis, daß ber Begriff schließlich zur blogen Fiktion herabsinkt.).

Der vorliegende Ansjak will den bei Jürgensensen a. a. D. unter III, 2 aufgeführten Sonderfällen zwangsläusig vereinvarter Goldklauseln sowie ferner den echten Balutaklauseln auch für den innerdeutschen Rechtsverkehr die Berechtigung nicht absprechen. Die vor der Einführung der Devisenbewirtschaftung vereinvarten Alauseln letzterer Art sind nach der Einführung aus praktischen Gründen sast durchweg in unechte Balutaklauseln umgewandelt worden. Die gleichwohl bestehen gebliebenen und heutzutage noch neu vereinvarten echten Balutaklauseln beruhen wirtschaftlich auf zwischenstatzlichen Beziehungen; die deutsche Bolkswirtschaft erleidet hier keinen Schaden, da nach Maßgabe der Devisengesetzgebung die Erfüllung dzw. Neuvereindarung solcher Klauseln nur in volkswirtschaftlich erwünschten Fällen genehmigt wird.

Unechte Valutaklauseln bürften in Deutschland nach der großen Abwertungswelle der Jahre 1931—1936 kaum neu verseinbart werden, allenfalls in Form der Valutagoldklausel 4), bei der ein sestes Verhältnis zum Goldwert, oder der Kurssgarantieklausel 5), bei der ein sestes Verhältnis zur Reichsmark vereindart wird. Am meisten Bedeutung hat immer noch die Goldklausel. Doch muß man sich vor Augen halten, daß auch der Goldpreis einmal in erhebliches Abgleiten geraten kann 6). Allerdings läßt sich ein solches Abgleiten durch sinngemäße Maßnahmen sehr wohl vermeiden, wie sie Deterding, "Vernunst in der Wirtschaft") vorgeschlagen hat.

11

Die Frage, ob Wertsicherungsklauseln (mit Ausnahme der oben erwähnten Sondersälle) im innerdeutschen Rechtsberkehr heute berechtigt sind, wird im solgenden unter drei Gesichtspunkten geprüft werden: 1. Währungspolitik der Regierung, 2. Einstellung des Gesetzebers, 3. Belange der Bolkswirtschaft. Die Ausführungen zu 3. dürsten zum großen Teil auch für die Frage der Berechtigung von Wertsicherungsklauseln im inneren Rechtsverkehr anderer Staaten gelten.

über die verschiedenen Meinungen zu der Frage der Berechtigung im innerdeutschen Kechtsverkehr und die einschlägigen amtlichen Erlasse hat Jürgensen a. a. D. im Anschluß an Sack und Meher=Collings S. 5 f. und S. 25 si. eingehend berichtet za).

1. Ift eine Abwertung der Reichsmark zu erwarten? Es

¹⁾ Im folgenden abgekürzt: SMC.

²⁾ Siehe zu den für ihn hier einschlägigen Fragen den Bericht von Senmann, "Der II. Internationale Kongreß für Nechtsvergleichung im Haag" in "Deutsches Necht" 1937, 389 ff. (S. 393).

Den Begriff bes "contrat international" und des "paiement international" hat die französische Achtsprechung in den letzten zehn Jahren eingehend herausgearbeitet. In dem Rechtsfreit Pélissier du Besset c. The Algiers Land Warehouse Co. Ltd. — Urteil des Kassationshoses v. 17. Mai 1927 (Dalloz Receuil périodique 1928, 1, 25 mit Anm. von Capitant; Sirey Recueil général 1927, 1, 289 mit Anm. von Esmein) — besucrkte Oberreichsanwalt Matter tressend, ein "contrat international" liege vor, "wenn der Bertrag wechselseitige Folgen in einem Lande und in einem anderen Lande wie ein Hins Herstließen über die Grenzen hervorrust". Über die französische Rechtssprechung seit diesem Urteil vol. Mestre, "Les paiements internationaux d'après la jurisprudence de la Cour de Cassation" (Cahiers de droit étranger, V), S. 18 si. und die Anm. von Trotabas zu den Urteilen des Kassationshoses v. 24. Jan. und 14. Febr. 1934 (Dalloz Rec. pér. 1934, 73 si.); Trotabas berücksichtigt u. a. insbesondere die anleiherchslichen Fragen. Was unter einer "internationalen Anleihe" zu verstehen ist, legt auch das Schweizerische Bundesgericht in seinem Urteil v. 23. Mai 1928 betr. die Borkriegsanleihen des Crédit Foncier Franco-Canadien dar (Clunet Journal de Droit international 1929, 498 si.; amst. Sammlung Bd. 54, II S. 257 si.); in der Desinition, die das Gericht des Megriff des "titre international" gibt (amst. Sammlung a. a. D. S. 267) ist das wesenstichse Monnent die Berbreitung unter einem internationalen Rublikum von Cläubigern. Schließlich seinden dus Lapra de IIe und Ribonent die Berbreitung unter einem internationalen Rublikum von Cläubigern. Schließlich seinternational" Bd. X, Artikel "Paiement", Rr. 46—51, zum Begriff der internationalen Rechtsbeziehungen hingewiesen.

^{*)} Bgl. Wahl, "Der Einfluß ber Geldwertveränderungen auf internationale Rechtsbeziehungen" in "Deutsche Landesreserate zum II. Internat. Kongreß für Rechtsvergleichung im Haag 1937" S. 341 ff. (S. 345).

⁴⁾ über sie vgl. SMC. S. 16.

⁵⁾ über sie vgl. SMC. S. 15.

⁶⁾ Bgl. bas in JB. 1937, 1699 Anm. 11 angeführte Schrifttum, auch Henggeler, "Die Abwertung des Schweizer Frankens und ihr Einfluß auf die zivilrechtlichen Verhältnisse" in Ztschr. f. Schweiz. Recht 56, 157 aff. (S. 175 a).

^{7) &}quot;Mitteilungen ber Deutschen Handelskammer für die Nieberlande", 3. Jahrg., Nr. 28, S. 1 ff. u. S. 4 ff.

⁷²⁾ Es sei noch auf den erst nach Abschluß des vorliegenden Aufsates erschienenen Aufsat von Danielcik: "Währungsschußklauseln" in "Die nationale Wirtschaft" 1937, 366 if. hingewiesen. Danielcik verneint ihre Berechtigung für den innerdeutschen Rechtsverkehr.

ist bei Sack und Mener = Collings in dem Abschnitt "Deutige Währungspolitik in Deutschland" (S. 17ff.) unter Bezugnahme auf Worte Abolf Hitlers und Schachts im einzelnen dargelegt worden, daß die nationalsozialistische deutsche Regierung fest entschlossen ift, ben Rurs der Reichsmart aufrechtzuerhalten; diese Ausführungen hat Jürgensen a. a. D. dankenswerterweise noch einmal hervorgehoben. Brof. Wistemann, der neue Rektor der Berliner Wirtschaftshochschule, hat in seinem anläßlich der Eröffnung des Wintersemesters 1937/38 gehaltenen Bortrage "Das Geld in der Wirtschafts-ordnung" eingehend ausgeführt, es sei in Deutschland den Glaube an die Währung und an die Wirtschaft unerschütterlich verbunden mit dem Vertrauen zur Führung Adolf hitlers (fiehe den Bericht von Papold: DJ. 1937, 1802).

Abwertung oder gar Inflation sind im heutigen Deutschland nicht zu befürchten. Auch eine fog. "ftille Inflation" wird von der Regierung nicht geduldet. Eine "stille Juflation" ist in zwiefacher Form möglich. Bei beiden Formen bleibt der Währungsstandard erhalten. Bei der einen Form tritt ein ständiges Steigen der Preise ein; bei der anderen bleiben zwar die Preise stadil, aber die Beschafsenheit der Waren wird immer geringwertiger. Dem Schuße gegen die erstere Form dient die Preisstopgesetzgebung, gegen die zweite die mannissache staatsche Regelung der Zusammensetzung der verschiedenen Sachgüter.

Anläßlich der Abwertungsmaßnahmen, die verschiedene europäische Länder im September 1936 trafen, sagte Schacht*) u. a. folgendes: "Rein Druck wird die Reichsregierung veranlassen, etwas zu tun, was gegen die Interessen ihres eigenen Landes und Volkes ist." Das bedeutet, daß die Neichsregierung nicht daran benkt, die Reichsmark abzuwerten, solange die Interessen des deutschen Volkes einer Abwertung entgegenstehen. Heutzutage verbieten diese Interessen jegliche Abwertung. Wenn aber einmal in späteren Jahrzehnten auf Grund besonderer Umftände — z. B. eines Angriffskrieges gegen Deutschland — ber Fall eintreten sollte, daß nach Unsicht der Reichsregierung die Interessen des deutschen Bolkes eine Abwertung der Reichsmart gebieten, bann - jo darf man wohl annehmen — wird die Regierung nicht zögern, zu einer Abwertung zu schreiten. "Beise ist die Regierung, die nicht auf Rosten ihrer Landsleute unwandelbar bleibt, sondern ihren Kurs ändert, wenn das allgemeine Wohl es ersorbert, und die sich nicht scheut, ehrlich zu bekennen, daß sie andere Wege gehen muß 9)."

2. Der nationalsozialistische beutsche Gesetzgeber ift ben Wertsicherungsklaufeln abhold. Das zeigte zunächst bas Rog-genschuldengesetz v. 16. Mai 1934 (RGBl. I, 391) 10). Ganz besonders hat der Gesetzgeber seiner Einstellung gegen Wertsicherungsklaufeln Ausdruck verlieben in bem Befet über Fremdwährungsschuldverschreibungen (Dollarbondsgeset) vom 26. Juni 1936 (RGBl. I, 515)¹¹) und in der VD. über Fremdwährungsschulden v. 5. Dez. 1936 (RGBl. I, 1010)¹²). Durch das Roggenschuldengesetz sprach der Gesetzgeber sich gegen die Sachwertklausel aus, durch das Dollarbondsgesetz und die BD. über Fremdwährungsschulden gegen die Goldflausel 13). Zwar betreffen lettere beide gesetliche Magnahmen nur echte Valutaschulden aus dem zwischenstaatlichen Kopital-

verkehr, der im vorliegenden Auffat, der sich nur mit inner-

deutschen Berhältnissen befaßt, nicht berücksichtigt werden soll. Von Bedeutung ist jedoch hier die Aushebung der Goldklausel ohne Rücksicht darauf, ob der betr. ausländische Gesetzgeber selber sie beseitigt hat. Dieser Aufhebung lag der Gedanke zugrunde, daß es angesichts der in ben letten Jahren erheblich gestiegenen Kaufkraft des Goldes unbillig sei, wenn ber Schuldner das seinerzeit Empfangene jest in einem für ihn unerschwinglichen Goldwert zurückzuzahlen habe 14). Dieses Argument des Gesetzgebers gegen die Berechtigung der Gold= flausel dürste sich letten Endes nicht nur gegen ihre Berwendung im zwischenstaatlichen, sondern insbesondere auch im innerstaatlichen Rechtsverkehr richten, und zwar gerade für den Fall der Abwertung der heimischen Wahrung.

Wegen die innerdeutsche Goldklausel hat sich der deutsche Weschgeber neuerdings ausgesprochen in Art. 5 der 9. Durchf= VD. 3. SchuldkeglG. v. 1. Dez. 1937 (RGBl. I, 1305); dort wird die Umwandlung gewisser Forderungen, die auf Golb= mark oder eine bestimmte Menge Feingold lauten, in Reichsmarkforderungen angeordnet.

3. Für die volkswirtschaftliche Erwünschtheit der Wertsicherungsklauseln könnte vielleicht jemand sich auf die Aus-führungen beziehen, die der SftOGH, in seinem Urteil vom 1. Febr. 1933 (2. Ob. 781/32) 15) zur Goldwertklausel gemacht hat:

"Eine Bereinbarung dieser Art wurde stets als erlaubt angesehen. Sie widerspricht nicht den guten Sitten, weil es dem einen Wert von bestimmtem Umfang hingebenden Darlehenssgläubiger vorbehalten sein muß, für die Erhaltung des Vermögensdestandes zu sorgen. Die entgegengesette Anschauung würde zu dem die Volkswirtschaft schöligenden Vorgang sühren, das parkstelles Zwitzschauftschaft scholigenden Vorgang sühren, daß vorsichtige Kapitalbesiger ihr Vermögen horten, anstatt es durch Aulage der Volkswirtschaft zuzuführen."

Ganz abgesehen davon, das gerade in Osterreich die Goldklausel in der letten Zeit einen durchgreifenden Abbau er-fahren hat 16), sind diese Ausführungen insoweit irrtümlich, als sie die Ablehnung der Goldklaufel — und im Ergebnis jeder Wertsicherungsklausel — für volkswirtschaftlich schädlich ertlären. Im Gegenteil: eine Wertsicherungsflausel ift im allgemeinen sowohl der Bolkswirtschaft als auch dem Gläubiger wie dem Schuldner schädlich.

A. Nicht allerdings wird der Schuldner dadurch geschäbigt, daß er im Falle einer Abwertung das feinerzeit Empfangene jett in einem für ihn oft unerschwinglichen Werte gurudgahlen muß; benn er erhalt ja bie Begenleiftung bes (Gläubigers zu einem nicht geminderten Wert oder hat sie zu einem solchen erhalten ^{16a}). Daher ist es nur recht und billig, wenn er seinerseits die ursprünglich ausbedungene Leistung in vollem Umfange bewirkt. Bielmehr liegt ber Schaben für ben Schuldner und die Unbilligkeit darin, baß im Falle einer Deflation die Leiftung des Schuldners gleichbleibt, so daß der Gläubiger mehr empfängt, als ihm billiger= weise zusteht. Es ist auch rechtlich nicht möglich, eine bem Schutze des Gläubigers gegen Abwertung der Schuldwährung dienende Rlaufel im Falle der Deflation entsprechend gu= gunften bes Schuldners auszulegen; bas folgt aus bem qu= treffenden Urteil bes DLG. Naumburg v. 26. Febr. 1934 (1 U 47/33) 17),

⁸⁾ Jürgenjen a.a.D. E. 2949; DJ. 1936, 1518; SMC. G. 18.

⁹⁾ Letterer Ausspruch stammt von Hehligers "Devaluatie" in "Het Vaderland", Morgenausgabe v. 8. Nov. 1936,

¹⁰⁾ Siehe zu diesem Gesetz SMC. S. 16 und das dort angeführte Schrifttum.

¹¹⁾ Amtl. Erläuterung DJ. 1936, 995 — JW. 1936, 2029. Siehe auch das bei SMC. S. 1 Anm. 1 zusammengestellte Schrift-

¹²⁾ Amtl. Erläuterung DJ. 1936, 1873.

¹³⁾ Bgl. SMC. S. 190.

¹⁴⁾ Bogels: DJ. 1936, 1490.

¹⁵⁾ J.W. 1933, 12851 (mit Ann. von Koefler); "Ofterr. Jumobilienzeitung" 1933, 3.

¹⁶⁾ Siche DJ. 1937, 87 u. 828 sowie insbesondere Duben: JAustJutPrn. XI, 266 ff. und neuerdings Torggler: "Das Goldsklauselgeses, die Rechtsprechung und das Schrifttum zur Golds klaufel" in "Ofterr. Richterzeitung" 30 (1937), 361 ff.

¹⁰ a) Auf ber entsprechenden überlegung beruht das zutreffende Urteil des KG. v. 22. Juli 1937, 13 U 1706/37 (JB. 1937, 3104 33), daß bor der Geldentwertung geschlossene Berträge auf Einkauf in ein Altersheim, beren Einkaufspreis vor der Entwertung gezahlt worden ist, von der Inflation nicht berührt werden.

^{17) 328. 1934, 2176 11;} SMC. S. 38.

B. Der Schaben, ben die Wertsicherungsklausel der Bolkkwirtschaft zusügt, liegt darin, daß sie das Vertrauen zur heimischen Wirtschaft untergräbt. Dadurch, daß der Staatsbürger sich einer solchen Klausel bedient, gibt er sein Mißtrauen gegen die heimische Währung kund. Gerade diese Kundgebung ist ihrerseits wiederum geeignet, die Erhaltung der Währung in Gesahr zu bringen. Wertsicherungsklauseln im inneren Rechtsverkehr eines jeden Staates schwächen das Vertrauen zur heimischen Währung und erschweren dadurch der Regierung, den Kurs der Währung aufrechtzuerhalten. In richtiger Erkenntnis dieser Gesahr war seinerzeit die schweiszerische Nationalbank der Anwendung der Goldklausel entsgegengetreten (Jahresbericht 1929 S. 23).

C. Auch dem Gläubiger bringt die Wertsicherungsklausel Schaden. Aur in Ausnahmefällen erhält er im Falle der Abswertung, was er sich durch den Schuldner hat versprechen lassen. Wenn nämlich ein Staat abwertet, dann pflegt er alsbald auch die Wertsicherungsklauseln ihrer Wirksamkeit durch gesehliche Maßnahmen zu entkleiden, damit nicht die staatsliche Abwertungspolitik durch solche Alauseln abgeschwächt wird. Wir haben das in den letzten Jahren hinreichend erlebt. Nur in Ländern, in deren innerem Nechtsverkehr Goldklauseln so gut wie gar nicht vorkamen, wie z. B. in England 18), oder nur in geringem Umfange, wie z. B. in der Schweiz 19), hat der Gesehgeber von der Aushebung von Wertsicherungssklauseln abgesehen.

Andererseits erhält der Gläubiger bereits ohne weiteres dann weniger, wenn der Wertmaßstab der Sicherungsklausel im Werte sinkt. Das haben in Deutschland die Gläubiger bei Baluta= und Sachwertklauseln spüren müssen.

Durchweg täuschen die Wertsicherungsklauseln dem Gläubiger eine Sicherheit vor, die gerade dann, wenn der Gläubiger von ihr Gebrauch machen will, durch einen Federstrich des Gesetzgebers vernichtet wird. Da sie doch nie ihren Zweck erreichen, bei sinkendem Wertmaßstab sogar sich vielsach in ihr Gegenteil verkehren, sind sie zwecklos. Gerade dies ist m. E. der Hauptgrund gegen die Berechtigung von Wertsicherungstlauseln im inneren Rechtsverkehr eines je den Landes, daß solche Klauseln, die den Schuh des Gläubigers bezwecken, diesen Zweck doch nicht erfüllen; sie nützen dem Gläubiger nicht und schaden nur der Vollswirtschaft.

Wenn etwa eine Abwertung notwendig werden sollte, dann würde sicher ein Gesetzgeber nicht zögern, die dann noch bestehenden Wertsicherungsklauseln aufzuheben, damit seine Währungspolitik nicht durch die Auswirkungen solcher Klausseln durchkreuzt wird.

III.

Daß Bertsicherungstlauseln im innerbeutschen Rechtsverkehr noch eine Berechtigung haben, ist — mit den eingangs gemachten Einschränkungen — zu verneinen. Im Zusammenhang mit der Frage der Berechtigung bemerkt Jürgensenam Schlusse seingehenden Zusammenstellung a. a. D.:

"Der Auffassung, daß besondere Berträge zur Sicherung des Geldes vor Entwertung der Reichsmark gemäß § 138 BGB. nichtig seien, ist zwar zuzustimmen; ihre Berallgemeinerung auf alle Wertsicherungsklauseln würde jedoch praktisch in vielen Fällen zu unhaltbaren Ergebnissen führen."

Unter "besonderen Verträgen zur Sicherung des Geldes vor Entwertung der Reichsmart" dürften in erster Linie gerade Vereinbarungen von Wertsicherungsklauseln zu verstehen sein. Diese Klauseln hält Fürgensen jedoch nicht für sittenwidrig und nichtig. Anscheinend meint er mit den von ihm beanstans deten Verträgen Kursvisikoversicherungsverträge gegen eine Wewertung der Reichsmark. Ob aber jemand das vermeintliche Kisste einer solchen Abwertung auf den Vertragsgegner mit Hilse einer Wertsicherungsklausel oder auf einen Dritten mit Hilse einer Kursvisikoversicherung abwälzen will, bildet für die Frage der Sittenwidrigkeit keinen Unterschied. Man kann beide Vereinbarungen entweder als statthaft oder als sittenswidrig ansehen, aber nicht verschieden würdigen.

He f mut Schulze hat sich in einer Schrift mit ber "Ungültigkeit der Goldklausel und anderer Wertabreden im innerdeutschen Rechtsverkehr"20) besaßt. Er bejaht die Unsgültigkeit, begründet aber seine Ansicht nicht; der maßgebliche Baragraph "Die im öffentlichen Interesse ersorderliche Unsgültigkeit der Wertklauseln" enthält im wesentlichen nur eine — allerdings zutressende — Ablehnung der valoristischen Gedankengänge von Eckein, "Geldschuld und Geldwert im materiellen und internationalen Privatrecht" (Verlin 1932) 21).

Eine Begründung für die Ungültigkeit oder Nichtigkeit von Wertsicherungsklauseln und Kursrisikoversicherungen zum Schutz gegen Abwertung der Keichsmark läßt sich auch nicht sinden. Derartige Vereinbarungen sind, wie oben dargelegt, überschissig und unzwedmäßig, ja schädlich. Das Vorhandensein dieser Eigenschaften hat aber noch keineswegs eine Sittenwidrigkeit zur Folge. Wer eine Sittenwidrigkeit bejahren wollte, müßte notgedrungen auch dazu Stellung nehmen, ob nur jetzt etwa noch vereinbarte Abreden als unsittlich anzuschen seien oder auch in der Vergangenheit vereinbarte. Wie will man aber hier eine scharfe Trennung machen?! Von welchen Zeitpunkt ab ist die Vereinbarung solcher Abreden als unsittlich anzuschen?

Wichtiger als nach Argumenten zu forschen, wie man wohl die Wertsicherungsklauseln im innerdeutschen Rechtssverkehr auch ohne gesetzgeberischen Akt als nichtig ansehen könne, erscheint eine Aufklärungsarbeit des Rechtswahrers in jedem Einzelfalle, wenn Volksgenossen — außerhalb der gesbilligten Ausnahmen — Wertsicherungsklauseln vereinbaren wollen.

Nicht angängig ist es, ohne weiteres die Bezeichnung "Goldmart" durch "Reichsmart" ersetzt sehen zu wolsen, wie Jürgenfen a. a. D. ohne Begründung vorschlägt. Auch den Ausführungen von Ha act. JW. 1937, 2944 ff. dürste nicht ohne Einschränkung zu folgen sein, da die Rechtspreschung²²) doch etwas entgegenstehen dürste; hierzu Stellung zu nehmen, ist mir jedoch hier im Hinblick auf den Umfang des zur Verfügung stehenden Kaumes nicht möglich.

¹⁸⁾ Nur in brei englischen Prozessen hat die Goldklausel eine wesentliche Nolle gespielt: Feist v. Société Intercommunale Belge d'Electricité (Urteil des House of Lords v. 15. März 1933: Times Law Reports Bd. 50 S. 153 ff., deutsche übersegung JW. 1934, 255 ff. mit Anm. von Ohse, Rex v. International Trustee for Protection of Bondholders Aktiengesellschalt (Urteil des House of Lords v. 28. Jan. 1937, Gründe verkündet am 15. März 1937: Times Law Reports Bd. 53 S. 507 ff., deutsche übersegung Akadz. 1937, 506 ff. mit Ann. von Domke) und British and French Trust Corporation Ltd. v. New Brunswick Railway Company (Urteil des Court of Appeal v. 23. Nov. 1937: Times Law Reports Bd. 54 S. 172 ff.). Ju allen drei Fälsen handelte es sich um internationale Anleihen.

¹⁹⁾ Bgl. Benggeler a. a. D. G. 198a.

²⁰⁾ Erlanger Diff. 1936.

²¹⁾ Bgl. auch die Besprechung setteren Werkes von Melchior: JW. 1932, 3808.

²²⁾ über sie vgl. SMC. S. 63 ff.

Die Mitwirkung des Rechtswahrers bei der Durchführung des Personenstandsgesetzes vom 3. Nov. 1937 (RGBl. I, 1146)

Bon Oberlandesgerichtsrat Maßfeller, Berlin

Am 1. Juli 1938 tritt bas am 5. Nov. 1937 verkündete neue deutsche Personeustandsgeset v. 3. Nov. 1937 (RGBl. I, 1146) in Kraft. über ben wesentlichen Inhalt bes Gesetzes habe ich in DJ. 1937, 1768 ff. berichtet. Un dieser Stelle will ich eine turze Uberficht über die Falle geben, in denen der beutsche Rechtswahrer bei der Durchführung des neuen Bersonenstandsgesetzes mitwirkt.

I. Das Geset v. 3. Nov. 1937 enthält anders als bas Gefet über die Beurkundung des Personenstandes und die Cheschließung v. 6. Febr. 1875 (AGBl. 23) einen besonderen Abschnitt "Gerichtliches Verfahren" (6. Abschnitt, §§ 45-50). Es sieht in diesem Abschnitt eine gerichtliche Mitwirfung grundsählich in demselben Umfange wie das bisherige Recht vor. Rach § 11 Abf. 3 bes Gefeges von 1875 tonnte der Standesbeamte, der die Vornahme einer Amtshandlung abgelehnt hatte, hierzu auf Antrag eines Beteiligten durch das Gericht angehalten werden. Und nach § 65 dieses Gesches konnte die Berichtigung einer Eintragung nur auf Grund ge-richtlicher Anordnung erfolgen. Dem § 11 Abs. 3 des Gesetzes entspricht § 45 bes neuen Gefetes und dem § 65 des alten der § 47 bes neuen Gefețes.

1. § 45 bes Gesetzes v. 3. Nov. 1937 bestimmt:

"Lehnt der Standesbeamte die Vornahme einer Amtshandlung ab, so fann er auf Antrag der Beteiligten oder der Aufsichtsbehörde durch das Amtsgericht dazu angehalten

Nach § 11 Abf. 3 bes alten Gesetzes tonnte nur ein Beteiligter den Antrag auf gerichtliche Entscheidung stellen. Das neue Recht erkennt auch der Aufsichtsbehörde des Standes-beamten diese Befugnis zu. Die Anderung der Rechtslage beruht auf der Erwägung, daß es die Aufgabe der standes amtlichen Aufsichtsbehörde ist, Wahrerin der Volks und Staatsintereffen zu fein. Bolks- und Staatsintereffen konnen aber auch dann verlett fein, wenn der Standesbeamte eine von ihm begehrte Amtshandlung ablehnt. Lehnt der Standes= beamte etwa die Anordnung des Aufgebots oder die Vornahme der Cheschließung ab, weil er zu Unrecht ein Che-hindernis für vorliegend erachtet, so werden durch diese Entscheidung Bolts- und Staatsinteressen verlett, weil es auch für das Bolf von Bedeutung ist, ob eine Che geschlossen wird ober nicht. Die Aufsichtsbehörde des Standesbeamten tann in foldem Falle fünftig die Entscheidung des AG. anrufen und ihre bon der des Standesbeamten abweichende Auffassung zur Geltung bringen.

Aufsichtsbehörde im Sinne des § 45 des Gesehes ift entweder die dem Standesbeamten unmittelbar übergeordnete untere Verwaltungsbehörde oder die höhere Verwaltungsbehörde oder auch der Reichsminifter des Junern (vgl. hierzu § 59 des Gesetzes).

Für die im § 45 vorgesehenen Entscheidungen sind ausschließlich die AG. zuständig, die ihren Sit am Drt eines LG. haben; ihr Bezirk umfaßt ben Bezirk bes LG. (§ 50 Abf. 1). Die örtliche Zuständigkeit wird durch den Sitz des Standesbeamten bestimmt, der die angefochtene Berfügung erlaffen hat. Die Zusammenfassung aller Sachen bei den AG., die ihren Sit am Ort eines &G. haben, ift aus der Erwägung heraus vorgenommen worden, daß nur auf diefe Beife eine möglichst einheitliche Rechtsprechung erzielt werben tann. Es ist bies also dieselbe Erwägung, die dazu geführt hat, baß durch die BD. über die Zuständigkeit der Oberlandesgerichte in Angelegenheiten ber freiwilligen Gerichtsbarkeit und ber Kostenordnung v. 23. März 1936 (RGBl. I, 251) in der oberstandesgerichtlichen Instanz die ausschlichliche Zuständigkeit bes KG. und des DLG. München begründet worden ist (vgl. hierzu auch die amtliche Begründung zum PeriStl. unter II c).

Auf das gerichtliche Verfahren finden wie bisher die Vorschriften des RFGG. entsprechende Unwendung (§ 48 des Gesetzes). Zu beachten ift aber die Sondervorschrift in § 49 des Gesetzes.

a) Das Amtsgericht billigt die Entscheidung bes Standesbeamten. In diesem Falle tann die Berfügung des Gerichts mit der einfachen Beschwerde angefochten

werden (vgl. § 49 Abf. 1 Say 2 des Gesetzes).

Ausdrücklich ausgesprochen ift im Weset, daß die Beschwerde der Aufsichtsbehörde in jedem Falle zusteht (vgl. § 49 Abs. 2 des Geseges). Die Aufsichtsbehörde kann also auch bann Beschwerbe einlegen, wenn fie ben Antrag auf gericht= liche Entscheidung nicht gestellt hat, wenn also nur ein Be-

teiligter das Gericht angerufen hat.

über die Beschwerdebefugnis der Beteiligten ist im Gesetz eine besondere Bestimmung nicht enthalten. Es geht aber offenbar von der Auffassung aus, daß die Beteiligten gegen die ablehnende Entscheidung des AG. ebenfalls Beschwerde einslegen können. Für den Fall, daß sie den Antrag auf gerichtsliche Entscheidung gestellt haben und daß ihr Antrag abgelehnt worden ist, kann dies nicht zweifelhaft sein; die Beschwerde-besugnis ergibt sich aus § 20 RFGG., der zur Ergänzung des § 49 Persets. heranzuziehen ist. Nicht so zweifellos ist die Entscheidung, wenn der Antrag auf gerichtliche Entscheibung nicht von einem Beteiligten, sondern von der Aufsichtsbehörde gestellt ist. Bedenten tonnen sich hier aus der Fassung des § 20 RFGG. ergeben; denn nach § 20 RFGG. ist berechtigt zur Beschwerde, falls die Verfügung nur auf Antrag erlaffen werden konnte und der Antrag zurückgewiesen ift, lediglich der Antragsteller. Die Wortauslegung des § 20 NFGG. würde also zur Folge haben, daß in dem erörterten Falle nur bie Aufsichtsbehörde, die den Antrag gestellt hat, nicht aber auch ein Beteiligter Beschwerde einlegen könnte. Der Beteiligte mußte, um die Entscheidung bes QU. herbeizuführen, fich erft erneut ans MG. wenden, um auf feinen Antrag eine ab-Ichnende Entscheidung zu erhalten. Gine folche Löfung scheint mir aber zu formaliftisch zu sein, um angenommen werden zu können. Ich bin vielmehr der Auffassung, daß die Beteiligten auch bann Beschwerbe einlegen können, wenn ber Standesbeamte die von ihnen begehrte Amtshandlung abgelehnt und das AG. nur auf Antrag der Auffichtsbehörde mit der Sache befaßt worden ift.

Da die Beschwerde in jedem Falle nur die einfache Be= schwerde bes Foo. ist, ift eine formliche Zustellung ber Entscheidung des AG. nicht vorgeschrieben. Die Verfügung braucht nur gemäß § 16 Abs. 1 RFGG. denjenigen, für die sie ihrem Inhalt nach bestimmt ist, bekanntgemacht zu werden. Das sind Die Beteiligten und die standesamtliche Aufsichtsbehörde.

b) Das Amtsgericht weist den Standesbeamten zur Vornahme der beantragten Umts-handlung an. Für diesen Fall bestimmt § 49 Abs. 1 Sat 1 bes Gesetzes: "Gegen eine Verfügung, durch die der Standesbeamte zur Vornahme einer Amtshandlung angehalten . . . wird, findet die sofortige Beschwerde statt; die Berfügung wird erst mit der Rechtstraft wirksam." Auch § 49 Abs. 2 des Gesehes gilt, wonach ber Anflichtsbehörde ein Beschwerderecht in jedem Falle zusteht.

§ 49 Abs. 1 Sat 1 und Abs. 2 des Gesetzes v. 3. Nov. 1937 bringen eine lange Entwicklung, die die Rechtsprechung auf dem Gebiete des § 11 Abf. 3 des Gesetzes von 1875 genommen hat, zum Abschluß. Es ist gang interessant, einen

Blick auf diese Entwicklung zurückzuwerfen.

Die früher herrschende Auffassung versagte im Verfahren nach § 11 Abs. 3 Berfett. von 1875 der Aufsichtsbehörde schlichthin ein Mitwirfungsrecht. Bezeichnend für biese Auffassung ist die Entscheidung bes KG. v. 22. April 1910

(RGJ. 39, A 33), in der ausgeführt wird: "Einer solchen Anweisung (nach § 11 Abs. 3) hat sich der Standesbeamte zu unterwerfen ... Das Al. ist hiernach für den bezeichneten Fall dem Standesbeamten als höhere Instanz derart übergeordnet, daß es für feine Anordnung die volle Berantwortung zu tragen hat, mahrend die Berantwortlichkeit des Standesbeamten wegfällt, wenn er die gerichtliche Anweisung ausführt. Das Berhältnis zwischen bem Standesbeamten und dem UG. ift alfo in gleicher Beise geordnet, wie dasjenige zwischen einem unteren Gericht und dem ihm im Justanzenzuge übergeordneten höheren Gericht. Aus dieser Unterordnung des Standesbeamten unter das AG. hat das RG. bereits in mehreren Entscheidungen gefolgert, daß der Standesbeamte sich über eine Ber-fügung des AG. ... nicht beschweren fann. Denn die Beschwerdebefugnis ist in dem hier maßgebenden § 20 KFGG. nur dem verliehen, dessen Recht durch die Verfügung beein-trächtigt ist. Von der Beeinträchtigung des Rechts einer Behörde tann aber bann feine Rebe fein, wenn eine Berfügung derselben von der höheren Justanz abgeändert oder aufgehoben wird. ... Ift hiernach bem Standesbeamten bas Recht gur Beschwerbe ... zu versagen, so muß bas gleiche auch von ber Beichwerbebefugnis der Berwaltungsbehörbe gelten, ber bie Aufficht über die Umtsführung des Standesbeamten übertragen ift. Über die Beeinträchtigung eines Rechts des Standesbeamten kann fie als deffen Borgefette fich nicht beschweren, da, wie oben dargelegt, die gerichtliche Anweisung nicht als Eingriff in die Rechte bes Standesbeamten aufgefaßt werben fann. ... Es bleibt beshalb nur zu erörtern, ob durch die Anweisung des MG. etwa ein eigenes Recht ber . . Berwaltungs= behörde beeinträchtigt werden kann . . . Inwiefern aber die Anweisung des AG. ein eigenes Recht der Verwaltungsbehörde beeinträchtigen könnte, ist nicht ersichtlich. Die aus ber Aufsicht fließenden Befugnisse werden durch die Anweisung nicht geschmälert, da der Gesetgeber selbst durch § 11 Abs. 3 BersetG. neben dem Aufsichtsrecht der Berwaltungsbehörde das besondere Recht des Gerichts begründet hat, auf Anrufung der Beteiligten dem Standesbeamten die Bornahme einer von ihm abgelehnten Amtshandlung vorzuschreiben. Wird bemgemäß die Entscheidung des Gerichts von einem Beteiligten angerufen, fo liegt ber Betrieb ber Angelegenheit und bie Gutscheibung allein dem Gericht ob. Eine Mitwirkung der aufsichtführenden Bermaltungsbehörde findet babei nicht ftatt . . ." Die letten Konfequenzen aus biefer Auffassung hat das RG. in der Entscheidung v. 4. Oft. 1918 (RGJ. 51, 63) gezogen, in der ausgeführt wird: "daß das Aufsichtsrecht der Berwaltungsbehörde bei der Registerführung insofern ausreichend gewahrt ift, als es ihr unbenommen bleibt, die Berichtigung einer nach ihrer Unficht unrichtigen Eintragung mit der Begründung, daß sie auf einer inhaltlich unzutreffenden An-weisung beruhe, gemäß §§ 65, 66 Persols. zu betreiben. Zu einer Berhütung unrichtiger Eintragungen bagegen, wenn foldse auf einer gerichtlichen Anweisung beruhen, soll nach ber erkennbaren Absicht des Gesetzes die Berwaltungsbehörde nicht besugt sein. Denn das Gesetz (§ 11 Abs. 3 Persott.) hat den gerichtlichen Anweisungen sofortige Birksamkeit (§ 16 FUG.) beigelegt; diese Wirksamkeit tritt aber schon mit der an die Beteiligten bewirkten Befanntmachung ein, mahrend eine Befanntmadjung an die Berwaltungsbehörde im Gesetz nicht vorgesehen und jedenfalls zur Birtsamteit der Anweisung nicht erforderlich ift. Der Standesbeamte ist hiernach nicht einmal für befugt zu erachten, die Gintragung, zu ber er wirkfam angewiesen worden ist, etwa aufzuschieben, bis seine Aufsichtsbehörde sich wegen Einlegung eines Rechtsmittels schlüssig gemacht ober dieses durchgeführt hat." Die Aufsichtsbehörde soll nach dieser Auffassung also untätig zusehen, daß der Standesbeamte auf Grund einer Anweisung des AG. eine unrichtige Gintragung vornimmt. Erft wenn bies geschehen ift, darf fie das Berichtigungsversahren einleiten.

In einer Entscheidung v. 21. April 1921 ift das KG. (KGZ. 102, 118) dieser Aufsassung entgegengetreten. Das KG. führt u. a. folgendes aus: "Das Peristy. läßt nicht erkennen, daß die Berwaltungsbehörde kein Recht haben soll, unrichtige Eintragungen zu verhindern. Seinen Vorschriften über die Berichtigung der Standesregister liegt vielmehr der

allgemeine Gedanke zugrunde, daß die Berwaltungsbehörde, die zur Ausübung der Dienstaufficht über die Standesbeamten berufen ist, auch das öffentliche Interesse an der Richtigkeit der Eintragungen im Standesregister nach jeder Richtung zu wahren hat ... Auch daraus, daß Berwaltungsbehörden und Gerichte zur Ausführung des Gefetes nebeneinander berufen find, ohne daß die einen den anderen untergeordnet wären, folgt selbstverständlich nicht, daß man der Verwaltungsbehörde nicht die Befugnis hat geben wollen, gegenüber untergerichtlichen Entscheidungen die höheren Gerichte anzurufen ... Hat die Verwaltungsbehörde aber das Recht und die Pflicht, unrichtige Eintragungen gu berhuten, solange und soweit bies bei bem vom Bejete vorgeschriebenen Berfahren möglich ift, so kann auch ihre Beschwerbeberechtigung nicht zweiselhaft fein, wenn das UG. den Standesbeamten zur Vornahme einer Eintragung anweist, durch deren Bollziehung das Standesregister unrichtig werben wurde. Denn das Recht, beffen Beeinträchtigung nach § 20 RFGG. zur Beschwerbe berechtigt, kann auch dem Gebiete des öffentlichen Rechts angehören."

Damit war das Beschwerderecht der Aufsichtsbehörde für die Fälle anerkannt, in denen auf Grund der Anweisung des AG. eine unrichtige Eintragung in den Standesregistern hätte vorgenommen werden muffen. über diesen Rahmen ist die Nechtsprechung auch nicht hinausgegangen; sie hat ein Beschwerberecht gegen anweisende Verfügungen des AG. auch in Zukunft der Aussichtsbehörde versagt, wenn auf Erund der Anweisung eine Eintragung überhaupt nicht vorgenommen wurde oder wenn die Eintragung nicht "unrichtig" war. Noch in einem Beschlusse v. 15. Febr. 1935 (StA3. 1935, 207) hat das RG. die Beschwerdebefugnis der Auffichtsbehörde für einen Fall verneint, in dem es zweifelhaft war, ob die Ehe, die der Standesbeamte auf Grund gerichtlicher Anweisung schließen sollte, gültig war oder nicht. Das KG. begründete seine Entscheibung bamit, daß nach bem Beschlusse bes RG. v. 21. April 1921 ein allgemeines Beschwerderecht der Aufsichtsbehörde gegen Anweisungen der Standesbeamten durch die Gerichte nicht anzuerkennen sei, daß sich vielmehr das Beschwerderecht ber Aufsichtsbehörde auf die Falle beschränken muffe, in denen infolge der Anweisung des Gerichts eine unrichtige Eintragung im Personenstandsregister vorgenommen werden wurde. Falls — wie beim Aufgebot — eine Registereintragung überhaupt nicht erfolge, könne auch keine Rede davon fein, daß die ge= richtliche Anweisung eine unrichtige Eintragung zur Folge habe. Ebenso könne das Register durch die Beurkundung einer Cheschließung nicht unrichtig werden, und zwar felbit bann

nicht, wenn die Cheschließung verboten fei.

Den Schlufiftein in der bisherigen Entwicklung fest der Beschluß des RG. v. 2. Nov. 1936, IV B 55/36: JW. 1937, 9810 u. 280 (vgl. StA3. 1937, 77). Die Entscheidung ist gemäß § 28 Abf. 2 RFGG. auf einen Borlegungsbefchluß des RG. ergangen, in dem das RG. selbst eine Ausdehnung der Beschwerdebefugnis der Aufsichtsbehörde befürwortet. Das MG. führt aus: "In der Sache selbst ist der heutigen ge-änderten Rechtsauffassung des KG. über die Beschwerdeberechtigung der Aufsichtsbehörde zuzustimmen. Un der dem liberalistischen Rechtsbenken entsprungenen und nur von ihm aus verständlichen Auffassung, gemäß § 20 RFGG. muffe Boraussetzung einer folden Beschwerdebefugnis fein, daß durch bie amtsgerichtliche Anweisung ein ber Aufsichtsbehörde als solcher zustehendes Sonderrecht verletzt werde, und zwar entweder das Recht auf eigene Beisungen an den Standesbeamten ober ein Recht auf das Unterbleiben unrichtiger Eintragungen, kann nicht mehr festgehalten werden. Es muß vielmehr genügen, daß die Beschwerbe der Wahrung von Belangen dienen soll, deren Pflege zum Inhalt der der Behörde übertragenen Aufsicht über die Amtssührung des Standesbeamten gehört. In dieser Hinsicht ift es aber in allererster Linie Recht und Pflicht der Auffichtsbehörbe, barüber zu machen, daß ber Standesbeamte nicht durch die Vornahme von Amtshandlungen, die ihm durch das PerfSty. oder die Ausführungsverordnungen dazu übertragen sind, ober durch beren Unterlassung öffentliche Belange verlett oder gefährdet. Gerade das ist auch ber maßgebende Gesichtspunkt, aus bem das Gesetz in den §§ 65 ff. Perssty. der Aufsichtsbehörde auferlegt hat, nicht bloß auf

Antrag eines Beteiligten hin, sondern nötigenfalls auch von Amts wegen auf die Berichtigung von Eintragungen im Standesregifter hinzuwirken. Wenn bas Befet für folche Falle, wo jemand auf Grund eines aus feinen Borfchriften für ihn abgeleiteten Sonderrechts eine Amtshandlung des Standesbeamten verlangt, der Standesbeamte aber deffen Anspruch darauf nicht anerkennt und beshalb die Bornahme verweigert, in § 11 Abs. 3 die Entscheidung hierüber den Gerichten überwiesen hat, so folgt daraus teineswegs, daß hier Recht und Pflicht der Auffichtsbehörde zu folcher Fürsorge ganglich entfiele; ihre Aufgabe beschränkt sich hier nur auf solche Magnahmen, für die neben der Entscheidungsbefugnis der Gerichte noch Raum ift. Dazu gehört aber vor allem die Anrufung der höheren Inftang, wenn die Entscheidung der niederen nach der Auffassung der Auffichtsbehörde den ihrer Dbhut anvertrauten Belangen nicht gerecht wird. Das gilt nicht nur gegenüber Anweifungen zu Eintragungen im Stanbesregister, bei denen schon die bisherige Rechtsprechung ein Beschwerderecht der Auffichtsbehörde anerkannt hat, fondern auch gegenüber Anweisungen zu Amishandlungen anderer Art. Gin sachlicher Grund, der bei diesen eine abweichende Regelung als vom Gesetz gewollt ergeben könnte, ist nicht ersichtlich. Namentlich tann es unmöglich in seinem Sinne sein, daß den öffentlichen Belangen ein geringerer Rechtsschutz zuteil wird, als den Sonderintereffen der Beteiligten. Es ist mit einem gesunden Rechtsempfinden unvereinbar, daß zwar diese bei vermeintlicher Verlezung ihres Sonderrechts die Sache vor die höhere Instanz bringen können, nicht aber die Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, daß die öffentlichen Belange, deren Wahrung ihr übertragen ist, durch die Ent= scheidung der niederen Instanz beeinträchtigt seien. Die ... gegenteilige Rechtsmeinung muß demnach abgelehnt werden."

Durch § 49 Abs. 1 Sat 1 und Abs. 2 des Gesetzes v. 3. Nov. 1937 sind alle Zweifelsfragen, die sich an die Aussegung des § 11 Abs. 3 des alten Persett., an sein Verhältnis zu den §§ 65, 66 dieses Gesetzes und die Auwendung der §§ 16, 20 RFGG. im Versahren nach § 11 Abs. 3 des Gesetzes knüpften, behoben.

Die anweisende Versügung des Gerichts wird erft mit der Rechtsfraft wirksam (§ 49 Abs. 1 Sat 1 Halbsat 2). Der Standesbeamte darf asso die Amtshandlung erst vornehmen, wenn ihm der Eintritt der Rechtskraft nachgewiesen ist. Dies geschieht durch Vorlegung einer mit dem Rechtskraftzeugnis versehenen Ausfertigung der Entscheidung. Das Rechtskraftzeugnis wird gemäß § 31 KBG. von dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des erstinskanzlichen Gerichts erteilt. Nach bisherigem Recht war die Vorlegung eines Rechtskraftzeugnissenicht ersorderlich, da die anweisenden Versügungen des Gerichts — wie aus der oben geschilberten Entwicklung der Rechtsprechung zu § 11 Abs. 3 des alten Versügung wirksam wurden.

Da die anweisenden Verfügungen der Gerichte erst mit dem Eintritt der sormellen Rechtskraft wirksam werden, war es notwendig, vorzuschreiben, daß diese Verfügungen nur mit der sofortigen Beschwerde angesochten werden können (§ 49 Abs. 1 Sat 1 Halbsat 1 des Gesetzes). Die Veschwerde muß also dinnen einer Notfrist von zwei Wochen eingelegt werden. Die Frist beginnt mit der Bekanntmachung der anweisenden Verfügung zu lausen. Die Vesanntmachung selbst erfolgt durch sörmliche Justellung, und zwar nach den Vorsichristen der JPD. über die Justellung von Amts wegen (§ 16 Abs. 2 RFGG.). Die Justellung erfolgt an die Veteiligten und an die standesamtsiche Aussichtsbehörde, unsahängig davon, wer den Antrag auf gerichtliche Entscheisdung gestellt hat.

c) Die vorstehenden Ausführungen gelten sinngemäß auch für die Entscheidungen in den höheren Instanzen (3K. des LG., ZivSen. des DLG. oder des KG.).

d) Fassen wir noch einmal turz zusammen:

Hat der Standesbeamte die Vornahme einer Autshandslung abgelehnt, so können sowohl die Beteiligten wie die standesamtliche Aufsichtsbehörde den Antrag auf gerichtliche Entscheidung stellen. Der Antrag ist an keine Frist gebunden.

a) Bestätigt das Amtsgericht die Entscheidung des Standesbeamten, so ist die bestätigende Versügung den Beteiligten und der standesamtlichen Aufsichtsbehörde bekanntzumachen; eine sörmliche Zustellung ist nicht erforderlich. Gegen die Eutscheidung sieht sowohl den Beteiligten wie der standesamtlichen Aufsichtsbehörde die einsache Beschwerde zu. Es ist hiersür unerheblich, wer den Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt hat. Über die Beschwerde entscheidet die BK. des dem AG. im Instanzenzuge übergeordneten LG.

β) hat das Amtsgericht auf Antrag eines Beteilig= ten ober der standesamtlichen Aufsichtsbehörde den Standesbeaniten zur Vornahme der von ihm abgelehnten Amtshand= lung angewiesen, so muß biese Entscheidung des Gerichts ber standesamtlichen Auffichtsbehörde und den Beteiligten zu= gestellt werden. Die Rechtstraft der Berfügung fann erst bescheinigt werden, wenn zwei Wochen seit der Zustellung an den letten Zustellungsempfänger verstrichen sind. Die Entscheidung des Gerichts kann von den Beteiligten und der standesamtlichen Aufsichtsbehörde mit der sofortigen Beschwerde angefochten werben. Unerheblich ist, wer ben Antrag auf ge-richtliche Entscheidung gestellt hat. Die Auflichtsbehörde kann also auch bann Beschwerbe einlegen, wenn nur die Beteiligten den Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt haben. Und ebenso können die Beteiligten von dem Beschwerderecht Ge= brauch machen, wenn die Entscheidung des AG. nur auf Antrag der Auffichtsbehörde ergangen ift. Bu beachten ift nur, daß den Beteiligten dann kein Beschwerderecht zusteht, wenn ihrem an den Standesbeamten gestellten Verlangen durch die Entscheidung bes Gerichts in vollem Umfange entsprochen ist; denn in solchem Falle sind sie durch die Entscheidung des Gerichts nicht beschwert. Andererseits steht der Aufsichts= behörde ein Beschwerderecht gegen die Entscheidung des AG. auch dann zu, wenn das Al. ihrem Antrage entsprechend entschieden hat. Sie tann also ihre in der Zwischenzeit etwa geanderte Auffassung gur Geltung bringen, ober auch von dem Beschwerderecht lediglich deshalb Gebrauch machen, weil fie die Herbeiführung einer höhergerichtlichen Entscheidung für zwedmäßig oder wünschenswert hält. Auf diese Weise kann also eine Frage von über den Ginzelfall hinausgehender Bedeutung alsbald zur Entscheidung durch das K.G. oder das DLG. München gebracht werben. Gine Regelung in bem hier dargelegten Sinne, daß die Staatsbehörde als Wahrerin der Bolts- und Staatsintereffen von Rechtsbehelfen auch dann Gebrauch machen kann, wenn ihrem Antrage entsprechend ent= schieden ist, ist in der modernen Gesetzgebung Deutschlands nichts Neues; ich branche nur an die gleiche Regelung im Erbfrnachwelf, und im Chegefundhel. zu erinnern. Im Rahmen bes BeriSty. v. 3. Nov. 1937 hat die Regelung ihren Ausdruck in § 49 Abs. 2 gefunden, wonach der Aufsichtsbehörde ein Beschwerderecht in jedem Falle zusteht.

y) Bestätigt im zweiten Kechtszuge das Landgericht die ablehnende Entscheidung des UG. (vgl. unter a), so gilt sür Zustellung und Ansechtung dieser Entscheidung das unter a Ausgeführte. Die Entscheidung des LG. fann also sowohl von der standesamtlichen Aussichtsbehörde wie von den Beteiligten mit der einsachen weiteren Beschwerde angesochten werden. Aber die weitere Beschwerde entscheit gemäß der VD. über die Zuständigkeit der Oberlandesgerichte in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der Koskenordnung vom 23. März 1936 (KGBl. I, 251) das KG. oder das DLG. München; notsalls entscheidet das KG.

Die Befugnis zur Einlegung der weiteren Beschwerde ist nicht davon abhängig, daß der Beschwerdeführer den Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt oder gegen die Entscheidung des AG. Beschwerde eingelegt hat.

Ebenso ist die Rechtslage, wenn das LG. im zweiten Rechtszuge eine anweisende Berfügung des AG. (vgl. unter \$\beta\$) aushebt, also die Entscheidung des Standesbeamten wiederherstellt. Obgleich in diesem Falle die erste Beschwerde die sosortige war, ist die weitere Beschwerde nur die einsache, an keine Frist gebundene Beschwerde.

d) Hebt das LG. im zweiten Rechtszuge die ablehnende Entscheidung des AG. (vgl. unter a) auf und weift es dem-

gemäß den Standesbeamten zu der beantragten Umtshandlung an, oder bestätigt es die anweisende Entscheidung des UG. (vgl. unter B), jo gilt für Zustellung und Unfechtung ber landgerichtlichen Entscheidung das unter B Ausgeführte. Die weitere Beschwerde ift in diesen beiden Fällen die sofortige, an die Notfrist von zwei Wochen gebundene Beschwerde. Der Standesbeamte darf der Anweisung erst entsprechen, wenn ihm eine mit dem Zeugnis ber Rechtstraft versehene Ausfertigung der landgerichtlichen Entscheidung von den Beteiligten vor=

Bu erwähnen ist noch der Fall, daß das Gericht (AG. ober LG.) dem Antrage der Beteiligten oder der Auffichtsbehörde nur jum Teil entspricht, jum anderen Teil aber die Auffassung des Standesbeamten billigt. In solchem Falle unterliegt der anweisende Teil der Entscheidung der sofortigen Beschwerde; es gilt also bas unter 8 Ausgeführte. Im übrigen findet, soweit nämlich eine Anweisung des Standesbeamten abgelehnt ist, die einfache Beschwerde statt; es gilt das unter a

Ausgeführte.

2. Nachbem das Wesetz in § 46 bestimmt hat, daß der Standesbeamte eine Eintragung im Familien-, Geburten-und Sterbebuch nicht ändern darf, daß Zusätze und Streichungen nur zuläffig find, folange die Gintragung noch nicht abgeschlossen ist, und daß in einer abgeschlossenen Eintragung von dem Standesbeamten nur offenbare Schreibfehler - mit Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde — berichtigt werden konnen, fährt es in § 47 fort:

"(1) Im übrigen kann eine abgeschlossene Eintragung nur auf Anordnung des Gerichts berichtigt werden.

(2) Den Antrag auf Berichtigung können alle Beteiligten und die Auffichtsbehörde stellen. Gie find vor der Entscheidung zu hören."

Weggefallen ist im neuen Recht das in § 66 Abs. 2 des Gesetzes von 1875 vorgeschene Borverfahren vor der standes= amtlichen Aufsichtsbehörde. Diefes bestand darin, daß alle Beteiligten gehört wurden, d. h. alle Personen, die ein rechtliches Interesse an der Eintragung haben, also nicht nur die Perjonen, die die zu berichtigende Eintragung unmittelbar betrifft, sondern auch die, auf deren Recht die beabsichtigte Berichtigung einwirken würde, daß ferner, wenn die Sache noch nicht voll aufgeklärt war, geeigneten Falles eine Aufforderung an unbekannte Beteiligte durch ein öffentliches Blatt erlassen wurde, und daß schließlich zur völligen Aufklärung andere geeignete Maßnahmen ergriffen wurden, daß — turz gesagt die standesamtliche Aufsichtsbehörde das gesamte Beweis-material sammelte (vgl. Stölzel, "Berschol.", 4. Aufl. 1936, S. 156). Diese Aufgaben obliegen jetzt dem AG., bei dem der Berichtigungsantrag gestellt wird. Die Möglichkeit zur Erfüllung dieser Aufgaben gibt ihm § 12 RFGG. Abgesehen hiervon ift das Berichtigungsverfahren nicht

wefentlich umgestaltet. Wenn in § 49 Abs. 1 bes neuen

PerfSt. bestimmt ist:

"Gegen eine Verfügung, ... durch die eine Berich= tigung des Familien-, Geburten- ober Sterbebuchs angeordnet wird, findet die sofortige Beschwerde statt; die Berfügung wird erst mit der Rechtskraft wirksam. Gegen andere Berfügungen ift die einfache Beschwerde zuläffig.",

so entspricht das der heutigen Rechtslage, die sich aus § 20 Abs. 1, § 70 RFGG. ergibt; auch im geltenden Recht ist gegen eine die Berichtigung anordnende gerichtliche Entscheidung die sofortige und gegen eine die Berichtigung absehnende gerichtliche Entscheibung die einfache Beschwerde gegeben. Erwähnt mag nur sein, daß die Bestimmung des heute noch geltenden Rechts, wonach das Gericht der freiwilligen Ge-richtsbarkeit den Antragsteller auf den Prozestweg verweisen tann (vgl. § 66 Abf. 2 Sat 3 bes Gesetzes von 1875), in das neue BerfSto. nicht übernommen ift.

Wegen der Einzelheiten des gerichtlichen Berichtigungs= versahrens (Bekanntmachung der Entscheidung, Beschwerbe-besugnis, Beschwerdefrist, sormelle Rechtskraft) darf auf die Ausführungen unter I 1 Bezug genommen werden. Die eine Berichtigung anordnende Entscheidung steht der ben Standesbeamten amweisenden Berfügung, die eine Berichtigung ab

lehnende Entscheidung der die Anweisung des Standesbeamten

ablehnenden Verfügung gleich.

Db das gerichtliche Berichtigungsverfahren auch für die Eintragungen im zweiten Teil des Blatts im Familienbuch, also in jenem Teil, der im wesentlichen die Beziehungen der Chegatten zu ihren Vorfahren und ihren Nachfahren verlaut= bart, gelten wird, kann erst nach Erlaß der Ausf D. zu dem neuen Persott. entschieden werden. Es ist durchaus bentbar, daß man für die Eintragungen in diesem zweiten Teil wenigstens teilweise ein vereinfachtes Verfahren zuläßt.

II. Die Mitwirkung des Rechtswahrers bei der Durch-führung des neuen Persch. beschränkt sich nicht auf die im "Sechsten Abschnitt" des Gesehes behandelten und unter I erörterten beiden Fälle. Ausdrücklich vorgesehen oder stillschweigend vorausgesetzt ist auch in anderen Fällen seine Mit=

arbeit.

1. Die Mitarbeit bei der Führung des Familienbuchs. Die Einführung des Familienbuchs ist die wichtigste Neuerung, die das Persche v. 3. Nov. 1937 gebracht hat. Im Persche von 1875 wurde, von der Entwicklung des Einzels menschen ausgehend, zunächst die Beurkundung der Geburten, dann die Beurfundung der Cheschließung und zulegt die Beurkundung des Todes behandelt. Das Gesetz von 1937 stellt in den Vordergrund die Familie und ihre Entwicklung. Die Grundlage der Familie ist die Ehe. Deshalb stehen im neuen Gefet an erster Stelle die Bestimmungen über Aufgebot und Familienbuch. Erst dann folgen die Borschriften über das Geburtenbuch und an letter Stelle schließen sich - wie bis= her — die Bestimmungen über das Sterbebuch an.

Die Einführung des Familienbuchs wird in der Umt= lichen Begründung zu dem Gefet besonders eingehend be-handelt. Aus diefer Begründung ergibt sich ohne weiteres, wie wichtig auch die Mitwirkung des Rechtswahrers bei der Füh-

rung bes Familienbuchs ift.

Bebe einzelne Beurtundung in ben Standesregistern stand bisher abgeschlossen für sich da. Zwischen den Beurkunbungen von Geburt, Heirat und Tod desfelben Menschen war keine Berbindung hergestellt. Noch weniger waren Familien-zusammenhänge kenntlich gemacht. Dieser Mangel hat sich besonders seit 1933 in steigendem Maße bemerkbar gemacht. Die Sippenforschung, die in weiten Kreisen bes Boltes immer größeres Interesse fand, ist durch das Fehlen von verbinden= den Eintragungen sehr erschwert. Besonders fühlbar wurde der Mangel für zahlreiche Volksgenossen, die auf Grund der Anordnungen des Staates oder der Partei ihre Abstammung dis zu einem weiter zurückliegenden Zeitpunkt nachweisen mußten. Auch erb- und rassendiologische Forschungen litten unter dem Mangel. In einem gewissen Umfange hat die BD. des MIM. über standesamtliche Hinweise v. 14. Febr. 1935 (RGBl. I, 201) schon eine Underung geschaffen. Diese BD., die auf eine prcuß. BD. v. 31. Dez. 1925 (PrGS. 1926, 5) zurückgeht, ordnet zum ersten Male für bas gesamte Keichsgebiet an, daß in bestimmtem Umfange eine Verbindung zwischen den Register= eintragungen über denfelben Menschen oder dieselbe Familie hergestellt wird. So muß bei dem Geburtseintrag eines ehe= lichen Kindes auf die Stelle hingewiesen werden, wo die Heirat der Eltern beurfundet ist (§ 1 der BD.); beim Geburtseintrag eines unehelichen Rindes wird die Stelle bezeichnet, wo sich der Geburtseintrag der Mutter befindet (§ 5 der BD.). Die Beurkundungen von Geburt, Heirat und Tod besselben Menschen werden burch verbindende Hinweise zueinander in Beziehung gesetzt (vgl. §§ 8, 9, 13 der BD.

Das neue PerfStB. geht über biefe ersten Anfänge hinaus. In Zutunft werden die verwandtschaftlichen Zusammenhänge der Angehörigen einer Familie, die Zusammenhänge zwischen Bor- und Nachsahren, aus den Standesbuchern in vollem Umfange ersichtlich sein. Dies wird erreicht durch die Einrich= tung eines Familienbuchs (vgl. die §§ 9ff. des Entwurfs). Feber neugegründeten Familie wird bei der Cheschließung im Familienbuch ein besonderes Blatt gewidmet, das aus zwei Teilen besteht. Wahrend der erste Teil der Beurkundung der Heirat dient, dient der zweite Teil der Feststellung der verswandtschaftlichen Zusammenhänge der einzelnen Familiensmitglieder. In diesem zweiten Teil werden bei der Ehes schließung die Eltern der Chegatten sowie Ort und Tag ihrer Geburt und ihrer Beirat vermerkt; bamit ift ber Busammenhang mit den Vorfahren hergestellt. In den zweiten Teil werden ferner die gemeinsamen Kinder der Chegatten (und die unehelichen Kinder weiblicher Abkömmlinge) unter Angabe des Ortes und Tages ihrer Geburt eingetragen; jede Ande rung des Personenstandes der Kinder wird hier vermerkt. Erst wenn das Rind bei seiner eigenen Cheschließung ein besonderes Blatt im Familienbuch erhält, hören die Eintragungen im Familienbuch der Eltern auf. Die Eintragung ber Beirat bes Rindes unter Angabe ber Stelle, wo für das Rind das eigene Familienbuch geführt wird, beschließt die Eintragungen über dieses Kind im Familienbuch der Eltern. Damit ift ber Busammenhang mit den Nachfahren hergestellt. Die Durchführung dieser Regelung wird es in späterer Zukunft einmal ermöglichen, die im Deutschen Reich anfässigen Familien

burch die Geschlechter hindurch zu versolgen.
Die Einführung des Familienbuchs wird dazu beitragen, im einzelnen Menschen den Familiensinn und das Gefühl dafür zu stärten, daß er verbindendes Glied in einer langen Kette von Geschlechtern ist. Dadurch wird in ihm auch das Gefühl der Verantwortung geweckt, die er selbst für die Ershaltung seines Geschlechts und damit zugleich für die Zukunst

des deutschen Volkes trägt.

Im Familienbuch soll auch die rassische Einordnung der Ehegatten, die der Standesbeamte schon jest vor der Eheschließung zwecks Ermittelung etwaiger Ehehindernisse seitellen muß, vermerkt werden. Damit wird erreicht, daß in etwa 30 Jahren die rassische Einordnung der weitaus überwiegenden Zahl aller im Deutschen Reich lebenden Menschen aus den Familienbüchern ersichtlich ist. Für die Durchführung von rassepssichen Maßnahmen ist das von großem Wert. Auf die Bedeutung, die die Einsührung des Familienduchsfür die erdpssegerischen Maßnahmen des Dritten Reichs hat, braucht nicht besonders hingewiesen zu werden; nach einer bestimmten Zeit werden die Sippengenossen ines Menschen ohne größere Schwierigkeiten aus den Familienbüchern sest-gestellt werden können."

Der Erfolg, den der Gesetzgeber durch die Einrichtung von Familienbüchern erreichen will, kann nur dann erreicht werden, wenn alle Stellen, die an der Durchführung des Gestess mitzuwirken haben, die ihnen obliegenden Aufgaben sorgfältig erfüllen. Insbesondere ist größter Wert darauf zu legen, daß die Mitteilungspflichten, die in der Ausst darauf zu legen, daß die Mitteilungspflichten, die in der Ausst darauf zu legen, daß die Mitteilungspflichten in der Ausst darauf zu legen, daß die Mitteilungspflichten in Sie westen die die Gestess machen solche Mitteilungspflichten in weitem Umsfange unentbehrlich. In § 15 Abs. 1 und 3 heißt es:

- "(1) Der zweite Teil (des Blatts im Famisienbuch) ist stäns dig fortzuführen. Insbesondere sind einzutragen:
 - 1. die Vornamen sowie Ort und Tag der Geburt der gemeinsamen Kinder,
 - 2. die Vornamen sowie Ort und Tag der Geburt von unehelichen Kindern weiblicher Abkömmlinge.

(2) ...

(3) Das Blatt wird für jeden Abkömmling solange fortgeführt, bis er felbst ein Blatt im Familienbuch erhält."

Wie sich diese Bestimmung praktisch auswirken wird, habe ich an zwei häusig vorkommenden Fällen gezeigt.). Sie machen die Bedeutung der Mitteilungspflichten am besten deutlich nud seien deshalb auch hier mitgeteilt.

Es wird bei dem Standesbeamten angezeigt, daß ein eheliches Kind geboren ift. Der Standesbeamte beurkundet die Geburt im Geburtenbuch. Er muß im Anschluß hieran tunlichst bald dem Standesbeamten, bei dem das Familienbuch über die Eltern des Kindes geführt wird, von der Geburt unter Angabe des Sintrags Mitteilung machen. Diese Mitteilung ist ersorderlich, damit das Kind entsprechend der Borschrift des § 15 Abs. 1 Nr. 1 des Gesehes im zweiten Teile des Familienbuchs seiner Eltern eingetragen werden kann. Demnächst geht nun dem Standesbeamten, der die Geburt des Rindes beurkundet hat, eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung zu, durch die die Unehelichkeit des Kindes festgestellt wird. Seine erste Aufgabe ift es nun, zum Geburtseintrag des Kindes einen entsprechenden Randvermerk einzutragen. Er muß aber auch bafür forgen, daß die erforderlichen Gin= tragungen im Familienbuch vorgenommen werden können. Demgemäß wird er dem Standesbeamten, dem er früher von der Geburt des Rindes Mitteilung gemacht hat, jest auch von der gerichtlichen Feststellung der Unehelichkeit des Kindes Kenntnis geben muffen. Der empfangende Standesbeamte muß alsdann die erforderliche Berichtigung in seinem Familien-buch vornehmen. Der Vorschrift des § 15 des Gesehes ist damit aber noch nicht genügt. Nach § 15 Abs. 1 Nr. 2 sind im zweiten Teil des Blatts im Familienbuch die unehelichen Kinder weiblicher Abkömmlinge einzutragen. Uneheliche Kinder mussen also im zweiten Teil des Familienbuchs ihrer Groß= eltern mütterlicherseits erscheinen. Der Standesbeamte, ber bie Feststellung der Unchelichkeit am Rande des Geburtseintrags vermerkt hat, muß also noch feststellen, wo das Familienbuch über die Großeltern des Kindes von der mütterlichen Seite geführt wird, wo also die Mutter des Kindes im zweiten Teil eines Familienbuchs erscheint. Auch diefem Standesbeamten muß er die erforderlichen Mitteilungen machen, damit der Borschrift bes § 15 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetze genügt wird.

Als zweites Beispiel sei der sehr häusige Fall gewählt, daß ein unehelich geborenes Kind durch die Eheschließung seiner Eltern die Rechtsstellung eines ehelichen Kindes er-

langt hat.

Der Standesbeamte, der die uneheliche Geburt eines Kindes beurkundet hat, hat dafür zu sorgen, daß das Kind tunlichst bald in einem beutschen Familienbuch an der für es bestimmten Stelle erscheint. Das Kind muß — wie im ersten Beispiel ausgeführt — im zweiten Teil des Familienbuchs seiner Großeltern mutterlicherseits eingetragen werden, weil dort auch die uneheliche Mutter gemäß § 15 Abs. 1 Rr. 1 des Gesetzes eingetragen ist (vorausgesetzt wird dabei, daß die Mutter ehelich geboren ist). Der Standesbeamte, der die Geburt beurkundet hat, muß also die erforderlichen Feststellungen treffen und bem fo ermittelten Standesbeamten von der Beburt bes Rindes unter Bezeichnung bes Geburtseintrags Renntnis geben. Der empfangende Standesbeamte macht bie erforderliche Eintragung. Demnächst heiratet die Mutter ben Bater des Kindes. Dadurch erlangt das Kind die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes. Der Standesbeamte, der die Geburt des Kindes beurkundet hat, erhalt die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts, in der die Legitimation des Kindes festgestellt ist (vgl. § 31 Abf. 1 des Gesetzes). Er macht einen entsprechenden Randvermert beim Geburtseintrag. Er benachrichtigt ferner den Standesbeamten, dem er von der Geburt bes Kindes Mitteilung gemacht hat; benn in beffen Familienbuch (dem Familienbuch) der Großeltern des Kindes von mütterlicher Seite) steht das Kind noch als uneheliches Rind einer Tochter verzeichnet. Der empfangende Standes= beamte macht nach dem Empfang der Mitteilung eine entsprechende Eintragung in diesem Familienbuch. Das Rind muß aber nun auch in bem Familienbuch erscheinen, das für seine Eltern bei der Cheschlichung angelegt worden ist (§ 15 Mbs. 1 Nr. 1 des Gesetzes). Deshalb muß auch dieser Standesbeamte von der Geburt bes Kindes und von der Feststellung bes Vormundschaftsgerichts benachrichtigt werden.

Die beiden Beispiele sollten an sich nur Bedeutung und Umsang der Mitteilungspslichten deutlich machen und sind, wie aus ihrer ersten Berössentlichung an anderer Stelle hervorgeht, auch nur zu diesem Zweck ausgewählt. In beiden Fällen war aber, wie man gesehen hat, schon eine Mitwirkung von Rechtswahrern ersorderlich. Häusig wird — wie in den beiden Beispielen — der Rechtswahrer nur dem Standesbeamten, der die Geburt des Kindes beurkundet hat, zum Geburtenbuch eine Mitteilung zu machen haben. Diese Mitteilungen sind aber, wie die Beispiele ebenfalls deutlich gezeigt haben, mittelbar auch für die ordnungsmäßige Führung des Famisienbuchs von Bedeutung. Und zwar ist diese mittelbare Wirkung im Rahmen des § 15 des Geseges die Regel. Es wird deshalb auf

bie Ausführungen unter II 2 verwiesen.

¹⁾ Bgl. DJ. 1937, 1770.

Dagegen hat der Rechtswahrer, soweit die Führung des ersten Teils des Blatts im Familienbuch in Betracht kommt, also des Teils, der dem bisherigen Heiratsregister entspricht, die ordnungsmäßige Führung durch seine Mitarbeit zu unterstüten. Nach § 12 des Gesetzes werden am Rande des Heiratsecintrags vermerkt:

- a) ber Tob und die Tobeserklärung eines Ehegatten,
- b) die Scheidung der Ehe,
- c) die Nichtigerklärung der Ehe,
- d) die Feststellung des Nichtbestehens der Che.

Der Umfang der Mitteilungspflichten ergibt sich aus dieser Aufzählung ohne weiteres. Nicht mehr eingetragen werden die Aushebung der ehelichen Gemeinschaft und deren Wiederherstellung; denn die entsprechenden materiellrechtlichen Borschriften der §§ 1575, 1576 BGB. sollen nach den Aussführungen in der amtlichen Begründung im künftigen Scheisdungsrecht beseitigt werden.

Nach § 13 des Gesetzes sollen am Rande des Heirats= cintrags ferner vermerkt werden:

- a) die Anderung und allgemein bindende Feststellung des Namens der Chegatten sowie jede Anderung ihres Personenstandes,
- b) ber Wechfel bes religiöfen Bekenntniffes.

Es ift anzunehmen, daß der Fragenkreis, der sich mit der Anderung und Feststellung von Namen befaßt, demnächst einsheitlich geregelt werden wird. Eine Anderung des Personenstandes von Shegatten (etwa infolge Annahme an Kindes Statt) ist selten, aber möglich. Es kann also eine Mitwirkung von Rechtswahrern in Betracht kommen. Auch ist denkbar, daß, soweit nach geltendem Recht der Austritt aus einer Religionssgesusschaft vor dem AG. erklärt werden muß, dem AG. eine Mitteilungspsicht auferlegt wird.

- 2. Die Mitarbeit bei der Führung des Geburtenbuchs.
- a) Der wichtigste Fall der Mitwirkung des Gerichts ist in § 31 Abs. 1 des Gesetzes enthalten. Dort ist bestimmt:

"Hat ein uneheliches Kind durch die Heirat seiner Eltern die Rechtsstellung eines ehelichen Kindes erlangt, so stellt das Vormundschaftsgericht dies sest und ordnet die Beischreibung am Rande des Geburtseintrags an."

Eine entsprechende Bestimmung war schon in § 26 Abf. 2 bes alten Gesetzes aufgenommen worden. Gie hatte allerdings prattisch teine besonders große Bedeutung erlangt. Meist wurde bei der Cheschließung der Eltern nur das Baterschaftsanerkenntnis abgegeben und beim Geburtseintrag die Cheschließung ber Eltern vermertt. Das gerichtliche Feststellungsverfahren bilbete die Ausnahme. Dies foll in Zufunft anders werben. Das fann dadurch erreicht werden, daß bem Stanbesbeamten, vor bem die Eltern des Rindes die Che miteinander eingehen, zur Pflicht gemacht wird, bem zuständigen Bormundschaftsgericht von der Cheschließung Kenntnis zu geben. Bor allem ware es aber sehr bedeutsam, wenn die übertragung des Kindes aus dem Familienbuch feiner Großeltern mutterlicherfeits, wo es als uneheliches Kind einer Tochter verzeichnet ist, in das Familienbuch seiner Eltern, wo es als gemeinschaftliches ehe= liches Rind erscheinen wurde, von der Feststellung des Bormundschaftsgerichts gemäß § 31 Abf. 1 bes Gesetes abhängig gemacht werben würde, wenn also bas bloge Baterschaftsanertenntnis im Busammenhang mit ber Cheschließung zwis ichen ber Mutter bes Rinbes und bem Unerfennenden gur übertragung nicht ausreichen würde. Die hervorragende Bedeutung der vormundschaftsgerichtlichen Feststellung gegenüber bem Baterschaftsanerkenntnis ergibt sich auch schon aus bem Befen felbft. Wenn bas Bormundichaftsgericht festgeftellt hat, baß bas Rind burch die Cheschliegung feiner Eltern ehelich geworben ift, bann ift fur die Gintragung eines Anerkenntniffes ber Baterichaft tein Raum mehr (vgl. § 31 Abf. 2 bes Wefenes). Andererseits wird die vormundschaftsgerichtliche

Feststellung felbstverständlich auch dann am Rande des Gesburtseintrags des Kindes vermerkt, wenn schon ein Batersschaftsanerkenntnis gemäß § 29 Abs. 1 des Gesehes einsgetragen ist.

- b) Im übrigen ergibt sich eine Mitarbeit bes Rechtswahrers vor allem aus § 30 bes Gesehes, das folgendes bestimmt:
 - "(1) Ein Kandvermerk (zum Geburtseintrag des Kindes) ist ferner einzutragen, wenn die Abstammung oder der Name eines Kindes mit allgemein bindender Wirkung festgestellt oder wenn der Personenstand oder der Name des Kindes geändert wird.
 - (2) Dem Standesbeamten, der die Geburt des Kindes beurkundet hat, ist eine beglaubigte Abschrift der Urkunde zu übersenden, aus der sich der Vorgang ergibt."

In diesem § 30 werden vier Achtsvorgänge voneinander geschieden:

- a) Die Feststellung der Abstammung eines Kindes mit allgemein bindender Wirkung. Das Gesetz geht, wie sich aus der Amtlichen Begründung ergibt, davon aus, daß im künstigen Recht des unehelichen Kindes eine Regelung ersolgen wird, die eine allgemein bindende Feststellung der Abstammung von Amts wegen vorsieht. Es fallen aber hierunter auch die nach geltendem Recht im Berfahren nach den § 640 ff. BBD. ergehenden Entscheidungen, soweit sie für und gegen alle wirken (§ 643 BBD.). Dagegen werden gerichtliche Entscheidungen, die über die Abstammung einer Berson nur im Berhältnis der Prozesparteien zueinander Feststellungen treffen (§ 256 BBD.), am Kande des Geburtseintrags nicht vermerkt.
- b) Die Feststellung des Namens des Kindes mit allgemein bindender Wirkung. Mit der Einführung eines solchen Namensseststellungsverfahrens ist in absehbarer Zeit zu rechnen.
- c) Die Anderung des Personenstandes. Hierher gehören 3. B. Legitimation infolge Cheschließung (vgl. hierzu aber die Sonderregelung in § 31 des Gesetzes), Ehelickeitserklärung, Annahme an Kindes Statt, Ausbebung des Annahmeverhältsnisses.
- d) Die Anderung des Namens. Hierher gehört in erster Linie die sog. behördliche Namensänderung, aber auch die Namensänderung infolge Einbenennung (§ 1706 BGB.) oder durch Annahme des Hosesnamens seitens des Anerben (vgl. §§ 27, 28 KEG).

Aus dieser kurzen Erörterung des § 30 des Gesetzes dürfte sich beutlich ergeben, in welchen Fällen eine Mitwirkung des Rechtswahrers (insbesondere des Richters und Notars) in Betracht kommt.

- 3. Die Mitarbeit bei der Führung des Sterbebuchs.
- Es kommt im wesentlichen nur § 40 in Betracht. Tobeserklärungen werden von dem UG., das die Todeserklärung ausspricht, der zentralen Registrierungsstelle, dem Standesbeamten des Standesamts I in Berlin, zwecks Eintragung in das Buch für Todeserklärungen mitzuteilen sein.

Diese kurzen Ausführungen, die auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben, dürsten gezeigt haben, daß die Mitwirkung des deutschen Rechtswahrers bei der Durchsührung unseres neuen PeriStG. recht mannigsach ist. Dabei sind nur die Falle in den Kreis der Erörterung gezogen, in denen eine unmittelbare Mitwirkung in Betracht kommt. Ausgeschaltet sind alle Fälle, in denen er durch seine Entscheidung nur eine Borausssehung für das Tätigwerden des Standesbeamten schafft, etwa durch Beseitigung von Ehehindernissen usw. Eines haben die Ausführungen aber hossentlich gezeigt: Zur reibungslosen und erfolgreichen Durchsührung unseres PersetG. bedürfen wir auch der sorgfältigen Mitarbeit des beutschen Kechtswahrers.

Die Streupflicht auf den Gehbahnen unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse Berlins

Bon Affeffor Richard Brabant, Berlin

Rach ber bekannten Rechtsprechung des RG. zu § 823 BGB. muß derjenige, der auf dem ihm gehörigen oder seiner Verfügung unterstehenden Grund und Boden einen Verkehr für Nenschen eröffnet, auch für die Verkehrssicherheit Sorge tragen. Wenn durch Vernachlässigung dieser Verkehrssicherungspflicht einem Oritten auf einem öffentlichen Wege ein Schaden entsteht, so trifft die Ersappslicht grundsätlich den Wegeunterhaltungspflichtigen. Die Person des Grundeigenstimers, die mit der des Wegeunterhaltungspflichtigen nicht identisch zu sein brancht, scheidet hier aus, da der Eigentümer des den Wegekörper bildenden Grundstäcks durch die Uberslassung seines Grundstäcks für den allgemeinen Gedrauch alse seine aus dem Eigentum entspringenden öffentlicherechtlichen Pflichten bezüglich des Verkehrs erfüllt hat (DVG. 18, 415; Germershausen", 4. Ausl., S. 153). Da nach öffentlichem Recht regelmäßig die Gemeinde wegeunterhaltungspflichtigis st, in deren Bereich die öffentlichen Wege liegen, so haben grundsählich auch die Gemeinden sür den verkehrslicheren Zustand der Ortsstraßen zu sorgen. Die öffentlicherechtliche Vegennterhaltungspflicht hindert nicht die aus der Verkehrseröffnung solgende privatrechtliche Verantwortlichkeit. Sine Schadenserhaltungspflicht der Gemeinde sür Unfälle, die durch Verletung ihrer Verkehrsssicherungspflicht entstanden sind, besteht zwar nicht immer, da auf öffentlichen Wegen nicht eine völlige Sicherheit gegen jede nur denkbare Gefahr verlangt werden und dem Geschädigten ein eigenes Verschulben entgegengehalten werden kann; jedoch nuß grundsählich mit einer Verkehrssicherheit gerechnet werden können, die auf der Straße sede erlaubte Verkentshandlung gestattet.

Gerade in der jegigen Jahreszeit beruht ein großer Teil der sich auf den Gehbahnen ereignenden Unfälle auf einer Vernachlässigung der Streupflicht. Da die Verpflichtung zum Streuen bei Glätte aus der Sorge für die Verkehrssicherheit entspringt, liegt sie an sich der Gemeinde als der Wegeunterhaltungspflichtigen ob. Eine besondere gesehliche Bezeichnung als Gemeindeaufgabe — wie sie z. B. in dem preuß. Gesch über die Reinigung öffentlicher Wege v. 1. Juli 1912 (WRG.) erfolgt ist - erscheint daher nicht nötig. Gerade bei der Streupflicht bildet jedoch die Ausnahme von dem obigen Sah, daß die Verkehrssicherungspflicht der Gemeinde obliegt, die Kegel. Die Streupflicht trifft in Städten vielfach die Anlieger. Die Verpflichtung der Gemeinde entfällt damit. Praktische Erschaft wägungen sind hierzu der Anlaß gewesen. Deun bei dem stets vigungen sind hetzu ver annug gewesen. Denn ver dem seis voer plöglich erfolgenden Auftreten von Glätte durch Eis oder Schnee kann eine größere Gemeinde unmöglich sofort und gleichmäßig fämtliche Wege bestreuen. Durch die Verteilung der Streupslicht auf die einzelnen Anlieger, die zu einem sofortigen Erreuen vor ihren Häusern besser in der Lage sind, tann allein der Gefahr der Glätte unverzüglich und gleichmäßig entgegengetreten werden. Die Abwälzung ift baber sowohl aus polizeilichen als auch aus gemeindewirtschaftlichen Kücklichten erwänscht. Die Rechtsgrundlage zur Abertragung der Streupflicht auf die Straffenanlieger tann verschieden sein. Sowohl auf Gewohnheitsrecht als auch auf besonderen gesetslichen Titeln kann die Abwälzung beruhen. Die gewohnheitsrechtliche übertragung der Streupflicht auf die Anlieger hat sich besonders im Rahmen der Observanz entwickelt. Eine reichsgesetliche übertragung ift bisher nicht erfolgt, die Mehrzahl der Länder hat lediglich die Gemeinden ermächtigt, durch Ortsgeset oder Polizeiverordnung die Streupflicht zu überstragen. Jedoch ist hier gleich darauf hinzuweisen, daß durch Ortsgesetz und Polizeiverordnung allein eine Streupflicht ber Anlieger nicht begründet werden kann. Eine Polizeiverordnung tann nur die Art und Weise der bestehenden Streupflicht regeln.

Das preuß. WKG. sieht daher im § 5 vor, daß ein unter polizeistiger Zustimmung zu ersassendes Ortöstatut die Berpsslichtung zur polizeinäßigen Keinigung öffentlicher Wege ganz oder teilweise für die ganze geschlossene Ortslage, einzelne Teile derselben, einen oder mehrere bestimmte in ihr belegene Wege oder Wegeteile den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke oder einzelnen Klassen derheiben auserlegen kann. Die polizeimäßige Keinigung sieht im Gegensatz zu dem Begriff der verkehrsnäßigen Keinigung, die als Teil der Wegebaulast die Beseitigung von Verkehrshindernissen oder Erschwerungen zur ungestörten Anfrechterhaltung des Verkers als Ausgabe hat, während die polizeimäßige Keinigung weiterzehend auch den polizeilichen Anforderungen hinsichtlich der Gesundheitspsseg und Keinlichkeit Kechnung trägt. Schneezräumung und Bestreuen mit abstumpfenden Stoffen sind zur polizeimäßigen Keinigung zu rechnen, wie es auch § 1 WKG. ausdrücksich ausspricht.

Auf die Personlichkeit des Anliegers kommt es nicht an. Sowohl Einzeleigentümer als auch juristische Personen ober öffentliche Körperschaften als Grundstückseigentimer können streupslichtig sein. Die Reinigungspflicht kann nur dem Eigenstümer, nicht dem Besiger oder Verwalter durch Ortsgeselz auferlegt werden. Steht das Grundstück im Eigentum nicht nur einer Person, so kann die Erfüllung der Keinigungspflicht nur einer Person, so kann die Erfüllung der Keinigungspflicht von jedem Miteigentumer verlangt werden. Gehört das anliegende Grundstud einer im gesetlichen Güterftand ber Berwaltung und Rugnießung lebenden Chefrau, jo kommt allein ber Chemann als Streupflichtiger in Betracht. Da ber Mann das Berwaltungsrecht über das eingebrachte Gut hat, treffen ihn auch die aus der Verwaltung des Hauses Dritten gegenüber entspringenden Pflichten (NG: JB. 1936, 1609). Befindet sich das anliegende Grundstück in Zwangsverwaltung, so haftet ber Schuldner als Bermieter gegenüber dem Mieter für einen burch nicht ordnungsmäßiges Streuen entstandenen Unfalljchaben weber aus Vertrag noch aus unerlaubter Handlung (KV.: DWohnArch. 1937, 81). Die Streupflicht trifft hier den Zwangsverwalter. — Gleichgültig ist, ob das Grundstück privaten ober öffentlichen Zweden bient. Unerheblich ift ferner, ob es sich um ein bebautes oder ein unbebautes Grundstück handelt. Das Grundftück muß nur unmittelbar an die öffent-liche Strasse grenzen. Es darf burch kein fremdes Grundstück von der Straße getrennt sein. Nach der für das preußische Gebiet geltenden Rechtsaussassung ift als reinigungspflichtiger Unlieger auch der anzusehen, zwischen bessen Grundstück und ber Strafe ein in fremdem Eigentum ftebender, als Borgartenland zu erachtenber Streifen liegt, wenn biefer Streifen als felbständiges Grundstück nicht in Frage kommt (KG.: JFG. Erg. 7, 239).

Von dem Recht zur übertragung der Streupflicht auf die Anlieger durch Ortsstatut hat die Reichshauptstadt in gewissem Umsang durch die "Satung über die Straßenreinigung" v. 13. April 1933 u. 13. März 1935 Gebrauch gemacht. Bon den in die Alassen A, B und C eingeteilten Straßen ihres Gebiets hat sie dei den zum Straßenverzeichnis B gehörigen, außerhalb der geschlossenen Ortslage belegenen Straßen die Berpflichtung zur Neinigung des Fahrdamms und der Gehbahn in vollem Umsang übernommen. Die C-Straßen, zu denen einige Privatstraßen und Straßen mehr ländlicher Ortsteile der Ansenbezirke gehören, reinigt die Stadt überhaupt nicht. Bei den Straßen der geschlossenen Ortslage gehören, reinigt die Stadt überkaupt nicht. Bei den Straßen der geschlossenen Ortslage gehören, reinigt die Stadt die Fahrdämme und Gehbahnen, überträgt jedoch die Neinigung der Gehbahnen von Schnee und Eis und das Vestreuen mit abstumpsenden Stossen bei Glätte den Anliegern. Bei deren Leistungsunsähigkeit ist aber die Stadt subsidiär an ihrer Stelle zur polizeimäßigen Keinigung verpflichtet. Zur

Nugung oder gum Gebrauch des anliegenden Grundstücks dinglich Berechtigte find bem Gigentumer gleichgestellt, wenn ihnen nicht bloß eine Grundbienftbarteit ober eine befchrantte per-

fönliche Dienstbarkeit zusteht.

Durch die Berliner "Kolizeiverordnung über die Straßen-reinigung" v. 21. Oft. 1936 ift sodann die Streupflicht ihrer Art und ihrem Umfang nach näher bestimmt worden. Danach muffen nach jedem Schnecfall und nach Eintritt von Glatteis die Gehbahnen von 7-20 Uhr frei von Schnee und Gis und von 7-21 Uhr mit Sand, Afche ober anderen geeigneten Stoffen derart bestreut sein, daß gefährliche Glätte nicht entftehen tann. Gisenroste in den Gehbahnen muffen gur Ber hütung von Glätte umwickelt sein.

Bu der Frage, welche Anforderungen an die Berkehrs sicherheit bei Blätte gestellt werden durfen, hat sich eine umfangreiche Rechtsprechung entwickelt, die manches Mal zu einer überspannung der Verkehrssicherungspflicht hinzuneigen scheint. Jebenfalls durften bie Wesichtspuntte, daß eine völlige Gefahrenfreiheit gerade auch bei Schnee und Eisglätte nicht verlangt werden kann, wie auch die Frage des mitwirkenden Berschuldens des Verunglückten nicht immer im erforderlichen

Mage berücksichtigt worden fein.

Der Haftungsgrund des Streupflichtigen für durch schuldhafte Verletung der Verkehrssicherungspflicht entstandene Unabgesehen von vertraglichen Bindungen — die unerlaubte Handlung. Und zwar wird es sich in ber Mehrzahl ber Fälle um ein Unterlaffen, die Nichterfüllung der Streupflicht, handeln. Nicht nur der Abs. 1 des § 823 BUB. kommt in Betracht, sondern auch die Verlegung eines Schutgefetes i. S. des Abs. 2. Ein berartiges Schukgeset können neben einer Streupflichtobservanz sowohl die Streupflicht auf die Anlieger übertragende Ortsstatute als auch die Streupflicht näher regelnde Polizeiverordnungen fein (vgl. Ketterer, "Die Streupflicht", 1935, S. 125 f.). Die Berufung des Berlegten auf Abf. 2 des § 823 hat für ihn den Borteil, daß er lediglich die schuldhafte Verlegung des Schutgesches und ben urfächlichen Zusammenhang zwischen bem Berftoß gegen bas Schutgesetz und der Entstehung des Schadens nachzuweisen braucht. Die Stellung des Berlegten im Rechtsstreit wird noch baburch erleichtert, daß die Rechtsprechung ihm ben primafacie-Beweiß für ein urfächliches Berschulden bes Streupflichtigen zubilligt und bem Bellagten die Führung des Gegen-beweises überläßt (KGB. 113, 293 = FB. 1927, 178; KG.: FB. 1911, 980). Die in ihrem äußeren Tatbestand gegebene Berlegung des Schutgesetzes rechtfertigt zunächst die Folgerung, daß die Unterlaffung gehörigen Streuens auf einem Berschulden des Streupflichtigen beruht. Sache des Streupflich= tigen ift es, bagegen ben Beweis zu führen, daß er alles zur Ausführung des Schupgesetzes Geeignete getan hat oder daß cs an der Urfachlichkeit eines Berschuldens fehlt.

Nicht nur bei im Gigentum von Personenmehrheiten oder öffentlichen Körperschaften stehenden Säufern, sondern auch bei zahlreichen Privathäusern läßt ber Hauseigentumer bie Beseitigung des Schnees und das Streuen bei Glätte durch andere Bersonen ausführen. Gemäß §6 preuß. BRG. fann ein anderer für den Streupflichtigen der Ortspolizeibehörde gegenüber mit beren Zustimmung durch schriftliche oder protofollarische Erklärung die Aussührung der Reinigung über-nehmen. Der Ubernehmer ist dann zur Reinigung öffentlich= rechtlich verpflichtet. Diese Ubernahme betrifft nur die Musführung der Streupflicht, nicht jedoch die Berpflichtung gum Streuen. Folglich wird baher auch die zivilrechtliche Saftbarfeit bes Hauseigentumers bei Unfallen durch diesen übergang der öffentlich-rechtlichen Berpflichtung nicht berührt (RGB. Bielmehr hat der streupflichtige Hauseigentumer nach § 831 BBB. für die von ihm beauftragte Ausführungs= person einzustehen. Für seine Daftung genügt es hier, daß die Ausführungsperson in Ausführung ber Berrichtung ben Schaden dem durch einen Unfall Berlegten widerrechtlich zu= gefügt hat. Auf ein Berichulben ber gum Streuen bestellten Berfon tommt es nicht an. Un ben bem Sauseigentumer gegebenen Entlastungsbeweis aus § 831 Sat 2 stellt die Recht-fprechung strenge Anforderungen. Bei der Streupflicht kommt es auf die besondere Zuverlässigkeit des Ausführenden an

(RG.: JB. 1937, 1917). Die bei der Auswahl der Ausführungsperson im Bertehr ersorberliche Sorgfalt verlangt daher, daß der Hauseigentumer fein möglichstes burch Borlage von Zeugniffen, Nachfrage bei früheren Arbeitgebern ufw. getan hat, um fich über die Zuverläffigkeit des Dritten zu vergewiffern. Er muß diefe Person auch über die maßgeben= den Bestimmungen für die Ausführung der Streupflicht, die sich z. B. in einer Polizeiverordnung finden, unterrichten und Anweisungen für die einzelnen Streuarbeiten erteilen. Der Ausführungsperson ist einzuschärfen, daß und in welcher Art die Aufgaben zu erfüllen find (RB.: J.B. 1937, 1917). Radjhaltige Anweisungen nach dieser Richtung sind zur Vermeidung von Gefahren für den Berkehr nicht zu entbehren. Daneben muß der streupflichtige Hauseigentümer noch den Nachweis der sorgfältigen und regelmäßigen überwachung der beauftragten Verson erbringen. Die Aufsicht über die ordnungsmäßige Durchführung der Streuarbeiten muß auch bann erfolgen, wenn die Ausführungsperson zuverlässig ist (RG.: JB. 1931, 1691). Sie muß fortlaufend erfolgen. Zu einer überspannung der überwachungspflicht würde es selbstverständlich führen, wenn der Eigentümer die Ausführungsperson von vornherein über alle denkbaren Einzelfälle bezüglich der Streupflicht= obliegenheiten aufflären mußte. Es genügt, daß in dem Bertrag bestimmte Beisungen enthalten sind und daß die Befolgung diefer Beifungen von dem Hauseigentumer laufend überwacht wird (KG.: Grund. 1937 Kr. 47). Die Aufsichtstätigkeit hat nicht erst einzusehen, wenn sich ein Anlaß zu Zweiseln an der Zwerlässigkeit der Ausführungsperson ergibt (KG3. 113, 297 = FW. 1927, 178). Berwaltet der Hausstätter in Aussternacht ber Hausstätzeller eigentümer sein Grundstück nicht felbst, so erstreckt sich seine Entlastungspflicht nach § 831 BUB. nicht nur auf den Hauswart, dem vertraglich die Ausführung des Streuens übertragen worden ist, sondern auch auf den Sausverwalter binfichtlich ber erforberlichen Anleitung für die überwachung (RG.: J. 1937, 1917). — Hat die Ausführungsperson fculbhaft gehandelt, fo haftet fie felbständig dem Geschädigten nach § 823 BGB., und zwar mit dem sich nicht entlasten

fönnenden Hauseigentümer als Gesantschuldner.

Neben der Haftung aus §831 BGB. für die Ausführungs=

person kommt bei juristischen Personen des öffentlichen und des Privatrechts als Hauseigentümer eine solche aus § 31 BGB. in Betracht. Bei dieser Organhaftung hat die juristische Person für unerlaubte Sandlungen, die ihre verfassungs= mäßigen Vertreter in Ausführung der ihnen zustehenden Berrichtungen begangen haben, wie für eigene handlungen ein= zutreten. Die Frage, wer als versassungsmäßig berufener Vertreter anzusehen ist, mag hier als über den Rahmen diefer Abhandlung hinausgehend unerörtert bleiben. Rur für bie Gemeinden fei barauf hingewiesen, daß nach der Deutschen Gemeindeordnung neben dem Bürgermeister und den Beigeord= neten noch mit felbständiger Stellung für einen bestimmten Geschäftsbereich beauftragte Beamte und Angestellte als Ber= treter in Betracht tommen, für die die Gemeinde nach §§ 31, 89 NGB. einzustehen hat. Nun ist es aber prattisch unmöglich, daß der Bürgermeister oder die Beigeordneten perfonlich die Ausführung der Streuarbeiten überwachen. Mit dieser Kon= trolle können sie vielmehr einen ihrer Untergebenen beauf= tragen. Jedoch verbleibt dem verfassungsmäßigen Vertreter stets die Oberaufsicht. Wird diese verlegt, so liegt eine zum Schadensersat verpflichtende Handlung dieses Vertreters i. S. der §§ 823, 31, 89 BGB. vor. — Daneben haftet ber verfassungsmäßige Vertreter personlich dem Geschädigten. Ausschluß seiner persönlichen Saftung tommt auch nicht bei einem Beamten in Betracht, ba bie maggebenden Bestimmun= gen des Art. 131 WeimBerf., § 839 BOB. nicht erfüllt find, benn es handelt sich bei der Streupflicht nicht um eine bem Beamten einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht. -Für die von dem verfassungsmäßigen Bertreter mit der Kontrolle bzw. ber Ausführung ber Streuarbeiten beauftragten Untergebenen haftet die juristische Person nach § 831 BGB. und muß für diese Personen notfalls den üblichen Entlaftungsbeweis führen. Die einwandfreie Führung bes Entlastungs= beweises bezüglich der mit der Kontrolle bzw. der Ausführung der Streuarbeiten beauftragten Untergebenen genügt alfo allein

nicht. Die Gemeinde muy vielmehr die geeigneten Magnahmen treffen, um die Unterhaltung und Beauffichtigung des Straffenvertehrs zu gewährleiften und muß durch ihre verfassungs= mäßigen Bertreter den Bollzug, die Angemessenheit und das Ansreichen jener Anordnungen durch Kontrolle erproben und sicherstellen (RGJ. 89, 137 = 3B. 1917, 155). Die ordnungs-mäßige Ausübung biefer Oberaufsichtspflicht muß sie ebenfalls nachweisen. Für die juristische Person und die öffentliche Seorperschaft kommt danach eine Saftung für mehrere Personen in Betracht. Diesem erhöhten Risiko kann nur durch eine besonders strenge Auswahl der in Betracht kommenden Personen und durch eine besonders sorgfältige Beachtung der Streupflicht begegnet werden. Gine vernünftige Ginschränkung des Erfordernisses des Entlastungsbeweises läßt die Rechtsprechung bei großen Betrieben zu, bei denen dem Geschäfts= herrn selbst die Auswahltätigkeit hinsichtlich der niederen Augestellten unmöglich ift und er diese einem höheren Ungestellten übertragen nuß. Hier braucht der Geschäftsherr den Nachweis der sorgfältigen Auswahl nur hinsichtlich des höheren Angestellten zu erbringen. Diesem liegt regelmäßig die unmittelbare personliche Aufsicht über den niederen Angestellten ob; nur die allgemeinen Auffichtsanordnungen bleiben auch hier wieder die persönliche Aufgabe des Geschäftsherrn (RGJ. 78. 109 = FW. 1912, 240).
Neben der zivilrechtlichen Haftung des Hauseigentümers

für durch schuldhafte Verletzung der Streupflicht sich ereignende Unfälle steht noch die strafrechtliche Berantwortlichkeit. Ist auf Grund landesgeschlicher Vorschriften eine den Umfang und die Art der Streupflicht regelnde Bolizeiverordnung er-laffen worden, fo tommt zunächst eine Bestrafung aus bem Gesichtspunkt der übertretung des § 366 Ziff. 10 Stor. in Betracht, der die übertretung der zur Erhaltung der Sicherheit und Reinlichkeit auf den öffentlichen Straßen erlaffenen Polizeiverordnungen mit Strafe bedroht. Die Schädigung eines Dritten ist hier nicht erforderlich. Erleibet jedoch ein Dritter eine Korperverletzung oder wird er sogar durch den Unfall getötet, so ift der Streupflichtige hierfür aus dem Wesichtspunkt der fahrläffigen Körperverlegung (§ 230 StWB.) oder ber fahrläffigen Tötung (§ 222 StoB.) zur Rechen-schaft zu ziehen. — Hat gemäß §6 preuß. WRG. ein anderer mit Zustimmung der Ortspolizeibehörde und in der richtigen Form die Ausführung der Streupflicht für den zur polizeimäßigen Reinigung Verpflichteten übernommen, so trifft die strafrechtliche Verantwortlichkeit allein die Ausführungsperson (AGJ. 51, 461). Solange die Verpflichtung des gemäß § 6 WHG. Bestellten besteht, tann die im § 4 der Berliner PolBO. v. 21. Oft. 1936 bei Richterfüllung der Streupflicht vorgesehene Festsetzung von Zwangsgelb und evtl. Zwangshaft sich auch nur gegen die Aussührungsperson richten. Borans-setzung dieser Berantwortsichkeit der Aussührungsperson ist die richtige Form der übernahmeverpflichtung. Lediglich aus einem Privatvertrag mit dem Hauseigentumer können keine Unsprüche öffentlich-rechtlicher Art, die eine strafrechtliche Berantwortung nach sich ziehen, hergeseitet werden (KG.: R.= u. BrBerwBl. 51 Nr. 2).

Es tann nicht überall mit einer völligen Gefahrlofigkeit gerechnet werden. Das mitwirkende Berschulden des verletten Fußgängers muß im gehörigen Maße berücklichtigt werden. Winterwetter erfordert eine besondere Sorgfalt des Jufgangers, besonders von alten und gebrechlichen Personen. Der Fußgänger muß vielfach die Gefahr erkennen können und ihr baun, wenn es möglich ift, aus dem Wege gehen. Tut er dies nicht,

so hat er sich die Folgen selbst zuzuschreiben. Liegt die Streupflicht dem Anlieger ob, so hat er in der Regel die gefante Gehbahn zwischen den Grundstücksgrenzen vom Schnee zu reinigen und gegen Glätte zu bestreuen. Die Streupflicht erstreckt sich auf die Wege zum Haus durch den Vorgarten. Besonders vorsichtig muß der Streupflichtige verfahren, wenn auf ber Gehbahn gefährliche Stellen, wie 3. B. Ranalisationsbeckel, vorhanden sind ober wenn wegen einer undichten Dachrinne sich besondere Eisstellen bilden. Auch ein zelne glatte Stellen muß der Streupflichtige beseitigen.

Nun fann aber von dem Streupflichtigen nicht verlangt werden, daß er zu jeder Tages- und Nachtzeit seiner Pflicht nachkommt. Der Sinn der Streupflicht ist es, die Wege für den normalen Tagesverkehr der Fußgänger zu sichern (Ketterer a. a. D. S. 105). Ist Beginn und Ende der Streupflicht nicht durch eine Polizeiverordnung festgesett, fo richtet sich die Streuzeit banach, wann der Tagesverkehr der Fußgänger durchschnittlich zu beginnen pflegt und wann er abends aufhört. Eine Sicherung des nächtlichen Fußgängerverkehrs tann nicht verlangt werden. Gine Strenpflicht gu später Abendstunde ist nur dann berechtigt, wenn der einzelne Anlieger zu dieser Zeit einen besonders lebhaften Fußgänger= verkehr zu oder von seinem Grundstück eröffnet. Go muffen 3. B. Theaterunternehmen auch über die übliche Strenzeit hinaus den Berkehr ihrer Besucher sichern (vgl. auch AG.: 328. 1937, 2828). Überhaupt verlangen Veranstaltungen mit besonders lebhaftem Fußgängerverkehr auch eine besondere Anspannung ber Streupflicht. Bielfach ift die Länge ber Strenzeit durch Polizeiverordnung festgesett. Tritt die Glätte überraschend auf, wie es z. B. häufig bei Glatteisbildung der Fall ift, so muß, wenn die Gemeinde streupflichtig ist, eine angemeffene Frist für die Durchführung des Streuens gugestanden werden. Die Länge diefer Frist richtet sich nach den örtlichen Berhältniffen und nach der Berkehrsbedeutung der Strafe. Liegt die Streupflicht den Anliegern ob, fo muß jedoch eine möglichst baldige Beseitigung der Glätte verlangt werden. Die Hausbesiger sind besser in der Lage, die ver= hältnismäßig kleine Fläche der Gehbahn vor ihrem Grundstück schnell zu bestreuen (RG.: J.B. 1912, 194). Deshalb muß der Streupflichtige bereits frühzeitig die nötigen Streumittel sich bereitstellen, um bei Frost oder Schneefall sofort mit der Streuarbeit beginnen zu können. Aus der Pflicht, die Straße dauernd verkehrssicher zu halten, folgt notwendig, daß bei längerem Glättezuftand ein einmaliges Streuen nicht genügt. Auch darf der Streupflichtige nicht erst sein ganzes Gebict vom Schnee reinigen und danach mit Asche bestreuen. Er muß abschnittsweise den Schnee beseitigen und gleich streuen, nur dadurch genügt er seiner Pflicht zur Erhaltung der Verfehrs sicherheit. Bei außergewöhnlichen Witterungsverhältnissen muß fo gut gestreut werden, daß keine Gefahr für die Fußgänger besteht. Außergewöhnliche Glätteverhältnisse erforbern vom Anlieger außergewöhnliche Sicherheitsvorkehrungen. Das übliche Streuen genügt bann nicht. Besonders ungünstiges Wetter verlangt bis zur Grenze des Zumutbaren außergewöhnliche Anstrengungen, um der Glätte soweit als irgend möglich zu begegnen (RG.: Seuffard). 88, 210). Andererseits braucht man erst zu streuen, wenn Glatteis wirklich eingetreten ist. Mit einem Eintritt von Glatteis in der Zufunft braucht man nicht zu rechnen (MG.: J.B. 1930, 1963). Erundsählich ist auch während eines Schnecfalls zu streuen. Die Streupslicht entfällt nur, wenn das Streuen zwecklos ift. Zwecklos ift das Streuen jedoch nur bann, wenn fich bamit Unfälle überhaupt nicht oder doch nur für so kurze Zeit verhindern laffen, daß die dazu erforderliche Hänfigkeit der Wiederholungen das Zumutbare übersteigt (MGB. 133, 227 = 3B. 1931, 320612). Das Streuen ist danach zwecklos bei einem berartig dichten Schneefall, der jedes Streumittel schon nach kurzer Zeit bebedt und damit wirkungslos macht. Bei ständig fich erneuernder Glatteisbildung ift in der Unterlassung der Bestreuung kein Berschulden zu erblicken (RG.: ",Recht" 1912, 415). Jedoch ist hier vorsichtig zu versahren. Die Tatsache allein, daß es längere Zeit mit sofortiger Glatteisbildung regnet, spricht noch nicht für eine Zwecklosigsteit des Streuens. Der Streicht noch nicht parkmeisen, das er der Arteiskildung Streupflichtige muß nachweisen, daß er der Glatteisbildung trop des andauernden Regens durch Streuen nicht entgegenwirken konnte (RU.: J.B. 1934, 3127). Bei leichterem Schneefall muß sofort gestreut werden, da die Streumittel unter einer bunnen Schncedede eine gewisse abstumpfende Wirfung behalten.

Diese Beispiele zeigen, daß in der Rechtsprechung an den Streupflichtigen die höchsten Anforderungen geftellt werden.

Aus der Deutschen Rechtsfront

Jahresbeitrag 1938

Wie das "Mitteilungsblatt des NSKB." Nr. 12 berichtet, hat der Reichsrechtsführer, Reichsminister Dr. Frank, besäglich des Jahresbeitrages 1938 solgende Anordnung erlassen:
"Für das Geschäftsjahr 1938 wird der Jahresbeitrag der Mitglieder für die Gesamtgliederung des NSRB. genaß

§ 10 Ziff. 2 der Sahungen v. 3. April 1936 auf 36 RM

(Sechsunddreißig Reichsmart) festgefest.

Der Jahresbeitrag ift am 1. Jan. 1938 fällig und un= mittelbar an bie Reichsgeschäftsstelle Berlin, Girotonto 2400 bei der Deutschen Girozentrale, Deutsche Rommunalbant, Berlin, oder auf bas Postschecktonto Berlin Rr. 172 126, unter Angabe der Mitgliedsnummer zahlbar.

Die Bahlung in vierteljährlichen Teilzahlungen gu Beginn jeben Bierteljahres ift zuläffig. In ben Jahresbeitrag

find einbegriffen :

a) Der Unkostenanteil für die Zeitschrift "Deutsches Kecht" und das "Mitteilungsblatt des NSKB.".
b) Der Unkostenanteil zur Erhaltung der berufsständischen Sozialeinrichtungen

c) Der Unkostenanteil für fachliche Schulung.

d) Der Berwaltungstoftenanteil für die Gesamtgliede-

Neben dem Jahresbeitrag dürfen Umlagen und Sonder-zuschläge, Werbebeiträge, Propagandaumlagen oder sonstige dauernde, feststehende Leistungen für Verwaltungszwecke der Untergliederungen des NSAB. nicht erhoben werben; ausgenommen bleiben Mahn- und Budjungsgebühren ober sonstige Auswendungen, die für Sonderleistungen oder durch

Berschulden eines Mitgliedes verursacht werden. Der Reichsgeschäftsführer hat in einer besonderen, eben= falls in dem obengenannten "Mitteilungsblatt" veröffentlichten Anordnung Bestimmungen über Ermäßigung ober Niederschlagung des Jahresbeitrages im Interesse bes Nachwuchses und für besondere Fälle erlassen.

Verwaltungsrechtsräte

Ein Borfall gibt Beranlassung, die Berwaltungsrechtsrate zu bitten, von Bezeichnungen zwecks Rlarung ihrer Berufsart wie Fachanwalt für Verwaltungs= ober öffentliches Recht, Devisenrecht u. ä. Abstand zu nehmen. Der Reichs= minister der Justig halt in übereinstimmung mit bem Brafidenten der Reichs-Rechtsanwaltstammer folche Berufsbezeichnungen von Berwaltungsrechtsräten für nicht tragbar. Es ist zu befürchten, daß gegen Berwaltungsrechtsräte, die sich als Anwalt ober Fachanwalt bezeichnen, sei es auf Bürosichibern, sei es bei Herausgabe von Büchern oder bei Vers öffentlichungen in der Tages= oder Fachpresse oder bei sonstigen Gelegenheiten Unterlassungsklagen auf Grund bes Gesetes betr. ben unlauteren Wettbewerb angestrengt werben. Solche Prozesse würden durch die ordentlichen Gerichte entschieden werben und höchstwahrscheinlich nicht zugunften ber Bermaltung3= rechtsräte. Den einzelnen Berwaltungsrechtsräten würden nur Kosten und Unannehmlichteiten entstehen und ihrem Berufsstande nicht gedient, sondern geschadet werden. Da es wohl nur eine Frage der Zeit ist, daß die Berufsbezeichnung "Berwaltungsrechtsrat", die nicht erkennen läßt, daß es sich um einen freiberuflichen und nicht, wie allgemein angenommen, um einen beamteten Rechtswahrer handelt, abgeändert wird, wird die dringende Bitte ausgesprochen, sich zur Klärung ber Berufsbezeichnung "Berwaltungsrechtsrat" nicht irgendwelcher Bufäte zu bedienen.

(Aus "Mitteilungsblatt" 1937, 125.)

Schrifttum

Dr. Baul Grein: Die unentgeltliche Rechtsberatung Minderbemittelter in Deutschland. (Reue Deutsche Forschungen Abt. Bürgerliche Rechtspflege Bd. I.) Berlin 1937. Junter und Dünnhaupt Verlag. 164 S. Preis brosch. 6,80 AM.

"Mit der Frage nach der Rechtsberatung Minderbemittel-ter berührt ein soziales Problem die Rechtspslegeorganisation. Seinen Entwicklungsgang von zaghaftem Beginnen bis hin zur Vollendung zu schildern, ist Aufgabe dieser Arbeit." Diese Worte kennzeichnen die Aufgabe, die der Verfasser sich geseicht hat. Mit Fleiß und Sorgsalt wird hier unter Hernariehung aller vorhandenen Literatur ein Aufriß einer der Allgemeinheit wenig befannten, für die beutschen Anwalte als Träger ber no. Rechtsbetreuung aber sehr interessanten Entwicklung auf biefem Gebiete gegeben. Ausführlich wird in einem ersten Teil die Entwicklung des Rechtsauskunftswesens von den Anfängen die Entwicklung des Rechtsauskunftswesens von den Anfängen dis zum Jahre 1934, dem Errichtungsjahr der NS.-Rechtsbetreuung, geschilbert. Man erhält ein umfassends Bild vielsfacher Ankäuse und auch gewisser Erfolge und erkennt, daß unter der Herrichget der früheren politischen Shsteme eine Kollen auch Gerkalts in Watark einer einerklichen und enbung aller dieser Ankaufe in Gestalt einer einheitlichen und burchgreisenden Rechtsdetreuung der Minderbemittelten nicht möglich war, weil einmal zu viel verschiedene Kräfte am Werke waren und weil andererseits der Gedanke der sozialen Fürsonge im Borbergrund ftand und noch nicht die in der NG.-Rechtsbetreuung verwirklichte Ibee, daß der unbemittelte Volksgenosse ein Recht auf unentgeltliche Rechtsbetreuung hat. In einem Kapitel siber das Verhältnis der gemeinnüßigen Rechtsausstuftsstellen zur Anwaltschaft tritt deutlich hervor, daß gefühlsmäßig damals schon in der Anwaltschaft der Gedanke Lebendig war, daß der Gesichtspunkt der sozialen Fürsorge kein kant richtigen Ausgeburgt ist Andersvielen wird verstellen ibeell richtiger Ausgangspuntt fei. Anbererseits wird aufgezeigt, wie allmählich in ber Anwaltschaft ber Boben vorbereitet wurde für die Durchführung der Rechtsbetreuung burch die Anwälte selbft.

In einem zweiten Hauptabschnitt schilbert ber Berf. fobann wiederum sehr sorgfältig und unter Heranziehung aller Duesten die Entwicklung der RS.-Rechtsbetreuung seit ihrer Begründung. Er versteht es hierbei einerseits klar hervorzu-Begründung. heben, was in ber NS.-Rechtsbetreuung grundsählich neu ist (übernahme der Ausgabe durch die Partei, Rechtsbetreuung als Recht des minderbemittelten Volksgenossen nicht als soziale Hilfeleiftung, reftlose Durchführung der Rechtsbetreuung durch die deutschen Anwälte, und zwar durch sie allein). Andererseits versteht er es darzustellen, was an Brauchbarem ber bisherigen Einrichtungen auf die RS.-Rechtsbetreuung übernommen werden konnte und inwieweit somit andererseits die RG.-Ricchtsbetreuung als die historische Nachfolgerin und Bollenderin ber Rechtsauskunftsbewegung angeschen werden kann. In einem Schlußkapitel schildert der Berf. die Bedeutung des Gesehes zur Berhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiete der Rechtsberatung und der dadurch eingeleiteten endgültigen Unterdrüf-fung des Winkelkonsulententums sür die Rechtsbetreuung der Minderbemittelten. Er hat richtig erfannt, daß der Erlaß des Mißbrauchgesehes eine logische Folge der Errichtung der RS.-Rechtsbetreuung gewesen ist: Nachdem die deutschen Anwälte unter der Führung der Partei die unentgeltliche Rechtsbetreuung ber Minderbemittelten übernommen hatten, waren die ideellen und tatsächlichen Boraussehungen für die durch das Mißbrauchgeseh burchgesührte Ausmerzung jeder Ansbeutung Minderbemittelter durch unzuverlässige Rechtsberatung ge-

Für ben praktischen Anwalt interessant ist ferner besonders noch bas Rapitel über bie Abgrenzungsvereinbarungen hinsichtlich der Rechtsbetreuung, das in der überschrift mit Kecht unter den Gesichtspunkt der Ausschließlichkeit der Rechtsbesorgung Minderbemittelter durch die RS.-Rechtsbetreuung gestellt wird.

Zusammengefaßt gibt die Arbeit einen zuverlässigen und Karen Gesamtüberblich über die Materie einschließlich ihrer historischen Entwicklung, und zwar in erfreulich knapp gefaßter

Form. Es ift baber jedem in einer NS .= Rechtsbetreuungsftelle mitarbeitenden Anwalt bringend zu empfehlen, die Schrift zu lesen. Für eine neue Auflage wäre vielleicht noch bie Anregung zu geben, das Kapitel über die praktische Handhabung der NS-Rechtsbetreuung noch mehr anszubauen und hier die praktische und berufstechnische Ersahrung der ausübenden Anwälte auf diesem Gebiet noch mehr zu Worte kommen zu lassen. Die Arbeit ist trot wissenschaftlicher Genausseit anschaulich, lebendig und lebensnahe genug, um zu diesem Wunsche anzuregen, der also nicht als Tadel, sondern vielmehr als Lob

> Der Reichsgruppenwalter Rechtsanwälte Dr. Droege.

Blut und Geld im Judentum. Dargestellt am jüdischen Recht (Schulchan aruch), übersett von Beinrich Georg F. Loewe son., 1838, neu herausgegeben und erläutert bon Hermann Schroer, RN. in Wuppertal. Zweiter Band: Fivil- und Strafrecht. München 1937. Hoheneichen Verlag. XXIV, 683 S.

Wenn man ichon bem erften Bande Schrvers, ber bas Che- und Fremdenrecht betraf, höchste Anerkennung zollen mußte, so muß dies um so mehr noch geschehen hinsichtlich des zweiten Bandes. Es ist eine erstaunliche Menge von Wissenschaft und Fleiß in diesem zweiten Band enthalten, vor allem im Nahmen der vergleichenden Rechtswissenschaft, denn Schroer bringt nicht nur das, was in der Thora, im Talmud und hauptsächlig im Schulchan aruch an Rechtsgrundsäten niedergelegt ist, sondern er ber-gleicht das alles mit dem Recht der anderen Bölker, insbes. dem deutschen Recht. Es muß ganz allgemein der Juristenwelt gegen-über die Empsehlung ausgesprochen werden, sich mit der Lektüre dieses Werkes, und zwar sowohl bes erften wie des zweiten Ban= bes, eingehend zu beschäftigen, benn erst durch ein solches Werk wird klar, warum das Judenvolk immer ein Fremdkörper in anderen Bölkern sein wird und sein muß. Der Verf. weist, wie dies ja auch schon im ersten Bande geschehen ist, auf die ständige Betonung des rassischen Gedankens seitens der Juden hin. Kein Nichtjude kann Richter sein, einer nichtsüdsschen Ehe wird gegensüber einem ehebrecherischen Juden kein Rechtsschutz gewährt, die sonst der kein keinstenden geschieben die Vergebrieben geschieben die Vergebrieben geschieben die Vergebrieben der Vergebriebe stattet, wie auch dem Nichtjuden gegenitber die Beraubungsfreiheit im Bettbewerb erlaubt ift, ebenso die sonstige Ausbeutung der Richtjuden selbst im Bege schnuchigster Magnahmen, wie der Beftechung. Der Richtjude ift gegenüber bem judifchen Befet bollig bogelfrei. Wenn ein Jude einem anderen Juden Bieh stahl, nug er es ihm bierfältig, andere Gegenstände, die ein Jude dem an-dern Juden stahl, doppelt ersetzen, nichtjüdischen Bestohlenen gegenüber tritt überhaupt nur dann eine Ersappflicht ein, wenn bas ge-famte Judentum durch den Diebstahl einen Schaden erlitten hat. Richtjuden tonnen teine Stellvertretung beim Erwerbe ausüben. Das Fundrecht verbietet Rückgabe des gestohlenen Gegenstandes an Richtjuden, während es ant. rieits sür den Richtjuden im Falle des Fundes der Sache eines Juden Rückerstattungspflicht selftsellt. Im Erbrecht wird die Erbunfähigkeit des Kassenbastards und der Richtjuden ausgesprochen.

Die artfremde Gefinnung bes Judentums gegenüber den anderen Bölfern ergibt fich auch aus einer Fille wichtiger Gesehes-bestimmungen, von denen nur folgende hervorgeboben werden follen, nämlich einmal die Bedeutungslosigkeit der Wortabrede, die im Talmud und Schulchan aruch festgelegt ist, der Versuch ose jübischen Gesess dem Juden durch Tarnung die ausdrücklich gesesslich als zulässig erklärt wird, im Einzelfalle eine Umgehung des Gesetzes zu gestatten, weiter der Grundsat, von jeder persönlichen Haftung eines Schuldverpflichteten abzusehen und nur eine

Vermögenshaftung anzuerkennen und was anderes noch mehr ift. Das judische Arbeitsrecht hat rein händlerischen Charakter. Besonders hervorzuheben ist dabei, daß es den Nichtsuden als Bieh betrachtet, ihn einer Sache oder einer Ware gleichstellt und ihm gegenüber jegliche Abervorteilung erlaubt. Interessant ist im übrigen im Arbeitsrecht, daß für einen Arbeitgeber in besonderen Fallen sogar eine betrügerische Lohnzusicherung auch selbst dem jüdischen Arbeiter gegenüber erlaubt ist. Damit kommen wir zum Strafrecht, bas ja auch in bem Schroerfchen Werke eine, wenn auch fürzere, so bod außerorbentlich interessante Beleuchtung er- fahrt. Das jubifche Strafrecht wehrt sich grundfablich gegen bie Todesstrafe und wir haben ja auch genug judische Manifestationen gegen die Todesstrase in der Spstemzeit und vorher erlebt. Die Todesstrase wird im Schulchan aruch nur gebilligt, soweit sie jum Schute des judifchen Boltstums erforderlich ericheint. Richt unerheblich bürfte auch dabei sein, daß die judische Agitation, wie Schroer feststellt, in 25 Ländern der Welt tatsächlich die Ub schaffung der Todesstrafe gur Folge hatte. Dag die Beigelftrafe

beim Juden teine Entehrung darstellte, ift selbstwerständlich, wenn man berudsichtigt, daß er den Begriff der Beleidigung nur kennt, wenn bei einem entsprechenden Fluch Jehovah angerufen wurde. Die Tatsache der Verächtlichmachung des Zweikampses, der im Schulchan aruch als ein Mord angesehen wird, hat ja übrigens auch ihren Niederschlag in der deutschen Judikatur früherer Zetten gefunden, wie überhaupt eine Fülle von Rechtsbegriffen, die wir in unseren angeblich deutschen Gesetzen finden, auf jüdische Einwirtung zum Teil über Rom zurückzuführen sind. In welch unerhörter Weise der Jude anders denkt als wir, beweist auch die Tatsache, daß die Begattung Minderjähriger über drei Jahre ge-stattet ist, und zwar mit der Begründung, daß, wenn ein Erwachjener einer solchen Minderjährigen beigewohnt habe, bies nichts bedeute, denn in diesen Alter sei es ebenso, als wenn man mit dem Finger gegen das Auge komme. Die dadurch ausslichende Träne sei kein Berlust, da der Tränensack sich wieder sülle, wie auch die Jungfernschaft in diesem Alter nachwachse. Daß die Tötung eines Nichtjuden und ein Menschenraub, der einen Nichtsieden betrifft, als gesehlich erlaubt angesehen werden, dürste kein Alter Reihniel sie die den Aufmann der Aleienschaft und der Aleienschaft un ichlechtes Beispiel für die weitere Betonung des Raffenstandpunktes und ber perverfen Rechtsbegriffe der Juden fein. Daß in beftimm-ten Fallen Behlerei erlaubt ift und burch Regelung des gutglauten Fällen Hehlerei erlaubt ist und durch Regelung des gutgläubigen Erwerbers, ebenso wie der Diehstahl geschützt ist und das jüdische Recht prattische Betrugserlaubnis in sehr vielen Fällen erteilt, und zwar sast auch nicht Bunder nehmen bei der ganzen Einstellung des jüdischen Rechts. Zum Schluß soll noch darauf hingewiesen werden, daß das jüdische Recht, wie schon erwähnt, eine Beleidigung im allgemeinen nicht kennt. Dadurch wird die mangelhaste Entwidlung des Ehrgesübls beim Juden, die wir alle schon oft genug erlebt haben, ertlärlich. Im übrigen wird sie durch nichts besser haratterisert als durch die Talmudstelle: "Besser ein sebendiger Pund als ein toter Löwe!"

Endlich gewinnen wir Einblick in das jüdische Recht und seine inneren und außeren Zusammenhänge mit anderen Bolts-rechten durch Schroers Wert. Wir tonnen ihm keinen besseren Dant erweisen, als daß wir es, wo wir es können, rühmend erwähnen und darauf als einen der wertwollsten für die Kenntnis des Judentums unentbehrlichen Bestandteile der Literatur hinweisen.

MM. und Notar Bolfgang Bercher, Berlin.

Das Recht bes Teftamentes. 1. Deutschrift des Erbrechtsausschusses der Afadenie für Deutsches Necht. Borgelegt von bessen Borstenden Prof. Dr. Heinrich Lange. (Arbeitsberichte der Afadenie für Deutsches Recht Nr. 4.) Tübingen 1937. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). X, 132 S. Breis fart. 4,80 R.A.

Bei der großen Zahl von Rechtsstreitigkeiten, die auf dem Gebiete des Testamenterechtes um die Auslegung und die Gultigkeit lettwilliger Bersügungen ausgetragen werden, kommt der vorliegenden Arbeit besondere Bedeutung zu, zumal in der Praxis auch die Zahl derjenigen "Testamente" nicht unterstützt werden darf, um deren Ungültigkeit nicht im Prozestwege gestritten ich weil die Formungultigkeit ben Beteiligten bon vornherein flar ift.

Die vorliegende Denkschrift ist mit Fleiß der Rechtsentwid-

lung seit dem Bestehen des BGB. nachgegangen. Sie hat aus dem Umbruch des Denkens, der Abkehr vom Individualismus und der Betonung des Pflicht ged anken is einen klaren Maßstab gewonnen und an ihm die Brauchbarkeit des bisher gultigen Testamentsrechts geprüft.

Seine treffliche Formulierung findet der Pflichtgedanke in dem vorgesehenen Vorspruch zum Recht der lettwilligen Verstügung (S. 7).

Im einzelnen follen die bestehenden Borschriften über die Teftierfähigkeit hauptsächlich beibehalten werden. Die borgeschene Beraufschung der Testierfähigkeit Minderjähriger bom vollendeten 16. auf das vollendete 18. Lebensjahr erscheint nicht von

großer praktischer Bedeutung. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die eingehenden Erörterungen dur Frage der Beibehaltung und Form des hand ge zich riebenen Testamentes, dessen besondere Bolkstümlichteit für die Beibehaltung spricht (S. 53). Gewisse billigenswerte Erleichterungen in der Form werden manchen Rechtsftreit bermeiden lassen und mancher berartigen Berfügung zur Birkamkeit verhelfen, die, obwohl inhaltlich erwünscht, nach jetigem Recht

wegen Formmangels ungültig ist. Auch das öffentlich e Testament soll grundsätlich in den bisherigen Formen beibehalten werden (S. 72), wobei die Abschaffung der überflüssigen Testamentszeugen mit Recht geforbert

Die entwidelten Wedanken über die Auslegung lebt

williger Verfügungen werben (S. 110/111) gleichsam in einer Leitzegel zusammengesaßt und bilden eine glückliche Vereinigung des Pflichtgedankens mit der Verücksichtigung des Willens des Erbslassers entsprechend dem Grundsaß; "Wille und Pflicht" (S. 6). Man kann die Vorschläge der Denkschieft kaum als revolutionär bezeichnen

Ihr Ergebnis zeigt vielmehr, daß das geltende Recht des Testaments in seinen Grundzügen die Probe bestand und sich bewährt hat, und daß es deshalb verdient hat, nach Entsernung weniger Unebenheiten und mit entsprechender Betonung des Pslichtgedankens beibehalten zu werden.

RU. Dr. Sugo Biltens, Koln.

MU. Dr. jur. Eberhard Scholz, Berlin: Das Recht ber Hinterlegung. Bb.I: Recht und Pflicht zur Hinterlegung. Berlin 1937. Verlag Franz Bahlen. 124 S. Preis fart. 4,20 R.M.

Der vorsiegenbe I. Band bes beabsichtigten zweibändigen Werkes beschäftigt sich mit dem materiellen Kecht der Hinterlegung, nämlich mit der Hinterlegung zum Zwed der Besching von einer Schuldverdindlichkeit, der Hinterlegung zum Zwed der Besching von einer Schuldverdindlichkeit, der Hinterlegung zum Zwecke der Sicherung der hinterlegten Sache. Im Nahmen dieser Aufsade werden die einschlägigen Vorschriften aller in Frage kommenden Gesehe im Text wiedergegeden und kurz erläutert. Das Buch zeigt auschaulich, wie verstreut diese Vorschriften sind und in wie vielen Gesehen die hinterlegung zu einem der genaumten Zwecke vorgesehen ist. Die Erläuterungen zu den wiedergegebenen Vorschriften sind knapp und klar. Sie beschränken sich auf das Kotwendigste und wollen nicht dis in die letzten möglichen Streitfragen eindringen. Es werden demgemäß die seweiß gewöhnlich beim einzelnen hinterlegungsgeschäft auftauchenden Fragen und Zweisel erörtert; darüber hinaus kann sich der Leser in den Erläuterungsbüchern zu den einzelnen Geschen Nat und Aufschluß holen.

Diese turze Inhaltsangabe zeigt, daß das duch von zwei Gesichtspunkten ans interessieren wird. Es bringt einerseits eine erschöpfende Darstellung aller rechtlichen Borschriften über die Linterlegung und regt damit an, diese Rechtseinrichtung von einem besonderen Blickwinkel aus zu überschauen, wodurch sich auch sür eine kommende Reuordnung dieses Rechtsegebiets mancher wertvolle Anhaltspunkt ergeben wird, trozdem sich das Buch auf die Darstellung des geltenden Rechts beschränkt. Andererseits ist das Buch ein willsommenes Dilsmittel sür den an einer Sinterlegungsstelle tätigen Rechtswahrer. Die Reichshinterlegungsdordnung v. 10. März 1937 hat das bischerige Landesverschrensrecht bei der hinterlegung vereinheitslicht. Die Ersedigung des Hinterlegungsgeschäfts ersordert aber nicht nur die Reuntnis der Berschwensvorschriften. Deren Handhaung seht vielmehr eine Kenntnis des der Hinterlegung zugrunde liegenden materiellen Kechts voraus. Die hierüber geletenden vielsältigen Borschriften sinden sich hier gesammelt und ersäutert. Damit hilft das Buch einem Bedürfnis ab, das dessonders in den Teilen des Reichs empfunden wird, wo die Geschäfte der Hinterlegungsstellen bisher noch nicht von den AG. geführt wurden, die AG. also vor neue Ausgaden gestellt sind. Diesen Gerichten und darüber hinaus alsen Etellen, die Rechtsfragen der Hinterlegung zu behandeln haben, kann die Anschäftung des Buches nur empfohlen werden, ken eigentlichen Hinterlegungsstellen im besondern mit Kücksicht auf die mit dem Hinterlegungsstellen im besondern mit Kücksicht auf die mit dem Hinterlegungsstellen im besondern mit Kücksicht auf die mit dem Hinterlegungsstellen im besondern mit Kücksicht auf die mit dem Hinterlegungsgeschäft verbundene Verantwortung und Haftung.

Der noch vorgesehene in Borbereitung besindliche II. Band wird die versahrensrechtlichen Borschriften über die Form und Durchführung der hinterlegung, im besonderen also die Reichs-hinterlegungsordnung v. 10. März 1937 behandeln.

Notar Dr. Senbold, Gulzbach-Rosenberg.

Dr. Abolf Baumbach, Sen Präs. b. AC. a. D.: Die Reich stoftengesetze in ber seit April 1936 geletenben Fassung (Gerichtskostengesetzus). 7. erweiterte Aufl. Stand v. 15. Mai 1937. München und Berlin 1937. C. Hecksche Verlagsbuchbolg. 604 S. Preis 10 A.M.

In verhältnismäßig kurzem Abstand ist der durch hingunahme der Kklostd. erweiterten 6. Auflage die wiederum erweiterte 7. Auflage gesolgt, welche auch die Kostendersügung, die Justizbeitreibungs- und Justizkassend. mit aufgenommen hat. Auch das Erbhoskostenrecht ist aus Grund der ESBSD neu erläutert.

Bei Gelegenheit dieser Neuauflage hat der Berf., wie das Borwort sagt, "die Entrümpelung der Angaben über die Rechtsprechung fortgesett". Wenn es auch vielleicht zum Teil zuviel gesagt ist, daß "alte Kostenentscheidungen im allgemeinen

teinen Wert haben", so darf man es doch begrüßen, wenn versucht wird, nach Moglichkeit ohne die ältere Rechtsprechung, wie auf anderem, so auch auf diesem Gebiete, auszukommen und sich maßgeblich nur noch auf die Rechtsprechung der letzten Jahre zu stützen. Denn soweit diese ihrerseits wiederum auf die ältere Rechtsprechung duruckgreift, darf davon ausgegangen werden, daß diese nicht etwa unbesehen übernommen, sondern jeweils eingehend darauf geprüft worden ist, ob und inwieweit sie auch sir heute verwertvares Gedankengut enthält und inwieweit die in ihr enthalstenen Grundsäte auch nach heute geltender Anschauung noch anzuerkennen sind.

3295

Bemerkenswert ist, dag der Verf. den Entscheidungen des Kostensensts des KG. "als der größten Kostenspruchstelle" besondere Beachtung geschenkt hat. Damit liesert er einen begrüßenswerten praktischen Beitrag zur Verein heitlich ung des Kostenrechts. Ich möchte auch meinerseits den vom Vers. im Vorwort ausgestoßenen Rus nach Vereinheitlichung der Kostenrechtsprechung noch verstärten. Der Verf. hat Recht, wenn er sagt: "Gewiß gehört das Kostenrecht nicht zu den wichtigsten Rechtsgebieten. Immerhin ist es kein erfreulicher Zustand, wenn jedes DUG. sein eigenes Kostenrecht entwickelt." Ich möchte dinzusügen, nicht nur kein erfreulicher, sondern ein un erträglicher Zusstand, sowohl für die rechtsuchenden Volksgenossen, als insbes. auch für ihre Sachwalter, die Rechtsanwälte.

Auf Einzelheiten einzugehen, erübrigt sich im wesentlichen. Denn eingehend habe ich zu ber 6. Auflage in 3B. 1936, 1883 Stellung genommen. Deshalb möchte ich mich damit begnügen,

nur einige bemerkenswerte Buntte herauszugreifen.

Als solcher erscheint mir zunächst eine grundlegende Frage des Kostenrechts, in welcher der Berf. — ich darf sagen eigenartigerweise — nicht nur von mir, sondern vor allem den einer grundfählichen Entschung des KG. in FB. 1927, 832, abweicht. Daseldst ist ausgelprochen, daß für die gebührenrechtliche Becurteilung von einer tatsächlichen Bernutung dassührenrechtliche Beurteilung von einer tatsächlichen Bernutung dassührenrechtliche beinen Mangel crzebe, so sei unterlage sehle. Wenn das Protosoli einen Mangel crzebe, so sei es zunächst zu berichtigen. Und wenn die Berichtigung abgesehnt wird? Ich kann an dieser Stelle zu dieser michtigen Frage mich nicht näher auslassen und wiese einer Erörterung in größerem Kahnen vordehalten. Ich möchte nich hier darauf beschränken, auf die doch recht absonderlichen Ergebnisse zu verweisen, die die Baum bach stelle Ausschlächen Ergebnisse zu verweisen, die die Baum das stelle Valfassung zeitigen müßte. Denn besanntlich ist die Zuverlässisseit der Protosolle in denzenigen Fragen, die nicht so sehrendenden Punkte. Sonne den wichte so sehr das zuverlässissen kunkte, sonderne den Genach des Berfahrens (§ 160 Abs. 1 ABD.) und damit häusig gerade solche Berfahrens (§ 160 Abs. 1 BBD.) und damit häusig gerade solche Berfahrensstragen betressen, die die geschtliche Beurteilung maßgedend sind, recht zweissellsche werden, würde also sehr der Tätigkeit der Unwälte — das gilt auch für die gerichtskostenrechtliche Beurteilung — nicht gerecht werden, würde man auf den von Bau m ba d vorgeschlichen genen sormellen Beg beschränkt sein. Im übrigen ist die genannte Entscheidung des KG. an sich nur unter dem Gesichtspunkt der Anwaltsgedühren, nicht dem des Gerichtskostenansages, unter welchem Bau m bach sie behandelt

Mindestens mikverständlich und für die praktische Benutdarfeit irreführend ist die Erläuterung S. 2 Ann. 4, daß als Grundsat gelte, daß die Gerichte nicht unentgelstlich tätig werden. Denn der Grundsat des GKG. ist gerade ungekehrt der, daß nur die jenigen Tatbestände gedührenpflichtig sind, die ausdrücklich im GKG. nit einer Gebühr belegt sind, während im Gegensat dazu der Grundsat des Kechtsanwaltsgebührenrechts dahin geht, jede Tätigkeit des Anwalts zu honorieren, soweit sie nicht ausdrücklich gebührensprei oder durch andere Gebühren abgegolten ist (wie zutreffend Ann. 1 zu § 89 RUGebO. [S. 499] gesagt). Richtig des halb die Gegenübersstellung in Ann. 1 der Einleitung vor § 1 RUGebO., S. 386.

Nicht für glüdlich halte ich die Mitaufführung der Armenanwaltstosten unter dem Gerichtstosten an fat (§ 4 GKG., S. 8). Denn zutreffend sagt Baumbach S. 8 zu B selbst: "Ansatst die Rechnungsaufstellung über die Ansprücke der Staatskasse." Im Erinnerungsversahren auß 4 ArmAnwG. i. Berb. m. § 4 KKG. handelt es sich aber, obwohl der Reichskasse gegenüber, ob innner um außergerichtliche Parteitosten, mögen sie selbst spater, die Einziehung durch die Reichskasse nach § 5 ArmAnwG., außersich der Partei gegenüber als Positionen des Kostenansahes ersichenen. Nur völlige Marheit darüber vernag die sich immer wieder einstellende fehlerhaste Behandlung auszurotten.

Fehl am Plate ericeint mir, gerade in Unn. 1 zu § 5 GRG., bei ber Rach forderung von Gerichtskoften wegen irrigen Unfates von einer hemmenden Birkung der Armenrechtsbewilligung zu sprechen. Denn diese hemmung gilt nur gegenüber der Berjah

rungsfrist, nicht, wie irrtiimlich leicht angenommen werden kounte. gegenüber der Ausschlufzeist des § 5. Abrigens ist unzutrefgend S. 16 zu B davon die Kede, daß Armenrechtsbewilligung die Gerichtskosten stundet, "also unterbricht". "Mitgeteilte Stundung" in § 6 a Abs. 3 GKG. (wodurch Unterbrechung) deutet vielsmehr zweiselsstrei auf eine besondere rechtsgeschäftlich e, d. h. verwaltungsmäßig bewilligte, nicht auf die automatisch als Folge der Armenrechtsbewilligung eintretende g e fe glicht e Stundung hin. Nicht zutreffend erscheint mir auch S. 136 die Annahme der Berechtigung zur Einziehung der gestundeten Beträge, wenn das Armenrecht entzogen worden ist. Denn dazu bedarf es außerdem noch zuvoriger Fälligmachung durch Nachzahlungsanordnung (vgl. auch "Komm. z. BBD.", IB zu § 121 "nach fast allgemeiner Meinung"

Auch der Bem. 1 zu § 4 MRoftD. (S. 177) tann ich nicht beipflichten. Es ift mindeftens migverständlich, davon zu fprechen, daß § 8 KoftBerf. eine Zweitschuldnerhaftung "borsehe". Bielmehr geht § 8 ausbrücklich nur von der gesetlich allein in § 82 GKG. und § 115 EHBS bestehenden Zweitschuldnerhaftung aus und gibt

bazu gleichsam nur die Ausführungsvorschrift. In § 3 ZeugGebD. vermißt man die positive Begriffsbestimung für eine "besonders schwierige Leistung", wie sie als Allisgangspunkt sür jede Erläuterung unungänglich ist (zu vgl. die grundlegende, seitdem Allgemeingut der Rechtsprechung gewordene Entscheidung des KG. 20 W 2234/32 v. 5. März 32: G a e d e f e, "KoftKipr." Nr. 421). Auf S. 376 Ann. 4 zu § 20 ZeugGebO. ist übersehen, daß eine Belastung der Reichskasse mit den Zeugene usw. gebühren badurch wieder ausgeglichen wird, daß die frühere dem Zeugen (Sachverständigen) günstigere Festsetung von Amts wegen zu berichtigen ist, wenn auf Erinnerung der Partei hin

gegen den Koftenansatz eine Herabsetzung hat erfolgen mussen.
S. 407 vermist man den Hinweis auf die — von Fonas entgegen seiner früheren Ansicht im Kommentar jett gebilligte auffgest seitet studeten Anflicht im koninkentat sest geoningte — Auffgesing des KG. v. 25. April 1936: JW. 1936, 1688 m. Anna. von Jonas, daß über fremdes Recht doch, entgegen Baum – bach, "ZBD.", § 293 Anna. 2 eine regelrechte Beweißaufnahme sehr wohl möglich ist. S. 504 (§ 94 KAGebD. Anna. 1) würde ich nicht von einer Anderung des § 91 ZBD. durch die Verneinung der Erstat-

tungsfähigkeit vereinbarten Honorars, sondern nur von einer — geseklichen — Einsch ränkung der Erstattungsfähigkeit auf die

gefetlichen Roften fprechen.

gesetlichen Kosten sprechen.

Schließlich scheint nir noch erwähnenswert die von mir auch schließlich scheint nir noch erwähnenswert die von mir auch schließlich scheinte Verwissen und im der stellung, die in siesem Buch wiederum besonders kraß in die Erscheinung tritt. Beispiel: S. 395: § 7 RAGebD. "unterstellt Beaustragung des Anwalts durch sich selbst". S. 486: § 76 RAGebD.: "Undilligkeiten sind als Wille des Gesetzgebers nicht notwendig zu unterstellen. Wan sieht sofort, daß Baum dach denselben Ausdruckt swei grund der sich iedene Begriffe braucht. Denn im ersten Kall kandelt es sich um den twischen Kall einer Kilt is n ersten Fall handelt es sich um den thpischen Fall einer Fiftion (welchen Begriff Baumbach vergeblich zu verdeutschen sucht, in Wahrheit aber nur verunklart, da er sich eben weder verdeutschen noch ersehen läßt), im letteren Falle bagegen — allenfalls — um ben Begriff ber "Unterstellung" im juriftisch-technischen Sinne.

Es wäre eine an sich reizvolle Aufgabe, sich auch sonst zu manchem Bunkte mit abweichenden Ansichten des Berf. ausein-anderzusetzen. Im Rahmen einer solchen Besprechung nut es jednoerzujegen. In kuhmen einer solchen Sesprechtung nuß er se-boch, wie ich stets betone, genügen, mehr beispielsweise ben Verf. auf Wünsche ober auch Bedenken, die beim Benuten auftauchen konnen, hinzuweisen. Eine besondere Empsehlung jedenfalls würde bei jo gut eingeführten Werken, wie es auch die handlichen "Reichs-kostengesehe" sind, nur eine überflüssige Redenkart bedeuten. Solche find aber nicht ber Ginn fachlicher Buchbesprechungen

RGR. Dr. Gaebete, Berlin.

Dr. jur. Friedrich Wolfstieg, Oberstlentnant und Kommandeur der Schutpolizei in Gleiwig, Mitgl. d. Akademie f. Deutsches Recht: Deutsches Polizeibeamtengeset, v. 24. Juni 1937 nebst Durchf D. v. 26. Juli 1937, den ergänzenden Vorschriften des Deutschen Beamtengesches vom 26. Jan. 1937 u. Rebengeseten. München u. Berlin 1937. Berlag C. H. Beck. XI, 255 S. Preis geb. 4,20 AM.

Das kleine praktische Erläuterungswert von Wolfstieg bringt nach einer kurzen Einseitung das Deutsche Polizei-beamtengeset mit knappen, für die Praxis aber vollkommen außreichenden Aumerkungen und zahlreichen Berweisungen. Teil I der vorläufigen DurchfVD. v. 26. Juli 1937 ift bei den einzelnen Paragraphen des Polizeibeamtengesetzes gleichzeitig mit abgedruckt und erläutert (S. 5 bis 99). Neben Teil II der DurchfVD. v. 26. Juli 1937 ist ein umfangreicher Anszug aller

Borschriften bes Deutschen Beamtengesetzes, die für die Polizeivollzugsbeamten von Bebentung sind und die großen Raum einnehmen, abgedruckt. Angefügt ist dann noch das Geset über die Neunundzwanzigste Anderung des Besoldungsgesehes nebst Durchführungsbestimmungen und das Geseh über die Besorberung der Polizeivolleugsbeamten auf Beforderungsmitteln bom 11. Mai 1937.

Ein gutes Sachregister erhöht die praktische Verwendbarfeit des Kommentars. Das Erläuterungsbuch ist in erster Linie für die Prazis bestimmt und wird ihr wegen seiner sorgfältigen Bearbeitung gute Dienste leiften.

Ma. Dr. v. Bohlen. Berlin.

Dr. Abolf Baumbach, Gengraf. beim RG. a. D.: Aftien. gesetz vom 30. Jan. 1937, mit ber 1. Durchführungs-verordnung vom 29. Sept. 1937 sowie bem Umwandlungsgeset und anderen Nebengesetzen. (Becksche Kurzkommentare Bb. 23.) 2., durchgearb. Aust. München und Berlin 1937. E. H. Becksche Verlagsbuchholg. XV, 549 S. Preis geb. 10.50 R.M.

Daß schon nach wenigen Monaten eine Neuauflage bes erst in 3B. 1937, 1695 besprochenen Kommentars erforderlich murde, beweift, daß die fruhe Herausgabe in der bewährten Baumbach ichen Erläuterungsweise einem praktischen Bedürfnis entsprach. In ber gegenwärtigen Gestalt, bie in ben Grundzügen unwerändert geblieben ist, ist er teilweise verbessert und ergänzt. In einem Anhang ist die inzwischen herausgekommene 1. Durchf= BD. z. Akts. v. 29. Sept. 1937 abgedruckt.

Ergänzt sind insbesondere auch die Erläuterungen zu den §\$ 35—38 Akts., wenn auch eine Erweiterung i. S. der Aussührungen des Unterzeichneten in JW. 1937, 2425 ff. und der Stellungnahme von Lenz, ebda. S. 2632, die bei der Drucklegung der Neuaussage noch nicht vorgelegen haben werden, tünftig sich im Interesse der Praxis empsehlen wird. Unter dem neuelken Schriftung heben die Langungtere auch Arbeiten neuesten Schriftum haben die Kommentare von Schlegel-berger-Quassowski-Herbig-Gekler-Hefermehl und Leichmann-Roehler zum Akts. Berücksichtigung ge-

Die Erläuterung des Umwandles. v. 5. Juli 1934, die wie oisher dem dritten Buch des Attes. als Anhang beigefügt ift, ist unter Hineinarbeitung der 4. DurchfBD. erweitert und zu fast jedem Baragraphen erganzt und berichtigt. Un übersichtlichteit hat die Darstellung allerdings hier noch nicht gewonnen, teit hat die Darstellung allerdings hier noch nicht gewonnen, da m. E. eine gedrängte Kommentiersorm für dieses verwicklete Spezialgediet sich nicht eignet und die Form eines gebrängten Auffahes vorzuziehen gewesen wäre. Die Bemerkung S. 445 Kr. I zu § 2 Umwandl. das "Berpfändung nicht schabet", ist in dieser summarischen Knappheit bedenklich, weil sie den Frrtum erregt, daß die Zustimmung des Pfandgläudigers zur Umwandlung entbehrlich sei (vgl. hierzu: Erisollis Groschung", I. Aufl., S. 69 Anm. das § 2). Im übrigen ist auch zum Umwandlungsrecht neueres Schrifttum jest stärker herangezogen worden.

Die beiben, in der früheren Besprechung erwähnten Brrtumer find richtiggeftellt. Ju der neuen Geftalt wird fich bie Taschenausgabe neue Freunde erwerben.

DUR. Grofchuff, Berlin.

Beamtengeset, Reichsbienststraf ordnung und Deutsches Polizeibeamtengeset, Meichsbienststraf ordnung und Deutsches Polizeibeamtengeset mit ihren Durchführungsbestimmungen und anderen einschlägigen Borschriften. Tertausgabe mit Verweisungen und aussührlichem Sach-verzeichnis. 2. Aufl. München und Verlin 1937. C. H. Bechscher Verlagsbuchholg. IV, 337 S. Preis geb. 2,40 R.M.

Die Textausgabe ist eine wescntliche Erweiterung ber 39 1937, 920 besprochenen 1. Auflage und schließt zeitlich mit ber Anordnung über die Ernennung und die Beendigung des Beantenverhältnisses der Beamten der Keichsfinanzverwaltung und der Finanzverwaltungen der Länder ohne Preußen dom 11. Sept. 1937 ab.

Strafprozegordnung und Gerichtsverfassungsgeset nebst ben wichtigsten sonstigen Borschriften aus dem Gebiet bes Strafversahrens und der Gerichtsversassung. Textausgabe mit Berweisungen und Sachverzeichnis. 3. Aust. München und Berlin 1938. C. d. Beckiche Verlagsbuchholg. VIII, 258 S. Preis geb. 1,80 RM.

Auf die ausführliche Besprechung der 2. Auflage: 3B. 1937, 143 wird verwiesen.

Rechtsprechung

Rachbrud ber Enticheibungen nur auszugsweise und mit genauer Quellenangabe geftattet [** Abbrud in ber amtlichen Sammlung der Enticheibungen bes Reichsgerichts. - + Unmerfung]

Strafrecht

Devisenrecht

** 1. NG. — §§ 4, 36 Abs. 1 Ziff. 7 DevBO. 1932 (jest S§ 9, 42 916f. 1 Biff. 7 Deves); § 1 Straffreihe. für Devisengutviderhandlungen b. 15. Dez. 1936; §§ 1, 2 DurchfBD. bagu v. 16. Deg. 1936.

1. Bur Frage, ob über eine mit bebijenrechtlicher Genehmi= gung erworbene Forderung in ausländischer Bahrung gu anderen als den genehmigten Zweden, durch überweisung an eine Bant, bei der der Forderungsinhaber in Schuld fteht, berfügt

2. Der Erichleichung einer bevifenrechtlichen Genehmigung macht fich auch schuldig, wer mit Wiffen und Willen durch Bermittlung eines anderen unrichtige Angaben an die Debijen= behörde gelangen lägt. Bum Tatbeftand ber Genehmigungs= erichleichung gehört nicht, daß die erstrebte Genehmigung er= reicht wird.

3. Bum Begriff bes Zusammenhanges von Straftaten i. S. des DevStraffreihl. v. 15. Dez. 1936; er besteht nicht, wenn die angebotene Forderung unabhängig von einer Forderung entstanden ift, über die ohne Benehmigung verfügt worden ift.

4. Das Angebot eines fo geringfügigen Devisenbetrages, daß das Einbringen im Interesse ber Debisenbewirtschaftung nach den Umftänden bes Falles nicht lohnt, begründet nicht bie Anwendbarkeit des DevStraffreihl. †)

Bu der Rev. des Angekl. F. und den einzelnen Straf-

I. Berfügung über Forderungen in aus-

ländischer Währung ohne Genehmigung

a) Soweit der Angekl. die Forderungen in ausländischer Währung, die er in den hier fraglichen Fällen von der Reichsbant oder durch deren Bermittlung erworben hatte, zu anderen als ben genehmigten Geschäften verwendet hat, beftehen gegen die Unnahme ber Strft. feine rechtlichen Bebenten, daß fich der Angekl. des Vergehens gegen den § 86 Abf. 1 Nr. 3 i. Verb. mit dem § 4 Dev BD. 1932 schuldig gemacht habe. Zweifel könnten höchstens für ben - nach ber tatfächlichen Annahme bes 28. möglichen - Fall bestehen, daß der Angekl. — nachdem sich die ursprünglich geplanten Geschäfte zerschlagen hatten, für die die Genehmigung erteilt mar -, die hier fraglichen Forderungen benütt hat, um feine in laufender Rechnung entstandene Schuld bei ber S. Areditbant bamit teilweise gu beden.

Der Angekl. hat die Reichsbank beauftragt, die auf Grund der Genehmigung erworbenen Forderungen in ausländischer Bahrung auf fein Ronto bei ber S. Rreditbant zu überweisen. Da er bei diefer Bant in Schuld stand, war schon diese in seinem Auftrage vorgenommene Aberweisung an die Bank eine nach den Devisenvorschriften strafbare Berfügung über die Devisenforderung; denn damit gab der Angekl. die tatfächliche Möglichkeit aus ber Sand, über die Forderung zu dem genehmigten Zwede zu berfügen. Dadurch aber murbe bie Genehmigung felbst nachträglich unwirtsam, wie sich aus ber Rr. I 4 DevRi. 1932 ergibt. Es berlor daher auch ber Erwerb ber Forderung von der Reichsbant seinen Rechtsgrund. Die Forderung war also nunmehr "anders als nach dem §3 erworben" Daran ändert es auch nichts, daß fie ber Angekl. "von der Reichs= bant" erworben hatte; benn der § 3 Abf. 1 DevBD. bezieht fich (nach dem Abf. 2 dafelbft) nur auf einen folden Erwerb, der Bu einem bebifenrechtlich erlanbten Zwede geschieht. Das ift in der Neufassung ber hier fraglichen Borfdriften im § 9 Debl. 1935 flar jum Ausdrud gelangt, galt aber in berfelben Beife icon für die Der BD. 1932. Belanglos ift es hierbei, ob man die "Berfügung" über die Forderungen in ausländischer Wäh-

rung ichon in der blogen "Gutichrift" auf bem laufenden Konto als verwirklicht ansieht, wie es die Strft. in anderem Zusammenhange burch Bezugnahme auf Hartenstein, "Devisennotrecht" S. 119 (Note 11 zum § 11 DevG.; vgl. auch Note 19 zum § 9 das. S. 108) tut, oder ob man hierin nur die Eröffnung einer Berfügungemöglich feit für die Bant findet; benn das Schaffen einer folden Möglichkeit wurde, wie das RG. bereits im Urt. v. 2. Juni 1933, 1 D 411/33 (JB. 1933, 1774 10) angenommen hat, einer "Berfügung" i. G. bes § 4 DebBD. 1932 gleichstehen.

Anders ware die Rechtslage möglicherweise dann zu beurteilen, wenn ber Angekl. nach seinen Berabredungen mit ber 5. Rreditbank die Gewigheit hatte haben konnen, diese werde ihm den Betrag ber Forderung gur Berfügung halten, ihn alfo n icht zur Aufrechnung benuten, oder wenn fich die Bant doch bindend verpflichtet hätte, ihm jederzeit neuen Rredit in der Sohe der überwiesenen Forderung gu eröffnen. In bie = jem Falle tonnte es bem Angekl. bei ber überweifung an bie B. Bant an dem nach dem § 36 Abj. 1 Nr. 3 i. Berb. m. bem § 4 DevBD. 1932 erforderlichen Borfate gefehlt haben. Doch hatte der Angell. bann über die (burch die überweisung umgewandelte) "Forderung in ausländischer Bahrung" jeden = falls in dem Zeitpunkte verfügt, in dem er sich nach dem Scheitern ber ursprünglich geplanten Geschäfte, für bie die Beträge bestimmt waren, entschlossen hatte, die Beträge bei der Bank zur Dedung seiner Schuld zu verwenden, also feiner feits aufzurechnen, ober feinen bei der Bant in Bobe ber Forderung entstandenen "Rredit" in anderer als der genehmigten Beife auszunuten, und diefen Entschluß ausgeführt hatte. Auch bei einer folden Geftaltung ber Sachlage hätte alfo bie Strst. ben Angekl. des hier fraglichen fortgesetzten Devisen-bergebens zu Recht für schuldig erkannt. Für die Strafbarkeit nach dem § 36 Abs. 1 Rr. 3 i. Verb. m. dem § 4 DebBD. 1932 ist es im übrigen belanglos, ob die Firma R. die Waren, um die es fich hier handelt, gelicfert hat ober nicht; die Strafbarkeit ware genau fo gegeben, wenn die Beschäfte zwar wirklich ausgeführt worden maren, ber Angell. aber bie bafür bewilligten Devisen nachher für andere, nicht genehmigte Zwede verwendet hatte; maggebend ift für die Strafbarteit ausichlieglich, bag er fie nicht für die genehmigten Beichafte berbraucht hat.

b) Straffreiheit.

Das Bergeben fallt nicht unter ein Straffreih G., namentlich nicht unter das v. 15. Dez. 1936. Nach dem § 1 Abs. 1 die= fes Befetes, der hier allein in Betracht tommt, ift straffrei, wer am 16. Dez. 1936 ben devisenrechtlichen Bestimmungen zuwider Bermögen im Auslande stehen gehabt und bis zum Ablaufe des 31. Jan. 1937 die Werte, auf die fich die ftrafbare Handlungbezog, ber Reichsbank angeboten hat; die Straffreiheit gilt für alle Strafen, die der Täter burch die Tatnämlich das Stehenlassen der jetzt angebotenen Devisen im Auslande, den im § 1 DurchfBD. v. 16. Dez. 1936 (RGBI. I, 1018) aufgeführten devisenrechtlichen Boridriften guwiber - und bie mit ihr zusammenhängenben Taten berwirkt hat.

Der Angekl. hat nun innerhalb der Frist zunächst eine Forderung bon 120 ban. Rr. angeboten, die er als Schabenserfat wegen der Richtlieferung aus dem erften ber beiden gescheiterten Geschäfte gegen den damaligen Bertragsgegner erworben zu haben behauptet; diefer hat die Forderung als zu Recht bestehend anerkannt. Durch die nachträgliche Anbietung ift der Angekl. Bunachft insofern straffrei geworden, als er es bor bem 16. Des. 1936 unterlaffen hatte, diefe Forderung fristgemäß ber Reichs bant anzubieten. Diefe Tat bilbet indeffen nicht den Gegenstand bes vorl. Berjahrens; hier tann sich nur fragen, ob das Bergehen gegen ben § 36 Abf. 1 Dr. 3 i. Berb. m. bem § 4 DevBD 1932, deffen die Strot. ben Angett, mit Recht ichuldig ertannt hat, mit dem Bergehen ber Richtanbietung der 120 ban. Er. 3 u

fammenhängt.

Den Begriff des "Zusammenhanges" erläntert nach einer bestimmten Richtung der § 2 der bereits genannten Durchf BD. v. 16. Dez. 1936 näher. Danach ift ein Zusammenhang insbef. für die Devisenzuwiderhandlungen anzuerkennen, die "hinsichtlich der Zahlungsmittel und der sonstigen Werte begangen worden sind, die der Täter zum Erwerbe der angebotenen Werte unmittelbar oder mittelbar verwendet" hat.

Dieje Merkmale treffen hier nicht zu. Der Angell, hat nach jeiner eigenen Darftellung die Forderung in ausländischer Bab rung, auf die sich ber hier fragliche Teil der Fortsetzungstat bezieht, nicht dazu benutt, die Forderung zu erwerben, die er jest angeboten hat; vielmehr ist diese Forderung unabhängig von der hier fraglichen als Schadensersatforderung aus bem Raufvertrage entstanden. Daß sich die Pflicht des Angell., die Forderung in ausländischer Währung der Reichsbant wieder anzubieten, möglicherweise gleichfalls aus dem Scheitern bes Raufvertrags ergeben hat — wenn sie nämlich in diesem Reit punkte dem Angekl. überhaupt noch zustand -, schafft keinen "Zusammenhang" i. S. des § 2 Abs. 1 Nr. 2 DurchfBD. bom 16. Dez. 1936.

Soweit die weiter angebotene Forderung von 45 dan. Er. gegen die Firma R. in Ropenhagen in Betracht tommt, fehlt es an jedem Nachweise dafür, daß die Forderung in auslän discher Währung, auf die sich ber Schuldspruch bes angesoch tenen Urteils bezieht, unmittelbar oder mittelbar dazu gedient hat, die angebotene Forderung zu erwerben. Da das Rauf geschäft, um bas es sich bier handelt, nach ben Feststellungen der StrR. nicht ausgeführt worden ift, fann ber Angekl. aus diesem Beschäfte teine Gegenforderung auf Raufpreisminde rung gehabt haben. Aber auch wenn das Kaufgeschäft tatfäch lich ausgeführt worden wäre, wurde es an einem Zusammen hange in dem erwähnten Sinne fehlen; denn das hier fragliche Debifenvergeben — Berfügen über Forberungen in ausländi scher Bährung zu anderen als dem genehmigten Geschäfte mit der Firma R. - fann unmöglich jum Erwerbe der jett angebotenen angeblichen Forderung auf Raufpreisminderung gedient haben, auch nicht mittelbar.

Aber den § 2 Durchf BD. hinaus wird ein Zusammenhang, ferner allgemein auch — ähnlich wie nach dem § 3 Abs. 1 DUG für solche Taten anzunehmen sein, die die Nichtanbietungstat vorbereiten, sichern oder deden jollen (vgl. dazu auch Schafer: DJ. 1937, 33 unter III b). Aber auch aus biesem (Besichtspunkte lagt sich im borl. Falle kein Zusammenhang der Taten mit der Nichtanbietung der Forderungen von 120 und

45 dan. Ar. festitellen.

Der Angekl. hat also burch die nachträgliche Anbietung dieser Forderungen teine Straffreiheit erlangt.

II. Erichleichung bon Devijengenehmigun

1. Geschäfte auf Grund des Bertrages mit St. in I

a) Die Annahme bes BG., der Angekl. habe hier (in Mittäterschaft mit K.) unrichtige Angaben gemacht, um für sich oder einen anderen eine Genehmigung zu erschleichen, die nach den damals geltenden Devisenvorschriften erforderlich war, ist rechtlich richtig. Daran ändert es nichts, daß R. die Anträge gestellt hat; benn mit biefen Anträgen wurde, vorgefaßtem Blane gemäß und mit Biffen und Billen bes Ungetl. &., im erften Falle die Rechnung der danischen Lieferfirma mit dem Schreiben des Angekl., laut deffen er die Felle im Auftrage und für Rechnung bes R. in I. getauft habe, der Devijenstelle ein gereicht; in den anderen Fällen wurden die Rechnungen, die der Angekl. auf Rechnungsvordrucken des Kraftwagenvermie ters S. in &. ausgefertigt hatte, der Devisenstelle mit vorgelegt. Das genügt, um ben Angell. als Täter bes Bergebens gegen den § 36 Abf. 1 Rr. 7 DevBO. 1932 zu bestrafen. Das Bergeben, dessen sich ber Angekl. hier schuldig gemacht hat, ift keine sog. "eigenhändige" Straftat. Strafbar ift vielmehr jeder, der mit Biffen und Billen unrichtige Angaben an die zuständige Stelle gelangen läßt, auch wenn das durch Bermittlung eines anderen geschieht, der als Aussteller bes Antrages auftritt, sei dieser nun bösgläubig oder gutgläubig.

In den drei gulett genannten Fallen hat der Ungeft.

übrigens auch noch dadurch unrichtige Angaben gemacht, das er in die Rechnungen höhere als die Beträge eingesett hat, die er seinen Berkaufern zu bezahlen hatte; doch andert das nichts Befentliches an der Strafbarkeit.

Dagegen hat die StrR. in diefen Fallen gugunften bes Angekl. rechtlich geirrt. In allen vier Fällen hat der Angekl. die erschlichenen Genehmigungen auch tatsächlich ausgenutzt, um feine Raufpreisberbindlichkeiten aus ben Eigengeschäften, um die es sich in Wirklichkeit handelte, damit gu beden. Für die fe Geschäfte war die Genehmigung aber nicht erteilt, und fie wurben deshalb burch die Genehmigung auch nicht gerechtfertigt. Das hat das RG. für ähnliche Fälle schon mehrfach ausgesproden (vgl. z. B. RGSt. 67, 429 = JW. 1934, 562 18; NGUrt. v. 12. Juni 1934, 1 D 40/34: JW. 1934, 2339 12; RGUrt. v. 29. Juni 1936, 2 D 287/36: SöchitRRipr. 1936 Nr. 1480). Der Angekl. hat sich dadurch, daß er die erschlichenen Genehmigungen für ungenehmigte Eigengeschäfte ausnutte, strafbar gemacht. Er hat in den letten der drei hier fraglichen Fälle die genehmigten Beträge ins Ausland an die G. Bant überweisen laffen und die fo geschaffenen Guthaben dann benutt, um feine Bertaufer wegen ihrer Forderungen aus den Raufberträgen zu befriedigen. In diesen Fällen hat der Angekl. also zunächst ohne Genehmis gung Forderungen in ausländischer Währung gegen Reichsmark erworben und dadurch gegen den § 36 Abi. 1 Nr. 1 i. Berb. m. dem § 3 DevBD. 1932 verstoßen. Er hat ferner in diesen Fallen über Forderungen in ausländischer Währung, die er anders als nach bem § 3 DevBD. 1932 erworben hatte, ohne Genehmi= gung verfügt und sich badurch, wie in ben beiben Fällen unter I, gegen den § 36 Abj. 1 Rr. 3 i. Berb. m. dem § 4 DevBO. 1932 vergangen. Daß er sich des Fehlens der Genehmigung in beiden Richtungen auch bewußt gewesen ift, ift nach den Test= stellungen ber Str.R. nicht zweifelhaft.

Im Berhaltnis biefer beiden Bergeben zueinander wird das erfte - bas lediglich eine & e fahren lage geschaffen hat durch das zweite, das die eigentliche Verletungstat darstellt, aufgezehrt (vgl. hierzu KGSt. 67, 401, 405 ff. = JB. 1934, 104 ¹³; NGSt. 68, 136, 147 ff. = JB. 1934, 1786 ¹⁰ m. Ann.; RGSt. 68, 315, 319 u.a. = JB. 1934, 3059 ¹⁰ m. Ann. und 323. 1934, 3286 27). Bu strafen ift der Angekl. also nur aus bem § 36 Abj. 1 Nr. 3 i. Berb. m. bem § 4 DevBD. 1932. Das Bergeben gegen ben § 36 Abj. 1 Nr. 7 (Genehmigungserschleichung), das der Angekl. borber begangen hatte, wird durch die späteren Berfügungen über die erschlichene Forderung nicht berührt; namentlich besteht keine Gesetzeseinheit. Das Vergehen gegen den § 36 Abf. 1 Mr. 3 i. Berb. m. dem § 4 fteht zu bem gegen den § 36 Abf. 1 Mr. 7 vielnicht im Berhältniffe der Tat-

mehrheit (vgl. AGSt. 70, 400 = AB. 1937, 883 9).

b) Straffreiheit.

Much für die hier fraglichen Fälle beruft fich der Beichwof. auf das Straffreihl. v. 15. Dez. 1936. Er behauptet, in dem ersten Falle von dem Berfäufer C. in Kopenhagen nachträglich einen Betrag von 75 dan. Er. "wegen Lieferungsdifferenzen" in bar zurückerhalten zu haben. Bon biefen 75 Kr. will er dem Fellsortierer D. in Kopenhagen 25 Ser. geliehen und bisber nicht juruderhalten haben. Er hat biefe Forderung friftgerecht der Reichsbank angeboten. Dieses Angebot macht ihn indes nicht straffrei, weil es an einem Nachweise dafür fehlt, daß der Ungekl. das Darlehen von 25 Kr. — wenn er es, was gleichfalls bisher nicht feststeht, wirklich gegeben hat — von dem Gelde entnommen hat, das er von C. zuruderhalten haben will. Es bedarf daher nicht der Brüfung, ob der Angekl. die Werte, die er durch das hier fragliche Devijenvergehen erlangt hat, jum Erwerbe der erwähnten 75 fer. von C. — für den es übrigens auch an allen Nachweisen fehlt — "mittelbar ober unmittelbar verwendet" hat (§ 2 Abs. 1 Nr. 2 DurchfBD. v. 16. Dez. 1936 [RGBl. I, 1018]). Ein StraffreihG. ift, wie das RG. schon vielfach ausgesprochen hat, nur dann anzuwenden, wenn die Merkmale, an die es die Straffreiheit knüpft, voll nachgewiesen find (NGt. 53, 324; 56, 49; 66, 76, 78; 71, 259, 263 3W. 1937, 2912 22 m. Anm.).

Wegen ber weiteren brei Geschäfte, die der Angekl. auf Grund des Bertrages mit & durchgeführt hat, nimmt er die Straffreiheit mit folgender Begründung in Anspruch: Er habe in den Rechnungen, die den Untragen auf die Devijengenehmigungen beigefügt gewesen seien, den Preis, zu dem er die Felle gekauft hatte, höher angegeben, als er in Wirklichkeit gewesen sei. Es sei thm also nach Bezahlung der Lickerfirmen von den nach Dänemark überwiesenen Beträgen ein Restguthaben verblieben; hiervon habe er 300 dän. Kr. dem Krastwagenvermieter S. in K. gelichen; ferner habe er aus diesem Geschäft noch ein Restguthaben von 20 dän. Kr. bei der G. Bank. Diese ans geblichen Forderungen hat der Angekl. fristgemäß der Keichsbank angeboten.

Auch in diesen Fällen fehlt es indes an jedem Nachweise dafür, daß der Angekl. die Forderung von 300 dan. Kr. gegen S. durch Berwendung von Werten erlangt hat, die aus den hier fraglichen Devisenvergehen herrührten. Außerdem ist das Anerkenntnis des S., das der Angekl. beigebracht hat, noch kein hinreichender Beweis für seine Behauptung, er habe dem S. die 300 Kr. gelichen. S. hat, wie das angesochtene Urteil ergibt, dem Angekl. bei seinen Straftaten, und gerade bei denen, um die c. sich an dieser Stelle handelt, mehrsach in einer Weise Hilfe geleistet, die nicht geeignet ist, ihn als vertrauenswürdig

und glaubhaft erscheinen zu laffen.

Für die Behauptung des Angekl., sein Guthaben bei der G. Bank von 15 — nicht 20 — dän. Kr. stamme aus den hier fraglichen Geschäften, sehlt es gleichfalls an einem Nachweise. thorigens würde das Angebot eines so geringfügigen. Devisenbetrages, das das Eindringen im Interesse der Devisenbetrages, das das Eindringen im Interesse der Devisenbetrages, das das Eindringen im Interesse der Devisenbewirtschaftung nach den Uniständen des Falles nicht sohnt, auch nicht geeignet sein, die Anwendbarkeit des Straffreih. zu begrünzden; anders sind auch die Gemeinschaftliche Versügung des RIM. und der Reichsstelle sür Devisenbewirtschaftung dem 21. Dez. 1936 (DJ. 1913) zu II und das zum Abdruck bestimmte Urteil des 5. Streen. des RG. v. 30. Aug. 1937, 5 D 338/37 (FB. 1937, 2912 21) nicht zu verstehen.

2. Geschäft mit der Firma R. in Ropenhagen

a) Der Tatbestand des § 36 Abs. 1 Kr. 7 DevBD. 1932 ist dem Angell. auch in diesem Falle rechtlich bedenkenfrei nachgewiesen. Daß der Angekl. mit seinen täuschenden Mackenschaften keinen Ersolg gehabt hat, ündert nichts daran, daß das Bergehen vollendet ist; anders als beim Betrug und bei der Steuerhinterziehung, mit denen es sonst nach dem § 36 Abs. 1 Kr. 7 nicht, daß der Täter erreicht, was er will, nämlich die Genehmisgung zu seinem Geschäft.

b) Die Unwendbarkeit des Straffreih G. v. 15. Dez. 1936 entfällt hier schon um deswillen, weil die erstredte Genehmigung nicht erteilt worden ist, der Angekl. also auf Grund seisnes Antrages keine Werte in die Hand bekommen hat, mit denen er die zu diesem Punkt angebotene Forderung — zu der übrigens bereits oben unter Ib das Erforderliche gesagt worden ist — erworden haben könnte, und auch kein sonstiger Zusams

menhang erkennbar ift.

(MG., 3. Streen. v. 28. Ott. 1937, 3 D 21/37.)

Anmertung: Die Ausführungen des Urteils jum Begriff der bevisenrechtlichen Berfügung (§ 9 Mbf. 2 Dev G.) und gur Erschleichung devisenrechtlicher Genehmigungen (§ 42 Abj. 1 Biff. 7 Deb (3.) entsprechen den in Lehre und Ripr. bereits früher vertretenen Anfichten. — Neue, richtungweisende Ausführungen bringt die Entich. zum Begriff der "zusammenhängenden Taten" in § 1 DevStraffreihl. v. 15. Dez. 1936. Mit diesem Begriff hat sich erst fürzlich der 5. Sen. in dem in J.B. 1937, 2912 abgebruckten Urt. v. 30. Aug. 1937, 5 D 338/37, befaßt und babei ausgesprochen, daß er entsprechend bem Bwed ber burch bas Bef. v. 15. Dez. 1936 gewährten Devijenanmeftie, die letzte Devise schleunigst für das Reich nutbar zu machen, möglichst weit auszulegen sei. Die vorl. Entsch, zeigt, daß dies nicht so gu verftehen ift, daß eine Straftat, die nur gufällig und rein äußerlich zu einer durch Rachholung der Anbietung wiebergutgemachten Berletung ber Anbietungspflicht in Beziehung fteht, von der durch bas Gef. v. 15. Dez. 1936 gewährten Umnestie erfaßt wird. Erforderlich ift vielmehr eine en ge Begiebung ber Straftaten untereinander bergeftalt, bag eine unlösliche Verknüpfung zwischen der hinsichtlich der angebotenen Devisen begangenen Debisenzuwiderhandlung und den anderen Straftaten besteht (in diejem Sinne habe ich mich schon früher

bei Pfundtner=Neubert, "Das neue beutsche Reichsrecht", II c 18 S. 22, Bem. 1 zu § 2 DurchfBD. zum DevStraffreihß. v. 16. Dez. 1936 geäußert). Ob ein solcher Zusammenhang gegeben ist, richtet sich nach den Umständen des einzelnen Falles. Statt näherer Darlegungen über eine Bielzahl möglicher Einzelfälle muß deshalb auf die lehrreichen Untersuchungen des 3. Sen. in der vorliegenden und des 5. Sen. in der a. a. D. wiedergegebenen Enisch. zu den verschieden gelagerten Fällen verwiesen werden. RegR. Turowsti, Berlin.

Strafgefegbuch

2. MG. — §§ 2, 259 StGB. "Ersathehlerei". — Mitzgenut eines überflusses an strafbar erworbenen Sachen ist wie Hehlerei strafbar. — § 2 StGB. kommt erst zum Zuge, wenn seiststeht, daß ein gesehlicher Straftatbestand nicht ersüllt ist. — Wahlweise Feststellung der unmittelbaren oder der ents prechenden Anwendung eines Strafgesess ist grundsätzlich zulässig. †)

(RG., 1. StrSen. v. 28. Sept. 1937, 1 D 1100/36.)

Abgedr. J.B. 1937, 3083 3.

Aumerkung: Das — im wesentlichen in JW. 1937, 3083 3 — abgedruckte Urteil des 1. StrSen. hatte die entsprechende Answendung (§ 2) des § 259 nach zwei Richtungen zu erörtern: einsmal erhob sich die Frage, ob der Mitgenuß gestohlener Sachen auch dann aus § 259 (mit Hilfe des § 2) bestraft werden kann, wenn der Mitgenießende keine eigene Versügungsgewalt über die gestohlenen Sachen erlangt. Zum anderen tauchte die Frage auf, ob auch die sog. Ersatzhehlerei nunmehr mit hilfe des § 2

erfaßt werden tonne.

1. Was die erstere der beiden Fragen anlangt, so kann dem Urteil nur zugestimmt werden. Nach der bisherigen h. M. war der Grundgedanke des § 259 die Bestrafung der Aufrecht= erhaltung des durch die Vortat geschaffenen rechtswidrigen Zuftandes. Bon diesem Grundgedanken wird ohne Zweifel auch der Fall erfaßt, daß jemand die gestohlene Sache in Renntnis ihres Erwerbs, wenn auch ohne Erlangung eigener Verfügungs= gewalt mitverzehrt: er hält dann die Eigentumsentziehung nicht nur aufrecht, sondern bewirkt sogar den endgültigen, nicht wie= der gutzumachenden Gigentumsberluft, indem er die Sache durch den Verzehr zerstört. Daß weiterhin das gesunde Bolksempfinden hier Bestrafung forbert, wird niemand bestreiten. Dieser Fall bereitet also teinerlei Schwierigkeiten. Schon an dieser Stelle darf aber auf die vorsichtige Ausdrucksweise bes Urteils hingewiesen werden: es spricht nicht von dem Grundgedanten des § 259, sondern bemerkt, daß die Erstredung der Borichrift auf diefen Fall "einem Grundgedanken" des Beh-Tereiparagraphen entspreche und sett so voraus oder halt es jum mindesten für möglich, daß § 259 mehr als einen Grund-gebanten in sich vereinige. Daß der Gebrauch des Zahlwortes so verstanden werden muß, zeigt der anschließende hinweis auf Buriner, "Das tommende deutsche Strafrecht" G. 499, wo dargelegt ist, daß neben der "Aufrechterhaltungs"-Theorie auch im geltenden Recht schon gelegentlich die "Beteiligungstheorie" (j. u.) vertreten werde.

2. Bur Frage der Ersathehlerei (begangen dadurch, daß die angeklagte Ehefrau Aleider an sich nahm und trug, die mit dem von dem Chemann gestohlenen Gelde angeschafft worden waren) hat das RG. noch feine Stellung genommen, fondern das Urteil aufgehoben, damit die Straffammer zunächst weitere Feststellungen über ben Bergang bei dem Erwerb der Meidungsftude treffe. Eine Bahlfeftstellung, daß entweder § 259 StBB. unmittelbar oder jum mindesten fraft entsprechender Unwendung verwirklicht fei, hat das RG. mit Recht für unsulaffig erklart, solange nicht feststeht, daß die Boraussehungen für eine unmittelbare Anwendung des Strafgesetes nicht eindeutig fosigestellt werden konnen. Im übrigen hat aber das RG. die entsprechende Anwendung des § 259 auf die Ersathehleret nicht abgelehnt, sondern die Erörterung diefer Frage ausdrudlich zurudgeftellt. In ben in JB. 1937, 3083 nicht abgedrudten Schluffaten der Entich. wird ausgeführt, es fei nach der Lebensersahrung überaus wahrscheinlich, daß die Beschwif. die Meider zusammen mit dem Chemann von dem gestohlenen Geld in Kenntnis seiner Herkunft eingekauft ober den Einkauf ohne den Mann, aber im Einverständnis mit ihm, bewirkt habe; in diesem Falle liege eine Mitwirkung zum Absat des gestohlenen Geldes vor und es komme § 259 unmittelbar zur Anwendung. "Solange der Tatrichter", so schließt das Urteil, "in dieser Richtung noch keine Aufklärung des Tatbestandes unternonnnen hat, ist eine Erörterung der Frage, ob § 259 St B. hier entsprechend anzuwenden sei, noch nicht veranlaßt." Ze nach dem Aussall der tatrichterlichen Festellungen wird also das RG. vielleicht in der gleichen Sache sich nochmals vor die Entscheidung dieser Frage gestellt sehen.

Daß das gefunde Volksempfinden die Bestrafung der Erfathehlerei fordert, wird bon niemandem bestritten, vielmehr fogar von einem Teil ber Schriftsteller, die sich hier gegen die entsprechende Univendung des § 259 wenden, ausdrücklich hervorgehoben (vgl. Kohlraufch, "St&B.", 33. Aufl., S. 38). Die Bedenken gehen lediglich in der Richtung, ob der Brundgedante bes § 259 biefe Falle mitumfaßt. Wer - wie Rohl-raufch a.a. D. und Allifeld (G. 107, 313) - mit ber bisher h. M. den einzigen Strafgrund des § 259 in der Auf rechterhaltung des durch die Vortat geschaffenen rechtswidrigen Bustandes erblickt, muß notwendigerweise die Buläfsigkeit der rechtsschöpferischen Anwendung der Strafbestimmung verneinen. Allein diese Meinung ift heute nicht mehr die herrschende; man fann wohl ohne übertreibung sagen, daß die heute weitaus h. M. in § 259 einen zweifachen Strafgrund verwirklicht fieht, nämlich neben der Aufrechterhaltung der durch bie Bortat verübten Rechtsverletung die Teilnahme an dem Erfolg der Vortat. Auf diesen Standpunkt hat sich bisher die gesamte neue Ripr., foweit sie sich mit der Erfathehlerei zu befassen hatte, gestellt. Zu den AG. Strausberg (JW. 1936, 1229), Braunschweig (JW. 1936, 3014), Aachen (JB. 1937, 1802) Mucheln (ebenda) und dem LG. Chemnit (JW. 1937, 1167) hat sich neuestens das DLG. Dresden in einem eingehend begründeten Beschl. bom 8. Sept. 1937 (DStrafr. 1937, 432) gestellt. Im Schrifttum wird diese Auffassung von Schwarz (GS. 106, 150; Kurzstomm. [4] Anm. 1 B 3 F zu § 2), Schäfer (JB. 1936, 1229; 1937, 1167; Dalde [28], Anm. 26 zu § 259) und Becker (DJ. 1937, 460) vertreten. Auch Megger, "Dentsches Strafrecht" (Leitfaben) S. 88 steht wohl auf diefem Standpunkt, wenn er fagt: "Die Sachhehlerei verlängert (perpetniert) die vorausgegangene Berletung eines juriftischen Ginzelrechts. Bugleich klingt bei ihr ber Gedanke einer Ausnühung fremder Straftaten an, ein Gedanke, der voraussichtlich im tommenden Strafrecht neben der Ausdehnung der Behlerei auf Ersatsachen eine grundsätlichere und bewußtere Ausgestaltung erfahren wird." Dieser Umschwung der h. M. bedeutet nicht, daß der Grundgedanke bes § 259 entgegen den Absichten des Gesetzgebers von 1871 jest durch einen anderen, der neuen Rechtsanschauung entsprechenden Grundgedanten "er fest" fei. Denn die Beteiligungstheorie ift bon jeber, freilich nur von einer Minderheit, vertreten worden; fie hat jest lediglich allgemeinere Anerkennung gefunden. Von einem Hinwegsetzen über ben klaren Willen des damaligen Gesetzgebers fann unter diesen Umständen - dies gegen Rohlrausch a.a.D. keine Rede sein, so daß die Frage, ob ein Austausch veralteter Grundgedanken wirklich unguläsig ift (vgl. dazu Schäfer: 3B. 1937, 3149) hier unerörtert bleiben kann.

Den Standpunkt der bisher h. M. vertreten, soweit ich sehe, zur Zeit nur, wie schon oben erwähnt, Kohlrausch und Allseld. Zu Unrecht beruft sich Kohlrausch a.a.D. auf das RG. In KGSt. 70, 377 (384) — JW. 1937, 172 hat allerdings der 3. StrSen. in einem Urt. v. 10. Dez. 1936 außgesprochen, das Wesen der Hellerei bestehe in der Austrechterhaltung einer rechtswidrigen Vermögenslage. Daß sich das RG. damit aber nicht eindeutig zu denen bekennt, die diese Zielrichtung als den einzig en Strafgrund des Loonschele, erhellt zweiselssei, wenn man den Zusammenhang betrachket, in dem dieselssei, wenn man den Zusammenhang des Loos pestraft werden konne, wer eine Sache an sich bringt, die der Täter durch Umarbeitung einer eigen en Sache mittels einer strafbaren Handslung hervorgebracht hat. Das RG. hat diese Frage — ohne Zweisel mit Recht — verneint und dazu ausgesührt:

"Die Richtung gegen frem des Vermögen gehört zu den Grundgedanken des § 259; das Wesen der Hehlerei besteht in der Aufrechterhaltung einer rechtswidrigen Vermögenslage. So ist in der deutschen Rechtswissenschaft und Nechtsprechung diese Straftat stets aufgefaßt worden und daran will auch der künstige Gesetzgeber sesthalten (vgl. Gürtner, "Das kommende deutsche Straftecht", Besonderer Teil, 2. Aufl., S. 502 unten und S. 503 letzter Abs.)."

Schon der Hinweis auf das künftige Accht, das ja doch gerade die Ersathehserei deutlich ersassen will, wie die Ausschlung der Stellen in "Gürtner", wo dargelegt wird, daß auch künftig die Vortat sich gegen fremdes Vermögen richten müsse, zeigt, daß dem RG. nichts ferner lag, als zu der Frage nach dem Strafgrund des § 259 abschließend Stellung zu nehmen; es wollte lediglich sagen — und hatte auch gar keinen Anlah, mehr zu tun —, daß die Vortat einen Eingriff in frem de Rechtsgüter darstellen müsse. Im Gegenteil läht sich die Tatsache, daß das RG. von den (Plural!) Grundgedanken des § 259 spricht, dahin deuten, daß das RG. die Frage nach dem doppelten Strafgrund zum mindesten offenlassen wollte. So hat auch der 1. StrSen. in der vorl. Entsch. das Urteil des 3. StrSen. verstanden, denn er beruft sich auf dieses, um gleichzeitig zum Ausdruck zu bringen, daß § 259 mehrere Grundgedanken aufweisen könne ("einem Grundgedanken", vgl. oben zu 1).

Mit besserem Recht als die Gegner auf RGSt. 70, 384 können sid, die Unhänger der hier verfochtenen Auffassung auf bie - im Auszug - in JW. 1937, 2698 abgedrudte Entich. bes 5. Streen. des RG. b. 19. Juli 1937 berufen. In dem dort entschiedenen Falle hatte sich A. an den Inhaber B. einer Abzeichenfabrik gewandt und ihm erklärt, er könne ihm einen gröheren Auftrag einer Bereinigung verschaffen, wenn B. ihm einc bestimmte Provision zahle. Die Bedenken des B. gegen die Höhe der Provision gerstreute er dadurch, daß er wahrheitswidrig erklärte, den Provisionsbetrag wolle die Bereinigung gu bringlichen Beschaffungen verwenden. Als B. sich nunmehr einverstanden erklärte, begab A. fich zu dem ihm bekannten, für die Beschaffung der Abzeichen zuständigen Sachbearbeiter C. ber Bereinigung und machte ihm bon der Provisionsabrede Mitteilung. C. vereinbarte mit A., daß sie sich in die Brovision teilen wollten, und gab hierauf die Bestellung auf. Nach Fertigstellung der Abzeichen ließ C. durch A. von dem Guthaben der Bereinigung burch Bankiched ben vollen Rechnungsbetrag abholen, behielt seinen Provisionsanteil für sich und händigte ben Reft an A. aus, wovon dieser seinen Brovisionsanteil abzog und den Rest zur Bezahlung der Abzeichen verwendete. Der Fall wirft eine Reihe von Fragen auf, die in diesem Zusammenhang teiner Erörterung bedürfen. Sier interessiert lediglich, was das RG. gur Anwendung bes § 259 StBB. ausführt. Es legt bar, daß A. dem B. gegenüber einen Betrug begangen habe, indem er ihn durch die Vorspiegelung, die Provision werde zu Anschaffungen für die Bereinigung verwendet werden, jur Bewährung der Brovifion veranlagte, die er dann gemeinsam mit C. gu personlichen Zweden verwendete. Hätte A. ben Kaufpreis dem B in vollem Unifang ausgehändigt und von diefem die Provision zurüderhalten, so wäre diefer Betrag durch eine ftrafbare Sandlung erlangt und C. wegen Schlerei strafbar gewesen. Dagegen waren die als Brovifion abgezogenen Beträge nicht durch eine strafbare Handlung "erlangt", da fie sich von vornherein in der Berfügungsgewalt des C. befanden (vgl. Lp3Komm. [4], Anm. 2 b gu § 259). Diefer Fall fei aber, meint das RB., "nach dem Grundgebanten des § 259 StoB. das gleiche wie Schlerei" und erfordere nach gefundem Bolfsempfinden Bestrafung. Go verschieden nun auch dieser Fall von den Fällen der Ersathehlerei in dem üblichen Sinn des Wortes ist, gemeinsam ist beiden, daß der Gegenstand der "Hehlerei" nicht selbst durch eine strasbare Hand-lung erlangt ist, daß der "Hehler" den Genuß des Gegenstandes aber einem Vortäter verdankt, der, um dies zu erreichen, einen rechtswidrigen Gingriff in fremdes Bermögen beging. Deshalb darf man auch den bom 5. StrGen, entschiedenen Sachberhalt als einen Fall der Erfathehlerei bezeichnen und das RG. muß folgerichtig, so gut es hier die "entsprechende" Anwendung des § 259 für zulässig erklärt hat, dies auch in ben anderen Fällen der Erfathehlerei tun.

3. RG. — § 42 k StGB. Nachprüfung der Anordnung der Entmannung im Revisionsversahren.

Die Entmannung kann nach § 42 k Nr. 1 StBB. angeordnet werden, wenn die öffentliche Sicherheit dies erfordert. Diefes Erfordernis ift dann nicht gegeben, wenn im Gingelfalle eine andere Magregel von minder tiefgreifender und nachhaltiger Birtung ausreicht, um die bom Tater ausgehende Befahr abzuwenden. Nach der ständigen Ripr. des RG. obliegt den Gerichten im hinblid auf die weittragenden, nicht wiedergutzumachenden schädlichen Folgen der Entmannung die Pflicht, vor der Anordnung diefer Magregel alle anderen Möglichkeiten, welche unter ben gegebenen Umftanden gum Schutz ber öffentlichen Sicherheit angewandt werden fonnen, besonders peinlich şu prüfen (RGSt. 68, 165 = JB. 1934, 1653 16 m. Anm. RGSt. 68, 230 = JW. 1934, 2150 21; RGSt. 69, 150 = JW. 1935, 1854 12; RGSt. 69, 153 = JB. 1935, 1854 11). Db ber Tatrichter dieser Berpflichtung genügt hat, unterliegt der Machprüfung des Reb. Ergibt fich hierbei, daß ber Tatrichter die Unwendung einer minder einschneidenden Magregel entweder überhaupt nicht geprüft oder aus rechtsirrigen Erwägungen abgelehnt hat, jo fann ein folder Rechtsverftog u. U., trog der Beschränkung der Rev., auch die Aufhebung des angefochtenen Urteils im Strafausspruch gur Folge haben, insbes. banu, wenn die rechtlichen Unterlagen jener Magregel, wie im Fall §§ 51 Abf. 2, 42 b SiBB., auch den Strafausspruch berühren.

(RG., 2. StrSen. v. 14. Ott. 1937, 2 D 503/37.)

4. RG. — § 44 StGB.; § 267 StBO. Die Zubilligung milbernder Umstände ist in das Ermessen bes Tatrichters gestellt.

Der Berteidiger meint, nach allgemeinen Denkgesetzen seien durch bas Urteil milbernde Umstände festgestellt, da 16 von der Straftammer als strafmilbernd berudsichtigten Umftanben in den Entscheidungsgründen nur 6 straferhöhende gegenübergestellt feien, die ersteren auch nicht einmal erschöpfend aufgezählt, sondern durch eine Reihe weiterer zu erganzen seien. Dem ift folgendes entgegenzuhalten. Im allgemeinen liegt die Bemeffung der Strafe innerhalb ber gesetzlichen Grenzen rein auf bem tatsachlichen Gebiet, sie ist beshalb einem Revisionsangriff entzogen, soweit sie nicht burch rechtsirrtunliche Erwägungen beeinflußt worden ift. Nach dieser Richtung gibt bas landgericht= liche Urteil feinen Aulaß zu Bedenken. Die milbernden Umftande find Beftandteil der Strafbemeffung. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie bem Richter die Möglichteit geben, an Stelle des regelmäßigen Strafrahmens einen milberen anzuwenden, wenn überwiegende Grunde für die milbe Beurteilung der Tat sprechen. Der im einzelnen Strafgesetz bestimmte Strafrahmen bringt zum Ausdrud, wie ber Gesetgeber die strafbare Bandlung wertet. Wo das Gefet milbernde Umftande gulagt, wird neben bem regelmäßigen Strafrahmen bem Richter ein mil derer für diejenigen Falle gur Berfügung geftellt, in benen die Tat wesentlich milder liegt als der Inp, das Urbild, das dem Gefetgeber bei Aufstellung bes regelmäßigen Strafrahmens borgeschwebt hat (vgl. hierzu das Rähere in RGSt. 58, 106/108). Das 20. hat fich für ben regelmäßigen Strafrahmen entichieden, weil im hinblid auf die Bobe der unterschlagenen Gummen, die hohe Bahl ber Sandlungen und ihre Tragweite sowie ben groben Bertrauensbruch und die Schädigung bes Unfebens des Gerichtsvollzieherstandes tein von dem Regelfall erheblich abweichendes, befonders milde zu beurteilendes Berbrechen borliege. Die Unsicht ber Rev., daß die Strkt. unzulässigerweise Um-stände berücksichtigt habe, die allgemein Merkmale jeder berartigen Tat seien, ist nicht zutreffend, da der in der Amtsunter-ichlagung liegende Bertrauensbruch nicht allemal ein grober fein und eine Schädigung bes Unfehens bes gangen Standes jur Folge haben muß. Nachdem bas LG. fich für ben regelrechten Strafrahmen entschieden hat, erortert es weiterhin die Wesichtspunkte, die für die Strafbeniessung innerhalb dieses Rahmens entscheidend waren. Darin tritt fein Rechtsirrtum zutage. Es bedarf teiner weiteren Ausführungen, daß es bei ben einzelnen Umftanden, die jugunften bes Ungefl. oder gegen ihn fprechen, nicht, wie ber Berteidiger meint, auf die Bahl, sondern das Gewicht antommt. Insoweit handelt es sich um

eine reine Tatfrage; es ist auch nicht Sache bes Rebu., die erschöpfende Burdigung aller für den Angekl. sprechenden Umstände nachzuprufen.

(RG., 5. StrSen. v. 4. Nov. 1937, 5 D 723/37.)

5. RG. — §§ 49, 73, 74 StGB. Das Wesentliche ber "Tat" bes Teilnehmers liegt nicht in dem Mitverursachen des Ersolges der Haupttat, sondern in dem eigenen Beitragen zu der Tat des Haupttäters, bei dem Gehilsen also in der Hilfeleistung als solcher. Daher ist es möglich, daß mehrere Hilfeleistungen zu einer Tat eines anderen eine Tatmehrheit bilden können.

(RG., 1. StrSen. v. 1. Ott. 1937, 1 D 57/37.)

6. RG. — §§ 147, 133 StBB. Der Begriff "fich berschafs fen" umfaßt jeden irgendwie gearteten Erwerb nachgemachten Geldes, der sich in Kenntnis der Unechtheit vollzieht.

Der Angekl. hat als Polizeibeamter von dem Kassierer einer Bank falsche Geldstücke im Nennwerte von insgesamt 27,50 RM gegen Quittung ausgehändigt erhalten. Er hat daraushin nichts veranlaßt, weder schriftliche Auszeichnungen noch die vorgeschriebenen Anzeigen gemacht, noch Ermittelungen ansgestellt. Bei seiner Berhaftung fanden sich nur noch Falschtücke im Nennbetrage von 17,50 RM bei ihm vor. Die sehlenden hat der Angekl. als echt in den Berkehr gebracht.

Das 2G. hat den Angekl. wegen Amtsunterschlagung in Tateinheit mit Mungberbrechen nach dem § 147 StGB. ber-

urteilt. Hiergegen wendet sich die Rev. ohne Erfolg

Der Angekl. hat sich nachgemachtes Geld verschafft und es in Verkehr gebracht. Das Begriffsmerkmal des "Sichverschaffens" ist nicht dahin zu verstehen, daß hier nur ein abgeleiteter Erwerb in Betracht kommen konne. Das hat das RG. entgegen einer in der Rechtslehre verbreiteten Meinung ichon in der Entich. RGSt. 67, 294 = JB. 1933, 2282 11 eingehend bargelegt. Nach biefer Entich, umfaßt ber Begriff "fich verschaffen" im § 147 StBB. jeden irgendwie gearteten Erwerb nachgemachten Gelbes, der fich in Kenntnis der Unchtheit vollzieht, namentlich auch den Erwerb durch Fund und nachfolgende Uneignung herrentofer Sachen. Daß hiernach auch ein Erwerb durch Unterschlagung ben Begriff des "Sichverschaffens" erfüllt, kann nicht zweifelhaft fein, benn durch die Unterschlagung erlangt der Täter - der bis dahin den Gewahrsam nur für einen anderen ausgeübt hat — die ausschliehliche Verfügungsmacht über die Sache, die den Inhalt des "Sichverschaffens" ausmacht. Aber auch schon die Handlung nach dem § 133 StoB. (vorfätliches Beiseiteschaffen amtlich übergebener Gegenstände), die der Angekl. zunächst vorgenommen hat, enthält zugleich das "Sichverschaffen" der falschen Mungen; denn hierzu ift nicht nötig, daß ichon der Erwerb bon der Absicht getragen wird, das nachgemachte Geld fpater in den Berkehr zu bringen (RGUrt. v. 27. Nov. 1931, 1 D 829/31: Bah 3. 1932, 856); es genügt, daß er seine eigene unbeschränkte Berfügungsmacht begründet.

(RG., 3. Str en. v. 4. Nov. 1937, 3 D 794/37.)

7. RG. — § 165 StBB. Umfang der Beröffentlichungsbefugnis.

Nach § 165 Abf. 1 StGB. ift nur die öffentliche Bekanntmachung der Bestrafung wegen falscher Anschuldigung gerechtsertigt, nicht die Bekanntmachung des ganzen Urteils, das
zugleich die Bestrafung wegen Meineids ausspricht. Der Fall
liegt nicht so, daß die Bekanntgabe der ganzen Fassung des
Urteilsspruches dem Angekl. nicht zur Beschw. gereichen und
daher unbeschränkt zugelassen werden könnte (RGSt. 25, 325).
Mit Rücksicht darauf, daß der Beschw. zu zwei auf eine Gesamtstrafe zurückgesührten Einzelstrasen berurteilt, daß aber die
Berurteilung wegen Meineids von der durch Aushang zu veranlassenden Bekanntgabe auszuschließen ist, wird diese dahin
zu beschränken sein, daß der Beschw. wegen salscher Anschuldigung zu einer Gesängnisstrase von vier Monaten verurteilt
worden ist.

Der Ausspruch der Beröffentlichungsbefugnis fonnte bon

hier aus entsprechend berichtigt werden.

(RG., 3. Streen. v. 4. Nov. 1937, 3 D 837/37.)

8. NG. — § 243 StoB. Begriff "Faliche Schlüssel" hinssichtlich des Kundenschlüssels eines Bankschlessachs. Mitgewahrsam kann auch dann bestehen, wenn der eine Gewahrsamsinhaber ohne Mitwirkung des anderen, der andere aber nur mit jenem zusammen in der Lage ist, zu einem Behältnis (Bankschließfach) Zutritt zu nehmen.

Die Berurteilung des Angekl. wegen schweren Diebstahls — Entwendung von Werthapieren aus den Schließfächern der X.-Bank — ift rechtlich bedenkenfrei.

a) Insbesondere hat das LG. hier sutressend angenommen, daß diese Wertpapiere im Mitgewahrsam des Angekl. oder der K.-Bank, deren einziger Aktionär er war, und des Kunden K. standen. Der Angekl. hatte "in einer allen bankmäßigen Gepflogenheiten in einzigartiger Weise zuwiderlausenden Handhabung" außer dem für alle Schließsächer gleichen Bankschlüssel auch von den beiden — für jedes Schließsach anders gestalteten — Kundenschlüsseln den einen für sich zurückbehalten, statt diese beiden Schlüsseln den Kunden auszufolgen, und er hatte diese Zurückbehaltung des einen der beiden Kundenschlüssel dem K. verschwiegen. Infolgedessen hatte der Angekl. oder die Bank zu den Schließsächern von K. jederzeit Zutritt, während der Kunde nur unter Mitwirtung der Bank an sein Schließsach gelangen konnte.

Diese Sachlage steht der Annahme eines Mitgewahrsams des Kunden nicht entgegen, denn ihm war gleichwohl nach den zwischen den beiden Vertragsparteien bestehenden Vereinbarunsgen der jederzeitige Zutritt zu dem Behältnis und seinem Indal gestattet (val. RGSt. 58, 49). Mitgewahrsam kann nicht bloß in der Weise bestehen, daß beide Gewahrsamsinhaber nur gemeinsam zu dem Behältnis Zutritt nehmen können, sondern auch dann, wenn der eine ohne Mitwirkung des anderen, der andere nur mit jenem zusammen hierzu in der Lage ist, wenn also der eine die Möglichseit hat, den anderen vom Zutritt auszuschließen. Entgegen der Annahme der Rev., die im vorl. Fall nur eine Unterschlagung sür rechtlich möglich hält, konnte sich also der Angekl. dadurch, daß er die Bertpapiere aus dem Schließsach herausnahm, des Diebstahls gegenüber von K. schulz dig machen.

b) Ohne Rechtsirrtum hat das LG. auch in dem vom Ungefl. zurudbehaltenen zweiten Runbenschlüffel einen "falichen Schlüffel" i. S. des § 243 Nr. 3 St BB. gefehen. Er war allerbings noch fein "falicher", folange fich alle brei Schlüffel im Besit der Bank befanden. Mit der Einräumung bes Schlieffachs an den Runden hatte jedoch diefer nach den zwischen ihm und ber Bant getroffenen Bereinbarungen einen Rechtsanfpruch auf eine folche Gestaltung ber Sachlage; daß bas Schlieffach nur durch ihn und die Bank gemeinsam, nicht aber von der Bank allein ohne feine, des Runden, Mitwirkung geöffnet werden konnte, und er hatte damit einen Rechtsanspruch auf Ausfolgung der beiden vorhandenen Kundenschlüssel. Insoweit entschied sein Wille darüber, ob der eine diefer Schlüssel "zur ordnungsmäßi gen Eröffnung des Schließsaches bestimmt" war (vgl. RGSt. 52, 84). Da er diese Bestimmung nur für den ihm ausgefolgten (weil ihm allein befannten) Schlüffel treffen tonnte und bemgemäß auch getroffen hat, so war der andere abredewidrig und ohne sein Wissen in der Sand des Angell. oder der Bant gurudgeblieben und damit ein falscher Schlüssel i. S. des § 243 Rr. 3 StBB.; mag auch ber Angekl., als er ihn gurudbehielt, noch nicht die Absicht gehabt haben, ihn gerade zur Beraubung des Schlieffachs zu benuten.

Den Urteilsgründen kann auch bedeukenfrei entnommen werden, daß sich der Angekl. der Tatsachen und Umstände bewußt war, durch die sich der zurückechaltene Schlüssel hiernach als "falscher" kennzeichnete, daß er daher auch insoweit vorsätzlich gehandelt hat, als er mit hilse dieses Schlüssels (und des ihm mit Recht verbliebenen Bankschlüssels) das Schließfach eröffnete und ihm die Wertpapiere entnahm.

(RG., 1. Str Sen. v. 26. Oft. 1937, 1 D 539/87.)

9. NG. — § 263 Abi. 5 StoB.; § 61 Biff. 3 StBD. Cheversprechen, die von einer durch eine bestehende Che gebundenen Berson abgegeben werden, find rechtlich bedeutungstos.

Der Angekl. ift wegen Betruges im Rudfall, begangen gegenüber der Angestellten &., verurteilt worden. Die Reb. beruft sich darauf, daß bas LG. die F. als Berlobte nach § 61 Rr. 3 StBD. unbeeidigt gelaffen hat, und bemangelt, daß das Berfahren nicht wegen Fehlens eines rechtswirtsamen Straf antrages (§ 263 Abf. 5 St&B.) eingestellt worden ift. Der Angekl. ist verheiratet und war dies auch zur Zeit, als er der F. die Ehe versprach. Im Rechtsleben ist solchen Cheabreden die Anerkennung gu bersagen, die gegen das Weset oder die guten Sitten verstoßen. Daber find Cheversprechen grundsätlich recht lich bedeutungslos, die von einer durch bestehende Che gebundenen Person abgegeben werden. Es fann dahingestellt bleiben, ob diefer Grundfat bei besonderer Lage des Einzelfalles Ausnahmen guläßt; benn irgendwelche besonderen Umftande, die auch nur zu einer Erörterung in diefer Richtung Anlaß geben könnten, sind nicht erkennbar und werden auch nicht einmal von dem Beschw. behauptet. Den Entsch. NGSt. 14, 7 und 24, 155, ROB. 29, 97 ff. und RGUrt. v. 5. Dez. 1923, IV 442/22: Seuff= Arch. 78, 191, in benen die hier bargelegte Rechtsauffaffung gur Unwendung gebracht ift, lagen folde Falle zugrunde, bei denen die Tatsache der bestehenden Che der anderen Vertragspartei des Verlöbnisvertrages befannt war. Cheabreden mit einem Berheirateten sind aber ihrem Wesen und Inhalt nach bei Bugrundelegung der gesunden Bolksanschauung über die Ehe unsittlich, ohne daß es auf solche Kenntnis ankäme. Die Durchführung bes Berfahrens gegen den Angekl. fett baher feinen Strafantrag voraus.

(RG., 2. StrSen. v. 4. Nov. 1937, 2 D 658/37.)

10. AC. — § 267 StEB. Zum Begriff der öffentlichen Urfunde. Ansertigung "beglaubigter Abschriften" ohne Vorhandensein einer Urschrift. Beglaubigungsbefugnis eines Hauptsmanns und Kompaniechefs. †)

Der Angekl. hat zwei als "Abschriften" bezeichnete Bescheinigungen des Inhalts hergestellt, daß ihm in seiner Eigenschaft als Angestellter der 2. Funk-Nachrichten-Kompanie demnächst eine einmalige Lohnbeihilse von 500 RM gewährt werde. Die Bescheinigungen hat er unter Angabe von Ort und Datum sowie Beidrückung des Stempels "Nachrichten-Kompanie des ..." mit dem Vermerk versehen: "Die Richtigkeit der Ab

fchrift bescheinigt: R., Sauptmann."

Die Ausführungen der Straftammer, daß die beglaubigten Abschriften, die der Angekl. hergestellt hat, keine öffentlichen Arkunden seien, sind nicht frei von Rechtsirrtum. Es trifft in dieser Allgemeinheit nicht zu, "daß nur ein bestimmter gesetzlich sestgelegter Kreis von Behörden und Antspersonen, z. B. Gerichte und Notare, nicht aber z. B. ein Hauptmann, ein Amtsvorsteher oder die Polizei zu Beglaubigungen von Abschriften besugt sein. Diese Auffassung ist schon in RSSt. 63, 148, 150 Abs. 2 als eine mißverständliche Auslegung der Entsch. RSSt. 60, 209 bezeichnet worden; es ist dort hervorgehoben, daß die letzter Entsch. selbst darauf hinweise, daß für gewisse Rechtsgebiete, namentlich des öffentlichen Rechts, eine Befugnis zu öffentlicher Beglaubigung auch anderen Beamten als denen der freiwilligen Gerichtsbarkeit durch das Gesch oder sonstige Rechtsnorm beigelegt sein könne.

Denientsprechend ift 3. B. der Gemeindevorsteher in der Rheinprovinz (NGSt. 63, 148), in der Provinz Hannover (NGSt. 66, 132) und in den sieden östlichen Provinzen (NGUrteil 6 D 339/35 v. 30. Nov. 1935 = 39. 1936, 732 14) für besugt erachtet worden, Abschriften aus den Protosollbüchern seiner Gemeinde zu beglaubigen, weil dieses Recht sich aus den geschlichen Borschriften über die Amtsbesugnisse des Gemeindes vorstehers ergebe. In der Entsch. 3 D 759/36 v. 19. April 1937 = 39. 1937, 2961 ist der Beglaubigung einer Unterschrift durch eine Polizeibehörde der Rheinprovinz öffentlicher Glaube beigelegt, weil diese Art der Beglaubigung auf einer ständigen Berwaltungsprazis bernhe, die auch in Zusunft nicht auf gegeben, ja näher geregelt werden soll, und weil nach der preuksischen Berwaltungsgebührenordnung v. 9. Mai 1934 Ar. 14

(GS. 261) für polizeiliche Beglaubigungen bestimmte Gebühren gerhaben merben

Es ware deshalb zu prufen gewesen, ob etwa dem Chef der 2. Funt-Nachrichten-Rompanie auf Grund gefenlicher Borschriften ober auf Grund von Berwaltungsanordnungen ober auf Grund einer ftandig geubten Pragis der oben geschilderten Urt die Umitsbefugnis verliehen ift, Abschriften von Urfunden, die dem Geschäftstreise der Kompanie entstammen (vgl. hier 3. B. Rest. 63, 74, 75 unten, 76), öffentlich zu beglaubigen oder ob folden Beglaubigungen nur die Bedeutung gutommit, wie fie in RGSt. 60, 212 Biff. 5 bargelegt ift. Comeit es fich um die Ausstellung von Urlaubspäffen handelt, hat das RMil. in Bd. 9, 64, 65 entschieden, daß die Rompanie-Chefs öffentliche Behörden sind. Es ist ferner zu ermitteln, in welcher Form solche Beglaubigungen bei der Nachrichten-Kompanie vorzunehmen sind. Dabei ist folgendes zu beachten: Aus der Abschrift, die beglaubigt wurde, ift zu entnehmen, daß die Urkunde nicht von der Nachrichtenkompanie selbst stammen sollte (2. [Funk] N.A.D.R.R.M. - "Der dort angestellte L."), sondern von einer anderen Stelle; fraglich bleibt aber, an wen fie gerichtet sein foll, an L. oder an die Nachrichten-Kompanie. Im ersteren Falle wird, wenn nicht besondere Borfdriften entgegenftehen, eine Beglaubigungsbefugnis der Nachrichten-Kompanie abzulehnen fein, da es sich dann um eine an eine Brivatperfon, nicht aber an die Behörde felbft gerichtete Urfunde einer anderen Stelle handeln wurde, fo daß hier die Ausführungen in RUSt. 60, 209 gutrafen. Sollte bie Urkunde an die Rachrichten-Kompanie gerichtet sein, dann ware zu prufen, ob eine allenfalls hinsichtlich eigener Urfunden gegebene Beglaubigungsbefugnis fich auch auf Urfunden anderer Behörden, insbef. übergeordneter, erftredt, die der Radyrichten-Rompanie im dienft= lichen Berkehr zugehen. Um die Offentlichkeit der Beglaubigung anzunehmen, muß die Urfunde gum Berfehr nach aufen beftimmt fein. Es genügt, wenn bei ber Berftellung der öffentlichen Urfunde die vorgeschriebene Form im wesentlichen gewahrt ift; foweit die Anbringung eines Stempels gefordert wird, ift nicht nötig, daß der echte Stempel verwendet wird (RGUrt. 2 D 220/30 v. 11. Juni 1930). Daß eine Urschrift der angeblichen Abschrift nicht vorlag, andert nichts daran, daß der Angell. eine Beglaubigung vorgetäuscht hat (über Abschriften vgl. RGSt. 69, 228 = FW. 1935, 2371 27 m. Anm.).

(RG., 2. StrSen. v. 25. Ott. 1937, 2 D 528/37.)

Anmertung: Abf. 4 Cat 2 ber Entich. fonnte migverftanden werden: "Soweit es fich um die Ausstellung von Urlaubspässen handelt, hat das RMill. 9, 64/65 entschieden, daß die Rompaniechefs öffentliche Behörden find." Denn in Birklichfeit besteht die Behördeneigenschaft des Kompaniechefs teines= wegs bloß bei der Erteilung von Urlaubspässen. "Behörde" ift jedes ständige Organ ber Staatsgewalt, bas bazu berufen ift, unter öffentlicher Autorität für die Staatszwecke tätig zu fein. Befentlich ift neben der Ständigkeit, d.h. der Unabhängigkeit von der Person des Inhabers, die Selbständigkeit im Sandeln. Kollegialischer Aufbau ift keineswegs erforderlich. "Behörde" ist daher 3. B. der Gerichtsherr, nicht jedoch der Untersuchungs-führer (RMil. 13, 286), dem die "Selbständigkeit" fehlt, da er überwiegend Organ bes Berichtsherrn ift. Singegen ift ber Rompaniechef als solcher stets "Behörde". Die Entsch. hat ihm das auch nicht etwa nur eingeschränkt zubilligen wollen. Denn der ausdrückliche hinweis auf RMil. 9, 64 bedeutet: "Im Sinne des § 415 3BD." hat ber Rompaniechef eine nicht jeber Behörde von felbft gutommende Befugnis im Benrtundungsbereich, nämlich Urlaubspässe und Urlaubsbescheinigungen nach vorgeschriebener Form zu öffentlichem Glauben, d. h. als "öffentliche Urkunden" (§ 267 StoB.) auszustellen. Unsere Entsch. erörtert also die allgemeine Behördeneigenschaft des Kompanie= chefs überhaupt nicht, fondern befaßt fich lediglich mit feiner Beurkundungsbefugnis. Dabei kann die Urlaubsbescheinigung nur als Beispiel verftanden werden. Denn auch bei den Truppen- und Kriegsstammrollen (RMil. 5, 191 und 19, 280), ferner bei den Strafbüchern (RMil. 12, 282) ist höchstrichterlich dem Kompaniechef die Amtsbefugnis gu "öffentlicher" Beurkundung zugesprochen. Falls er von derartigen in feinen amtliden Beurkundungetreis gehörigen öffentlichen Urkunden be

glaubigte Abschriften ausstellt, wird man auch biejen ben Charafter einer "öffentlichen Urfunde" nicht absprechen durfen. Anders wird es aber bei folden Schriftftuden liegen, die nicht in feinen Beurkundungstreis fallen, & B. bei Bufdriften, die bon einer anderen Stelle ausgestellt der Kompanie bienftlich jugeben. Beglaubigt der Kompaniechef hier eine Abschrift, so ift diese "Beglaubigung" nicht unter § 415 3BD., § 267 StBB. als "öffentliche Urkunde" zu bringen. Das bedeutet zugleich die Abgrenjung der Besugnis jur "öffentlichen" Beglaubigung. Wo bem Rompanicchef die Amtsbesugnis zur Urschrifterrichtung mit öffentlichem Glauben fehlt, tommt auch ber Abichriftbeglaubigung fein öffentlicher Glaube zu. Mit dem militarifchen Leben ift die Notwendigkeit scharfer Umreigung der Dienftbefugniffe der Kommandostellen notwendig verbunden. Also nur positive Borschrift könnte die Abschriftbeglaubigung zu öffentlichem Glauben bei folden Schriftstuden dem Rompaniechef verleihen, bei denen er nicht die Urschrift als öffentliche Urkunde errichten darf. Gine "Berwaltungspragis" tonnte indes zu folder Erweiterung der Beglaubigungsbefugnis nicht hinreichen. In diefer Richtung durfte die Entich. den militarischen Belangen nicht genügend Rechnung tragen.

Beh. Kriegsrat Dr. M. Bagner, Berlin (ARriegsGer.).

11. RG. — § 267 StBB. Die von Marttvereinigungen hers ausgegebenen Bezugsmarten find öffentliche Urkunden.

Die Rüge der StA., daß es sich bei den von der Markts bereinigung Berlin herausgegebenen Bezugsmarken um öffents liche Urkunden handelt und deshalb von der StrK. zu Unrecht die Fälschung lediglich von Privaturkunden angenommen wors den ist, erscheint begründet.

Innerhalb der Biehwirtschaftsverbande, die nach der BD. gur Regelung des Bertehrs mit Schlachtvieh v. 27. Febr. 1935 (RGBI. I, 301) i. d. Faff. der BD. v. 4. Juli 1935 (RGBI. I, 1045) und b. 8. April 1936 (RBBl. I, 366) zur Regelung des Absates und der Berwertung sowie der Breise und Breisfpannen von Schlachtvieh, Fleisch und tierischen Getten befteben, bilben in ben Bemeinden, in benen fich ein Schlachtviehmartt befindet, die jum Bichwirtschaftsverband zusammengeschlossenen Betriebe und Personen, die Erzeugergruppe ausgenommen, Marktgemeinschaften für Schlachtviehverwertung (Marktvereini= gungen). Für jede Marktvereinigung bestellt der Biehwirtschaftsverband einen Marktbeauftragten (§ 1 Abf. 3 BD.). Diefer fann Beginn und Ende des Biehgrofmarttes festsetzen (§ 19 Ubf. 3 BD.). Er entscheidet u. a. über Antrage auf Zulassung als Sandler mit Schlachtvieh an bem Grofviehmartt. Er fann folde Bulaffungen auch widerrufen, falls ber Bandler gemiffe Boraussetzungen nicht erfüllt oder später wieder verliert ober in bestimmter anderer Beise feine Eignung einbuft (§§ 20, 21, 22 BD.). Ihm liegt die Durchführung ber Marktregelung int einzelnen ob. Für diesen Zwed ift er ausdrücklich zu bestimmten Anordnungen gesetzlich ermächtigt (§ 23 BD.). Gegen Mitglieder der Marktvereinigung und Angehörige des Reichsnährstandes kann er bei Zuwiderhandlungen gegen gewisse Anordnungen Ordnungsftrafen bis zu 1000 RM festfeten, gegen die das Schiedsgericht beim Biehwirtschaftsverband angerufen werden kann (§ 30 BD.); siehe auch § 15 der Satung für Schlachtviehverwertungsverbande (Biehwirtschaftsverbande) im Berord= nungsblatt des Reichsnährstandes 1935, 113. Diese dem Marktbeauftragten für die Marktvereinigung zur bienftlichen Erledigung zugewiesenen Obliegenheiten tennzeichnen ihn rechtlich als ein von der jeweiligen Person unabhängiges Organ der Staatsgewalt, das die Anfgabe hat, unter öffentlicher Autorität nach eigener Entschließung für die Zwede bes Staates tätig gu fein. Die Stelle bes Marktbeauftragten ist auch burch reichsgesetliche Borschriften geschaffen, also durch die Staatsgewalt felbst ein gerichtet worden. Damit find alle Merkmale gegeben, um in dem Marktbeauftragten als dem für die Marktvereinigung handelnden Organ eine Behörde zu sehen. Die von der Marktvereini= gung ausgestellten Marken, die auf Grund einer Anordnung des Biehwirtschaftsverbandes Rurmart an die Ladenfleischer qugeteilt wurden und von diefen beim Bezug von Schweinefleifch dem Großschlächter zu behändigen waren, find baher öffentliche Urfunden. Sie find von einer öffentlichen Behörde innerhalb

ihrer öffentlichen Umtsbefugnisse in der vorgeschriebenen Weise ausgestellt und nicht für den inneren Dienstbetrieb, sondern für den Berkehr nach außen und außerhalb bestimmt. Damit erbringen fie Beweis gegenüber jedermann (fiche RIGEt. 71, 101 = JW. 1937, 1334 38). Die Marktvereinigung, bon ber fie herruhren, ift auf den Marten angegeben. Hiernach liegen alle Mertmale einer öffentlichen Urtunde bor (vgl. § 415 3BD.). (RG., 2. StrSen. v. 14. Ott. 1937, 2 D 463/37.)

12. AG. - § 356 StoB.; § 32 NAO. Bum Barteiberrat gehört, daß das Tätigwerden des Unwalts für beide Barteien im Rahmen feiner Berufsausübung als Anwalt erfolgt.

Die Rev. der Stal. macht hauptsächlich geltend, der Barteiverrat i. S. bes § 356 StoB. habe nur gur Voraussetzung, daß der Tater Unwalt sei, nicht aber daß er beiden Parteien

in seiner Eigenschaft als Anwalt gedient habe.

Diefer Unficht kann nicht beigetreten werden. § 356 ftellt im Interesse der Aufrechterhaltung des Ansehens und des Bertrauens, das ein Unwalt genießen muß, unter Strafe, daß ein Anwalt bei ben ihm vermöge seiner amtlichen Eigenschaft an vertrauten Angelegenheiten in derfelben Rechtsfache beiden Parteien durch Rat oder Beistand pflichtwidrig dient. Der Rev ist zuzugeben, daß die Worte "vermöge seiner amtlichen Eigenschaft" sprachlich sich zunächst nur auf die anvertrauten Angeles genheiten und nicht, jedenfalls nicht unmittelbar, auf bas pflichtwidrige Dienen beziehen. Jedoch tann eine völlig außerhalb der Berufstätigkeit liegende Handlung nicht als ein Dienen im Sinne diefer Borichrift angesehen werden. Schon ber Ausdruck "dienen" deutet auf eine berufliche Tätigkeit hin. Auch die Stellung der Vorschrift in dem Abschnitt des SilB., der Berbrechen und Vergehen im Amte behandelt, ergibt, daß es sich um cine Tätigkeit in bem öffentlichen Umte (vgl. dagu § 31 Abf. 2 StoB.) eines Anwalts handelt. Endlich ergibt fich dies auch aus § 32 Abs. 1 Ar. 2 AUD. n. F. (= § 31 Abs. 1 Ar. 2 RAD a. F.), nach dem fich der Begriff der Pflichtwidrigkeit i. S. des § 356 StBB. bestimmt (RGSt. 60, 298, 299). Dort ift gesagt, daß der Rechtsanwalt feine Berufstätigkeit zu verfagen hat, wenn sie von ihm in derselben Rechtssache bereits einer anderen Bartei im entgegengesetten Sinne gewährt worden ift. Zwar ist die AUD. zeitlich nach dem StoB. ergangen; doch ist in den Motiven ausgeführt, dem § 356 StoB. entspreche es, daß § 27 des Entwurfs (= § 31 RUD. a. F.) die Ausübung der Berufstätigfeit unter gewiffen Boranssetzungen verbiete. Auch die Ripr. des RG. geht davon aus, daß der Anwalt in amt-Licher Eigenschaft, d. h. in Ausübung der Funktionen eines Auswalts handeln muß (RGSt. 23, 60, 68; vgl. auch RGSt. 45, 305, 308, 309; 49, 342, 343, 344; 60, 298, 299).

Nicht erforderlich ift dagegen, daß die Rechtssache dem Unwalt von beiden Parteien anvertraut worden ift; es genügt vielmehr, daß dies seitens einer Partei der Fall gewesen ift Wird ein Anwalt von sich aus (als Geschäftsführer ohne Auf trag) für eine andere Partei tätig, so steht dies der Anwen bung bes § 356 StyB. nicht entgegen (RGUrt. 5 D 553/35 v. 19. Dez. 1935). Insbesondere ift das Dienen nicht auf die Falle der Prozefvertretung beschränkt, sondern trifft auch bie Erteilung eines Rates außerhalb des Prozesses (ROSt. 45

305, 306; 62, 289, 291)

In RGSt. 62, 292, 293 ift gefagt, wenn ein Rechtsuchen der zu einem ihm befreundeten Anwalt gehe, um sich einen freundschaftlichen Rat ohne Roftenberechnung zu erbitten, und der Anwalt ihm einen solchen aus Gefälligkeit erteile, so sei damit nur das Motiv der Jnanfpruchnahme bezeichnet, es tonne aber nicht ohne weiteres angenommen werden, daß ber Recht= suchende sich damit des Schutes aus § 300 StBB. begeben wolle. Diese Entich. geht aber davon aus, daß der Rat des Betreffenden doch nur eingeholt wurde, weil er Anwalt war und besagt nur, daß ein Rat aus Gefälligkeit nicht ausschließt, daß ber Unwalt dabei in Ausübung feines Berufes tätig geworden ift. Ausdrücklich wird jedoch in der Entich. anerkannt, daß es hierbon Ausnahmen geben fann, wenn Einverständnis darüber befteht, daß die Beratung gang außerhalb ber beruflichen Tätigteit, der "amtlichen Eigenschaft" des Anwalts liegen foll.

(RG., 4. Streen. v. 29. Oft. 1937, 4 D 264/37.)

13. DLG. - § 367 Nr. 3 StGB.; § 1 i. Berb. m. Nr. 10 der Anlage A der BO. über den Bertehr mit Arzneimitteln bom 22. Ott. 1901 (RGBI, 380): Bertauf bon Borfalbe außerhalb ber Apotheten. Geht man davon aus, daß Borfalbe auch heute noch Beilmittel für Menschen ift und nicht nur als tosmetisches Dittel verwendet wird, dann ift ber Drogist verpflichtet, den Raufer nach dem Berwendungszwed zu fragen; denn als heilmittel für Menschen darf er die Borsalbe nicht verlaufen. Eine Aufdrift auf ber Schachtel, Die auf tosmetifche Zwede hinweift, befreit ihn davon nicht.

§ 1 i. Berb. m. Ar. 10 ber Aulage A der BD. über den Berkehr mit Arzneimitteln v. 22. Okt. 1901 (AGBI. 1901, 380 ff.) verbietet ben Berfauf von Borfalbe gum Gebrauch für Menschen als Heilmittel außerhalb der Apotheken. Der Angekt. als verantwortlicher Leiter ber seiner Mutter gehörigen Drogerie durfte daher Borsalbe als Seilmittel nur für Tiere, aber nicht für Menschen veräußern. Wenn sich Borsalbe auch zur Hautpflege eignet, durfte er sie bei bestimmter Zusammensetung auch als tosmetisches Mittel für Menschen verkaufen.

Weil der Kauser beim Kauf nicht gesagt, wozu er die Borsalbe verwenden wolle, und der Angell. nicht danach gefragt hat, folgert das UG., der Angekl. habe die Borsalbe als tosmetisches Mittel vertauft, wie es auf dem Deckel der verkauften Schachtel augegeben ist. Das AG. hätte aber prüfen müsch, ob der Angekl. die BD. durch dieses Unterlassen übertreten hat, da er den Räufer nach dem Verwendungszweit zu fragen

verpflichtet war.

Das in § 1 a. a. D. für ben Angekl. enthaltene Berbot. teine Borjalbe als Heilmittel für Meuschen zu verkaufen, ber-pflichtete ihn, den Käufer der Borsalbe nach dem Verwendungszweck zu fragen. Denn wenn er nicht fragte, lag die Möglichkeit vor, daß der Käufer die Borsalbe zu Hellzwecken sür Menschen verwenden wolkte. Wenn der Angek. vonste, daß Vorsalbe auch zu heilzwecken für Menschen verwendet wird, liegt eine übertretung der VD. durch den Berkauf nahe. Erst dann durfte er die Vorsalbe verkausen, wenn der Käufer seine Frage dahin beaufungstet hötet. beantwortet hätte, daß er die Borsalbe als Heilmittel für Tiere oder als kosmetisches Mittel für Menschen und nicht als Heilmittel für Menschen verwenden wolse.

Die Rechtspsicht zum Fragen ergibt auch der Zweck der BD., die eine reinliche Scheidung zwischen dem Verlauf von heil und fosmetischen Mitteln herbeiführen will. Ernnbfählich foll der Heilmittelverkauf bem freien Sandel burch Drogisten entzogen und nur den Apothetern vorbehalten fein, um den migbräuchlichen Erwerb und burch migbräuchliche Berwendung ber Beilmittel ben Räufern brohenbe Gefundheitsschädigungen zu verhindern. Erlaubt der Geschgeber den Drogisten aus-nahmsweise, Borsalbe als Heilmittel für Tiere zu verkaufen, stationerle, Bothato als Jetimertet sur Lete zu vertausen, so muß man von ihnen verlangen, daß sie die ihnen vom Geschgeber eingeräumte Besugnis genau beachten und alles tun, um ihre Juständigkeit im Heilmittelverkaus nicht zu überschreiten oder die Beschränkungen zu umgehen.

Der Fragepflicht ist der Angell. auch nicht dadurch entschen

hoben, daß er dem Käufer die Borsalbe in einer Blechschachtel mit der Aufschrift "De-Dro Bor-Salbe für kosmetische Awede" verkauft hat. Wenn sich Borsalbe in ber gleichen Ausammensettute ihrt. Seine fan vorfatte in der getweischen Zweden schung sowohl als Heilnuttel als auch zu tosmetischen Zweden eignet und verwendet wird, kann man aus der Beschicken gederiftung der verkauften Schachtel beim Schweigen der Beteiligten nicht folgern, der Angell. habe die Borsalbe wegen der Befchriftung nur als kosmetisches Mittel verkauft. Die Beschriftung allein erlandt noch keinen sicheen Schluß auf die Vorstellung und den Willen des Angell., wozu er die Borsalbe verkaufen wollte. Auch aus dem Umstand, das der Känfer die beschriftete Schaftst abre zu miderkweden autseren verkaufer der Schachtel ohne zu widersprechen entgegengenommen hat, ist noch nicht auf den Wilsen des Angekl. zu schließen, die Borsalbe nur zu dem mit der Aufschrift gekennzeichneten Bweck zu verkausen. Würde man mit dem AG. den Berwendungszweck, zu dem der Angekl. die Borsalbe verkauset hat, allein aus der Ausschrift entnehmen, so könnte der Drogsse die in der BD. ausgesprochene Verbot des beschrichten Hiellustersunfs dadung ungehen, daß er auf seher Schachtel die Ausschrift verhringt umgehen, daß er auf jeder Schachtel die Aufschrift andringt "Borsalbe für kosmetische Zwecke". Das kann der Gesetzgeber nicht gewollt haben. Er wollte nicht in die Hand bes Berfäufers legen, fich burch einen folchen Bermert einen Freibrief

dum Verfauf von Vorsalbe zu verschaffen.
Da der Angell. eine Rechtspflicht jum Fragen hatte, wird das AG. sestzuftellen haben, aus welchen Gründen er nicht nach dem Verwendungszweck gefragt und was er sich beim Verseuf nerestellt det tauf vorgestellt hat. Dann erft läßt sich beurteilen, ob ber Ungefl. die BD. vorsählich, mit bedingtem Borsat, ber Strafe nach sieht, ober fahrlässig übertreten hat.

(DLG). Jena, 2. Streen., Urt. v. 24. Sept. 1937, Sg 99/37.)

tung entlaffen und nur für bie von der Chefrau übernommene Schuld bürgschaftlich verpflichtet sein sollte, lebt in gem. § 99 Schuldkegls. wiederaufgenommenem Entschuldungsverschren wieder auf. In diesem Berfahren wird bon ber ursprünglichen Schuld in voller Sohe ausgegangen, biefe als um 50% gefürzt und ber Rest burch bie Bahlung im Umschuldungsverfahren als

getisgt bezeichnet † 2031 ²⁸ 213 Stob. Bei Totschlag nach Che-streit Mitberücksichtigung ber vorangegangenen Auseinandersehungen 13167

Wann muß ber Täter i. G. bes § 2 II Beimtudel. bamit rechnen, daß feine gegenüber bem Chegatten gemachte Außerung in die Offentlichkeit bringt? 1884 16

Cheliches Guterrecht

Das e. G. staatenloser Chegatten gemäß Gefet über die Anderung und Ergan-Bung familienrechtlicher Borfchriften ufw. v. 12. April 1938 1291

1421 BGB. Umfang ber Pflicht bes Chemanns zur Rechnungslegung über bas eingebrachte Gut, bas in Grunds ftud besteht 1598 28

Keine Entkräftung der Vermutung des § 1527 BGB. daburch, daß Grundstück während bestehender Errungenschaftsgemeinschaft auf den Namen eines Ehegatten allein eingetragen 1598 24

Fortgesette Gütergemeinschaft 1349 56 insbes. nach westf. Güterrecht 1665 22 1668 23

Befugnis bes nach ber Solmfer Land D. v. 4. April 1571 beisitherechtigten überlebenden Chegatten zur Berfügung über zum Nachlaß gehörige errungenschaft-liche Hhpothet ohne Zustimmung bes Eigentumserben, außer in "boloser" Weise 1478 38

Art. 15 EGBGB. Behandlung aller aus bem Besen bes ehelichen Güterrechts hervorgehenden Bestimmungen als Bestandteile besselben, auch wenn sie sich äußerlich als erbrechtliche barstellen; insbes. guterrechtlicher Charafter ber Anordnungen betr. Teilung des ge-

meinschaftl. gewesenen Bermögens 17188 Bei gesetlichem Guterstand ber Guterverbindung bes Schweizer Rechts Anordnung ber Gütertrennung auf Untrag der Frau wegen Unterhaltsvernachlässigung ober Nichtgewährung von Sicherheit für das eingebrachte Gut. Auseinandersehung beim Schweiz. gesetlichen Güterstand 12448

Befundung der Bewilligung ber fofor= tigen Zwangsvollstredung in bas eingebrachte Gut der Chefrau dadurch, daß der Chemann die von der Ehefrau gem. § 794 I Ziff. 5 APD. abgegebene Erklärung in der gleichen Form genehmigt 1730 22

Berschaffung bes Dulbungstitels zu einer vom Boreigentumer ober von der jetzigen Eigentümerin in ber Zeit vor ihrer Cheschließung errichteten vollstreck-baren Urkunde im Wege der Klausel-umschreibung auf den Chemann der Schuldnerin gem. § 727 JPD. 1731 23 § 79 Jiff. 3 GKG. Persönliche Haftung

bes Chemanns gegenüber ber Gerichtstaffe für Roften eines Rechtsftreits ber Chefrau mit Dritten 1736 28

Chelichteitsanfechtung

Die Reuregelung ber E. burch bas Gefets über Anderung und Erganzung fami-lienrechtlicher Borschriften usw. vom 12. April 1938 1218, insbes. die E. burch den Stu. 1220 2117

Für ben Beginn ber Anfechtungsfrift erforderlicher Umfang der Kenntnis des Mannes nach dem früheren § 1594 BGB. und nach dessen neuer Fassung burch § 4 Ges. v. 12. April 1938 2017 16

Chelichfeitserflärung

E. und Burudnahme ber E. gem. Gefet über die Anderung und Ergänzung fa-milienrechtlicher Borschriften usw. vom 12. April 1938 1288

NB. b. RIM. betr. E. unehelicher Kinder im Laube Ofterreich 1383

Chemann

Prozeßstandschaft bes E. in Unfallpro-

zessen der Chefrau 1306

§ 54 StoB. Rechtspflicht bes Chemanns, bem Geschlechtsverkehr feiner Frau mit andern Männern entgegenzutreten, auch wenn die Frau ihm mit Anzeige früher von ihm begangenen Berbrechens broht

Chenichtigfeit

E. gemäß CheG. v. 6. Juli 1938 2075, Conbervorschriften für Osterreich 2100 d Berfahrensvorschriften ber BD. v. 27. Juli

1938 zur E.klage 2115

Entsprechende Anwendung bes § 1325 a BGB. auf Scheinheiraten, z. B. zum Zweck ber Erlangung ber Staatsangehörigkeit des Mannes durch bie Frau 1724 15

§ 633 BBD. Die hilfsweise im Cheanfechtungsprozes erhobene E.klage ift abzuweisen † 1538 32

Cherecht

Die persönlichen Rechtsbeziehungen staatenlofer Chegatten gemäß Gefen über bie Underung und Erganzung familienrechtlicher Vorschriften usw. v. 12. April 1938 1291

Abzahlungsgeschäft und Schlüffelgewalt 1992

Liegt die Anschaffung eines Staubsaugers im Rahmen ber Schlüffelgewalt? 133438

Art. 14 EGBGB. Beurteilung einer von Reichsbeutschen im Ausland gemäß bem bort geltenben Recht formlos abge-schlossenen Ehe. Rechtsgültigkeit ber in Sowjetrußland böllig formlos einge-gangenen Che — fattische Che 1716?

Chefachen.

Das Verfahren in E. und Kinbschafts-fachen nach ber BD. v. 27. Juli 1938

Einstwufg. in E. auf Leistung eines Kostenvorschusses zur Wahrnehmung auswärtigerBeweistermine durchnechtsanwalt 1607 38

Streitwert von Unterhaltsansprüchen "bis zur Entscheidung des Unterhaltshaupt-brozesses". Keine Ausbehnung des § 10 IV GKG. auf NichtE. 1846 61

Rechtsanwaltsgebühr für Bergleich in E.

1198 59 Reine Ermäßigung ber Prozeggebühr gemäß § 14 MAGebD. bei gemeinschaft-licher Anzeige der Aussohnung durch die Barteien im Cheprozeß vor Rlage-

zustellung 119961 Gebühr aus § 23 Ziff. 5 Rudebo. für Bertagung in E. 1429

Cheicheidung

Die Neuregelung der E. durch Che's. v. 6. Juli 1938 2080, Sonderregelung für Ofterreich 2102

Belchen Einfluß hat bas Gefet über bie Biedervereinigung Ofterreiche mit bem

Deutschen Reich v. 13. März 1938 auf bas Geset über die Anwendung bes beutschen Rechts bei ber E. v. 24. Jan. 1935? 1223

Prattische Fragen aus bem E.rechte im Berhaltnis zwischen dem Deutschen Reiche und der Tichechostowakei 2119

Vom alten zum neuen E.recht. Schrifttum 1995

Birtfamteit ber von beutschen Gerichten ausgesprochenen Scheidung der Ehe von Ausländern unter Richtbeachtung bes § 606 IV 3BD. und bes heimatrechts bes Chemanns. Neue Che eines ber Geschiedenen zwar nicht Doppelehe, jedoch Ausgebot abzulehnen † 1258 27

Auch vor Aupassung des österr. Familienrechts an das deutsche Recht E. von vormals deutschöfterreichischen Ehegat-ten der katholischen Religionsgemeinschaft burch beutsche Gerichte statthaft

1589 14

§ 606 BPD. Gemäß englischem Recht Zuständigkeit in E.fachen nach dem Wohn-

jih der Chegatten 1916 67

Gem. Art. 30 EGBGB. ist in Deutsch-land die Wirksamkeit der vor sowjetrussischer Behörde erfolgten Scheibung russischer Staatsangehöriger mit Wohnsit in Rußland nicht anzuzweifeln. Keine Anwendung des § 328 BPD. auf eine von einer ausländischen Behörde der freiwilligen Gerichtsburkeit ausgesprochene E. + 15188

Ungultigkeit der nur standesamtlich geschlossenen Ehe eines iran. Staatsangehörigen gregorianischen Betenntniffes mit ebangelischer Reichsbeutscher nach iran. Recht. Daher keine Unwendung bes § 606 IV BPO. bei ber Scheibung; diese erfolgt nach den deutschen Gefeßen 1273 43

Aufhebung ber ehelichen Gemeinschaft i. S. des § 1571 II S. 1 BGB. 1599 25

Nach Durchführung der Rlage auf Aufhebung ber ehelichen Gemeinschaft burch M., ber nicht geschieden sein will, und gem. § 1575 BGB. ergangenem Schei-bungsurteil ist Berufungseinlegung durch M., um seine Mage zurückzu-nehmen, als migbrauchliche Rechtsausübung zu behandeln 1336 44

Gegenüber einem deutschen in Deutsch-land wohnhaften Chegatten, ber bor bem Gericht eines ausländischen Staates, in bem er gleichfalls Wohnsit unterhalt, jum Schaben bes anderen Ehegatten die ihm nach beutschem Recht versagte Scheidung herbeiführen will, Anspruch des anderen Chegatten auf Rüdnahme ber Scheibung gem. § 826 BOB. begründet 1252 18 † 1333 37

§ 826 BBB. Trot rechtsträftigen Scheidungsurteils, bas bie Chefrau für alleinschulbig erklärt, Unterhaltsanfpruch derfelben begründet, wenn fie gegen Abfindung zur Zurücknahme ihrer aussichtsvollen Berufung veranlaßt aussichtsvollen worden 1168 19

Ist ber schulbig geschiedenen Chefrau, bie gegen ben Mann Schadensersaganspruch wegen Erschleichung bes Scheidungsurteils hat, Erwerbstätigkeit zwecks Minderung ihres Schabens zuzumuten? 1525 15

Volle familien= und vermögensrechtliche Wirkungen des fachlich unrichtigen Scheidungsurteils mit Rechtskraft. Frage des Sittenverstoßes besjenigen, ber sich auf sachlich unrichtiges Urteil beruft 1262 80 Ablehnung bes Scheibungsbegehrens bei gleichzeitiger Versagung des Herftel= lungsverlangens wegen mißbräuchlicher Rechtsausübung 1261 28

Gauminis des Berufungsbeil., ber RI. und Biderbett. ift, im Scheibungsftreit

1916 68

1635 BGB. Rein Berzicht bes forgesberechtigten Elternteils auf bas Berfonensorgerecht, sondern nur frei wiberrufliche übertragung ber Erziehungsgewalt auf den anderen Elternteil mög= lich 1262 30

1636 BOB. Ablehnung der Verkehrs-regelung als untunlich 2211, insbef. wenn das erwachsene Kind sich aus beachtlichen Gründen weigert, den Nicht-sorgeberechtigten zu besuchen 1334 39 Regelung des Verkehrs der Kinder mit

ben geschiebenen Eltern, benen beiben bas Personensorgerecht gem. § 1666 BUB. entzogen, nicht burch bas Borm-Ger. gem. § 1636 BGB., sondern burch ben zur Wahrnehmung des Personen-

sorgerechts bestellten Pfleger 159928 Bei Lohnpfändung kein Vorrang der jezigen Frau des Schuldners vor der

geschiebenen Frau 1261 29

Chefdliegung.

Die E. Staatensoser gemäß Geset über bie Anderung und Ergänzung familiens rechtlicher Borschriften usw. v. 12. April 1938 1290

Die Regelung der E. durch EheG. vom

6. Juli 1938 2073

Nimmt Ausländer, ber in Deutschland ein Chefahigfeitszeugnis seines heimatstaates nicht beibringen tonnte und nicht Befreiung erlangte, die E. im Ausland vor, so ist Umgehung der deutschen Gesehe und Shenichtigkeit nicht anzunehmen. E. in der Tschechoflowatei ohne Aufgebot und vor un-

Buständigem judischen Seelsorger 12427 418 BBD. Durch Eintragung in bie Traumatrik eines altkatholischen Pfarramts voller Beweis der darin enthalstenen Tatsachen † 153832

Reine Bolljährigfeitserflärung gur Ermöglichung einer Ehe von zweiselhaf-tem Wert und Bestand, z. B. mit er-heblich älterer Frau 1589¹⁵

Cheftandedarlehn

Gigentumsfragen beim G. 1785

Chetanglichfeitszengnis

E. im Falle einer bor Infrafttreten ber Erbgesundheitsgesetzgebung durchgeführten Unfruchtbarmachung 1973 21

Cheverbote

Die E. nach dem CheG. v. 6. Juli 1938 2071

Cheverfehlungen

Scheibung wegen E. gemäß CheG. vom 6. Juli 1938 2081

Reine Geltung ber in einem auf belg. Recht bezugnehmenben E. enthaltenen Teilungsanordnung auf die nicht zu dem gemeinschaftlich gewesenen Bermögen gehörenben gesellschaftsrecht-lichen Ansprüche, die nach deutschem Recht zu beurteilen. — Auslegung einer Fortsetzungsvereinbarung in Gesellschaftsvertrag (§ 139 SGB.) gemäß der durch die Eheverträge der Gesellschafter geschaffenen Rechtslage 17188

Chrengerichtliches Berfahren gegen Rechtsanwälte

Im anwaltlichen Ehrengerichtsverfahren tein Raum für das Rlagerzwingungsverfahren gem. § 172 StBD. + 1733 24 Gidesnotstand

Ermäßigung gem. § 157 I Ziff. 1 Stov. nur einmal zu gewähren, aber Be-rücksichtigung weiterer Ermäßigungs-gründe bei ber Strafzumessung zulässig 1159 2

Strasmilberung gem. § 157 I Ziff. 1 St.B. schon, wenn sich aus ber Be-kundung der Wahrheit der Verdacht cines Verbrechens ober Vergebens und bamit die Wefahr einer strafgericht-

keine Verfolgung ergeben kann 21976 Keine Zubilligung der Strasmilberung nach § 157 Ziff. 1 StGB. für den Anstister 1803?

Reine Strafermäßigung gem. § 157 St-GB. für ben Anstifter gum Meineib 1313 2 1558

§ 157 I Ziff. 2 StGB. nicht anwendbar, wenn ber Schwörende wegen ber Beziehungen zu einer Person bas Beug-nis aus mehreren Rechtsgründen hätte verweigern fonnen und über fein Berweigerungsrecht nur in einer biefer Richtungen belehrt worben ist 21965

§§ 156, 157 Stov. Keine Strafmilde-rung für ben, ber als Partei ober sonst freiwislig eine eidesstattliche Bersicherung abgegeben hat 15844

Gidesftattliche Berficherung

Verurteilung nach §§ 156, 2 Sto'9. 1557 §§ 156, 157 Sto'9. Keine Strafmilbe-rung für ben, der als Partei oder fonst freiwillig eine e. B. abgegeben hat 15844

"Angelegenheit" i. S. bes § 155 giff. 2 StoB. bedeutet bestimmtes Berfahren

21976

Erstattungsfähigkeit ber Mehrkoften teurer Magnahmen (Geftellung bes Bengen zum Ternin) im Arrestversahren, wenn durch die billigere Maßnahme (schriftliche e. B.) ausreichende Glaubhaftmachung nicht gewährleistet 2233 44

Gierverfehr

Eierankauf durch Nonditor ohne übernahmeschein. Begriff bes "Berbrauchers"

Reine Ausbehnung ber für ben Rleinhandel erlassenen Beschilderungsvor-Schriften auf ben Großhandel 1885 18

Gigentum

Entfallen ber Haftung bes als gutgläubiger Bestigmittler sür Dritten augu-sehenden Fremdbesitzers gegensüber dem Eigentümer wegen Beschädigung oder Berlustes der Sache über die §§ 987 ff. BGB. hinaus nach § 823 BGB. 125628

Eigentümergrundschuld

Pfändungsbeschluß über Eigentümerbriefgrundiculd ift bem Eigentümer gu-gestellt, ber Brief aber bom Pfand-gläubiger noch nicht in Besit genommen. Gin früher beim GBA. eingegangener Antrag auf Gintragung ber Abtretung und Umwandlung der E. ist noch zu erledigen 161245

Eigentumserwerb

Eigentumsfragen beim Cheftandsbarlehn

Durch bloße Einigung gem. § 929 S. 2 BGB. fann ber mittelbare Besither bem unmittelbaren Besitzer Gigentum berschaffen 1394 11

Eigentumsvorbehalt

Bur Reform ber Sicherungsübereignung und des E. 1689

Bu den Grundfähen ber Neichsgruppe Juduftrie über bie Anwendung bes E. 1857

Abzahlungsgeschäft: Geltendmachen bes E. nach Verjährung bes Zahlungsan-spruchs 1991

Bur Frage der Rechtswirksamkeit ber Vereinbarung eines verlängerten E.

Gin mit E. gefauftes Fahrrab bei grober Arglist bes Schuldners pfändbar 1917 78

Cinfamilienhäuser

GintSt. Bemessung bes Nutungswerts ber Wohnung in eigenen E. 1440

Gingebrachtes But

vgl. unter Cheliches Guterrecht

vgl. unter Bewertung

Ginigungsamt ber Induftrie= und Sandels= fammer

vgl. unter 3.- und S.

Einfommensteuer

Wohnung und Hausbesit im E.recht: Allgemeines und Mietwohnung 1436 Privat- oder Betriebsgrundstück 1437 Ermittlung ber Ginkunfte aus pribatem Hausbesit 1438

Der Geschäftswert im E.recht 1939

Die Ordnungsstrafe des modernen Wirtschaftsrechts als Betriebsausgabe bei ber steuerlichen Gewinnermittlung 1623

Die Besteuerung außerordentlicher Einfünfte i. S. bes § 34 EintSit. 1294

Die Bedeutung des § 34 Einkstr. für die vergleichsweise Erledigung von Streitigkeiten in Unfallschabensfachen

Einksty. Schrifttum 1876 Einksty., Bürgsty., Wehrsty. Schrifttum 1384 1582

4 EinkSty. Die gegen ben Ohlesellichafter wegen überftredung von Bein erfannte Gelbstrafe feine Betriebsausgabe. Dagegen Minberung bes Ge-winns ber OSG. burch Einziehung bes beanstandeten Weins 1420 31

§§ 4, 5, 6 EintStG. 1934. Zuläffigkeit bon Mückstellungen für später auszu-führende Reparaturen? † 1421 32

§ 6 EinfStG. Berechnung bes Teilwerts eines einer Brauerei gehörigen Bier-wirtschaftsanwesens 148039

§ 6 I 3 GintStG. Bum Begriff bes Teilwerts. Zusammenfassung von Grund-ftud und Gebäude bei Ansetzung bes Teiliverts † 1351 57

20 Einksto. 1934. Zur Behanblung bon Studzinsen festverzinslicher Bertpapiere bei Einkunften aus Rapitalbermögen † 1421 33

20 Einkste. 1925. Zur Frage ber steuerlichen Umwandlung ber Wäh-rungsschuld burch Basorisierungsabfommen 1480 41

§ 34 III EinkSt. Außerordentliche Walbnuhung 1480 40

Einmanngefellichaft

Un Stelle der Beschluffaffung i. G. bes § 47 EmbSG. bei E. ber nachweisbare Entidluß des einzelnen Gefellichafters genügend 1403 17

Einfpruch

§ 56 Buft. E. in Wegepolizeiangelegenheiten. Biebereinsetzung gegen Berfaumung ber E.frift (Ausschluffrift) 1215 85

Einstellung der Zwangsvollstredung Rechtsprechung gur E. d. 3. 1927

Ginftellung bes Berfahrens

gemäß Straffreih . vgl. unter St.

Berufungsfähigfeit der Urteile in Dienft-ftraffachen, die auf E. d. B. lauten 1767

Ift bas im ohne Antragsfdrift ber Sta. burchgeführten Sicherungsberfahren nach SS 429 aff. StBD. ergangene Urteil aufzuheben und das Verfahren einzuftellen? 1588 13 † 1950 8

Einstweilige Berfügung

Rechtsprechung zu Urreft und e. B. 1937 Erlaß einer e. B. fett tatfächliches Borliegen einer Gefahr voraus, subjektive Besorgnis genügt nicht 1275 46

E. B. im Cheftreit auf Leiftung eines Ko-ftenvorschusses zur Wahrnehmung auswärtiger Beweistermine burch Rechts=

anwalt 1607 38

Keine Bollstredung einer auf Zahlung von Unterhalt lautenden E. B. vor Zustel-

lung des Schuldtitels 2154 33

Nach Ausübung der Ermächtigung zur Ginberufung ber BenBerf. gemäß § 45 BenG. durch die Minderheit Anberaumung einer GenBerf. über die gleichen Buntte durch den Borftand. Berbot diefer GenBerf. durch e. B. unstatthaft † 1827 34

Roftenentscheidung im Arreft= (e. B .=) Un= ordnungsbeschluß zulässig 1542 37

Streitwert ber e. B. auf Beftellung eines Sequesters bei Erhebung bes Unspruchs eines Miterben gegen den anderen auf Auflassung an die Erbengemeinschaft 1843 57

Streitwert von Unterhaltsausprüchen "bis zur Entscheidung des Unterhaltshauptprozesses" 1846 di

Berechnung ber Bergleichsgebühr bes Rechtsanwalts bei Bergleich über Hauptprozeß und Arrest= (e. B.=) Verfahren 1608 29

Bereinbarung bes Ruhens bes e. B.berfahrens bis zur Entscheibung bes Saupt=

prozesses als Bergleich i. G. bes § 13 Biff. 3 ANGebo. 1187 43

Einzelhandelschut

E. und Recht der Warenautomaten 1141

Einziehung entsprechender Anwendung (§ 2 StoB.) eines Strafgesetes 1556

401 RACebO. Schlachtsteuerhinterzie-hung. Erkennen auf E. des Fleisches ober Wertersat 1162° 1325 26 2200 11 12

§ 401 RAbgo. E. des von behördlich zugelaffenem und bem Reichs-Rraftwagen-Betriebsverband angehörendem Unterbenutten Lasttraftwagens? nehmen 1810 18

§ 155 BBoll. An Stelle ber E. des zur Begehung ber Tat benutten Kraftwa-gens fein Erkennen auf Wertersat ober auf hilfsfreiheitsftrafe 1328 28

Einkommenfteuer. Minderung des Ge-winns der DBG. durch E. bon Bein, bie zugleich mit Berurteilung eines Beseins ausgesprochen worden 1420 31

Einziehung bon Forderungen bgl. unter Intaffo

Gifenbahn

§ 823 BBB. Haftung des Borftands einer Aftiengesellschaft, die E. betreibt, für Unfallschaben infolge mangelnder Uberwachung ber mit bem technischen Betrieb betrauten Angestellten 1651 12

Eisenbahnübergang, ungeschützter 1461 12 1639 1 1651 12 1993 1321 19

Elektrische Leitung §§ 836, 837 BGB. Sorgfaltspflicht bei Errichtung und Unterhaltung einer über öffentlichen Beg führenden e. L. zum Schutz des Berkehrs gegen die mit Reißen des Drahtes verbundenen Gefahren 1254 20

Elettrizitätsdiebstahlsgeset

Reine Bestrafung in entsprechender Un-wendung (§ 2 StBB.) des E. 1570

Elterliche Gewalt

Reine Urtundenfteuerpflicht der in Lehrbertrag aufgenommenen Erflärung bes Inhabers ber e. G., daß er neben bem Lehrling für ben von ihm vorsählich ober grobfahrläffig verurfachten Schaben als Selbstschuldner hafte 1548 46

§ 65 II NJugWohlf. Erfordernis ber Anhörung der E. durch das VormGer. bor Anordnung der endgültigen Fürsforgeerziehung 2146 22

Energierecht

Schrifttum 1157

Die Berforgungspflicht im Energiewirts ichaftsrecht:

Allgemeine Unichluff und Berforgungspflicht 1496

Besondere Bersorgungspflicht gegenüber den Energieselbsterzeugern (Referbeund Zusatversorgung) 1497

England

§ 606 BBD. Gemäß englischem Recht Bu-ständigkeit in Chescheidungssachen nach bem Wohnsit ber Chegatten 1916 67

Enteignung

Unwendung der über die Grundstudspreisbildung ergangenen Borichriften im Enteignungsverfahren 1383

Nach Fertigftellung einer induftriellen Unlage auf enteignetem Grundstud wird für Entwidlungsbauten auf Grund eines Planes weiteres angrenzendes Grundstüd enteignet. Berüdfichtigung der durch die industrielle Anlage eingestretenen Werterhöhung des zweiten Grundstüds bei Festsetzung der Entschädigung für dieses 1477 37

Entlaffung, friftlofe vgl. unter Kündigung

Entlaftungsberordnung

Beiordnung eines ArmAnw. ihres Wohnorts für arme auswärtige Bartei im schriftlichen Berfahren nach § 7 EntlBD. 1473 25

Entmannung

Bahl des Richters zwischen den Magnahmen der Sicherungsverwahrung und ber E. 1877 1

Abhörung des Sachberftändigen zur Frage der E. in der Hauptverhandlung, Untersuchung im Borberfahren genügt nicht

Beschränkung ber Reb. auf die Anordnung der E. 1313 ¹ 1165 ¹⁴

Entmündigung

Frage ber rechtlichen Wirtsamkeit des Abschlusses von Erbverzichtsvertrag durch Vormund eines wegen Beiftesichwäche ober Beiftestrantheit entmundigten Erb= lassers 1244 9

"Beftellung bes Bormunds gemäß § 1906 BGB." als Anordnung der vorläufigen Vormundschaft über den zu Entmundigenden 2210 24

Rach Ablehnung des Antrags auf E. bzw. erfolgreicher Anfechtung der E. Erftattungspflicht der Staatskasse auch bzgl. der Rosten des Rechtsanwalts des Ents mündigten 1540 34 1541 35

Entichädigungen

Besteuerung bon E. als außerordentliche Ginfünfte gemäß § 34 GinfSty. 1297

Entschädigungsgeset v. 9. Dez. 1937 Schrifttum 1875

Entscheidungssammlungen (Schrifttum) Entscheidungsmagazin 1802

Rechtsprechung in Erbhofsachen 1310 Jahrbuch für Entscheidungen in Angele-genheiten der freiwilligen Gerichtsbar-keit und des Grundbuchrechts 1637

Erbauseinandersetung § 21 ErbichStG. Regelniagig feine Bir-tung ber E. auf die Erbichaftsbesteues rung 1504

Erbbaurecht

Unspruch bes E.berechtigten gegen ben Erundstückseigentumer auf Zustimmung zu einer Belastung nicht pfändbar

Erbbiologie

Erbbiologisches Gutachten zur Feststellung der Abstammung eines Kindes 1897 38

übergehung des gesetlichen Anerben, da er aus erbbiologisch nicht einwandfreier Familie stammt und felbst unter bem Durchschnitt liegende Urteilsfähigkeit befigt 1747 37

Erbe

§ 811 3PD. Geltendmachung der Unent-behrlichteit von Nachlafgegenständen burch ben Erben des Schuldners 1917 70

Behandlung bestrittener Forderungen im Entschuldungsberfahren, insbef. über E.

Rechtsprechung in E.fachen. Schrifttum 1310

Das Reichs. gesetz. Schrifttum 1311 Der Ehegatten E. Schrifttum 1238

§ 1 REG, Gräserei in Küstengebieten Schlesmig-Holsteins als landwirtschaftliche Nutung, bazu ftäbtisch eingerichtetes Wohnhaus in Landstadt als ausreis chende Hofftelle 1340 51

Rosenzucht als landwirtschaftliche Nutung i. S. des § 1 I REB 1740 31

E.eigenschaft einer Gärtnerei 1753 42

§§ 1, 7 REG. Bejahung ber E.eigenschaft bei Bufammenichluß mehrerer Sofeigentumer zweds Betriebs einer Zuderfabrit und Bewirtichaftung ihrer Grundftude bon einer Stelle aus durch die nur aus ihnen bestehende D&G. 1738 30

Adernahrung 1737 29

Bei bodenständigem Obstbau fest Bejahung ber Adernahrung nicht Möglichteit der Umstellung auf andere landwirticaftliche Rutung gemäß § 6 III REG voraus, wenn Mertmal der Krisenfestigteit erfüllt 1742 33

§ 6 REG. Weinbaubetrieb 1741 32 §§ 8, 38 REG. Die einem Bauern bom AEG zugesprochene Besugnis zur Ab-trennung eines Teils des E. ist nicht Hofzubehör und unterliegt der Pfanbung 1463 14

egen Pfändung bon E.zubehör bet Schuldner, ber nicht E.bauer ift, Erinnerung bes Schuldners wegen Unzuläffig-Gegen keit der Bollstredung nach §§ 8, 38 REG gegeben 1464 15 13 REG. Erhebungen über Rasserin-

heit des Hofeigentumers im Berfahren

wegen Feststellung der E.eigenschaft. Un= möglichkeit der bollftandigen Beschaffung der erforderlichen Urfunden 1743 34

Bauernfähigfeit 1740 31 § 15 II NES. Abmeierung 1342 52 1345 53

1744 35 1757 45

Frrtumsaufechtung eines Teftaments, in bem der Erblaffer einen feiner Gohne gum Erben seines gesamten Grundbe-sites eingesett hat in der irrigen Er-wartung, daß dadurch für diesen Sohn E. entstehe 1900 41

25 REG. Anerbenbestimmung 1746 30

1747 37

- Vormundschaftsgerichtliche Genehmigung zur Löschung von Grundstücksrechten, die der Bater für seine Kinder ohne wirksame Einigung auf seinem E. hat eintragen lassen, nicht beshalb zu verssagen, weil daburch künstige Ausstattungsanfpruche gefichert werden follten 1600 27
- Verfahren nach § 32 MEG, nicht nach § 36 EHB gegeben für Ansprüche, die weichender Erbe, zu beffen Bunften im übergabevertrag Versorgungsleistung festgesett ift, nach dem Tode des übers gebers gegen den übernehmer völlig abübergabebertrag weichend von dieser Festsetzung erhebt 1346 54

37 ESRV. Milchgeldpfändung wegen Unterhaltsanspruchs der Chefrau des Bauern † 1275 47

§ 37 III REG. Nach rechtsfräftiger Berfagung ber Buftimmung zur Ginfetung einer Tochter als Anerbin unter übersgehung des Sohnes ist Genehmigung ber Hofübergabe an diese Tochter nicht ausgeschlossen 1746 36

Bei Genehmigung nach § 37 III REG Brüfungspflicht der Anerbenbehörden nicht nur hinfichtlich der Berfon des übernehmers, sondern auch bzgl. der sachlichen Vertragsbestimmungen 1749 38

Subjektive Bulaffigkeit ber Beschwerde 1348 55

Dbjettibe. Zuläffigkeit ber Beschwerbe 1746 36

§ 49 IV REG. Neuer selbständiger Besschwerbegrund 1750 30 1751 40

erlangung der E.eigenschaft nach Stellung des gemäh der 8. DurchfBD. zum Land-wirtschenischuld. zulässen Antrags ohne Rücksicht auf die Verschuldensgrenze des § 1 I Ziff. 2 EHRV 1752 41 § 24 III EHRV. Bestimmung des jünge-

ren bon zwei anteilsberechtigten Gohnen durch überlebenden Chegatten gum Anerben in Gegend, in der nicht Altestensrecht borherrscht 1349 58

§ 39 III Cond. Berneinung der E.eigenschaft bei migbräuchlicher Beansprudung des Vollftredungsschutes 1753 42

§ 11 EDBfD. Berfäumung der Beschwerde frift. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand 1756 44

§ 56 III EDBfD. Berechtigter Grund für nochmalige Nachprüfung der E.eigenschaft 1755 43

Bur Eintragung eines durch öffentliches Testament ausgewiesenen Erben im Grundbuch eines Nachlafigrundstücks Borlegung bon Erbschein nicht erforderlich, wenn zum Nachlatz auch E. gehört und ber Anerbe nicht aus dem Testament ersichtlich 1411 21

Bindung der ordentlichen Gerichte an die Entscheidungen der E.gerichtsbehörden

1463 14

55 REG. Reine Erbichaftstenerfreiheit des E. bzgl. bes tapitalifierten Unipruchs

auf Mutungsgeld aus Bohr= und Aus= beutungsverträgen 1506

55 REG. Erbschaftsteuerfreiheit der vom AEG zugelassenen Abertragung des E. auf nichtanerbenberechtigte Berjon 1506

55 REG. Reine Erbschaftsteuerfreiheit des nach dem 1. Ott. 1933 erfolgten Berzichts auf Raufpreis für den bor bem 1. Ott. 1938 eingetretenen E.übergang 2242 57

3 I Ziff. 2 ErbschStG. Zuwendungen zur Entschuldung eines E. 1502 1503

Erbfranter Rachwuchs

Chegatten als Berfahrenspfleger im Erbgefundheitsgerichtsverfahren 1702

Unterbleiben ber Unfruchtbarmachung mangels Fortpflanzungsfähigkeit des Erbkranken 1277 60

1 II Ziff. 1 ErbkrNachwes. Schwachfinn † 1277 51 1279 52 53 1280 54 1973 22

§ 1 II Ziff. 2 ErbkrNachwes. Schizophrenie + 1973 23

1 II Ziff. 8 Erbkr Nachw. Schwere försperliche Migbildung 1280 55 1974 24 1975 25

1 III Erbfrnachwe. Schwerer Alkoho= Iismus 1975 20

(vgl. Einzelheiten unter ben vorftebenden Stichtvorten)

8 Erbirnachwy. Aussetzung des Berfahrens 1976 27

9 Erbfrnachwis. Beschwerde über Anordnung der Unterbringung in Minif

zur Begutachtung 1976 28 12 Erbirnachwo. Antrags- und Beschwerberecht im Wiederaufnahmeber-

fahren 1976 29

Art. 4 II der 1. AusfBD. jum Erbfr-Rachw. Beschwerde auch in Gebührenfachen an das ErbgefObBer., nicht an das LG. 1976 30

Urt. 4 II der 1. AusfBO. Streit über die örtliche Zuständigkeit. Anwendung der BO. v. 23. März 1936 im Erbgefundheitsverschren 1977 31

Art. 4 III der 1. AusfBD. zum Erbfr-RachwG. Unterbringung in Auftalt nach Erschöpfung aller Auftlärungsmöglich-teiten 1978 33

Art. 6 der 1. AusfBO. junt Erbfrnachwil. Bei Berwendung der Waisenrente nach § 41 III RBersorg. zur Dedung der Kosten der Anstaltsbehandlung Aussehung der Unfruchtbarmachung wegen Unterbringung in geschlossener Anstalt auf eigene Kosten 1978 32

Pflicht der Krankenkassen zur Tragung der Roften des ärztlichen Gingriffs nach dem Erbfrnachwe. einschließlich ber Rosten der polizeilichen überführung des Unfruchtbarzumachenden in die Anstalt 1550 55

Anfechtung ber Ehe wegen Schizophrenie nach erfolgter Unfruchtbarmachung nach erfolgter † 1818 25

Ehetanglichkeitszengnis im Falle einer bor Inkrafttreten der Erbgefundheitsgeset gebung burchgeführten Unfruchtbarniadung 1973 21

Erbfunde

Abstammungsfeststellung mittels erbe und raffenkundlicher Untersuchungen nach Gef. über die Anderung und Erganzung fantilienrechtlicher Borfchriften usw. bom 12. April 1938 1281

Erbrecht

Das gesetliche E. der Fürsorgeverbände und Wohltätigleitsanftalten 2163

Das Schwed. Gef. über die internationalen Rechtsverhältnisse von Rachlässen b. 5. Mars 1937 1509

Befugnis des nach der Golmfer Land D. v. 4. April 1571 beifitberechtigten über= lebenden Chegatten zur Berfügung über zum Nachlaß gehörige errungenschafts liche Hypotheken ohne Zustimmung des Eigentumserben, außer in "doloser" Weise 1478 38

Urt. 15 EGBGB. Behandlung aller aus bem Wesen bes ehelichen Güterrechts herborgehenden Bestimmungen als Bestandteile besselben, auch wenn sie sich äußerlich als erbrechtliche barftellen; insbes. güterrechtlicher Charatter ber Ansordnungen betr. Teilung des gemeins schaftlich gewesenen Bermögens 17188

Erbichaftsausichlagung

Univendung einer testamentarischen Berwirkungeflaufel auf E. burch unter Be-Schräntung eingesetzten Erben in Berbindung mit Berlangen des Bflichtteils gemäß § 2306 BBB. 1600 28

Erbichaftsteuer

Die Rechtsprechung bes RFH. ber Jahre 1936 und 1937 zum ErbichStG. 1501

§ 13 ErbichStG. Befchränfung ber Busammenrechnung auf solche Erwerbe ber Steuerklassen I und II, für die die Steuerschuld nach dem 31. Dez. 1934 ent-- Reine E.freiheit bes nach standen. bem 1. Oft. 1933 erfolgten Bergichts auf Raufpreis für den bor dem 1. Ott. 1933 eingetretenen Erbhofübergang 2242 57

14 I Biff. 1 ErbichSt. Entstehung ber Steuerschuld bei Bestellung eines Testamentsvollstreders ober Nachlagvermalters nach amerikanischem Recht, bent lediglich bie Rachlagberwertung und Auseinandersetzung unter ben Miterben

obliegt 2244 59

Berüdsichtigung der Freibeträge bei Un-wendung des § 20 ErbidiSt.? +1208 75

§ 23 ErbichSto. Abzugsfähigkeit der Bergütung bes Testamentsvollstreders als Nachlagverbindlichkeit 1505 † 2159 30

§§ 33, 17 b ErbichStell. Reine Erhebung ber nach dem Jahreswert zu entrichtenden Stener, die der Berechtigte Bezüge in Söhe des Freibetrags erhalten hat +1546

Erbichein

Bur Eintragung eines durch öffentliches Testament ausgewiesenen Erben im Grundbuch eines Nachlaßgrundstücks Borlegung von E. nicht erforderlich, wenn zum Nachlaß auch Erbhof gehört und der Anerbe nicht aus dem Testament erfichtlich 1411 21

Erbvertrag

Bu § 2 I Ziff. 1 ErbicStG. Zuwendung burch E. zur Abgeltung eines Anspruchs des Bedachten gegen den Erblasser 1501 Kein Einfluf der Rüchahme des E. aus

ber besonderen amtlichen Verwahrung auf seine Wirksamteit. Herausgabe des E. an die Bertragschließenden grundfatlich unftatthaft 1455

Die bom Notar zur Eröffnung eingereichte Urschrift des E. bleibt in der Berwahrung des Nachlaßgerichts 1836 43

Erbvergicht

Frage ber rechtlichen Wirtsamkeit des Ubschlusses von E.vertrag durch Bormund eines wegen Beiftesichwäche ober Beistestrantheit endmündigten Erblaffers 1244 9

Erfindung

§ 34 GintSto. Befteuerung ber außerordentlichen Ginfunfte aus Diensterfinbung 1295

Anfechtung des Bertrags über Beräußerung bon Rechten aus einer gerabe erft jum Batent angemelbeten E. wegen arglistiger Täuschung 2007?

Erfüllungsgehilfe (§ 278 BBB.)

§ 278 BGB. erforbert nicht bertragliche Berpflichtung gegenüber bem Schulbner aur Silfeleiftung. Anwendung bes § 278 i. Berb. m. § 254 BGB. 1329 33

Anivendung des § 278 BBB. bei Berftof gegen die dem rechtsfähigen Berein obliegende Pflicht zur gleichmäßigen Be-handlung seiner Mitglieder 1329 32

Erinnerung

Rechtsprechung auf Gebiet der Zwangs-vollstrechung in das bewegliche Bermogen: E.recht bes Schuldners, E.recht eines Dritten, wiederholte E. 1926

Gegen den nach § 107 BBD. wegen bes Streitwerts abgeanberten rechtsträftigen Roftenfestjegungsbeichluß teine E. mit der Begründung, ein festgesetter Boften sei nicht erstattungsfähig 1727 18

des Bollftredungsschuldners mit der Begründung, die ju bollftredende For-berung fei jur Einziehung abgetreten und ber vollstredende Glaubiger betreibe die Beforgung frember Rechtsangelegenheiten geschäftsmäßig ohne die Erlaub-nis nach RBeratG. v. 13. Dez. 1935 1844 50

bes Einwands des Geltendmachung Schuldners von Wahlschuld, daß er in-folge Ausübung der Bahl die Leiftung, auf die ber Glaubiger die Bollftredung richtet, nicht mehr foulbe, nur durch stlage aus § 767 BBD., nicht durch E.

Bur Frage ber Buläffigfeit ber Beschwerde bes Schuldners gegen den Befchluß, ber ben Berichtsbollzieher nach beffen Beis gerung, den Bollftredungsauftrag auszuführen, auf E. bes Glaubigers hierzu anweist; besgl. wenn der Gerichtsvollzieher bereits vollstredt hat, die Vollstredung auf E. des Schuldners aufgehoben und dann auf Beschwerde des Gläubigers das LG. den Gerichtsvollzieher zur Pfändung anweist 1337 46

Trot Unabanderbarteit des Pfandungsbeschlusses wegen früheren rechtsträftigen

ichlusse wegen fruheren rechtstraftigen Beschlusses über E. aus § 850 III JBD. Beschränkung der Pfändung auf Erund des BollstrakisbrG. möglich 1261 26 Gegen Pfändung von Erbhoszubehör bei Schuldner, der nicht Erbhosdauer ist, E. des Schuldners wegen Unzulässigkeit der Bollstredung nach §§ 8, 38 KEG gezachen 1464 15 geben 1464 15

Erledigung ber Sauptfache

Bergleichsweise Beilegung der H. nicht gleichbedeutend mit E. d. H. 1198 58 REG. Unzulässigkeit der sosortigen wei-

teren Beichwerde gegen Entscheidung bes ESB, die wegen E. d. B. nur die Roften betrifft 1751 40

Ermeffensenticheidung

Grenzen des Ermeffens des Berichts bei Einschränfung ber Offentlichfeit ber Berhandlung 2231 41

Entscheidung bes BG. über Borliegen ber Berufungssumme nach freiem Ermessen; Rachprüfung durch das Rev . nur, ob das BG. von seinem freien Ermessen ungesetzlichen Gebrauch gemacht hat 1540 33

Streitwertfestfebung für Unspruche auf Gehaltsfortzahlung nach ordnungsmäßiger Beendigung des Dienftverhaltniffes bis zur Erlangung einer neuen Stelle

als Schadensersat wegen schlechter Ausfunftserteilung nach freiem Ermessen bes Gerichts + 2061 56 Streitwert im Arrestverfahren nicht nach

freiem Ernteffen festzuseten 2233 42

BolBerws. Bei Bersagung einer in das polizeiliche Ermessen gestellten Außenahme von der Regelvorschrift ist Anwendung der Regelvorschrift geboten, ausgeschlossen Ermessensmißbrauch + 1213 84

Eröffnungsbeichluß

Pflicht des Gerichts, den bom E. erfaften geschichtlichen Borgang nach allen Beziehungen voll auszuschöpfen 1588 10

Erbreffung

Ankundigung eines Tun oder Unterlassens, das zwar an sich erlaubt, aber zur Scha-digung anderer dienen soll. Tateinheit bon E. und Anstiftung zu einer anderen Straftat 1805 8

Errungenichaftsgemeinschaft 1598 23 24

Erfathehlerei 1565 1585 7

Erfakhingabe

Rechtsprechung gur E. bei Pfandung beweglicher Gegenstände 1929

Erfatitrafe

Erfatgefängnisftrafe bei Strafausspruch aus § 396 MAbgD. 1882 12

Erwerbslofigfeit

Rechtsprechung zu §§ 850 ff. 3BD.: E. und Unterhaltspflicht 1932 Ziff. 178 f., ferner gur Anwendung des BollftrMigbrG. bei E. 2169

Bur Frage der Unterhaltspflicht gegen-über dem unehelichen Kinde mahrend ber E. seines Erzeugers 2118

F. für Steuerrecht in Bfterreich 1995

Fahrläffige Tötung bgl. unter T.

Fahrläffigteit

Im Falle des § 254 II BBB. feine Geltung des Grundsates, daß vorsätzlich Handelnder den Schaben nicht auf den nur fahrlässig bei der Schadensentstes Mitwirtenden abwälzen fann hung 1525 15

Berufung des Geschäftsherrn, ber nach § 831 BGB. für den burch seinen Berrichtungsgehilsen einem Dritten borfats-lich zugefügten Schaben haftet, gegen-über bem nur fahrlässig bei ber Schabensentstehung mitwirfenden Ersagbe-rechtigten auf Mitberschulben gemäß § 254 BGB. 1893 34

Fahrlässige Obliegenheitsverletung des Bersicherungsnehmers durch Richtlesen des Berficherungsicheines nach bem Un= fall 2215 30

§ 395 AUbgO. Beurteilung einer borfatlichen Berletung des Steuergeheimniffes als fahrlässiges Bergeben bei verschulbetem Frrtum des Taters 1810 15

10 Pflichten für Radfahrer 1776

Ein mit Eigentumsvorbehalt gekauftes F. bei grober Arglift des Schuldners pfändbar 1917

25 KStrBerko. Verhalten eines Fuß-gängers, der auf Fahrdamm mit F. an der Hand geht 1251 17

Faliche Anschuldigung

Behauptung kann nicht zugleich vorsätlich

und leichtfertig falich sein 1387 2 F. A. durch Mitteilungen innerhalb bes amtlichen Berkehrs von einer Behörde an die andere Behörde. Begriff der Leichtfertigleit. Im Geltungsbereich bes § 164 Sto. ift § 193 nicht anwendbar 1314 3

In Bermutungsform erftattete Unzeigen. Aufstellung von Behauptungen "wider besseres Wissen". Fälschliche Beweisbe-hauptungen als "sonstige Behauptungen tatsächlicher Art" i. S. des § 164 II St&B. 1584 5

Bestrafung von Anzeigen bei Dienststellen der NSDAB, und von Anzeigen ohne Berdächtigung einer bestimmten Person nach §§ 164, 2 StGB. 1558

Der Reichshandwerksmeister ift Behörde i. S. des § 164 St&B. 1804 4

Bei Berurteilung wegen gegen Beamten erhobener f. A. Beröffentlichungsbefugnis nur dem Beamten, nicht beffen borgefetter Dienststelle zuzuerkennen 1803 8

Falscheid, fahrlässiger § 160 St&B. Verleitung zum F. 1159 3

Familienrechtsänderungsgeset

Das F. v. 12. April 1938 (Erläuterung) 1217 1281

Die Feststellungsklage wegen Abstammung und die Familienrechtsnob. b. 12. April 1938 1699

Familienunterstügungsgeset

Vollstrmigbre. Unguläffigkeit der Vollstredung wegen Unterhalts aus Titel, der die Übernahme des Unterhalts durch den Staat auf Grund des FamUnterst. während des Wehrdienstes des Schuldners nicht berüdsichtigt † 1542 38

Fernmeldeanlagengefet

§ 15 II a, III. Berwendung der von Rund-funksender ausgestrahlten "verlorenen" Energie zum Betrieb einer Lichtanlage 1586 8

Festichrift

F. Juftus Wilhelm Bedemann jum 60. Geburtstag. Schrifttum 2125

Feststellungstlage

Die Klage auf Feststellung bes Bestehens ober Nichtbestehens einer She gemäß Durchf W. jum CheG. v. 27. Juli 1938 2115

Die F. wegen Abstammung und bie Fami=

lienrechtsnob. v. 12. April 1938 1699 Jur Frage der Zulässigteit der Klage des ehelichen Baters gegen in der Ehe ge-borenes Kind auf Feststeung, daß es blutmäßig nicht don ihm abstamme 1293

Rlage des unehelichen Baters gegen das Rind auf Feststellung der blutmäßigen Abstammung — nach rechtskräftiger Entscheidung über bie Unterhaltspflicht - oder nach Anerkennung der Bater-Schaft 1224

Die" Rechtskraft des Unterhaltsurteils bei fpater feftgeftellter blutsmäßiger Un= möglichkeit ber unehelichen Baterichaft

Der Streitwert bei F. über bas Bestehen eines Mietvertrags 1788

§ 256 BPD. Klage auf Feststellung ber fogenannten Rechte des rechtlichen Kon-nens, deren Inhalt in Befugnis gur Herbeiführung einer Rechtsänderung befteht 1188 45

§ 256 BPD. Rechtliches Interesse bes Baters an der Feststellung, bag bas be- flagte Rind blutsmäßig nicht von ihm

abstamme 1914 64 § 256 BBD. Rein rechtliches Interesse an Abstammungsf., wenn alle Beteiligten über die Abstammung einig sind 1915 65 Streitwert für Feststellung des ehelichen Kindschaftsverhältnisses 1339 50

Streitwertseitseung bei neben dem Zah-Iungsantrag im Unterhaltsprozest des unehelichen Kindes gestelltem Antrag auf Feststellung daß der Bekl. als Bater gelte 1909 54 2238 51

26 I BeriSty. Randvermert der Unehelichfeit eines als ehelich geltenden Rinbes nur auf Grund durchgeführter Chelichkeitsanfechtung, nicht auf Grund bes zwischen dem früheren Chemann ber Mutter und dem Kinde ergangenen Urteils auf Feststellung gemäß § 256 3BD., bag bas Rind nicht vom RI. erzeugt sei 1170 24

§ 26 I BerfStB. Randbermert ber im Statusprozeß erwirften Feststellung ber Nichtehelichkeit eines nach dem Register= eintrag als legitimiert erscheinenden Kindes 1604 33

Zulässigleit der F. an Stelle der Ausein-andersetzungstlage nach § 730 BCB., wenn badurch bereits eine ber Auseinandersetzung dienliche Klärung t Streitfragen zu erzielen ist † 1728 20

Durch Klageabweisungsantrag gegenüber negativer F. feine Unterbrechung der Berjährung † 2019 18

Unzuläffigfeit des polizeilichen Berbots der Benutung einer vorschriftsmäßigen Warnvorrichtung an Kraftwagen wegen Berwechslungsmöglichkeit ber bamit abgegebenen Signale mit Alarmfignal ber F. † 1854 71 PolBD. über Bilbung einer Pflichtf.

nicht vom Berwaltungsrichter hinsichtlich des Borliegens der Boraussetjungen des § 6 I Bef. über das Feuerlöschwesen

nachzuprüfen 2245 81

Filmrecht

Der Filmborführungsvertrag 1578

Finangamter

Bur Frage der Ausfunftspflicht der F. bor Berwirklichung bes steuerpflichtigen Tatbestands 1782

Das Vollstredungswesen der F. Schrift= tum 1158

Finangbehörden

Bis zur Abgabeerklärung gemäß § 425 RAbgD. ausschließliche Zuständigkeit der F. sür Steuerzuwiderhandlungen. Für das daneben eingeleitete gerichtliche Ber-fahren Beseitigung der Rechtshängig-keit bei der K. durch Erklärung gemäß § 425 RABgD. in der RedHnst. nicht mehr möglich 1327 27

Firma

F. und Handelsregister. Schrifttum 2189 17 BBB. Ubernahme des Bermögens einer KommGes. durch einen Geselsschafter unter Abssirbung der übrigen. Geletendmachung eines zum Bermögen der bisherigen KommGes, gehörigen Anspruchs durch den Nachsolger als Einzelsteit kaufmann unter der bisherigen F. ohne Gesellschaftszusat 2212 27 Unzulässigkeit der Aufnahme der bisheri-

gen F. gemäß § 18 II 2 5GB. als Zu-jat in gemäß § 18 I gebildete F., wenn baburch Eindruck der Firmenfortführung erwedt wurde, ohne daß deren Boraus-

fehungen borliegen 1172 20

Underung der F. einer bor Infrafttreten des BoB. ohne die Bezeichnung "Atte." in das Sandelsregister eingetragenen Aftiengesellschaft infolge staatlichen 3mangs. Gestattung des Wegbleibens ber Bezeichnung "Atte." in der gean-berten F. 117125 Die Registereintragung des Erlöschens der einer Attiengesellschaft gleichzeitig mit der Aufhebung des Konturies über ihr Bermögen ist öffentlich bekannts zumachen 1825 32

Streitwert von streitigen Jagdausübungsund F. rechten 1841 50

Fleischbeichau

vgl. auch unter Schlachtvieh- und F.gesetz Beamteneigenschaft (§ 359 StGB.) der freiberuflichen Tierarzte hinsichtlich der ihnen übertragenen F. + 1317 12 §§ 348, 349 StGB. Tagebuch und Ge-

Fleischbewichtsbescheinigungen bes schauers sind öffentliche † 1317 12 1882 12 Urtunden

Flößeret

Binnenschiffahrts- und Frecht. Schrifttum 2190

Flucht

Rt., ber wegen gegen ihn schwebenben Strafversahrens sich verborgen hält, kann nicht bor beutschem Zivilgericht Recht nehmen 1605 35

Fluchtlinie

bgl. unter Anlieger

Flugaiche, Flugtots (Nachbarrecht) 1952 8

Forderungen

BreisftopBD. und Beräußerung bon Gesellschaftsrechten, Forderungsrechten und Handelssirmen 1149

Forderungspfändung

Neuere Rechtsprechung zur F. 1931 Lohnpfändung 1261 20 1337 47 1 1468 20 1153

Pfändung 2155 35 der Kinderzulagen 1541 36

Pfändung einer schuld 1612 45 Eigentümerbriefgrund-

Pfändung einer Sicherungsgrundschuld 1630

Bfändung der Rechte des Uberlebenden aus der bon den Chegatten gemeinfam abgeschlossenen abgekürzten gemischten Lebensversicherung † 1660 17

Unzuläffigkeit der Aberweisung der gepfan-beten Forderung "zu handen" bes Prozegbebollmächtigten mit Geldempfangs=

bollmacht † 1267 85

Formalismus

Rechtsform und RechtsF. Schrifttum 1308

Formboridriften

Regelmäßig Berufung auf Treu und Glauben gegenüber gesetlichen oder gewillfürten & unzuläffig, außer im Sinblid auf früheres Berhalten der Gegenpartei 1721 11

Fortgefette Bütergemeinschaft

Buwendung des zum gemeinschaftlichen Bermögen einer westfälischen f. G. ge-hörigen Anerbenguts durch letztwillige Berfügung des überlebenden Chegatten an Rind aus früherer Ehe unwirksam 1665 22

Bei f. G. bes westfälischen Güterrechts Befugnis des überlebenden Chegatten zur Anordnung von Testamentsvollstretkung für das ganze gütergemeinschafteliche Bermögen zur Regelung der Sukzession der unabgefundenen Abkömmslinge 1668 23

§ 24 III ERRB. Beftimmung bes jungeren bon zwei anteilsberechtigten Sohnen durch überlebenden Chegatten gum Anerben in Wegend, in der nicht Allteftenrecht borherricht 1349 56

Bu § 3 I Biff. 2 ErbichStl. Bemährung bon Ausftattung aus dem Gefamtgut einer f. G. an anteilsberechtigten Abfömmling 1502

Fortpflanzung, Berweigerung der (§ 48 Ehe.G. v. 6. Juli 1938) 2082

Fortpflanzungsfähigfeit

Unterbleiben ber Unfruchtbarmad mangels F. des Erbfranken 1277 50 Unfruchtbarmachung

Fortjegungszusammenhang

Unnahme des F. erfordert, daß der Tater mit seinem Borsat einen bestimmten Gesamterfolg in Aussicht nimmt 1880 0 Anwendung des § 175 a St&B. auf die

bor dem 1. Sept. 1935 begangenen Teilhandlungen einer fortgesetten gewerbsmäßigen Unzucht mit Männern 1315 5

F. möglich zwischen mehreren Fällen bes Bergehens gegen § 183 StBB., aber nicht möglich zwischen mehreren Beleidigungen berschiebener Personen 1241 5

f. zwischen attiver Bestechung gegenüber mehreren Beamten nicht möglich 1806 9

Reine Straffreiheit wegen über den Stichtag hinaus fortbauernden F., wenn ber bor dem Stichtag gur Haupttat Beihilfe Leistende nach dem Stichtag eine borber zugesagte Begünstigung — § 257 III StGB. — begeht 1886 28

§ 357 StBO. Nachprüfung der Taten eines Mitangeklagten, die die StrK. irrtüm-lich zu fortgesetter Handlung zusammen-gesaßt hat 1166 10

Fragerecht, richterliches

Das r. F. 1432

Boraussehung ber Rüge einer Berlebung des § 139 BBO. 1477 36

§§ 287, 139 BPD. Rechte und Pflichten des Gerichts zur Aufklärung bei Frage, ob Schaben entstanden und in welcher Höhe 1962 13

Frankenichuld, Schweizer

Wann ift Bestellung einer Goldmarthppothet zur Sicherung eines in Schweizer Franken gewährten Darlehns als Umwandlung des Frankendarlehns in Goldmarkbarlehn aufzufassen? 1391 7

Bei ohne die behördliche Einwilligung gemäß §§ 1, 3 BO. über Eintragung bon Fremdwährungshypothet b. 18. Febr. 1920 erfolgter Eintragung Amtswiderspruch nach § 53 I 1 GBO. geboten 1404 18

Freie Berufe

Der Treuhänder - ein freier Beruf 1871 Freibeträge (ErbschSt.) + 1208 76

Freigrenze

Die F. für die Reichsfluchtsteuer 1619

Freispruch

Straffreihl. und F. Bemerkungen zur 2. DurchfBD. 3. Straffreihl. b. 1. Mai 1938 1380

Berufungsfähigkeit der Urteile in Dienft= strassachen, die auf F. lauten 1764

Wegen der gleichen Handlung nur eins-heitliche Verurteilung, nicht teilweiser F. möglich 1879 ° 2199 °

Nach Berwerfung der bom StA. gegen freisprechendes Urteil des AG. eingelegten Berufung als unbegründet Rev. des Nebenklägers zuläffig 2202 15

71 GRG. Haftung des Freigesprochenen, der vor Rechtstraft die Urteilsabschrift für die Schreibgebühren verlangt, + 2051 45

Freiwillige Gerichtsbarteit

Die Gefete über die Ungelegenheiten ber f. G. Schrifttum 1383

Jahrbuch für Entscheidungen in Angelegenheiten der f. G. und des Grund-

buchrechts. Schrifttunt 1637

In Angelegenheiten der f. G. Buftandigfeit des AG. Bur Entscheidung über erfte Beschwerde gegen LGEntsch, auch in anderen als den in § 3 Zust WD. bom 23. März 1936 angeführten Fallen 1412 23

Kein Beschwerderecht dessicnigen, der im Anwendungsgebiet des § 20 FGG. ohne fachliches Recht im Berfahren der f. G. Anregung zu bestimmter Magnahme gibt 1535 24

25 FBG. Burudverweisung zweds anderweiter Erörterung durch das Gericht der erften Beschiwerbe anstatt eigner Sachentscheidung nur zulässig, wenn das erstinstanzliche Berfahren an schweren Berfahrensmängeln leidet 1725 16

§ 29 FOG. Weitere Beschwerde des Notars gegen die Ablehnung eines von ihm im eigenen Namen gestellten Untrags mittels einer von ihm selbst unterzeicheneten Beschwerbeschrift 1836 43

Keine Anwendung des \$ 328 BPD, auf eine von einer ausländischen Behörde der f. G. ausgesprochene Chescheidung

† 1518 8

Geltung der LGebO. für alle Berfahren der f. G. Der Ausschluß der weiteren Beschwerde für die Hauptsache gilt auch für die Kostenfestsetzung 1203 67

Berfahren der f. G. Entscheidung über die Erstattungsfähigkeit von Anwaltskoften bei der Kostenauserlegung durch das Ge-richt der Hauptsache 1907 51

Freizeichnungstlaufeln

Enge Auslegung bon F. mit weitgehendem Haftungsausschluß 1594 20

Friedensmiete

Streitwert für Ermittlung der F. zur Fest-stellung, daß Mieterschutz besteht 1823 30

§ 469 BOB. Saftung des Vertäufers eines Hauses, der bestimmte F. zugesichert hat 2010 12

Friedhof

Wirksamkeit der von Gemeinde oder Rirchengemeinde aufgestellten F.ordnung, insbes. ber barin enthaltenen Bestimsmung, baß crstmalige Anlegung und Bebflanzung einer Grabstätte ausschließs lich durch die F.verwaltung auszuführen 1889 30

Friseurgeschäfte

Warenautomaten in F. 1142 1144

val. unter Ausschluß. Rührerflucht 1216 87 1569

Führerichein

Mitberudsichtigung eines Borfalls, für ben dem Kraftfahrer Berwarnung erteilt worden, bei der späteren Entziehung der Fahrerlaubnis + 1356 60

Entziehung der Fahrerlaubnis auf be-ftimmte Zeit, Belassung für die Zeit nach Fristablauf + 1357 61

Durch einmalige fahrläffige Berletung bes Borfahrtsrechts muß die Ungeeignetheit des Fahrers nicht stets als dargetan gelten 1358 62

Entziehung des F., weil der Fahrer, als er unter Alloholwirfung stand, den Willen zum Fahren gehabt und irgends wie betätigt hat 1855 72

Entziehung bes &. wegen der Führerflucht aleichzuachtendem Berhalten des Kraft-fahrers, der nach körperlicher Mifhandlung eines anderen Berfehrsteilnehmers weiterfährt, ohne sich um den Berletten

au fümmern 1216 87

Verwarnung vor Entziehung der Fahr-erlaubnis. Schluß auf die Ungeeignetheit jum Fahren bon Kraftfahrzeugen aus der Tatfache, daß der Kraftfahrer nicht gegen Haftpflicht versichert ift † 1550 Se

24 I Biff. 1 Kraftsch. Fahren eines Rraftfahrzeugs ohne Fahrprüfung abgelegt zu haben und im Besitz eines durch unsautere Machenschaften erlangten F.
— § 24 I Ziff. 2 Krafts. Wiederverschaffen des nach Entziehung der Fahrerlaubnis abgelieferten oder eingezoge= nen F. 1809 14

Kürsorge, öffentliche

Das gesetliche Erbrecht der Fürsorgeberbande und Wohltätigkeitsanstalten 2163

Gemäß § 21 a FürspflBD. Übergang bon Schadensersatansprüchen bes Silfsbebürftigen, die wirtschaftlich mit Unterhaltsanspruch gleichbedeutend, auf den

Fürsorgeverband 1525 15

Anwendung des § 1164 II BBB. bei Er= löschen einer gegen ben bom Eigentümer verschiedenen personlichen Schuldner beftehenden, durch Hoppothet gesicherten For-berung des Fürsorgeverbands. Rudabtretung einer dem Fürsorgeverband sicherheitshalber abgetretenen Grundschulb als Freigabe bestellter Sicherheiten gemäß § 4 II Gef. v. 22. Dez. 1936 über Befreiung von der Pflicht zum Er-fat von Fürsorgetoften 1526 18

Geltung der Befreiung bon bor dem 1. Jan. 1935 aufgewendeten Fürforge-toften nicht nur swifchen dem Fürforgeverband und dem Unterftütten bzw. er= sappflichtigen Dritten, sondern auch zwisichen dem Unterstützten und dem Ersat-

pflichtigen + 1394 12
§ 28 Fürst. Befreiung der Fürsorgeversbände von der Zahlung von Gerichtssvollziehergebühren 1203 68

Nach Verklagung bes richtigen Bekl. unter zwei selbständigen Parteibezeichnungen (Landtreis "als" Bezirksfürsorgeverband) ist Rickigstellung in jeder Lage des Versahrens zulässig und keine Klagesänderung i. S. des § 264 JBD. 1730 21 Vollstrudisson. Unzulässigskeit der Vollsstreckung wegen Unterhaltsansprüchen sur

Zeitraum, in dem das Kind auf Grund ber FüriBD. unterftütt worden † 154238

Kürforgeerziehung

F. gegenüber dem staatsfeindlich erzoge-nen Kinde eines "Ernsten Bibelforfchers" 2145 20

Antrags- und beschwerbeberechtigt i. S. des § 65 I, VI RJugWohlfG. für das F.bersahren ist das nach § 7 RJug-Bohlf. für den gewöhnlichen Aufent-haltsort des Minderjährigen zuständige Jugendamt 2145 21

65 II KJugWohlf. Erfordernis der Anhörung der Eltern durch das Borm-Ger, bor Anordnung der endgültigen F.

Wann fann nach Anordnung der Fort-führung der F. über das 19. Lebensjahr des Minderjährigen hinaus durch das BormGer. die Aufhebung ber F. wegen Erreichung ober anderweiter Sicherftellung ihres Zwedes beantragt werden?

Fusion

vgl. unter Berschmelzung

Fußgänger 10 Bflichten für F. 1776 § 25 RStrafBerid. Berhalten eines F., der auf Fahrdamm mit Fahrrad an der Sand geht 1251 17

Bewertung des Berhaltens eines bei Duntelheit auf der Fahrbahn einer verkehrsreichen Straße gehenden F., der von Kraftwagen überfahren wird, bei Abwägung der Verursachung des Unfalls und des Verschuldens des Verunglücken 1951 7

Pflicht bes Kraftfahrers, mit unborschrifts= mäßigem und unbedachtfamen Berhalten bon F. — insbes. hochbetagten Berso-

nen — zu rechnen 1318 15

Gärtnerei

Erbhofeigenschaft von Rosenzuchtbetrieb 1740 31

Erbhofeigenschaft einer G., in der auch Pflanzen aus hinzugekauften Zwiebeln ufm. gezogen und beren Erzeugniffe unmittelbar an den Berbraucher verfauft werden 1753 42

Gaftwirt

Keine Bindung der G. an die Anordnungen der Hauptvereinigung der deutschen Brauwirtschaft. Wirksamkeit des ohne Genehmigung bes Borfitenden bes que ständigen Brauwirtschaftsverbands geichlossenen Bierlieferungsvertrags, besgl. der zugleich getroffenen Bereinbarung betr. Belieferung bes G. mit Reklame= schildern 1462 13

222 II StoB. Verabreichung von Altohol durch &. an auf Fahrt befindlichen Rraftfahrer, obwohl er dessen angetrun-

fenen Zustand erkennt 12416

Gastwirtschaft

bgl. auch unter Schankerlaubnis Warenautomaten in G.= und Schankwirtschaften 1145

6 EintSty. 1934. Berechnung bes Teilwerts eines einer Brauerei gehörigen Bierwirtschaftsanwesens 1480 30

Gebäudeeinsturg (§ 836 BGB.) 1254 20

Gebäudeversicherung

Einbeziehung bon ber Sppothekenhaftung unterliegenden Maschinen in G.vertrag † 1953 °

Gebrauchsdiebstahl an Fahrzeugen, BD. bom 20. Ott. 1932 1569

Gebrauchsmuster

Reine entsprechende Anwendung bes § 53 PatG. auf Klagen wegen G.verletung + 1831 38

§ 3 UnlWG. Zuläffigkeit der Verwendung bes — mehrbeutigen — Ausdruck "ge-sehlich geschützt" zur Bezeichnung eines G.schutzes bei der Werbung † 2028 28

Bebrauchte Gegenstände

Bur Frage bes Berftofes gegen Rabatts. burch Umtauld gebrauchter Gegenstände bei Bertaufsgeschäften † 2029 27

Ordnungsstrafen bis zu 10 000 AM für die Nichtentrichtung einer G.? 1985

Gebührenbefreiung

Begriff der den Gemeinden oder Gemeindeverbanden ähnlichen Körperschaften des öffentlichen Rechts i. S. des § 2 1 Klein-wohnungsGebBefrBD. 2225 38

Geburtsregister bgl. unter PerfStG.

Wefangene

Zwischen im Gefängnis untergebrachtem Mann und einer Dirne Zuhälterverhält-nis nicht möglich † 1159 4 1561 § 174 Ziff. 3 SiGB. Unzucht swischen Strafanstalisbeamten und G. 1878 4

Befängnisftrafe

§§ 27 c, 2 StBB. Abertennung ber burgerlichen Ehrenrechte neben Berurtei= lung zu G. 1556

Gehaltsvorschüffe

Behandlung von G. bei Lohnbfändung 1932 Ziff. 177

Geiftestrantheit

Ru § 51 CheG. Scheidung wegen G. 2084 Bertretungsbefugnis bes Bormunds eines wegen G. entmundigten Erblaffers gum Abschluß eines Erbverzichtsvertrags 1244 9

RBG. Untrag eines Geistestranten feine gültige Grundlage für Entlassungsberfügung eines Beamten 1528 18

Beiftesichwäche

Abschluß eines Erbverzichtsvertrags durch ben Bormund bes wegen B. entminbigten Erblaffers ohne rechtliche Wirfung 1244 9

Beiftige Störung

Zu § 50 CheG.: Scheidung wegen auf g. St. beruhenden Berhaltens 2084

Gelditrafe

Keine Bestrafung von Verbrechen mit G. nach §§ 27 b, 2 StGB. 1555 1514 2

Keine ausdehnende Auslegung des Ge-winnbegriffs gemäß § 2 SiGB. 1555 EintStG. Die gegen ObGesellschafter wegen überstredung von Bein erkannte G. keine Betriebsausgabe 1420 31

Beldwechselautomaten 1144

Gemeindebeamte

bgl. auch unter Bürgermeifter

Gemäß § 40 BRUndG. reichsgesetliche Berpflichtung der Gemeinden zur Un-gleichung der Bezüge ihrer Beamten an Diejenigen der Landesbeamten; Befteben= bleiben der damit im Einklang befind-lichen landesgesehlichen Borschriften, Borschriften, 3. B. Heff BD. b. 25. Sept. 1931 2228 30

Bemeindedarlehn

Ablehnung des auf § 30 AnlAblösch. und auf SaarlandAufwBD. geftütten Anfpruchs auf Aufwertung eines G. 1456 8

Gemeinderecht

§§ 60 ff., 104 DGem D. Reine Inanspruch= nahme einer Gemeinde aus der Genehmigung der Aufsichtsbehorde bedürfender Willenserklärung beim Fehlen dieser Genehmigung 1532 21
§ 62 DGemd. Erfordernis der Genehmis

gung der Aufsichtsbehörde zur unentgelt-lichen Bestellung einer Grunddienstbarteit an Gemeindegrundstüd 1834 41

Interessengemeinde überträgt die Sub-ftang ihres Bermögens einschlieflich der Gemeinschaftsanlagen (Wege ufw.) auf die politische Gemeinde. Rechtsnatur des banach erhobenen Anspruchs auf Freistellung von öffentlichen Laften ufw. hin-

sichtlich der übereigneten Wege 1533 22 Bulässigteit des Rechtswegs für klage einer Gemeinde gegen Gigentumer eines in ihrem Bezirk liegenden Gutes, das seit unbordenklichen Zeiten 2/s der Gemeindelaften gegen entsprechende Beteiligung an den Gemeindeeinfunften getragen hat, auf weitere Beitragsleiftung 2147 23

Wirksamkeit der bon Gemeinde oder Rirchengemeinde als Auftaltsträgerin aufgestellten Friedhofsordnung 1889 20

"Gemeinnut geht bor Eigennut" 1215 86

Gemeinnütigfeit

StUnpo. G. nicht anerkannt für die Betätigung jubischer Sportbereine 1545 40 BermStG. 1934. Frage ber G. eines Ber= lagsunternehmens 1209 78

RorpStV. Frage der G. der Kreditanftal= ten einer öffentlich=rechtlichen Rorper= ichaft 1206 72

Körpsic. Zur Frage der Sicherstellung der G. der Zwedbestimmung dei Auf-lösung einer Stiftung + 1545 41 2245 40

Betätigung einer Kapitalgefellschaft, die Erwerbsbeschräntten Arbeitsgelegenhei= ten zu geben bezweckt, als steuerlich unschädlicher Geschaftsbetrieb i. S. des § 7 RapBertSty. 1210 79

7 RapBertStG. Frage der G. einer Rapitalgesellschaft, die Wasserwert betreibt

Reine Urfundenfteuerfreiheit der Beitritts= erklärung zu Benoffenschaft, die als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen anerfaunt 1207 78

Gemeinschaftliches Testament 1601 20 2162 Bemeinfchafterecht

Der gemeinschaftsrechtliche Inhalt des Ehes. v. 6. Juli 1938 2066

Gemischtwarengeschäfte

Offenhalten bon Tabakwarenautomaten außerhalb der allgemeinen Ladenschlußzeit durch G., die überwiegend Tabat-waren führen 2246 62

Generalflaufel

Reine W. in bem Chefcheibungsrecht bes CheG. v. 6. Juli 1938 2067

Generalversammlung Generalversammlung der

Nach Ausübung der Ermächtigung Einberufung der G. genäß § 45 GenG. durch die Minderheit Anberaumung einer G. durch den Vorstand über die gleichen Buntte guläffig + 1827 34

Genoffenichaft

Genossenschaftsgeset. Schrifttum 1875 Rad Ginlegung von Grundbuchbeschwerbe für Beteiligten legt Notar ein wenige Tage vor Abgabe der grundbuchlichen Erklärung ausgestelltes Registerzeugnis — § 26 II GenG. — bor. Frage der Beweiskraft 1834 40

S\$ 34, 27 GenG. Berletung der Sorgfaltspflicht gegenüber der G. durch Borstand, der über die ihm durch das G.statut gezogenen Grenzen hinausgeht, um der Mgemeinheit zu dienen + 2019's

Nach Ausübung der Ermächtigung zur Einherufung der GenBerf, gemäß § 45 Einberufung der GenBerf. gemäß GenG. durch die Minderheit Anberaumung einer GenBerf. durch den Borftand über die gleichen Buntte guläffig † 1827 34

§§ 68-70 Bend. Ausschließung eines Benossen durch Beschluß nur zu dem gesselich vorgesehenen Zeitpunkt. Vormertung des Ausscheidens in der Liste der Genossen auf Antrag des Genossen. Im gerichtlichen Bergleichsberfahren der G. Sinausschieben des Ausscheidens eines Genossen bis zur Erledigung des Bergleichs nur für den Fall der Kundigung,

nicht der Ausschließung 1177 30 Bei genoffenschaftlichem Rundf Rundschreiben, bas Bettbewerbszweden nur mit bient, Prüfung des Sachverhalts unter Wettbewerbsgesichtspunkten geboten 1180 36

Bur Frage ber Gewerbemäßigteit des Betriebs einer Berbrauchergenoffenschaft; Berteilung des Geschäftsgewinns an die Mitglieder, Warenverkauf an Nichtmitglieber 1981 35

Befugnis ber Trenhandgenoffenschaften ge-mäß § 3 Ziff. 7 RBeratG. b. 13. Dez.

1935 gur Rechtsbetreuung ihrer Mitglieber einschließlich Prozegvertretung ohne

behördliche Erlaubnis † 2036 31 32 Nach Zulassung einer Treuhandgenossen-schaft als Prozesbevollmächtigte in inzwischen rechtsträftig abgeschlossenm Versahren keine abweichende Entschei-dung über die Zulassung im Kostenfest-sehungsversahren. Angemessene Gebüh-

renforderung † 2047 4 146 GenG. ist gegenüber § 268 StGB. das schwerere Gesetz i. S. des § 73 StGB. 1323 22

Reine Urtundensteuerfreiheit der Beitrittserklärung zu G., die als gemeinnütiges Wohnungsunternehmen anerkannt 1207 78

Berichtsberichterftattung

G. und Preffenötigung 1793

Gerichtstaffen

bgl. unter Juftigkaffenwefen

Gerichtstoften

Reine Berechnung von Gerichtsgebühren für die Reichsbahn feit ihrer Einglieberung in die Reichsberwaltung durch Ges.

v. 10. Febr. 1937 1847 62 Gebühr für Einsicht bes Schuldnerverzeichniffes ober Erteilung bon Austunften daraus ist reichsrechtliche Gerichtsge-bühr, keine Berwaltungsgebühr 1469 21

Amtspflicht bes Beamten, ber Atten an fich nimmt und lange Zeit in Befit behält, den Aufsichtsrichter vor Ablauf der Berjährungsfrist auf die Nichtberechnung ber G. hinzuweisen 1597 22

§ 519 VI BPO. Teilweise Ablehnung des Armenrechts ohne Entscheidung über den Reft. hemmung der Nachweisfrift me-gen des abgelehnten Teils bis zur Berichtigung der Gebührenforderung † 1466 19

Nachweis der Zahlung der Prozefgebühr nach § 519 VI ZBO. bei Einzahlung durch Zahlfarte 2048 42

Einzahlungen durch Bostsched oder mit Bostanweisung an die Gerichtstassen 2188

Rechtsanwalt teilt seiner Partei absichtlich die Bestimmung der Nachweisfrist nicht mit, will auch wegen des zu stellenden Armenrechtsgesuchs die Brozefigebühr nicht zahlen. Berneinung unabwendbaren Zufalls für die Partei 1841 52

Nach Bersagung des Armenrechts keine Anerkennung des Anbermögens des Bekl. zur Zahlung der von ihm erforderten Prozefgebühr als unabwendbarer Bufall i. S. des § 233 3PD. 1914 03

§ 6 GAG. Niederschlagung von infolge unrichtiger Behandlung seitens des Ge-richts entstandener G. 1736 27

29 GRG. Nach Abschluß eines gericht-lichen Bergleichs teine Ermäßigung der Prozefgebühr wegen Klagerudnahme 1611 4

Antrag des Ml. gemäß § 276 3PD. auf Verweisung des Rechtsstreits an das quständige Gericht ist Sawantrag i. S. des § 29 II GKG. 1188 40

Unterschied zwischen verfahrensrechtlicher und toftenrechtlicher, die Unwendung bes § 30 BB. rechtfertigender Rechtsmittelzurücknahme 2050 44

71 GRG. Haftung bes Freigesprochenen, ber vor Rechtstraft die Urteilsabschrift für bie Schreibgebühren verlangt,

+ 2051 45

§ 72 Biff. 7, 8 GRG. Abgrenzung gericht= licher gegen Parteiauslagen bei Roften, die durch die Erfüllung gerichtlicher Aufslagen erwachsen 1588 30 §§ 74 ff. GKG. Im Verfahren betr. Ar-

menrechtsbewilligung teine Belaftung des Antragsgegners mit den Gebühren der bon ihm benannten Zeugen und

Sachberständigen 2238 52
79 Ziff. 3 GMG. Persönliche Haftungdes Ehemanns gegenüber der Gerichtstasse für Kosten eines Rechtsstreits der Ehefrau mit Dritten 1736 28

Berichtstoftenmarten

Teile von Berichtsaften, in denen G. berwendet werden, teine zur Eintragung oder Kontrolle von Einnahmen bestimm= ten Rechnungen, Register ober Bucher i. S. bes § 351 StBB. 1517?

Gerichtsftand vgl. unter Zuständigkeit

Gerichtsverfassungsgeset Schrifttum 2192

Gerichtsvollzieher

Amtspflicht des G. bei Erledigung eilbedürftiger Aufträge, insbes. Borpfändungen 1452 3

Bei Wahlschuld macht Schuldner geltend, daß er infolge Ausübung der Wahl die Leistung, auf die der Gläubiger die Zwangsvollstredung richtet, nicht mehr schulde. Ablehnung der Zwangsvollstretztung durch den G. 1274 45

Bur Frage ber Buläffigkeit ber Befchwerde bes Schuldners gegen ben Befchluß, ber ben B. nach beffen Weigerung, ben Bollftredungkauftrag auszuführen, auf Erinnerung des Gläubigers hierzu an-weist; besgl. wenn der G. bereits vollftredt hat, die Bollftredung auf Erinnerung des Schuldners aufgehoben und dann auf Beschwerbe des Gläubigers das 28. den G. zur Pfändung anweist 1337 46

Gerichtsvollziehergebühren

Befreiung der Fürsorgeverbände von der Zahlung von G. 1203 68

Gefamthandseigentum

Bei Berficherung mehrerer Miteigentumer zur gesamten Sand - nicht nach Bruch= teilen — Befreiung des Berficherers bon ber Leiftungspflicht gegenüber allen Berficherungsnehmern bei Berletung der Obliegenheiten oder borfatlicher Berbeiführung bes Berficherungsfalls burch einen bon ihnen † 1953 .

Gefamthypothet

Unter den Voraussetzungen des § 1173 BGB. erlischt in jedem Fall die G. an den mithaftenden, dem Zahlenden nicht gehörenden Grundstüden † 2015 15 Entstehung von G., wenn Hopothet ur-

sprünglich an deutschem Grundstück be-standen, das Grundstück durch Grenz-ziehung des Versailler Vertrags in zwei selbständige Teile geteilt worden, von denen der eine Teil nun im Ausland liegt. — Bermerk der Rechtsänderung gemäß § 127 S. 2 Jwverste. auf dem Hypothekendrief der im Zwangsversteisgerungsversahren erloschenen G., die noch auf anderem, nicht versteigerten Grundstüd hastet 1969 17

Gefamtiduldner

"Großimmissionen"; zur Frage der An-wendbarkeit des § 830 BGB. bei Betei-lagung mehrerer Jmmitenten 1686

Selbständige Gebührenanspruche bon zwei gu Konfursverwaltern bestellten Rechtsanwälten, die sich beide in Rechtsftreit felbst bertreten haben, in dem sie auf Zahlung als G. aus ber Rontursmaffe verklagt worden 1473 26

Gesamtstrafe

Reine G.bilbung gemäß § 79 StoB. nach Berbugung ber früheren Strafe + 2006

Straffreih. 1936. Zu erwartende G. von mehr als einen Monat, wenn von zwei selbständigen Straftaten die eine vor, die andere erst nach dem Stichtag vollendet worden, aber schon vorher zu strasbarem Versuch geführt hat 1886 26

Geschäftseröffnung

8 B3G. Schwebezustand bei zulässiger Eintragung eines Warenzeichens bor G.

Geschäftsfähigkeit

Die G. Staatenloser 1290

Schließt angeborener Schwachsinn die freie Willensbestimmung gemäß § 104 Biff. 2 BGB. auß? 1590 17

Geschäftsführung ohne Auftrag § 679 BGB. Schaffung einer mehrere, die bon einem ihnen haftenden Dritten Abhilfe für Schaden nicht erlangen können, susammenfassenden Rechtspersönlichkeit zweds Gewährung der notwendigen Abhilfe durch Besorgung des an sich frems den Geschäfts 1962 13

Geichäftsjubiläum

Unlauterer Wettbewerb durch anläßlich eines G. herausgegebene Festschrift, die Rüchlic auf Entwicklung des Geschäfts= betriebs enthält 1905 47

Gefcäftsübernahme

Verneinung des Vorliegens eines wichti= gen Grundes für übernahme des Ge= ichafts ber Romm Bef. burch einen ber zwei vorhandenen Gesellschafter gemäß § 142 HGB. wegen Unbilligkeit ber Ausschließung des anderen Gefellichaf= ters 2212 28

Erhebung der Abernahmeklage gemäß § 142 BBB., während die Gefellichaft sich im Abwicklungszustand befindet. Mißbräuchliche Ausübung des übernahmerechts 2214 29

Gefdäftsberäußerung BreisftoppBD. und Beräußerung bon Gefellichaftsrechten, Forderungsrechten und Sandelsfirmen 1149

Bei Nichtworliegen der Borausseungen für Fortsührung der bisherigen Firma nach § 22 HB. darf auch nicht durch Aufnahme der Firma als Zusatz gemäß § 18 II der Eindruck der Firmensort-führung erweckt werden 1/72 26

Geltung ber turzen Berjährungsfrift gemäß § 26 SGB. auch für vor der G. gegen den früheren Firmeninhaber festgestellte Unsprüche? rechtsträftig

† 1173 27

Bur Frage der Amtspflicht des Juftizoberfetretars, der Anmelbung bom Firmenübergang zum Sandelsregister annimmt, die Unmelder bzgl. des Ausschlusses der Schulbenhaftung gemäß § 25 II HBB.

Geschäftswert

Der G. im Einkommenfteuerrecht 1939

Geschlechtsverkehr

§ 1333 BGB. G. bes Mädchens vor der Eheschließung als Ansechtungsgrund

Bur Frage, ob außerehelicher G. mit Minberjähriger eine Beleidigung des Mäd= chens und ihrer Eltern darftellt 1879 6

Geschmadsmufter

Boraussehungen bes G.schutes für Kombinationsmufter, deffen Elemente nach Form und Farbe, nach Form auch in der Kombination bekannt find 1604'32

1 Runftich. forbert ein fich feinem äfthetischen Gehalt nach über die an G. zu stellenden Anforderungen erhebendes Kunstwerk + 1958 12

Gefellschaft, bürgerlich=rechtliche

Berpflichtung der Gesellschafter zur Leisftung von Einlagen nur im Rahmen des § 707 BGB. Unmöglichwerden des Gzweds i. S. des § 726 BGB. dei Weisgerung aller Gesellschafter, die nötigen Nachzahlungen zu leisten 1522 11

Entsprechende Anwendung ber Kundisgungsregelung bes § 723 BGB. auf Lisgenzbertrag 1188 43 1897 87

723 BOB. Beurteilung ber Zumutbarfeit der Fortsetzung eines Bertragsber= hältnisses 1602 31

723 BBB. Kündigungsrecht aus wich= tigem Grunde nicht ftets burch eigenes schuldhaftes Verhalten des kündigenden Gesellschafters ausgeschlossen. Nachschieben von Kündigungsgründen 1392 10 Zulässigteit der Feststellungsklage an

Stelle der Auseinandersetzungsklage nach § 730 BGB., wenn badurch bereits eine der Auseinandersetzung dienliche Rlarung von Streitfragen zu erzielen ift + 1728 20

Reine Aufbringungspflicht der Gefellichaften bes burgerlichen Rechts, außer wenn fie wegen ihres Gewerbebetriebs als DHG. zu behandeln find 1485 44

Haftung bes Embh.=Gefellichafters aus Auskunften über die geschäftliche Lage der Gmbh. gegenüber demjenigen, der den Geschäftsanteil des einzigen Mit-gesellschafters zu kaufen beabsichtigt 1390 €

§§ 15, 16, 47 Imb&G. Abertragung des Stimmrechts bom Berpfänder eines Embh.=Anteils auf den Pfandgläubiger. Anfechtung der übertragung der Imbs.

gegenüber erst von der Zuruckziehung der Anmeldung an † 1398 15 Anwendung des § 19 II Gmb&G. auf den Fall der Kapitalerhöhung. Einseitige Aufrechnung gegen Ginlageforderung ben Gesellschaftern ichlechthin verboten, vertragliche Aufrechnung unter bestimmten Voraussehungen zuläffig. Frage ber Bollwertigkeit ber Aufrechnungsforderung gemessen am Bermögensstand ber

Gesellschaft + 1400 18 § 30 Gmb&G. Berbot von Zahlungen aus bem Gefellschaftsvermögen an Bersonen, die zur Zeit der Begrundung ber Zah-lungsverbflichtung Gesellschafter waren. Beurteilung der Erhaltung bes Stammkapitals nach dem Zeitpunkt der Zah= lung felbst 1176 20

An Stelle ber Beschluffassung i. S. bes

in Stelle der Beiglingsafflung 1. S. des § 47 Smb5G. bei Einmanngesellschaft der nachweisdare Entschlüß des einzel-nen Gesellschafters genügend 1403 ¹⁷ 83 Smb5G.; § 2 StGB. Strafrechtliche Berantwortlichkeit des Leiters einer Smb5, der nicht Geschäftsssührer ist, für unrichtige Buchführung 1569

Durch Eintragung der Umwandlung einer Imbh. in Dhu. im handelsregister ift die Tatsache der Umwandlung als Bor-aussetzung für die Gewährung der Steuererleichterungen festgeftellt 1674 31

hauptaktionar hat einen Teil seiner Be-teiligung an der Aktiengesellichaft nach

bem 1. Juli 1934 im Wege der Umswandlung einer Gmbh. erworben, bie am Stichtag an der Aktiengesellschaft beteiligt war. Keine Steuervergünstigung nach § 4 der 2. Durchs D. 3. Umwandls Sty, für Übergang von Grundstück auf diesen Sauptaktionär bei Umwandlung der Aktiengesellschaft † 1759 46

Bei Umwandlung einer Aftiengefellschaft in Inds. Ermäßigung der Kapitalziffer unter Anwendung der Borschriften über Herabsetzung des Grundkapitals 1901 43

Beitpunkt des Erlöschens der Bermögensfteuerpflicht einer GmbH., die in DHS. umgewandelt wird +1423 35

CmbB.=Anteile

PreisstopVD. und Beräuferung bon

GmbH.-Anteilen 1150 13 II RBew. Bewertung von Anteilen an Embh., wenn die Embh. selbst eigene Anteile besitt 1850 08

Befellichafterechte

PreisftopBD. und Beräugerung bon G., Forderungsrechten und Handelsfirmen 1149 1692

Gefellichaftsiteuer

Betätigung einer Kapitalgesellschaft, die Erwerbsbeschränkten Arbeitsgelegenheisten zu geben bezwedt, als steuerlich uns schädlicher Geschäftsbetrieb i. S. des § 7 KapBerkStG. 1210 79

§ 7 KapBertSill. Frage ber Gemein-nützigkeit einer Kapitalgesellschaft, die Wasserwerk betreibt 1675 33

Gefegesänderung Einwand unzuläffiger Rechtsausübung gegenüber dem Festhalten am Bergleich, weil dessen Geschäftsgrundlagen infolge S. erschüttert seien 1647 8

Gefețessammlungen (Schrifttum)

Das neue Deutsche Reichsrecht 1876 Deutsche Reichsgesetze 2000

Das neue Reichsrecht. Ausgabe Biterreich 1582

Die Gesetzgebung bes Dritten Reichs 1638 Die Gefetgebung Adolf Sitlers. Beft 26 1638

Das neue Recht in Preußen. Lieferung 34 und 35 1384; Lieferung 36 2128

Geftändnis

Bewertung einer von der Partei bei ihrer Bernehmung gemachten Befundung, die der Prozesibevollmächtigte danach als Erflärung der Partei vorträgt, als G. i. S. des § 288 JPD. 1272 42

Getrenntleben der Cheleute

Festsetzung gesonderter Streitwerte für die Ansprüche auf Gestattung bes G. und Abertragung des Personensorgerechts

Gewahrfamsbruch (§ 133 StoB.)

§ 133 StBB. berlangt, daß ber Gegenftand sich in dauernder oder vorübersgehender Ausbewahrung befindet bzw. ber amtlichen Berfügungsgewalt unterworfen bleiben soll 1711

Gewaltschäden

Reben den Ruffen-Liquidationsschäden, die in § 29 Gewechab D. abichlichend geregelt find, kann auch für G. der in § 6 GewSchädBO. genannten Art, die in Rufland anfässig gewesene Reichsbeutsche erlitten haben, Entschädigung ge-währt werden 1663 20

Sewerbeordnung Schrifttum 2000

2179

Gelten die §§ 1 und 143 Gewo. noch?

Tatbestandsermittlung im gewerbepolizei= lichen Genehmigungsverfahren nach §§ 16 ff. GewD. 1684; Schadloshaltung nach § 26 GewD. 1687

Mage aus § 117 Zust. gegen einen ent-gegen § 63 Gewo. nicht mit Gründen versehenen Bescheib auf Bersagung der Legitiniationstarte 1679 40

Gewerberecht

Handel und Gewerbe. Schrifttum 1512 1708

Gewerbeichullehrer

§ 165 Ziff. 6 NBD. Zur Arankenversiche-rungspflicht ber Handwerksmeister und Ruhestandsbeamten, die in den Wintermonaten an Gewerbeschule unterrichten 1550 54

Gewerbesteuer

Praktischer Führer durch das G.recht. Schrifttum 2000

§ 9 Ziff. 2 GewStG. 1936. Beteiligung eines Gewerbetreibenden an Oh. burch Treuhänder 1424 38

Gewerblicher Rechtsichut

Die BD. über ben g. R. im Lande Ofter= reid) 1574

Gewerbsmäßigfeit

Zurechnung der G. als straserhöhender Umstand nur für den Teilnehmer, bei dem sie vorliegt 21988

Durch Berurteilung wegen gewerbsmäßi= ger Abtreibung kein Berbrauch ber Straf-klage für vor diesem Urteil begangene weitere Fälle von Abtreibung 1513.

Annahme selbständiger Einzelhandlungen bei gewerbsmäßiger Berschaffung von Abtreibungsmitteln 2198?

Untauglicher Versuch bes Verbrechens nach § 218 IV 2 StGB. bei gewerbsmäßigem Verschaffen von Abtreibungsmitteln durch Täter, der irrfümlich das Bor-handensein einer Schwangerschaft angenommen hat 2198 8

Gewinnausschüttung, verdedte

Mindestbesteuerung nach § 17 Ziff. 1, nicht Ziff. 3 KörpStG. für Bergütungen an Gesellschafter-Geschäftsführer, die außer Berhältnis zu ihrer Arbeitsleistung stehen. 4 % des gesamten eingezahlten Grunds oder Stammkapitals von der Mindeststeuer freizulassen + 1483 43

Gewinnsucht

§ 169 StoB. Gewinnsuchtige Personenftandsunterbrüdung 1585 6

Gewohnheiterecht

Bildung partifularen G. ohne Rudficht auf die politische Grenze: Friedhofsordnung 1889 30

Außerkraftseten ber wegerechtlichen Be-stimmungen ber Jülisch-Bergischen Bol-BD. v. 10. Okt. 1554 burch G. Danach Wegebaupflicht der Gemeinden für offentliche Wege ihres Bezirks, abweichende Regelung durch Observanz usw. zulässig † 1982 36

Gewohnheitsverbrecher

Merkmal der Gefährlichkeit des G. 2129 1 Unnahme des verbrecherischen Sanges bei Handeln aus Notlage 2129?

Zur Frage der Anwendbarkeit des § 20 a StBB. auf Abertretungen 1318 14 Sicherungsverwahrung 1877 1

Goldmarkhypothek

Wann ift Beftellung einer S. gur Sicherung eines in Schweizer Franken gewährten Darlehns als Umwandlung des Frankendarlehns in Goldmarkdarlehn aufzufassen? 13917

Bei ohne die behördliche Einwilligung gemöß §§ 1, 3 BD. über Eintragung von Fremdwährungshypotheken v. 13. Febr. 1920 erfolgter Eintragung Amtswiderspruch nach § 58 I I GBD. geboten 1404 18

Graphisches Gewerbe

Das zwischen den Marktverbanden des g. B. und benen bes Drudmafdinenbandels usw. vereinbarte vertragliche Beräußerungsverbot ift durch Berbindlich-keitserklärung des RWiM. zu gesehlichem Beräußerungsverbot i. G. des § 135 BGB. geworden. Berfolgung der den besteiligten Unternehmen aus Abertretung diefes Berbots entstehenden Ansprüche burch die Wirtschaftsgruppe "Drud und Papier" 1721 10

Graferei.

B. in den Ruftengebieten Schleswig-Bolfteins als landwirtschaftliche Rupung i. S. des § 1 REG 1340 51

Grenggebiet

Gef. über Sicherung der Reichsgrenze ufm. b. 17. Aug. 1937. Keine behördliche Benehmigung notwendig für bor bem 1. Sept. 1937 borgenommene Auflaffungen, auch bei Eingeben beim GBA. erft nach diesem Zeitpunkt 1605 34

Grober Unfug (§ 360 Biff. 11 St&B.)

Bestrafung von g. U. in entsprechender Anwendung einer anderen Befetesbeftinimung 1567

Großhandelsbergünftigung (§ 7 III UmfStB.) + 1547 44

Grundalten

Bebeutung des gemäß § 21 Ziff. 5 Aften O. v. 28. Nov. 1934 bei den G. anzulegen-den Wohnungsblattes 1189 48

Grundbuch

GBD. Schrifttum 2000 2189

Jahrbuch für Entscheidungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarfeit und bes Grundbuchrechts. Schrifttum 1637

§§ 15, 32 BBD. Beschwerdeeinlegung für Beteiligten beim GBA. durch Notar ohne gesetzliche Ermächtigung oder Vollmachtsborlegung 1834 40

§§ 16, 18 GBD. Burudweisung eines mit bem Borbehalt ber zugleich mit später zu stellendem Eintragungsantrag vorzunehmenden Ersedigung gestellten Ein-tragungsantrags bei Entstehung des Verfügungsrechts des ersten Antrag-stellers erst durch Vollziehung des zweiten Antrags 2227 38

29 GBO. Besugnis des nach Solmser Lando. v. 4. April 1571 beisityberechtigten überlebenden Chegatten gur entgelt= lichen Berfügung über zum Nachlaß ge-hörige Hypothet ohne Zustimmung des Eigentumserben. Nachweis der Entgeltlichfeit gegenüber bem BBA. nach ben Grundfaben über entgeltliche Berfügungen des befreiten Borerben 1478 36

Nachweis ber Bertretungsbefugnis gemäß § 32 GBO. nicht erforderlich für Bewil-ligung der Eintragung der Zinssenkung gemäß Ges. v. 14. Mai 1937 1335 42

§ 35 GBD. Bur Eintragung eines burch öffentliches Teftament ausgewiesenen Testament ausgewiesenen Erben im G. eines Nachlafigrundstücks Vorlegung von Erbichein nicht erforderlich, wenn zum Nachlaß auch Erbhof gehört und der Anerbe aus dem Testament nicht ersichtlich 1411 21

Sachregister

§ 52 GBD. In Nacherbenvermert im G. Aufnahme auch weiterer Racherben, Er= fannacherben und die Ernennung eines Teftamentsvollstreders jur Bahrnehmung der Rechte und Pflichten der Nacherben und Nachlagverwalter bis zum Eintritt des Nacherbfalls 1411 21

Bei ohne die behördliche Einwilligung gemäß §§ 1, 3 BO. über Eintragung von Fremdwährungshppotheken v. 13. Febr. 1920 erfolgter Eintragung Amtswiderspruch nach § 53 I 1 GBO. geboten 1404 18

Keine Anwendung der GrundstvertBek. v. 26. Jan. 1937 bei vor deren Inkrafttreten vorgenommenem Berpflichtungs= geschäft und Auflassung und nur später erfolgender G.eintragung 1523 12

Ges. über Sicherung der Neichsgrenze usw. v. 17. Aug. 1937. Keine behördliche Ge-nehmigung notwendig für vor dem 1. Sept. 1937 vorgenommene Auflaffungen, auch bei Eingehen beim BBA. erft nach diesem Zeitpunkt 1605 34

Nach Eintritt der Voraussetzungen des § 878 BBB. fein nachträgliches Eingreifen einer Genehmigungsvorschrift nach Deb. für Berfügung über G.recht aus einem in der Berfon des Berfügenden liegenden Grunde 1254 21

§ 1115 BBB. Festssetzung bes Hypotheken-zinssates unter Bestimmung eines Mindest= und Bochstsages in der Beise, daß der bon einer bentichen Bemeinde-

sparkasse für ihre erststelligen Supotheken berechnete Zinssatz gelten soll 1257 24 Keine Entkräftung der Vermutung bes § 1527 BBB. badurch, daß Grundstud während bestehender Errungenschaftsgemeinschaft auf den Namen eines Che-

gatten allein eingetragen 1598 24 Bestehenbleiben der Berechtigung des eingetragenen Grundschuldgläubigers, ber

sich für befriedigt erklärt hat, zur Bewilsligung der Löschung 1257 26 § 839 BGB. Keine Amtspflicht des Vers fteigerungsrichters zu eigenen Ermitt-lungen bzgl. im G. nicht eingetragener Berechtigter und zur persönlichen Gin=

sicht des G. und der Grundakten 1189 48 Pfändungsbeschluß über Eigentümerbrief-grundschuld ist dem Eigentümer zugeftellt, der Brief aber bom Pfandgläubiger noch nicht in Besitz genommen. Gin früher beim GBA. eingegangener Un= trag auf Eintragung der Abtretung und Umwandlung der Grundschuld ist noch zu erledigen 1612 45

Deutsch-Ofterr. Nachlafabkommen. Umschreibung des Eigentums an deutschem Rachlafgrundstüd auf einzelne Miterben auf Grund der "Bewilligung" eines österreichtschen Nachlafgerichts 1204 60

20 Urfet. Reine Bertragsfteuer für Urfunde, in der Schuldner und Glaubiger die grundbuchliche Eintragung von Underungen des Binsfates und der Rudzahlungsbedingungen einer Sppothet be-

willigen und beantragen 1549 48 § 20 Urt St. Reine Vertragfteuer für in hppothekarischer Schulderklärung beurfundete Berpflichtung des Schuldners und Grundftudseigentumers gegenüber dem Sypothekengläubiger, die Borhppothet bei Bereinigung mit dem Eigentum in einer Perfon lofchen zu laffen 1549 49

Grundbuchberichtigung

Bum Ginwand unzuläffiger Rechtsaus= übung gegenüber dem Ganfpruch. Unsprud auf B. nur dem gegenwärtigen Rechtsinhaber gegeben 1255 22

Brund bes Anspruche, Urteil über ben (§ 304 3\$0.)

Erlaß eines Urteils über den G. d. A. erst nach Brüfung der Gesamtheit der klages begründenden Tatsachen 1189 47

Grunddienstbarteit

Erfordernis der Genehmigung der Auffichtsbehörde zur unentgeltlichen Bestels lung einer G. an Gemeindegrundstück 1834 41

Grunderwerbsteuer

Handbuch bes gesamten Grechts 1875 Genehmigung der Aufteilung eines im Wohnsiedlungsgebiet belegenen Grundftücks unter der Auflage, daß ein Teil des Grundstücks der Gemeinde für öffentliche Straßen, ein anderer Teil für "sonstigen öffentlichen Bedarf" schulben-, laften- und tostenfrei zu übereignen ift. Reine Steuerbefreiung gemäß § 8 Biff. 10 GrErwStG. für übereignung des anderen Teils † 1544 39

Keine Steueremäßigung gemäß § 19 a Ziff. I GrErwStG., wenn bei Ber-schmelzung von zwei Aktiengesellschaften mit dem Bermögensübergang Grund-frücke der sich auflösendem auf die auf-rentenden Aktiengsfollschaft ausgen Sirknehmende Aftiengesellschaft gegen Sin= gabe zuruderworbener alter Aftien ber aufnehmenden Aktiengesellschaft über-gehen † 1676 35

Hauptaktionar hat einen Teil seiner Be= teiligung an der Attiengesellschaft nach dem 1. Juli 1934 im Wege der Um-wandlung einer Gmbh. erworben, die am Stichtag an der Aktiengesellschaft beteiligt war. Keine Steuervergünsti-gung nach § 4 der 2. DurchfBD. zum UmwandlStG. für Übergang von Grundftud auf diesen Hauptaktionar bei Um-wandlung der Aktiengesellschaft † 1759 48

Steuerbefreiung nach § 21 GrErwStG. nur für Grundstüdserwerb auf Grund bon Rapitalabfindungen, die nach den gur Beit der Entstehung der Steuerschuld geltenden Berforgungsgeseten gewährt

worden sind 2243 58

Grundschuld

vgl. auch unter Eigentümer .

Die Pfändung einer nicht valutierten ober nicht vollvalutierten Sicherungs G. 1630 Preisstop BO. und Beraußerung von Sypothefen und G. 1151

Beftehenbleiben der Berechtigung bes eingetragenen G.gläubigers, der sich für befriedigt erklärt hat, zur Bewilligung

der Löschung 1257 25

Erfüllung der dem Fürsorgeverband ge-mäß § 4 II Ges. über die Befreiung von der Pflicht zum Ersat von Fürsorgetosten v. 22. Dez. 1936 auferlegten Pflicht zur Freigabe bestellter Sicherheiten durch Rudabtretung einer ficherheitshalber ab-getretenen G. 1526 18

Grundfteuer

Rechtsmittelfragen bei der G. 1229 Die G. des Haus- und Grundbesites. Schrifttum 1802

G.geset v. 1. Dez. 1936 mit DurchfBest. Schriftum 1802 2000 2189

Grundstüd

§ 1421 BGB. Umfang der Pflicht des Ehe= mannes zur Rechnungslegung über das eingebrachte Gut, das in G. befteht

Reine Entfräftung der Bermutung des § 1527 BGB. dadurch, daß G. während bestehender Errungenschaftsgemeinschaft auf den Namen eines Chegatten allein eingetragen 1598 24 Grundftüdsbewertung

§ 35 RBewDurchfBeft. Reine Befugnis des KinA., durch allgemeine Anordnung die Gewährung einer Ermäßigung bes sich aus Bielfachem der Jahresrohmiete er-gebenden Grundstudswerts wegen besonberer Umstände auszuschließen 1675 34

§ 6 I 3 EintStG. Zusammenfassung von Grundstüd und Gebäude bei Ansetzung

des Teilwerts † 1351 67

Grundftüdegefellichaft

Anwendung der PreisstopBD. bei Ber-äußerung fämtlicher Aftien einer Grundstücksaktiengesellschaft 1150

Befreiung von der Aufbringungspflicht für Grundstüdsberwaltungsgesellschaft, die zur Sicherung von Schulden eines an-deren für dessen Gläubiger auf einem ihrer Grundstüde Sicherungshypothet eintragen läßt, zweds Erhaltung eines ihr bon dem anderen gewährten Rredit, den sie nicht zurudzahlen könnte 1211 80

Ausschluß der Befreiung von Grundstuds= verwaltungs- und Beteiligungsgesell-schaften von der Aufbringungspflicht durch Gewährung von Darlehn 1674 22

Brundftudelaften, öffentliche

Gleichrang öffentlicher G. bei Zwangs= bersteigerung und Zwangsverwaltung

Grundstüdspreisbildung

G. als Aufgabe der unteren Preisbildungsbehörden 1492

Anwendung der über die G. ergangenen Vorschriften im Enteignungsverfahren

Grundstüderechte

Vormundschaftsgerichtliche Genehmigung zur Löschung von G., die der Bater für seine Kinder ohne wirksame Einigung auf seinem Erbhof hat eintragen lassen, nicht deshalb zu versagen, weil dadurch tünftige Ausstattungsansprüche gesichert werden sollten 1600 27

Art. 120 EBBGB. Laftenfreie Abschreibung eines selbständigen Grundstücks auf Grund Unschädlichkeitszeugnisses, bei Ruhen der Laften, von denen es befreit werden soll, auch auf anderen Grundstüden desselben Eigentümers

1887 29

Erfordernis der Genehmigung der ftaat-lichen Aufsichtsbehörde gur Belaftung eines Stiftungsgrundstücks durch eine nach § 38 II 19 PrallR. ber staatlichen Aufficht unterliegende milbe Stiftung 1413 24

Streitwert der Klage auf Auflassung eines Grundstüds gleich bem Wert des Grundstüds ohne Abzug der Lasten

† 1414 ²⁵

Nach Eintritt der Voraussehungen des § 878 BOB. tein nachträgliches Eingreifen einer Genehmigungsvorschrift nach Deb S. für Verfügung über Grundbuchrecht aus einem in der Person des Berfügenden liegenden Grunde 1254 21

Grundftüditeilung

Entstehung von Gesamthppothet, wenn Sppothet ursprünglich an deutschem Erundstüd bestanden, das Grundstüd burch Grenzziehung bes Bersailler Bertrags in zwei selbständige Teile geteilt worden, bon benen der eine Teil nun im Ausland liegt 1969 17

Art. 120 EGBGB. Lastenfreie Abschreis bung eines felbständigen Grundstuds auf Grund Unschäftlichkeitszeugniffes, bei Ruben der Laften, von denen es befreit werben foll, auch auf anderen Grundftuden desfelben Eigentumers 1887 29

Die einem Bauern bom AEG zugesprodene Befugnis zur Abtrennung eines Teils des Erbhofes ift nicht Erbhofzubehör und unterliegt ber Bfandung 1463 14

Genehmigung der Aufteilung eines im Wohnstedlungsgebiet belegenen Grundftiids unter ber Auflage, daß ein Teil bes Grundstüds der Gemeinde für öffentliche Strafen, ein anderer Teil für nenninge Stagen, ein anderer Teil sit, sonstigen öffentlichen Bedarf" schulen-ben-, lasten- und kostenfrei zu übereig-nen ist. Keine Steuerbefreiung gemäß § 8 Ziff. 10 GrErwStG. für Abereig-nung des anderen Teils † 1544 39

Grundstücksberäußerung Die Behandlung der Tilgungshppothet im Kausbertrage 2174

Reine nachträgliche Berneinung ber gunächst vorhandenen ordnungsnäßigen Benutung (§ 917 BGB.) als Borausssetung des Notwegrechts wegen Versäußerung eines der mehreren demselben Eigentumer gehörenden Grundftude an einen anderen 1817 24

Boraussetung des Anspruchs auf Mätlerlohn, der vom Käufer eines mit gesetz-lichem Borkaufsrecht belafteten Grundftuds für den Nachweis der Gelegenheit zum Bertragsabschluß oder deffen Bermittlung bersprochen worden 1248 15

Grundstücksvertäufe als laufende Verwaltungsangelegenheiten der Landesbauern-schaft i. S. der vom Reichsbauernführer den Landesobmännern erteilten Bertretungsbefugnis 1906 40

Grundftudsvertehrsbelanntmachung Keine Univendung der G. v. 26. Jan. 1937 bei bor deren Intrafttreten vorgenom-menem Berpflichtungsgeschäft und Auflassung und nur später erfolgender Grundbucheintragung 1523 12

Gutachten

bgl. auch unter Sachberftändiger

Die lange Dauer bon Schabensersasprogeffen bei Einholung mehrerer G. 1779

Erbbiologisches G. zur Feststellung der Abstantnung eines Kindes 1897 38 § 1032 3BO. Ablehnung des Schieds-richters, der gegen Entgelt Brivatch. er-stattet 2154 34

- Sofortige Beschwerbe nicht gegeben gegen bom erkennenben Gericht erlassene Anordnung der Unterbringung in öffent-licher Seil- oder Pflegeanstalt gemäß § 81 StBD. zur Vorbereitung eines G. 2133 6
- § 9 Erbirnaching. Beschwerde über An= ordnung der Unterbringung in Klinik zur Begutachtung 1976 28

Güterfernverkehr

§ 401 RUbgD. Einziehung des bon behördlich zugelaffenem und dem Reichs-Kraftwagen-Betriebsverband angehörenbem Unternehmen benutten Laftkraft= wagens? 1810 10

Gütergemeinschaft

vgl. unter Fortgesette 3.

Gütertrennung

Eigentumsfragen anläglich des Cheftands=

darlehns bei G. 1785

Bei gesetzlichem Güterstand ber Güterverbindung des schweizerischen Rechts Ansordnung der G. auf Antrag der Frau wegen Unterhaltsvernachlässigung oder Nichtgewährung von Sicherheit für das eingebrachte Gut 12448

Butsübergabe

Bei Genehmigung nach § 37 III REG Prüfungspflicht der Anerbenbehörden nicht nur hinfichtlich der Perfon des Ubernehmers, sondern auch bzgl. der fachlichen Vertragsbestimmungen 1749 38

Nach rechtsträftiger Berfagung ber Buftimmung zur Einsetzung einer Tochter als Anerbin unter Abergehung bes Sohnes ist Genehmigung ber G. an diese Tochter nicht ausgeschlossen 1746 36

Rein Beschwerderecht der am Ubergabevertrag nicht beteiligten weichenden Erben im Berfahren wegen Genehmigung

des Übergabevertrags 1348 55

Verfahren nach § 32 REG, nicht nach § 36 EHRB gegeben für Ansprüche, die weichender Erbe, zu dessen Auften in übergabevertrag Bersorgungsleistung sesters gegen den ihrerehmer völlig abweichend von dieser Festsetzung erhebt 1346 64

- 55 REG. Erbschaftsteuerfreiheit der bom ACG zugelassenen übertragung des Erbhofs auf nichtanerbenberechtigte Berfon
- § 55 NEG. Reine Erbschaftsteuerbefreiung für nach dem 1. Oft. 1933 erfulgten Berzicht auf ben Kaufpreis für einen vor bem 1. Oft. 1933 eingetretenen Erbhofübergang 2242 57

Saftpflichtversicherung "Bersicherungsfall" i. S. ber H. ist Inan-fpruchnahme des Versicherungsnehmers burch den geschädigten Dritten. - Fahr= lässte Obliegenheitsverletzung des Ber-sicherungsnehmers durch Nichtlesen des Bersicherungsscheins nach dem Anfall 2215 30

Bei H. ist vertraglich nur Anspruch bes Versicherungsnehmers auf Schuldbefreiung festgesett und eigenmächtige Be-friedigung bes Berletten ausgeschloffen worben. Keine Aufrechnung des Ber-sicherers gegenüber dem Berletten, der den Auspruch des Bersicherungsnehners gepfändet und fich hat überweifen laffen, mit Geldforderungen aus Wechfelurteil gegen den Berficherungenehmer. Berneinung des rechtlichen Jusammenhangs (§ 273 BGB.) zwischen den Wechselforsberungen des Bersicherers und dem Schuldbefreiungsauspruch des Bersiche-rungsnehmers + 2216 31

Bum Begriff "bei dem Betrieb des Kraft-fahrzeuge" in der Bertragsbestimmung, daß der Berficherungsschutz die Befriedis gung bon Entschädigungsansprüchen unfo ben Strigtorgungsamprinden unfast, die erhoben werden wegen Bersegung und Tötung von Bersonen und Beschädigung oder Zerstörung von Sachen "bei dem Betrieb des Kraftsahrzeugs". Nachdem der Geschädigte vollstreckveren Titel gegen den Bersiches rungsnehmer erworben hat, tritt ihm letterer zur Bermeidung der Zwangs-vollstredung seinen Anspruch aus der Berficherung ab. Berftof des Berficherers gegen Treu und Glauben, wenn er sich gegenüber der Rlage des Geschädigten auf Abtretungsverbot der Verficherungsbedingungen beruft 1658 16

Anerkenntnisverbot bei H verlangt nicht völlig absehnende Haltung gegenüber bem Berletten 2220 52

§ 843 BBB. Unguläffigfeit ber Begründung der dem Erfappflichtigen aufer= legten Sicherheitsleiftung mit der bom Erfatpflichtigen bei ausländischer Bersicherungsgesellschaft eingegangenen S. und Erschwerung bon deren Zahlungen durch fünftige Devisengesetze 2014 14

Verwarnung vor Entzichung der Fahr-erlaubnis. Schluß auf die Ungeeignetheit zum Fahren von Kraftsahrzeugen aus der Tatsache, daß der Kraftsahrer nicht gegen Saftpflicht versichert ist +1550

Die Neugestaltung S. Schrifttum 1384

Sandelsgeschäfte Urt. 11 EBBGB. Beftimmung des auf entgeltliche Erledigung von H. (§ 354 HGB.) anzuwendenden Rechts nach dem Recht des Erfüllungsortes 1175 28

Sandelsgeschbuch Schrifttum 1801

Sandelsrecht

Die Grundzüge des H. Schrifttum 1998 H. und Schiffahrsrecht. Schrifttum 1511 Sandel und Gewerbe, Schrifttum 1512 1708

Sandelsregifter

Bur Frage ber Registerfähigfeit ber Testamentsbollftreder, Treuhänder Zwangsliquidatoren 1361

Firma und H. Schrifttum 2189 § 12 HGB. Anmelbung des Vorsitzers des Auffichtsrats und seines Stellvertreters durch den Vorstand in öffentlich beglaus bigter Form † 1397 14

Bur Frage ber Amtspflicht bes Juftigobersetretärs, der Anneldung von Fitz-menübergang zum H. annimmt, die An-melder bzgl. des Ausschlusses der Schuldenhaftung gemäß § 25 II HGB. zu be-lehren 1453 4

Die Registereintragung des Erlöschens der Firma einer Aktiengesellschaft gleichzeitig mit Aufhebung bes Konkurses über ihr Bernigen ist öfsentlich bekanntzumachen 1825 32

Ordnungsstrafen der §§ 132 ff. FBG. find Zwangs-, nicht Ungehorsamsstrafen. Erfüllung der Verpflichtung mit der Folge, daß die Festsetzung aufzuheben und die Strafe nicht zu vollstreden ift 1536 25

Durch Eintragung der Umwandlung einer Inbh. in DHG. im H. ift die Tatsache ber Umwandlung als Boraussehung für bie Gewährung ber Stenererleichterungen feftgestellt 1674 31

handlungsagent

Rechtsprechung zur Pfändung der Bezüge von Reisenden, Agenten usw. 1934 Unpfändbarkeit der Schreibinaschine eines

S. mit größerem Kundenfreis 1918 74

5 Arbeid. Unterscheidung zwischen S. und Sandlungsgehilfe 1847 63

20 BD. zur Regelung bes Verkehrs mit Schlachtvieh 1935. Zulassung eines neuen Viehagenten 1984 37

Sandlungsgehilfe

§ 59 BBB. Begriff des taufmännischen

Angestellten in Tartsorbnung 1670 27 5 ArbGG. Unterscheidung zwischen Handlungsagent und H. 1847 63

Sandwerk

bgl. auch unter Lehrbertrag

Wann ist Bauunternehmer als "Handwer-ter" i. S. bes § 196 I Ziff. 1 BGB. an-zusehen? 2134 *

843 BBB. Bur Frage, ob einem un-fallgeschädigten alteren Sandwerfer Umstellung auf andere Art ber Tätigkeit

zugemutet werden kann? 2010 11 811 Ziff. 5 BBO. Schreibmaschine auch bei kleineren H.unternehmungen unspfändbar 1917 72

Der Reichshandwerksmeister ist Behörde i. S. des § 164 St&B. 1804 4

Safenscharte

H., Gaumenspalte, spina bisida als ichwere förperliche Migbildung i. S. des § 1 II Ziff. 8 Erbtrnachw. 1280 55

Sauptversammlung ber Attiengesellichaft Uber die Bedeutung eines Berschmelzungs=

beschlusses ber H. 1146 Urtundensteuer ber Niederschrift über H. b. A., wenn Gegenstand ber Tagesordnung nur Erhöhung des Grundkapitals 1208 74

Sausangestellte (§ 3 BlutichutG.)

Beschäftigung in judischen Haushalten 1863 Täterschaft bes Chemanns als Haushaltungsvorstand und der Chefrau als unmittelbar Beschäftigende. "Im bisherigen Arbeitsverhältnis bleiben" i. S. von § 12 III AusfBD. v. 14. Nov. 1935 1712 3

Sausbesit

Wohnung und H. im Einkommensteuerrecht:

Allgemeines und Mietwohnung 1436 Privat- oder Betriebsgrundstüd 1437 Ermittlung ber Einfünfte aus privatem Hausbesit 1438

Bausgewerbetreibende

Kein Anspruch auf die ben B. zustehende Umsatsteuerbefreiung bei Bertragsverhältnissen zu größerer Anzahl von Auf-traggebern 1920 80

Bauszinsfteuer

§ 37 RBewDurchfBeft. Berüdfichtigung ber Belastung mit S. bei ber Grundstüds-bewertung 1675 34

Bebegebühr des Rechtsanwalts (§ 87 RU= GebO.) 1185 41

Sehlerei

Unmittelbare Anwendung des § 259 StGB. auf den, der dem Bortäter an-gibt, wie er das Geld ausgeben soll, oder der bei Entstehung von Schulden mitwirft, die der Bortater mit dem Geld bezahlen soll 1161 7

Bestrafung in entsprechenber Anwendung (§ 2 StGB.) des § 259 StGB., insbes. Ersahh. 1565 1585 7

Voraussehung der Bestrafung in entspre-chender Anwendung des § 259 StGB., § 403 RUbgO. ist Handeln um seines Borteils willen 1241 4 1566

Beil- und Pflegeanstalt § 51 II Sto B. Anordnung ber Siche rungsverwahrung neben ober an Stelle

der Unterbringung in H. o. Pf. 15143 Sofortige Beschwerde nicht gegeben gegen vom erkennenden Gericht erlassene Anordnung der Unterbringung in öffent-licher H. o. Bf. gemäß § 81 StPD. zur Borberettung eines Gutachtens 2133.6

Beilmittel

31 W3G. Auch bei rezeptpflichtigen S. Berüdsichtigung bes eigenen Urteils bes Berbrauchers für Prüfung der Ber-wechstungsgefahr 1832 39

Beimftätte

Genehmigung nach § 4 Wohn Siedl. nicht erforderlich für Eintragung ber Eigen-schaft eines im Wohnsiedlungsgebiet belegenen Grundstüd als Reichsh. 1524 18

Beimtüdegefeß

Abertennung der Amterfähigkeit und Anordnung der Urteilsveröffentlichung bei Berftof gegen bas S. in Tateinheit mit Beleidigung 1556 1562 1568

Einrichtungen und Anordnungen i. S. bes

§ 2 1808 13

Rerschmettern eines Bilbes als Außerung i. S. des § 2 H.gefet. Wann muß ber Täter i. S. des § 2 II S.gefet bamit rechnen, daß feine gegenüber bem Che= gatten gemachte Augerung in die Offent= lichkeit dringt? 1884 16

Beiratserlaubnis B. gemäß § 13 CheG. v. 6. Juli 1938 2073

Beigtoften

Berftoß gegen PreisstopBD., wenn bei bereinbarter Festmiete ber Mieter bem Bermieter nach dem 18. Ott. 1936 Entsschäftigung für übergroßen Hauswand zahlt 2144 19

Berausgabe des Rindes

1666 BBB. Sorgerechtsmißbrauch des Baters, der das seit Jahren in Pflege-stelle untergebrachte Kind aus eigennütigen Gründen zu sich nehmen will 1169 22

Beffen

Gemäß § 40 BRUnd. reichsgesetliche Berpflichtung ber Gemeinden zur An-gleichung der Bezüge ihrer Beamten an diejenigen der Landesbeamten; Beftehenbleiben der damit im Einflang befindlichen landesgesehlichen Borichriften 3. B. HeffBD. v. 25. Sept. 1931 2228 39

Sinterbliebenenverforgung bgl. unter Berforgungsrecht

Sitlerjugend

§ 1666 BBB. Entziehung bes Berfonen= forgerechts gegenüber Bater, ber fich beharrlich als "Ernfter Bibelforicher" betätigt und seinen Rindern den Gintritt in die S. verwehrt 1264 31

Somojexualität

Bur entsprechenden Anwendung (§2 St&B.)

des § 175 a StGB. 1561

Anwendung des § 175 a StGB. auf bie por dem 1. Sept. 1935 begangenen Teilhandlungen einer fortgesetzen gewerbs-mäßigen Unzucht mit Männern 1315 5

§ 40 RJagd. Befugnis des Jagdberechtigten, im Sagdrevier außerhalb der Einwirkung ihres Herrn betroffene H. zu töten 1464 16

Sypothet

PreisstopVD. und Beräuferung bon Sy= potheten und Grundschulden 1151

Das Verhältnis der Entschuldungsrente zu den älteren S. in der Zwangsversteige-rung des Betriebsgrundstüds 1633

Haftet die Amortisationsh. auch für Tilgungszuschläge, die nach § 197 BGB. berjährt sind? 1298

Anwendung des § 1164 II BGB. bei Er= löschen einer gegen den bom Eigentümer berichiebenen perfonlichen Schuldner bestehenden, durch B. gesicherten For-derung des Fürsorgeverbands 1526 10

Befugnis des nach der Solmfer Land D. b. 4. April 1571 beifitberechtigten überlebenden Chegatten gur Berfügung über jum Nachlaß gehörige errungenschaftliche S. ohne Zustimmung des Eigentums= erben, außer in "boloser" Weise 1478 38

Berficherungsvertrag über Gebäude und Maschinen, die der H.hastung unterliegen. Entstehung des Anspruchs des H.agläubigers aus § 101 VBG. auch, wenn der Berficherer wegen des Berhaltens bes Berficherten biefem gegenüber bon der Berpflichtung zur Leiftung frei wird 1953 9

20 Urtstis. Reine Bertragsfteuer für Urfunde, in ber Schuldner und Glaubiger die grundbuchliche Eintragung bon Underungen des Zinsfates und der Rudzahlungsbedingungen einer B. bewilligen und beantragen 1549 48

20 UrfStG. Reine Bertragfteuer für in hypothekarischer Schulderklarung beurtundete Berpflichtung des Schuldners und Grundftudseigentumers gegenüber bem B.glaubiger, die Borg. bei Bereini-gung mit bem Eigentum in einer Berson löschen zu lassen 1549 49

Shpothetenbanken

Die Hypothekenbedingungen im ftadtischen Realfredit 1626

Shpothetenbrief

§ 6 3BD. Bewertung des Aufgebots eines H. 1908 53

Bermert ber Rechtsanderung gemäß § 127 S. 2 3w Berfil. auf dem B. der im Zwangsversteigerungsversahren erlosche= nen Gesanthypothet, die noch auf einem anderen nichtbersteigerten Grundstüd haftet 1969 17

Shpothekenkundigung

1935. Streitwert beim BO. v. 13. März S. berfahren 1920 78

Shpothetenlöschung vgl. unter Löschungsbewilligung

Spothekenzinsen

§ 1115 BCB. Festsetzung des Hypothekenzinssahes unter Bestimmung eines Min-best- und Höchstlates in ber Beise, daß ber bon einer beutschen Gemeindespartaffe für ihre eritftelligen Spootheten be-rechnete Zinsfat gelten foll 1257 24

Nachweis ber Bertretungsbefugnis gemäß 8 32 GBO. nicht erforderlich für Bewil-ligung der Eintragung der Zinssentung gemäß Ges. v. 14. Mai 1937 1335 42

Art. 3 ber 1. DurchiBD. zur Zinserleicht-BD. Unansechtbare Fesistellung bes AG., das belastete Grundstüd sei ein landwirtschaftliches 1334 41

Jagdpacht

Pachtpreisbilbung bei J. verträgen als Aufgabe ber unteren Preisbildungsbehörden 1493

Jagdrecht

§ 40 RJagb. Befugnis bes Jagbberech-tigten, im Jagbrevier außerhalb ber Einwirkung ihres Herrn betroffene Sunde zu toten 1464 16

Streitwert von streitigen Jagdausübungs-und Fischereirechten 1841 50

Jahrbücher (Schrifttum)

Warneyers Jahrbuch ber Entscheidungen. 36. Jahrgang 1638

Soergels Rechtsprechung. 3. des Zivil-, Sandels= und Prozegrechts 1999

Jahresabichluß der Aktiengesellschaft. Schrift= tum 1157

Immiffion

Richterspruch und J.recht:

Die gegenwärtige Rechtslage im allgemeinen 1681

Nachbarliches Gemeinschaftsverhältnis ortsübliche und existenzgefähr= dende J. 1682

Tatbestandsermittlung und Dauer von J.streitigkeiten — Gutachtenwesen

"Groß?." und Beteiligung bon mehre-Immittenten bzw. Geschädigten Kausalzusammenhang — Solidarhaftung der Immittenten 1685

Art und Sohe der Schadloshaltung -Bedeutung richterlicher Entscheidun=

gen; Vorteilsanrechnung: Anwendbarfeit des § 254 BGB.; Gelbersat und fonstiger Ausgleich 1687 Berichtigung 1872

Induftrie

Bu den Grundfagen der Reichsgruppe 3. über die Anwendung des Eigentumsborbehalts 1857

Interessenausgleich zwischen J. und Landwirtschaft bei Immiffionsichaben 1683

1004 BGB. Berpflichtung induftrieller Unternehmen, zur Schonung der Nachbarn die bestmöglichen technischen Ginrichtungen zu treffen und beren ein-wandfreies Arbeiten forgfältig zu übermachen 1952 8

Induftrie= und Sandelstammer

Die Registereintragung des Erlöschens der Firma einer Attiengesculschaft gleichzeitig mit Aufhebung bes Konturses über ihr Bermögen ift öffentlich bekanntzumachen. Beschwerderecht der J.- u. S. zur Durchfetjung des Berlangens nach Befanntmachung † 1825 32

Berfahren bor ben Ginigungsämtern ber 3.= u. S. Ordnungsftrafe gegen jurifti= iche Person wegen Nichtentsenden eines prozestähigen Vertreters zum Termin (§ 141 BPD.) † 1606 37

Intallo

Erinnerung bes Bollftredungsichuldners mit der Begründung, die zu vollstredende Forderung sei zur Einziehung abgetreten und der vollstredende Glaubiger betreibe die Besorgung fremder Rechtsan-gelegenheiten geschäftsmäßig ohne die Erlaubnis nach ABeratG. v. 13. Dez. 1935 1844 59

Innungsausschuß

Bei bor Klagerhebung bereits beendetem Lehrlingsverhältnis Anrufung des Ausschusses der Handwerkerinnung nicht ersforderlich † 2158 38

International Law Association

25 Jahre Deutsche Landesgruppe der I. L. A. 1580

Internationales Privatrecht

Regelung der Rechtsberhältnisse Staaten-loser gemäß Ges. über Anderung und Ergänzung samilienrechtlicher Borschriften usw. b. 12. April 1938 1289

Die Neuregelung des zwischenstaatlichen Rechts der Chelichteitsanfechtung burch bas Gef. über Anderung und Erganzung familienrechtlicher Borschriften usw. vom 12. April 1938 1221

Welchen Einfluß hat das Gef. über die Wiedervereinigung Ofterreichs mit bem Deutschen Reich b. 13. März 1938 auf bas Ges. über die Anwendung des Deutsschen Rechts bei der Ehescheidung vom 24. Jan. 1935? 1223

Das Schwed. Gef. über die internationalen Rechtsverhältniffe von Nachlässen vom

5. März 1937 1509 Deutsches J. B. Schrifttum 1946 Art. 11 CGBGB. Bestimmung des auf entgelkliche Erledigung von Handelsgesschaften (§ 354 HBB.) anzuwendenden Rechts nach dem Recht des Erfüllungsortes 1175 28

Art. 11, 30 EGBGB. Nimmt Ausländer, ber in Deutschland ein Ehefähigkeitszeugnis feines Beimatstaates nicht beibringen tonnte und nicht Befreiung erlangte, die Cheschliegung im Ausland bor, fo ift Amgehung der deutschen Gofete und Chenichtigkeit nicht anzunehmen. Cheschltegung in der Tichechoflowakei ohne Aufgebot und vor unzuftändigem judischen Seelforger 12427

Entsprewende Unwendung des Art. 13 I EGBGB. auf Eingehung und Wirkungen des Berlöbniffes fowie Rudtritt babon; für die Form gilt Art. 11. Beurteilung der neben den Ansprüchen aus Berlöbnis erhobenen Ansprüchen aus unerlaubter Handlung nach dem Recht des Tatorts; maßgebende Verjährungs-vorschriften † 1716 a

Art. 14 COBEB. Beurteilung einer bon Reichsbeutschen im Ausland gemäß bem bort geltenben Recht formlos abgeschloffenen Che. Rechtsgültigfeit ber in Somjetrußland völlig formlos eingegangenen

Ehe — faktische Ehe 1716? Art. 15 EGBGB. Behandlung aller aus dem Wesen des ehelichen Güterrechts hervorgehenden Bestimmungen als Bestandteile desselben, auch wenn sie sich äußerlich als erbrechtliche darstellen; insbef. güterrechtlicher Charafter der Anord= nungen betr. Teilung bes gemeinschaft= lid gewesenen Bermögens. Beurteilung nach belgischem Recht 17188

Gemäß Art. 30 EGBGB. ift in Deutsch= land die Wirksamkeit ber vor sowjetruffticher Behörde erfolgten Scheidung russischer Staatsangehöriger mit Wohn-sit in Rußland nicht anzuzweifeln

† 1518 8

Keine Anwendung der Abwertungsvor-fchrift des § 1 II Danz BD. über Bersicherungsverträge v. 5. Juni 1935 auf Bersicherungsverträge, die ein in Danzig wohnhafter Bersicherungsnehmer mit einer deutschen Bersicherungsgesellschaft unter Bereinbarung eines im Deutschen Reich liegenden Erfüllungsortes abschließt 2156 37

Die Ariergesetzgebung bor den New Yorker Gerichten + 1679 42

Internationales Zivilprozegrecht Die banische Anordnung über die Anerkennung von deutschen Urteilen vom 13. April 1938 1942

Praktische Fragen aus dem Chescheidungs-rechte im Berhältnis zwischen dem Deut-schen Reiche und der Tschechossowakei 2119

606 BBD. Gemäß englischem Recht Buftändigleit in Ehescheidungssachen nach dem Wohnsit der Ehegatten 1916 er Art. 13 EGBGB. Wirtsameit der bon

beutschen Gerichten ausgesprochenen Scheidung der Che bon Ausländern unter Nichtbeachtung bes § 606 IV BPD. und bes Heimatrechts bes Ehemanns. Neue Che eines der Geschiedenen gwar nicht Doppelehe, iedoch Aufgebot abzu-lehnen † 1258 27

Art. 17 EGBGB. Auch bor Anpassung des österreichischen Familienrechts an das beutsche Recht Chescheidung von vormals beutsch-öfterreichischen Chegatten ber tatholischen Religionsgemeinschaft durch deutsche Gerichte statthaft 1589 14

Ungültigkeit der nur ftandesamtlich geschlossenen Che eines iranischen Staatsangehörigen gregorianischen Betenntnifses mit ebangelischer Reichsbeutscher nach iranischem Recht. Daher keine Anwensbung bes § 606 IV BBD. bei ber Scheibung; biese erfolgt nach ben deutschen Weseten 1273 43

Invalidenverficherung

Grundriß der J. Schrifttum 1875 Mindesthöhe bes Steigerungsbetrags nach § 1269 RBD, auch für Wanderversicher-

ten, für den infolge Erloschens der Unwartschaft aus den Beiträgen zur An-

gestelltenversicherung nur Leistung aus der J. in Betracht kommt 1677 38 1286 KBO. Bei Altersinvalidenrente Annahme des Eintritts des Bersicherungsfalles als ben Anspruch auslösen-

den Ereignisse nur einheitlich 1677 37 §§ 348, 349 StGB. Aufrechnungen auf den Quittungskarten der J. und die Aufrechnungsbescheinigungen sind öffent-liche Urkunden 1882 13

Fran

Ungultigkeit der nur ftandesamtlich ge-schlossenen Ehe eines iranischen Staatsangehörigen gregorianischen Bekenntnisses mit evangelischer Reichsbeutscher nach iranischem Recht. Daher keine Answendung des § 606 IV JPO. bei der Scheidung; diese erfolgt nach den deutschen 1972 da fchen Gefeben 1273 43

Brrtum

Zur Frage der Teilanfechtung und zur Rechtzeitigkeit der Janfechtung 1891 31 J.anfechtung von Miet- und Bachtverträ-

gen bei Sachmängeln 1245 11

J.anfechtung eines Testaments, in dem ber Erblaffer einen feiner Gohne gum Erben seines gesamten Grundbesites eingesett hat in der irrigen Erwartung, daß da-durch für diesen Sohn Erbhof entstehe 1900 41

Bedeutung der Bestätigung einer sowohl wegen 3. als auch wegen arglistiger Täuschung anfechtbaren Willenserflarung, wenn dem Bestätigenden nur der 3. bekannt ift 2202 16

S. über reine Rechtsfrage tein nach § 779 BBB. beachtlicher J. über Bergleichs-grundlage 1722 13

über die Berbrauchereigenschaft i. S. bes Eierberf. 1325 24

12 Ausf BD. jum Blutschuts. J. über bas "Bleiben im bisherigen Arbeitsberhältnis" von beutschblütigen Sausangeftellten in judifchem Saushalt 1712 3

Strafausschließender J. nach § 44 Dev G. Berhältnis mehrerer Devisenzuwider= handlungen, bon benen die eine nach § 44 I DevG. straflos bleibt, die andere nach § 44 II sahrlässig, die dritte vorsätzlich begangen ist 16423

§ 44 StBD. Gewährung der Wiederein-setzung in den borigen Stand, wenn das Gericht eine Frist irrtümlich als ver-fäumt angesehen hat 2132 5

395 MUbgO. Beurteilung einer borfatlichen Berletung des Steuergeheimnisses als fahrlässiges Bergeben bei berschulde tem J. des Täters 1810 15

Regelmäßig erforbert Patentausübung nach italienischem Recht auch Berftellung bes patentierten Gegenftands in S.; Ausnahme hierbon, wenn diefe dem Batentinhaber trop aller Anstregungen nicht möglich 1424 37

vgl. auch unter Blutschuts.

Der Reichsrechtsführer zur J.frage 1636 Die Wiener Unwaltschaft wird gesäubert 1943

Der Beweisantrag als Kampfmittel jüdis scher Berteibiger 1301

Recht bes Standesbeamten, die Eintragung eines typisch jüdischen Namens (Josua) als Borname für ein deutsches arisches Kind in das Geburtenbuch abzulehnen

2210 25

Bur Frage, ob die J.eigenschaft eines Kommanditisten allein wichtigen Grund für die Auflösung der Gesellschaft nach § 133 Betreffenden nach § 140 BBB. bilbet † 1825 33

§ 242 BBB. Berftof gegen Treu und Glauben und die Berkehrssitte bejaht bei Bindung eines arifden Beschäftsmannes an die gum Schute eines judifchen Bertragsgegners vereinbarte Konkurreng-klausel 2203 17

Reine bormundschaftsgerichtliche Genehmigung von Lehrverträgen mit judischen jüdisch beeinflußten Firmen ober † 1898 30

1. BD. jum RBurger. Geit 15. Nov. 1935 Unfähigkeit des von drei volljudifchen Großeltern abstammenben Richters

zur Bekleidung des Richterants 2018 17 91 BBD. Bei Einlegung eines unzuslässen Einspruchs gegen Versäumnis-urteil nach neun Jahren Pflicht zur Tragung der Mehrkoften, die der Gegen= partei durch Beauftragung eines ande-ren Rechtsanwalts an Stelle des frühejudischen Rechtsanwalts entstehen 1268 38

Dem ausscheidenden nichtarischen Armenanwalt verbleiben die bereits entstandenen Gebühren, dem arischen Nachfolger-Rechtsanwalt ist insoweit unentgeltliches

Tätigwerden zuzumuten 1470 22 Berufung eines J. auf Unpfändbarkeit von Nadioapparat gemäß § 811 Biff. 1

3BD. unzulässig 1917 71 § 13 REG. Erhebungen über Rassereinheit bes Sofeigentumers im Berfahren wegen Feststellung der Erbhofeigenschaft. Un= möglichteit der vollständigen Beschaffung der erforderlichen Urlunden 174324

Stunp. Gemeinnütigkeit nicht aner-tannt für bie Betätigung jubischer

Sportvereine 1545 40

Mit Ausscheiben judischer leitender Arzte an Rrantenanstalten und jubifcher Bertrauensärzte Erlöschen der vertraglich erworbenen Anwartschaften auf Ruhegehaltsversorgung 1849 66

§ 371 RBO. Ausschluß jüdisch geleiteter Krankenhäufer bon ber Behandlung nichtjüdischer Raffenmitglieder 2160 40

Die Ariergesetigebung bor ben New Yorker Gerichten † 1679 42

Budifche Religion

(österr.) Recht 1242 7 Buftandigkeitsborschriften für jüdische Rul-

2 Blutschut. Beurteilung der Bugehörigfeit zur j. R.gemeinschaft nach objektiben äußeren Merkmalen 1583 1

Jugendamt

Durch die in § 57 I 3 RJugWohlfs. vorgeschriebene Anhörung des J. vor Entscheidung über Schutaufficht Pflicht des BormGer. gemäß § 12 FGG. jur Cach-aufklarung und eigenen Ermittlung unberührt 1725 16

Antrags= und beschwerdeberechtigt i. S. des § 65 I, VI NJugWohlf[®]. ift das nach § 7 NJugWohlf[®]. für den gewöhn-lichen Aufenthaltsort des Minderjähri-

gen guftändige 3. 2145 21

Jugendrecht Jahrbuch bes J. Schrifttum 1450

Jugenbichungefen v. 30. April 1938 Besprechung 1366 Schrifttum 1710 1873

Jülifch-Bergifches Wegerecht + 1982 36

Juriftische Person

§ 141 3BO. Berfahren vor den Ginigungs= 3141 3BL. Versahren vor den Emigings-ämtern der Industries und Handels-kammern. Ordnungsstrase gegen j. P. wegen Nichtentsenden eines prozeksähi-gen Vertreters zum Termin † 1606 37 "Berlett" i. S. des § 22 StPD. ist nicht Mitglied der j. R., deren Bermögen durch die Tat verlett worden, so daß Empfyrägntrag gestellt und die Beiträge

Monkursantrag gestellt und die Beiträge erhöht wurden 1885 20

Nach Umsatsteuerrecht ist bei j. P. teilsweise gewerbliche Selbständigkeit, teils Unselbständigkeit nicht möglich weise 1209 77

Juftigbehörden

Geschäftsgang und Geschäftsleitung bei ben J. Schrifttum 2192

Juftizbeitreibungsordnung

Arbeitsunterlage ber DAF. Schrifttum

Juftigtaffenwefen

Einzahlungen durch Postsched ober mit Postanweisung an die Gerichtskassen (Gerichtskassehlstellen) 2188

Das Raffenwesen im Bereiche der Reichs-

justizverwaltung. Schrifttum 2192 37 Ziff. 5 Justikasso. Bedeutung der Haftungsvorschriften der Justikasso. für die Frage, ob Gebühren bor oder nach Bewilligung des Armenrechts gezahlt find † 2043 38

§ 37 Ziff. 5 JustRasso. Nachweis der Zahlung der Prozefgebühr nach § 519 VI BBD. durch Stempel der Aufgabepostanstalt auf Zahlkartenabschnitt 2048 42

Rammergericht

In Angelegenheiten der freiwilligen Ge= richtsbarteit Bustandigteit des R. zur Entscheidung über erste Beschwerde gegen Landgerichtsentscheidung auch in anderen als ben in § 3 ZuftBD. bom 23. März 1936 angeführten Fällen

Kanalisation (Baupolizei) 1615 50

Stapitalabfindung (Berforgungerecht)

Die Sicherungshppothet für eine R. 3med, Sonderstellung und Folgerungen 2177

Steuerbefreiung nach § 21 GrErwStG nur für Grundftudserwerb auf Grund bon R., die nach den gur Beit der Entftehung der Steuerschuld geltenden Berforgungsgesetzen gewährt worden find

Kapitalerhöhung § 279 SGB. Nichternstlichkeit einer bem nach beschloffenen Bark. Wortlaut + 1653 14

Anwendung bes § 19 II Smbos. auf ben

Fall der R. † 1400 16 Urfundensteuer der Nicderschrift über Hauptversammlung ber Aftiengesellschaft, wenn Gegenstand der Tagesordnung nur Erhöhung des Grundkapitals 1208 74

Rabitalherabsehung

Bei Umwandlung einer Attiengefellschaft in Gmbh. Ermäßigung ber Kapitalzif-fer unter Anwendung der Borschriften über Herabsetzung des Grundkapitals

Rapitaltonto, negatives RBew. Berteilung des Bermögens einer DBG. unter die Gefellschafter beim Borhandensein von n. K † 1354 58

3 I Ziff. 2 ErbschStG. übernahme n. K. der Mitgescuschafter durch OHGeselschafter als Schenkung 1501

Rapitalvertehrsteuer val. unter Gesellschaftsteuer

Ravitalvermögen

§ 20 EintStG. 1934. Bur Behandlung bon Studzinsen festberginslicher Wertpapiere bei Ginfünften aus R. † 1421 33

Rartellschiedsgerichte

Schiedsgerichte unter besonderer Berud-sichtigung des Kartell- und Arbeitsrechtsgebietes. Schrifttum 1450

Rartellfperre Die R. Schrifttum 2127

Ratholische Rirchengemeinde vgl. unter Rirchenvermögen

Ratholifche Religion

Uberblid über die Entwidlung des tanonischen Cherechts in Ofterreich 2095

Auch bor Anpassung des öfterreichischen Familienrechts an das deutsche Recht Chescheidung von vormals deutsch-öfter-reichischen Chegatten ber t. R.gemeinschaft durch deutsche Gerichte statthaft 1589 14

Bebeutung der PreisstopBD. für Kauf-und Lieferungsverträge 1227

§ 463 BCB. Haftung bes Bertaufers eines Haufes, der bestimmte Friedensmicte qugesichert hat 2010 12

493 BGB. Reine Unwendung ber Bor- idriften über Haftung des Bertaufers für Sachmängel auf die Ausbietungs= garantie 1518 9

Raufvertragftener (§ 12 Urteil.) 1548 47 1760 47

Rinder

Begehung der Raffenschande als soge-nannte Ersathandlung an unreifen K. 1947 2

Zulassung des Baters eines getöteten Kin-des als Nebenkläger 1164 12

Winderarbeit

Bef. über Rinderarbeit und über die Urbeitszeit der Jugendlichen b. 30. April 1938; Besprechung 1366; Schrifttum 1710 1873

Rinderzulagen

Bur Anwendung bes VollstrMifbre. bei Pfändung von R. 2168

Pfändbarkeit der R. der Behördenangestell= ten. Anwendung bes ConftrMigbr . 1541 36

Dasselbe bzgl. Arbeiter und Angestellten 1337 47 2155 35

Kindesmighandlung (§ 223 b St&B.) 11616

Kindesraub (§ 235 StEB.) Bewußte Berletung des Erziehungs- und Auffichtsrechts durch zeitweilige Bereitelung. überredung eines 18jahrigen Jun-gen gu Reise, die bor bem Erziehungsberechtigten geheim gehalten werden foll 1388 3

Rindschaftsrecht

Regelung der ehelichen Abstammung und bes Rechtsverhältniffes zwischen ben Eltern und einem ehelichen Rinde bei Staatenlosen gemäß Ges. über die Un-berung und Ergänzung familienrecht-licher Borschriften usw. v. 12. Upril 1938 1291

Die rechtliche Stellung ber Kinder aus nichtigen Ehen gemäß EheG. v. 6. Juli 1938 2077, besgl. bzgl. der Kinder aus geschiebenen Ehen 2094

Das Versahren in Che- und Kindschafts-sachen nach der VO. v. 27. Juli 1938 2108 2116

Streitwert für Feststellung bes ehelichen Rindschaftsverhältnisses 1339 50

Rirchengemeinbe

Wirtsamfeit der von Gemeinde oder R. als Unftaltsträgerin aufgestellten Friedhofsordnung 1889 30

Rirdenrecht

Uberblid über die Entwidlung des tanonischen Cherechts in Ofterreich 2095 Reues StaatsR. Schrifttum 2000

Rirchensteuern

BrRirch Austr . Erhebung dinglicher R. bon Andersgläubigen 1908 52

Rirchenbermögen

Erfordernis der bischöflichen Genehmi-gung für wechselmäßige Berpflichtung der tatholischen Kirchengemeinde in Breußen. Begriff des Vermögens i. S. des § 1 KathKirchBerwG. Haftung der tatholischen Kirchengemeinde für unerlaubte Handlungen ihres Kirchenvors standes 1253 10

Durch Art. 5 des Osnabriider Friedensbertrags von 1648 begründete Besig-und Eigentumsrechte derjenigen, die sich im Jahre 1624 im Besitz firchlichen Bermögens befunden haben 1535 23

Klageänderung

Zum Wesen der K. 2149 28 Nach Berklagung des richtigen Bekl. uns ter zwei selbständigen Parteibezeichnuns gen ift Richtigstellung in jeder Lage des Berfahrens juluffig und keine K. i. S. des § 264 BBD. 1730 21 Borliegen von K., wenn für klagende nicht

existierende Person — hier KommGes. in Liquidation, vertreten durch ihren Liquidator — der eigentlich Berechtigte in den Prozeh eintritt 2234 46

Rlageantrag

Fassung des K. bei Einklagung eines Teilbetrags aus Mehrheit selbständiger Ansprüche. Zum Unterschied zwischen blogen Rechnungsposten eines einheit-lichen Anspruchs, verschiedenen Klagegrunden und mehreren felbständigen, gegeneinander abzugrenzenden Ansprüchen 2048 43

Freies Nachprüfungsrecht bes Reb. bagl. der Auslegung des K. als einer Brozekshandlung 2149 27

Alagebefugnis Befugnis der Birtschaftsgruppe "Drud und Bapier", als Bertreterin der beteiligten Unternehmen bie Unfpruche, die diesen aus Ubertretung eines gesetlichen Beräußerungsverbots erwachfen, im eigenen Ramen zu berfolgen

§ 148 PrangBergG. Übertragung bon Schadensersatansprüchen einzelner wegen Wafferentziehung infolge Bergbaus geschädigter Grundeigentümer. K. des Zessionars 1962 13

Rlagerudnahme

R. in Chesachen gemäß DurchfBD. zum Ehel. b. 27. Juli 1938 2113

Nach Durchführung der Klage auf Auf-hebung der ehelichen Gemeinschaft durch Kl., der nicht geschieden sein will, und gemäß § 1575 BBB. ergangenem Scheibungsurteil ist Berufungseinlegung burch Ml., um feine Rlage gurudzunehmen, als migbräuchliche Rechtsausübung zu behandeln 1336 44

§ 29 GKG. Nach Abschluß eines gerichtlichen Bergleichs teine Ermäßigung ber Prozefigebühr wegen K. 1611

In entsprechender Anwendung des § 271 3BD. auf den Fall der durch unrichtige Zustellung nicht wirksam erhobenen Klage Recht des Bell., wegen des Ko-stenurteils einen Berhandlungstermin zu verlangen † 1465 17

Kläraulage (Baupolizei) 1615 50

Rlaufel

Zur Bedeutung der K. "Zahlbar in ... (Ortsangabe)" 1891 32

Kleidung

soung
5 der 2. DurchfBD. zum DebG, bom
24. Juli 1935. Zur Frage der Zulässigteit der Anschaffung bon K.stücken mit
Reichsmartbeträgen aus "Registerguthaben für Reiszwecke" 1644 4

Pachtpreisbildung für R.- und Kleinpachtland als Aufgabe der unteren Preisbilbungsbehörden 1493

§§ 3, 4 Rleingart D. Entscheidung ber Berwaltungsbehörde über die Zulässigkeit der Kündigung eines K., des ordent-lichen Gerichts über die bürgerlich-rechtliche Wirksamkeit der Kündigung 2226 37

Rleinsiedlung bgl. unter Siedlung

Kleinwohnungsbau bgl. unter Wohnungsunternehmen

Rohlenwirtschaft.

Ausführungsbestimmungen zum General-abtommen zwischen ben beutschen bergbaulichen Synditaten und dem deutschen Kohlenhandel v. 27. Juli 1934. Liefe-rungsberechtigung des Kohlengroß- und Einzelhandels. Waggonweiser Bezug 1965 16

Rolonien

Abrif bes Deutschtums im Ausland und in ben R. Schrifttum 1997

Rommanditgefellichaft

Die "tapitalistische" R. Schrifttum 1801 Abernahme des Bermögens einer R. durch einen Gesellschafter unter Abfindung ber übrigen. Geltendmachung eines zum Bermögen ber bisherigen R. gehörigen Anspruchs durch den Nachfolger als Einzelkaufmann unter der bisherigen Firma ohne Gesellschaftszusat 2212 2

Borliegen bon Mageanderung, wenn für bie klagende nicht existierende Berson - K. in Liquidation, vertreten durch ihren Liquidator — der eigentlich Berechtigte in den Prozeß eintritt 2234 46

Bur Frage, ob bie Judeneigenschaft eines Kommanditisten allein wichtigen Grund für die Auflösung der Gesellschaft nach § 133 BGB. oder für die Ausschließung bes Betreffenden nach § 140 BB. bilbet + 1825 33

Berneinung bes Borliegens eines wichtigen Grundes für Ubernahme bes Geschafts ber R. durch einen der zwei bors handenen Gesellschafter gemäß § 142 GBB. wegen Unbilligkeit der Ausschliegung des anderen Gefellschafters 2212 28

Ronturs

Die KD. Arbeitsunterlage der DAF. 1710 Anwendung des RundSch. auf Kundi-gungen bon Dienstverhaltniffen mah-

rend des K.berfahrens 2239 54 Durch § 146 VI KO. Befugnis des Gläu-bigers, der Schuldtstel für seine Forde-

rung hat, den Rechtsitreit gegen den Widersprechenden aufzunehmen, unberührt 1537 27

Verlangen des K.verwalters auf Einwilli-gung zur Löschung einer nach § 221 KO. unwirksamen Zwangshppothek 1971 18

Bum Tatbestand bes § 239 KD. gehört Schäbigung ber Gläubigergesamtheit durch Schmälerung ber Masse. Bei Prüfung des Tatbestandes des § 240 I Ziff. 2 Ausgehen bom einzelnen Kreditgeschäft. Absicht bes Taters, ben f. burch Warenverschleubern hinauszuschieben, schon im Zeitpunkt der Entuahme auf Kredit erforderlich 2005

§§ 239, 242 AD. Erbichtete Forderung

oder Schuld 1885 10

240 RD.; § 2 St.BB. Strafrechtliche Berantwortlichkeit des Leiters einer Bmbg., der nicht Geschäftsführer ist, für unrichtige Buchführung 1569

Entsprechende Anwendung des Bollstr-Wight's. im K. berfahren 2156 36

Die Regiftereintragung bes Erlöschens ber Firma einer Aktiengesellschaft gleichzeitig mit Aufhebung des R. über ihr Bermo gen ist öffentlich bekanntzumachen 182532

"Berlett" i. S. des § 22 StBD. ift nicht Mitglied der juristischen Person, deren Bermögen durch die Tat verletzt worden, fo daß Rantrag geftellt und bie Beiträge erhöht worden 1885 20

Ronturganfechtung

Annahme von Benachteiligungsabsicht i. S. bes § 31 RD. 1536 20

Ronturstabelle

Berichtigung von Eintragungen in die Ω . 1835 42

Konkursberwalter

Richtlinien über Bergutung bes K. bom 22. Febr. 1936 auf Bergutung bes Nachlaftberwalters unanwendbar 1334 40

Selbständige Gebührenausprüche bon zwei gu R. beftellten Rechtsanwälten, die fich beide in Rechtsstreit selbst vertreten ha-ben, in dem sie auf Zahlung als Ge-samtschuldner aus der Konkursmasse verflagt worden 1473 26

Wirksamkeit der vom R. ausgesprochenen Kundigung von beim Gemeinschuldner angetretenem Dienstverhältnis, auch bei Aufhebung des Konkurseröffnungsbe-schlusses mit rudwirkender Kraft 2239 54

Roppelungsgeschäft § 117 BBB. Ernstlichkeit eines R., bei bem Lieferung an den Räufer nicht erfolgen sollte und nicht erfolgt ift 1245 10

Rörpericaften, öffentlicherechtliche

Bur Frage des Rechtsanspruchs auf Weihnachtszuwendung, besonders bei ö. R. 1669 25

Begriff der ben Gemeinden ober Bcmeindeverbänden ähnlichen K. des öf-fentlichen Rechts i. S. des § 2 I Klein-wohnungsGebBefrBD. 2225 36

Rörperschaftsteuer

Einkommensteuer, Bürgerfteuer. Schrifttum 1582

4 I Ziff. 6 KörpStG. Bur Frage des mildtätigen Zweds einer Stiftung, die Wohnungen an ihre Stiftsinsaffen gegen einen kleinen Unterhaltszuschuß vergibt

KörpStG. Frage ber Gemeinnühigkeit ber Rreditanstalten einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft 1206 72

KörpSt. Bur Frage ber Sicherstellung der Gemeinnütigkeit der Zwedbestim=

Zivilrecht

Bürgerliches Gesethuch

14. 26. — §§ 93 ff. BCB. Telefonanlage des Mieters weder wesentlicher Bestandteil noch Zubehör eines Wohnhauses.

Die Firma St. hatte im Parterre eines fünfstöckigen Wohnhauses Büroräume seit Jahren als Mieterin inne. Die MI. vermietet gewerbsmäßig komplette Telesonanlagen und hatte der Firma St. seit 1920 mietweise eine solche Haustelesonanlage eingerichtet. Die wiederholt erneuerten Mietverträge sahen nit der Andringung im Hause als wesentlicher Bestandteil des Hauserundstücks, jedensalls aber als Zudehör anzuselsen und daher gem. § 55 ZwVerst. vom Zuschlag ersaßt worden sei. Die Firma St. ist dem Rechtsstreit als Streitgehilsin auf seiten der Al. beigetreten. Der Klage wurde stattgegeben.

Die Telesonaulage ist nicht "wesentlicher Bestandteil" des Hauses geworden. Das Schwergewicht der gesanten Ausage sowohl wertmäßig als auch praktisch liegt zunachst nicht den gelegten Rohrleitungen, sondern den Batterien und den sonssignen Apparaten selbst (Glühlampenzentrale in Pultsorm, Reihenapparate und Apparaten mit Rudfrage-Einrichtungen) Diese Apparate können technisch ohne weiteres ausgewechselt werden, ohne daß die gelegten Kabel aus dem — wie untersiellt werden soll — Berput herausgenommen zu werden brauchen, genau so, wie sich der Austausch einer fest angeschlossenen (Vasuhr, eines Elektrizitätszählers, eines Wasserneisers volls ziehen läßt, ohne daß die Gas-, Strom- oder Wasserleitungen selbst entsernt zu werden brauchen. Diese Apparate selbst bis- den also sier sich keine so fest mit dem Grundstück verbundenen Gegenstände, daß lediglich mit Rücksicht auf diese Verbindung der § 93 oder § 94 BGB. zuträse. Die Rspr. hat daher auch die Anwendung des § 93 BGB. verneint bezüglich Elettrizitätszähler (RG.: Recht 24, 1197) und Gasuhr (DLG. Dresden: Cuffarch. 76, 188). Aber auch die Leitungskabel können, selbst bei Unterstellung der Behauptung der Bekl, sie lägen unter Berput, nicht als unter § 93 BGB. fallend angesehen werden. Man fann bei dem Stand der heutigen Technik nicht wohl behaupten, daß bei Entfernung der Kabel diese oder gar das haus als folches zerstört ober in seinem Besen verändert werde. Beringfügige Biederherstellungsarbeiten, die nicht zu Lasten ber Bekl. gehen, werden sich zwar ergeben; diese würden aber selbst dann erforberlich, wenn die Leitungen nur übertapeziert wären. Auch hier müßte der entsprechende Streisen der Tapete ergänzt ober ansgebessert werden. Maßgebend sür die Aussegung des § 93 BGB. ist der Zweck der Bestimmung, den die Wotive (III, 41) dahin umschreiben, daß der nutslosen Zerstörung wirtschaftlicher Berte vorgebeugt werden soll. Bon einer solgnen Zerstörung kann aber selbst bei Entfernung von unter Berput Jerporing tann aver seider ver Entgernung von unter Verpug liegenden Kabeln nicht gesprochen werden. So ist die Bestand-teilseigenschaft überhaupt verneint worden bei Gasröhren (MGB. 61, 24; 89, 70 = JW. 1917, 472), bei elektrischer Lei-tung (KGB. 83, 67 = JW. 1913, 1046; KGB. 87, 43 = JW. 1915, 911), bei Vasserrohrleitung (DLG. Braunschweig 45, 223). Die Annahme, daß die Telesonanlage wesentlicher Be-standteil ist würde zu Ergebnissen die weder der Kerstandteil ist, würde zu Ergebnissen sühren, die weder der Verkehrsanschauung noch auch Treu und Glauben entsprechen. Die Kl. hätte demnach bei ihren sämtlichen Telesonapparaten und -leitungen im Hause sosort nach ihrer Einrichtung jeweils bas Eigentum zugunsten des Hauseigentümers verloren, die abgeschlossenen Augusterträge zwischen der Streitgehilfin und der Kl. wären alle nichtig, da sie auf eine unmögliche Leistung gerichtet wären (§ 306 BCB.). Die Kl. wäre rechtlich zur Ersfüllung ihrer Vermieterpslichten gar nicht in der Lage und hätte auch rein tatsächlich bom Sauseigentumer baran gehindert werden können, da sie ja im Angenblick der Einrichtung ber Telesonanlage das Eigentum daran verloren hätte und die von den Parteien gewollte Miete einer be weglich en Sache nicht mehr nöglich gewesen wäre. Ebenso wie § 93 BGB. sept auch nett nichtig seinelen ware. Evenso wie § 95 900. seht auch \$94 Abs. 1 BGB. feste Berbindung voraus, die nach dem Ausgeführten selbst dei Unterstellung der bekt. Behauptungen nicht vorliegt. Daß § 94 Abs. 2 BGB. nicht zutrisst, bedarf keiner weiteren Aussührung, da zur Bauaussührung des Hauses die Einrichtung der Telesonanlage nicht gehört.

Tagegen tressen auf die Telesonanlagen die Bestimmungen

bes § 95 Abs. 1 Sah 1 und Abs. 2 BoB. zu, ba bie Telefon-anlage im Sinne bieser Bestimmung nur "borübergehenb" an-

gebracht ist.

"Borübergehende" Anbringung i. S. des § 95 BGB. wird in der Regel angenommen, wenn nicht der Hauseigentümer, sondern der Mieter eine Einrichtung trifft. Dies gilt z. B. auch für bom Mieter angebrachte elektrische Licht- und Kraft-anlagen (KGB. 109, 128). Vorliegendenfalls kommt noch hinzu, daß der Wieter (Firma St.) nicht einmal ihm selbst gehörige Sachen angebracht hat, sondern sich diese Sachen selbst wieder von der Kl. gemietet hat. Die Unsicherheit über das Bestehenbleiben der Unlage lag also sowohl in dem fundbaren Mietvertrag der Streithelferin mit dem Hauseigentümer über die Büroräume, als auch in dem zeitlich beschränkten Mietvertrag zwischen der Streithelferin und der Al. bezüglich der Telesonanlage. Dieser lettere Bertrag ist seit Bestehen der Anlage wiederholt erneuert und abgeändert worden, mas die Beweglichkeit und Zeitbedingtheit beutlich jum Ausbrud bringt. Die Mietfriften find wohl lange und bewegen sich zwischen 8 und 15 Jahren. Es barf aber nicht verfannt werben, bag in ber Branche der Kl. derartige Fristen nicht nur aus technischen Gründen nötig, sondern auch gesehlich vorgeschrieben sind (vgl. das Amtsblatt der Reichspost Kr. 90 bom 5. Mai 1934). Die Einrichtung der Anlage erfordert in der Regel nicht unbedeutende Auswendungen, es werden durch die Aufstel-lung der Apparatur erhebliche Werte gebunden, so daß auch lung der Apparatur erhedlige werte gedunden, so das auch aus allgemeinen kaufmänntschen Erwägungen ganz allgemein üblich mehrjährige Fristen als Mietbauer bestimmt werden. Hierburch wird das Begriffsmerkmal "vorübergehend" nicht beseitigt (KGZ. 97, 102; 153, 231 = JW. 1937, 987.). Benn die Firma St. die Absicht gehabt hätte, diese Anlage zu ihrem Dauerbesitzt zu machen, so hätte sie sie wohl käuslich ersworben. Mit der Anwendung des § 95 BGB. entsällt zugleich die Almachme der Ausbehöreigenschaft der Teleionansage, da die Annahme der Zubehöreigenschaft der Telesonanlage, da § 97 Abs. 2 BGB. die Zubehöreigenschaft ebenfalls bei "vorüber-§ 97 Abi. 2 Bos. die Zubeydreigenichalt ebenjalis det "vorubergehender", wenn auch jahrzehntelanger Benutung verneint. Es tann daher dahingestellt bleiben, ob die Anlage überhaupt "dem wirtschaftlichen Zwede der Hauptsche", nämlich des Wohn hauses, zu dienen bestimmt ist oder nicht dielmehr nur dem im Erdgeschöß bestehenden Geschäftsbetrieb. Daß das fragliche Wohnsaus nicht unter § 98 Ziff. 1 Bos. fällt, weil es als solches in seinen wesentlichen Teil nicht als ein sür einen gewerblichen Betrieb dauernd eingerichtetes Gebäude augesehen werden kann bedarf keiner weiteren Auskührungen werben tann, bebarf feiner weiteren Ausführungen

Das Gericht ist schließlich der überzeugung, daß eine solche Telesonanlage im Berkehr nicht als Zubehör angesehen wird (§ 97 Ubs. 1 Sah 2 BGB.). Es ist gerichtsbekannt, daß die ganz überwiegende Mehrzahl sowohl der von der Reichspost als auch von Privatsirmen eingerichteten Telesonanlagen Eigentum der Post bzw. der Firma bleiben und nur vermietet zu werden pslegen. Hieran hat sich der allgemeine Verkelt schon so gewöhnt, daß er gar nicht mehr mit der Zubehöreigenschaft derartiger Anlagen rechnet, ebensowenig wie z. B. die von städtischen Verkelt gesehren und nur vermieteten Strom-, Gaden und Wasserschler. Daher kann dem solgenden Gutachten der Industrie- und Handelskammer Berlin vom Jahre 1932 nur

beigepflichtet werben:

Mit Rücksicht auf die fest bestimmte Dauer, zu der Privatteleson- und Uhrenanlagen gewöhnlich vermietet werden, und mit Rudficht barauf, daß nach Ablauf diefer Mietzeit die Anlagen regelmäßig erneuert werden müssen, werden solche Gegenstände in den beteiligten Verkehröfreisen nicht als Zubehör des Grundstücks angesehen, zu dessen Einrichtung sie gehören. C 5035/32 (XII A 4)."

Bgl. Mitt. d. Judustrie- u. Handelskammer zu Berlin vom

10. Aug. 1932.)

Bon diesem Standpunkt geht auch das Urteil des LG.

Olbenburg v. 2. Febr. 1932 (I O 33/31) aus.

Da sonach die strittige Telefonanlage weber als Bestand-teil i. S. des § 93 f. BGB. noch als Zubehör i. S. des § 97 f. teil i. S. des § 93 f. BGB. noch als Jubehör i. S. des § 97 f. BGB. angesehen werden kann, hat die Bekl. durch den Zuschlag (§ 55 ZwVerstell) kein Eigentum an ihr erlangt. Auf den guten Glauben kommt es dei diesem Erwerh, da er nicht rechtsgeschäftlicher Natur ist, nicht an. Jedes andere Ergebnis würde auch der Villigkeit widersprechen. Die Versteigerung hatte ben Zweck, die vorhandene, vom Erblasser herrührende Masse zur Verteilung zu bringen. Es wäre unbillig, wenn ein völlig unbeteiligter Dritter im Berfolg dieser Auseinandersetzung sein Gigentum ohne weiteres verlieren wurde, obwohl fur bie ber Berfteigerung zugrunde liegende Schähung und auch für Sobe der Gebote die Anlage keine Rolle spielte.

(LG. Mannheim, U. v. 30. Sept. 1937, 20 100/37.)

15. AG. — §§ 119, 123, 138, 151 BGB.

1. Berträge zwischen Juden oder Judenstämmlingen und einer nationalsozialistischen Tageszeitung über die Aufnahme einer

Unzeige find nichtig.

2. Der Anzeigenauftrag ift erft dann für die Beitung bindend, wenn er bom Unzeigenleiter ftillichweigend oder ausbriidlich angenommen wird. Much wenn andere Ungeftellte ber Reis tung die Aufnahme der Unzeige jugefagt haben, wird dadurch Die Beitung jur Beröffentlichung noch nicht verpflichtet.

Die Rl. verlangt Schabenserfat, weil der Berkl. eine bon

ihr aufgegebene eilige Unzeige nicht gebracht habe.

Die Rl. vertreibt als Generalvertreterin einer Firma in tigen Ginwohner lese bie Thuringer Ganzeitung, die im Berlag Beitung. Deshalb rief bes Bertl. erscheinenbe parteiamtliche bie Rl. am 21. Mai friihmorgens den Bertl. an und gab eine Anzeige auf, die auf den Bortrag am selben Tage hinwies. Am Fernsprecher war beim Berkt. der als Verlagsvertreter und Werber angestellte S., nahm die Anzeige entgegen und jagte zu, daß fie am felben Tage erscheinen werde. sagte zu, daß sie am selben Tage erscheinen werde. Der Anzeigensachbearbeiter H. lehnte dann nach Aucksprache mit dem Anzeigenseiter die Aufnahme ab, da inzwischen sestgestellt wurde, daß die M. nichtarisch sit, und rief die Al. an, um ihr das mitzuteisen. Der Anruf erreichte sie aber nicht. Sie suhr mittags nach K. und stellte dort sest, daß die Anzeige nicht erschienen war; zu bem Bortrag an diesem Tage erichien nie-

Die Al. ist Nichtarierin. Diese persönliche Eigenschaft ber Al ist sür den Vertrag wesentlich, sie gehört mit zum Inhalt des Vertrages. Ebenso die Tatsache, daß der Verkl. nicht ein beliediges gewerbliches Unternehmen ist, sondern die parteiamtsliche Gauzeitung herausgibt. Der Streit ist deshalb nicht in erster Linie nach §§ 151, 119, 123 BGB. zu entschen, sondern zumöcht muß man fragen ab dier der Auseigenvertrag an sich junadift muß man fragen, ob hier ber Anzeigenvertrag an fich überhaupt wirksam abgeschlossen werden konnte. Diese Frage ist zu verneinen. Es widerspricht den elementarsten nationalfogialiftiden Grundfaten, daß eine parteiamtliche Beitung Ungeigen von Nichtariern aufnimmt. Zu dem lebenswichtigen Kampf um die Freiheit der Presse vom judischen Ginfluß gehörte und gehört die Ausschaftung der jüdischen Anzeigenaufträge. Es ist deshalb für jeden Deutschen seine nationalsozialistische Beitung keine Anzeigen von Juden oder Judenstämmlingen afnimmt. Inhalt und Zieleines solchen Anzeigenvertrages würden gegen nationalsozialistische Arrechte Arrechten Grundlicher ftische Grundüberzeugungen und bamit gegen bie guten Gitten verstoßen. Darum ist ein solcher trothem abgeschlossener Vertrag von vornherein nichtig (§ 138 Abs. 1 BGB.). Auf die Kenntnis der Parteien von den Tatsachen, die die Nichtigkeit begründen, tommt es babei nicht an. Es tann hier alfo unerörtert bleiben, inwieweit die Al. von ihrer Eigenschaft als Richt-arierin überzeugt war ober ob sie wußte, daß sie auf der Liste nichtarischer Gewerbetreibender ftand. Andererseits ist bewiesen, daß G. bei der fernmundlichen Entgegennahme ber Anzeige den Namen der Al. nicht verstanden und deshalb — ohne Berschulben — nicht gewußt hat, daß sie Nichtarierin ift. Der Anzeigenvertrag, wenn überhaupt zustande gekommen, ift also nichtig, die Rl. kann Schabensersatzansprüche aus ihm nicht herleiten.

Der Bertrag ist aber auch tatsächlich nicht zustande gekommen. Die rechtsgultige Annahme eines Anzeigenauftrages erfolgt nach der gerichtsbekannten allgemeinen übung im deutschen Zeitungswesen durch den Anzeigenleiter, stillschweigend oder ausdrücklich. Das muß auch so sein, denn er trägt die presserechtliche Verantwortung und muß deshalb die Möglichteit haben, unzulässige ober bedenkliche Unzeigen gurudzuweisen, ohne burch brobenbe Schabensersabausprüche gehemmt zu fein. Der Berklagte hat sich auch ausdrucklich biefes Recht in feinen allgemeinen Geschäftsbedingungen vorbehalten. ("Für Anzeigenaufträge, die an ben Schaltern ber Geschäftsftellen, burch Berlagsvertreter ober sonstige Annahmestellen angenommen wurben, behalt sich ber Berlag bie Ablehnung vor.") Diefen Geschäftsbedingungen hat sich die Kl., auch wenn sie ihr nicht auß-brücklich bekannt waren, durch die Aufgabe der Anzeige unter-worfen; eine Zeitung ist ein öffentliches Unternehmen, bessen Geschäftsbedingungen jeber, ber bavon Gebrauch macht, stillschweigend anerkennt. Der Vertreter S. hat also burch seine Ausgege werbe am selben Tage erscheinen, ben Bertrag noch nicht wirksam abgeschlossen. Die bann erfolgenbe Mblehnung burch ben Anzeigenfachbearbeiter S. war fein

Wiberruf eines abgeschlossenen Bertrags, sondern bie zuläffige und zu feinem Schabenserfat verpflichtende Ablehnung

eines Bertragsangebots.

Fraglich tonnte nur sein, ob die Al. nicht doch aus einem anderen Grund Schabensersat verlangen kann. H. rief sie im Laufe des Bormittags an, um ihr die Ablehnung mitzutellen. Zu dieser unverzüglichen Mitteilung war er nach Abs. 8 der allgemeinen Geschäftsbedingungen verpstichtet. ("Die Ablehnung wird dem Austraggeber unverzüglich mitgeteilt.") Er erreichte aber bie M. nicht; ob die Leitung beseht war ober bei ber M. niemand hörte, tann er nicht mehr fagen. Nach ben glaubhaften Angaben ber Rl. ift fie, ihre Mutter und bas hausmadchen den gangen Bormittag über zu haufe gewesen, so baß ein Un-ruf unmöglich hatte überhört werben können. Wahrscheinlich war asso zu ber Zeit, als D. anrief, die Leitung gerade besetzt. Es war seine Pflicht, nach kurzer Zeit nochmals anzurufen, um die M. zu erreichen. Das hat er unterlassen. Die Kl. hat des halb vor ihrer Abreise nach A., die mittags erfolgte, nicht mehr erfahren, daß die Anzeige abgelehnt war. Für diese Saumnis h.s ist auf Grund der Geschäftsbedingungen der Verklagte hast-

bar, auch wenn ein Vertrag nicht zustande gekommen ist. Alber er ist nur verpslichtet, den Schaben zu ersetzen, ber burch bas Unterlassen ber Mitteilung tatfächlich entstanden ift. Entgangener Bewinn tann aus diefem Brunde nicht geltend gemacht werden, er wurde nur bei gultigem Bertragsabichluf. in Frage tommen. Jedoch auch die baren Auslagen kann die Kl. nicht erset verlangen. Sie wären auch entstanden, wenn sie am Vormittag schon erfahren hatte, daß die Anzeige in der Sauzeitung nicht erscheine. Denn ber Bortrag an biesem Tag war schon zusammen mit dem Bortrag vom Tag vorher burch die Zeitung "Der H." angekündigt worden, und weil die Kl. nicht wiffen konnte, ob nicht baraufhin boch noch Leute kommen würden, die vielleicht am Tage vorher vorhindert waren ober von Käufern, die da eine Grude erworben hätten, dafür interessiert worben waren, mußte sie auf jeden Fall nach R. sahren und bereit sein, den Vortrag zu halten. Die Fahrtlosten und die Saalmiete wären also auch entstanden. Der Herb war noch bom Tage vorher ba und verursachte deshalb feine besonderen Transportkosten. Und die Kostproben brauchen nicht ersett zu werden, denn es ist nicht bargetan, daß sie verwendet oder uns brauchbar geworben feien.

(AG. Jena, Urt. v. 14. Sept. 1937, 9 a C 232/37.)

16. NG. - §§ 181, 929, 930 BGB.; § 383 BGB. Abergang bes Eigentums an Berthapieren, die eine Bant im eigenen Ramen für Rechnung eines Runden getauft hat, auf den Runden durch Gintragung der Wertpapiere in das Depotbuch ber Bant in Berbindung mit der an ben Runden gerichs teten Mitteilung, daß die Papiere in fein Depot gelegt worden feien. †)

Die Rev. der Bell. wendet sich gegen die Annahme des Borderrichters, daß der Mt. bei Eröffnung des Bergleichsverfahrens Eigentumer ber brei Ruge gewesen fei, die die Betl.

(eine Bant) in seinem Auftrage gefauft hatte.

In diefent Buntte hat das BG. angenommen, die Ruge, welche die Bekl. am 10. und 11. Marz und am 7. Aug. 1927 getauft habe, scien ihr unmittelbar übersandt und bei ihr laut Depotbuchausweis zugunsten des Kl. verwahrt worden. Nach Ausführung des Auftrags habe die Bekl. dem Rl. jeweils mitgeteilt, daß fie ihm die betreffenden Papiere überlaffen und sie in sein Depot gelegt habe. Der Borderrichter ist danach der Meinung, das Eigentum an diesen Augen sei gemäß §§ 930, 868 BGB. auf ben M. übergegangen. Der Bille gur Eigentumsübertragung und jum Abichluffe des Bermahrungsvertrags fei burch die Mitteilungen und Bucheintragungen flar ausgedrückt worden. Die Bett. fei auch ermächtigt gewesen, ben Berwahrungsvertrag als Bertreterin des Rl. mit sich selbst abzuschließen. Der Einwand ber Betl., fie habe überhaupt nicht den Willen zur Eigentumsverschaffung gehabt, sei unerheblich, weil ein berartiger dem erflärten Billen widersprechender Borbehalt unbeachtlich sei (§ 116 BGB.).

Diefe Ausführungen laffen einen Rechtsirrtum nicht erfennen. Der Borderrichter war rechtlich nicht gehindert, ein das Gigentum an den bon der Befl. für den Rl. beichafften Wertpapieren, die fie für ihn in Bermahrung nehmen gu wollen erklärte und tatfachlich in Bermahrung nahm, begrundendes Befitverhältnis nebst bem bazu erforderlichen Bermahrungsvertrag anzunehmen (§§ 930, 868 BGB.). Bu Unrecht

vermift die Reb. hierbei die erforderliche "Konfretisierung", b. h. eine genügenbe Bestimmtheit ober Bestimmbarfett ber Sachen, auf Die fich die Cinigung ber am Raufe beteiligten Barteien bezog. Denn die Raufe bezogen fich auf bestimmte Einzelftude von Rugen, binfichtlich beren bie Befl. bem Rl. alsbald nach Ausführung bes jeweiligen Auftrags mitgeteilt batte, daß fie ihm das betreffende Bapier überlaffen und in fein Depot gelegt habe. Es tonnte alfo tein Zweifel barüber bestehen, daß sich die — zur Eigentumsübertragung erforder-liche (§ 929 BBB.) — Willenseinigung der Beteiligten und der gleichzeitig abgeschloffene Bermahrungsvertrag auf eben die bestimmten Gingelftude bezogen, welche die Beff. in jenem Beitvunkt für den MI. beschafft hatte und als zugunften des MI. eingelagert auch in das Depotbuch eintrug. Es ift zwar richtig, daß der Gintaufstommiffionar zunächft Gigentumer der für den Auftraggeber beschafften Wertpapiere wird und bleibt, bis er, feiner Aufgabe- und Rechenschaftspflicht genugend, fie an den Auftraggeber übereignet (§ 383 HBB.; § 164 Abs. 2 BCB.). Aber die Absendung des Stückeverzeichnisses (§ 3 DepG.) ist Bur Abertragung des Eigentums an den für Rechnung der Skommittenten gefauften Wertpapieren nicht unbedingt erforderlich; fie bestimmt nur ben fpateften Beitpuntt, in bem das Eigentum an ihnen auf den Rommittenten fraft Gefetes übergeht. Die Borfdriften bes burgerlichen Rechts, nach benen ber Eigentumsübergang icon in einem früheren Beitpuntt eintritt, bleiben unberührt (§ 7 216f.1 Cat 2 Dept.). Daß dies hier ber Fall fei, nimmt ber Borberrichter ohne Rechtsirrtum an. Un der erforderlichen Bestimmtheit ber Bertpapiere (RE3. 52, 130; 63, 16) ist ebensowenig zu zweifeln, wie daran, daß der Rommiffionar die Bereinbarung bes Bermahrungsverhaltniffes mit fich felbst als Vertreter des Kommittenten nach § 181 BBB. vornehmen kann (RG3. 63, 403). Der Einwand der Reb., daß die Eintragung der Ruge in das Depotbuch der Bekl. nur inneren übermachungszweden (Abrechnungen über Ausbeuten oder Bubufen u. bgl.) gedient habe und daß bies durch Musübung des Fragerechts (§ 139 BBD.) zu ermitteln gewesen ware, ift nicht ftichhaltig. Denn wenn für den endgultigen Befite und Eigentumsübergang auch eine außerlich in die Ericheinung tretende Musführungshandlung erforderlich ift, Die den übertragungswillen ertennbar macht, fo nuß doch für diefe Renntlichmachung die den Auftraggeber bezeichnende Eintragung ber Ruge (mit Rummern) in bas Depotbuch im Bufammenhang mit der an ihn gerichteten Mitteilung des Rommiffionars genügen, daß die beschafften Stude in bas Depot bes Auftraggebers gelegt worden seien, ohne daß der Richter noch nach ben besonderen Zweden der Depotbucheintragung gu forichen branchte. In diefer Richtung tann von einer Berletung des § 139 BBD., wie sie die Rev. rügt, um so weniger die Rebe sein, als es Sache der Bell. gewesen ware, von sich aus flarauftellen, daß die Eintragung ber Ruge in das Depotbuch nur ju bestimmten Zweden für ben inneren Bantbetrieb erfolgt sei.

(RG., VII. ZivSen., U. v. 10. Sept. 1937, VII 74/37.) [R.]

Anmerkung: 1. Das RG. geht bavon aus, daß die Auxe, um deren Erwerb es sich handelt, Sachen sind, deren übereignung nach §§ 929 st. BGB. zu beurteisen sei. Der Kux ist aber ein Recht, und zur übertragung dieses Rechts ist — es handelt sich um eine preußische Gewerkschaft — die schriftliche Form erforderlich (§§ 101 Abs. 1, 105 Abs. 1 PrallgBergG.). Das ist in der Entscheidung verkannt.

2. Soweit in der Entscheidung von Verwahrung gesproschen wird, handelt es sich um den Kurschein (§ 103 Abs. 1 Sas 2 KrAllgBergG.). Der Kurschein ist eine Urkunde, die dem Gewerken auf seinen Antrag von der Gewerkschaft ausgestellt wird und in der bescheinigt ist, daß dieser Gewerke als Inhaber eines Kures oder mehrerer Kure im Gewerkenduch eingetragen ist. Der Kurschein darf nur auf einen des stimmten Namen, niemals aber auf den Inhaber lauten (§ 103 Abs. 3 KrAllgBergG.). Der Kurschein ist zwar ein körverlicher Gegenstand (Sache) und kann Gegenstand des Besibes und der Verwahrung sein, hat aber im Sinn der Vermögenszugehörigkeit kein selbständiges Eigenseben. Er sieht

bem Gewerken gu. Der Erwerber eines Rures bat gegen ben übertragenden einen Unspruch auf Mushandigung bes Rugicheins (§ 105 Ubj. 2 PrallgBerg G.), aber gur Birtfamteit der übertragung ist die übergabe des Ruricheins nicht erforderlich. Das verkennt das RG., indem es den Kurschein wie ein auf ben Inhaber lautendes Wertpapier behandelt. Ruricheine werden zwar sowohl im alten Depot. von 1896, das noch galt, als sich die vom RG. beurteilten Borgange abspielten, als auch im geltenden Depot. — in beiden Gesen unter § 1 Abs. 1 — als Wertpapiere ausgeführt (etwas ungenan ift von Rugen ftatt von Ruxicheinen die Rede), und auch in der Ripr. werden die Ruricheine unter die Bertpapiere gerechnet (vgl. RGSt. 46, 148; RG3. 121, 49), aber sie sind doch in erster Linie Beweisurfunden. Sie konnen nicht Träger des Rechts sein. Sie bescheinigen bessen Zugehörigkeit, fonnen es aber nicht verkorpern; vgl. hierzu Opin, Depoto., Borwort (S. VI) und im Tafchenbuch 1938 "Der Bantkaufmann", herausgegeben von der Deutschen Arbeitsfront, Bentralburo, Reichsbetriebsgemeinschaft Banten und Versicherungen (Sundert Stichworte bes Depotrechts, "Wertpapiere" Die bloße Besigubertragung des Ruricheins vermittelt nicht den übergang des Kures, auch dann nicht, wenn dabei der Wille auf die übertragung des im Kurschein genannten Rechts gerichtet ist. Die übertragung des Ruges ist in § 105 Prallg-Berg&. ausschilieglich geordnet. Die Einordnung der Rugfcieine unter die Bertpapiere im Ginn bes Depotrechts dar auch nicht dazu verführen, anzunehmen — wie dies in der RGEntsch. offenbar geschehen ist —, daß die Absendung eines Stückeverzeichnisses (§§ 3 Abs. 1, 7 Abs. 1 Depots. 1896) die Form des § 105 PrallgBergs. ersehen könne. Die Absendung bes Studeverzeichniffes hat nur bann rechtsgestaltende Birfung, wenn es fich um Bertpapiere handelt, die im borerwähnten Sinn Träger des Rechts find, bei benen also die Ubereignung bes Papiers gur übertragung bes in ihm berförperten Rechts erforderlich ist. Das gilt auch nach dem geltenden Depotrecht (§ 18). Das RG. hätte die Frage, ob der Al die Ruge erworben hat, nicht danach beantworten burfen, wie sich die Besitzlage hinsichtlich der Kurscheine gestaltet hat.

3. Das KG. geht davon aus, daß Einkaufskommission vorliegt (§§ 383 ff. HGB.). Im Bankgewerbe ist es aber üblich, daß die Bank bei Geschäften in amtlich nicht notierten Werten und in Kuren stets als Eigenhändler auftritt (vgl. hierzu Opih, DepotG., Bem. 3 zu § 31). Das psegt auch in den Geschäftsbedingungen vereinbart zu werden. Insoweit kam also unter Geltung des DepotG. von 1896 die depotrechtliche Pflicht zur übersendung eines Stückeverzeichnisse über Kurscheine überhaupt nicht in Frage, da eine übersendungspsisicht nur den Kommissionär traf. (Die Unterlassung der übersendung des Stückeverzeichnisse konnte allerdungs für die Anwendung des § 326 BGB. von Bedeutung sein. Herbei handelte es sich um eine Besitzfrage; vgl. RG3. 121, 50. Auch strafrechtlich konnte die Veränderung der Besitzverhältnisse von Bedeutung werden; vgl. KGSt. 46, 149.)

Nach dem geltenden Depotrecht (§§ 31, 18) ergibt sich auch für die als Eigenhändler auftretende Bant die Psilicht zur übersendung eines Stückeverzeichnisses, und im Fall der Richtübersendung des Stückeverzeichnisses ergeben sich für den Bankkunden die Rechte aus § 25 Depot.

4. Für die Kommissionsgeschäfte in anderen Wertspapieren, d. h. Wertpapieren im Sinn von Rechtsträgern, behält die Entscheidung ihre Bedeutung, obwohl sie solche Wertspapiere nicht zum Gegenstand hat. Die Besigabrede wurde unter Gestung des alten Depot. von 1896, insbes seit der VD. v. 21. Nob. 1923, die die Pflicht des Kommissionärs zur übersendung eines Stückeverzeichnisses von einem entsprechenden Berlangen des Kommittenten abhängig gemacht hatte, vorwiegend als Wittel zur übereignung kommissionsweise angeschafter Wertpapiere auf den Kommittenten benugt. Die übereignung geschieht hierbei in der Weise, daß der Kommissionär die von ihm im eigenen Kamen erworbenen Wertspapiere sur den Kommittenten in Verwahrung nimmt und hierbei als Vertreter des Kommittenten mit sich selbst handelt

(§§ 930, 181, 868, 688 BGB.). Nach ständiger Ripr. ift es erforderlich, daß ber Rommiffionar ben Befigubertragungswissen kenntlich macht (vgs. RG3. 52, 130; 63, 16 u. 405; 73, 418; 99, 210; 116, 202; RG5t. 47, 44; FB. 1927, 3013; Bankurch. XXIX, 281). Die nach § 929 BGB. erforderliche Einigung ergibt fich aus dem Gintaufsauftrag bes Kommittenten und der Besihübertragung durch den Kom-missionär ohne weiteres. Die Mitteilung des Kommissionärs an den Kommittenten über das Geschehene ift gur Bollenbung der übereignung nicht erforderlich, ebensowenig wie es bei der übereignung im Weg der überfendung des Studeverzeichnisses für ben Gigentumserwerb barauf antommt, daß ber Rommittent bavon durch Erhalt ber Mitteilung ober auch jonft von ber erfolgten übereignung Renntnis erhalten bat. Das Gejet schreibt nicht vor, wie die Berlautbarung zu erfolgen hat; sie muß nur für den, der prüft, ob eine über-eignung stattgefunden hat, deutlich sein. In der Praxis erfolgt die Berlautbarung durch Banberung der Bertpapiere auf ben Namen bes Kommittenten (Streifbanbbepot). Diefe Banderung galt schon unter Herrschaft des alten Depots. (von 1896) als Zeichen der übereignung und nicht nur als interne Magregel der Vorbereitung dazu, es sei denn, daß der Rommiffionar auf bein Streifband ausbrudlich vermertte, bag trot ber Banberung bas Eigentum an bem Bapier noch bei ihm verbleiben follte (vgl. Rundschreiben bes ehemaligen Bereins für Depotprufung — jest Birtschaftsgruppe Privates Bantgewerbe, Abteilung Depotprufung — an die Depotprüfer v. 4. Febr. 1933 unter Nr. 8 und Urt. bes LG. Berlin v. 28. Sept. 1933, 204 O 129/33; vgl. auch die Richtlinien für die Depotprufung ber Wirtschaftsgruppe Brivates Bantgewerbe, Abteilung Depotprüfung, Ausgabe 1937 Nr. III, 6, wiedergegeben bei Opiş, DepotG. S. 602). Für das Geichaftsgebiet ber Sammelvermahrung wurde bie Buchung auf Girofammelbepottonto icon nach altem Recht für ausreichend angesehen (vgl. Opiş Schulş: JW. 1926, 667). Das MG. (vgl. NG3. 139, 117; JW. 1935, 3306 — BantArch. XXXV, 264) hat diefe Lehre gebilligt. Im geltenden Depotrecht ist die rechtsgestaltende Birkung der Girosammelbepotbuchung durch die Bestimmung bes § 24 Abf. 2 Sat 1 Depot's. festgelegt.

Das RG. bringt burch bie hier behandelte Entsch. bie Erleichterung, daß außerhalb bes Geschäftsgebiets der Sammelberwahrung unabhängig von der Bänderung schon die Buchung der angeschafften Wertpapiere im Depotbuch die Abertragung bes Eigentums berlautbaren tann. Es verlangt außerdem, wie übrigens ichon in den vorgenannten gur Sammelberwahrung ergangenen Entid., eine Mitteilung an den Rommittenten. Einer folden bedarf es aber hier und bei ber Sammelvermahrung ebensomenig wie bei ber Besitabrebe im Beg ber Banderung, wo fie von ber ftandigen Ripr. nie geforbert worden ift. Daß der Kommissionar nach § 384 Abs. 2 BBB. zur Mitteilung über die Ausführung bes Raufauftrags verpflichtet ist und daß fur das Gebiet ber Sammelverwahrung in § 24 Abf. 2 Sat 2 Depotis. eine folde Mitteilungspflicht noch einmal besonders vorgeschrieben ift, besagt noch nicht, daß die Mitteilung zum Tatbeftand ber Ubereignung gehört (vgl hierzn Dpig, Depot . Bem. 6 gu § 24). Entscheidend ift, daß die Bertpapiernummern im Depotbuch oder in einem Berzeichnis, auf das im Depotbuch verwiesen ift, festgehalten find (§ 14 Abf. 1 Depot .). Dine Festhaltung der Mummern, die nach dem Depot. von 1896 i. d. Fass. v. 21. Nov. 1923 nicht borgefdrieben war, fonnte bie Budung ber Bertpapiere (ber Art und Menge nach) nicht rechtsgestaltend wirten, auch bann nicht, wenn eine Mitteilung an den Kommittenten erfolgt ware.

RA. Dr. Georg Opis, Berlin.

17. A6. — 1. §§ 779, 242 BGB. Es entspricht zwar der ständigen Ripr. des AG., daß, auch wenn die Voraussesungen des § 779 BGB. nicht gegeben sind, dem Festhalten an einem auf irriger Geschäftsgrundlage zustande gekommenen Vertrag 11. U. der Einwand der Arglist oder richtiger der unzulässigen Rechtsausübung entgegengesest werden kann (vgl. AGS. 152, 403 mit Nach. — 339. 1937, 678 m. Anm.). Unzutressend ist es aver, daß die Erhebung des Einwands ohne weiteres das din

fälligwerden des Vertrags im ganzen zur Folge hätte. Es bedarf vielmehr der Brüfung an der Hand der gesamten Umstände des Falles, ob und inwieweit sich das Festhalten des einen Vertragsteils an dem Vertrage durch den anderen Vertragsteil als ein Verstoß gegen Treu und Clauben darstellt. Bei dieser Prüfung kann es auch von Bedeutung sein, ob nicht die Vertragschließenden bei verständiger Würdigung des Falles sich ohne den gemeinsamen Frrtum in gleicher Weise geeinigt haben würden (vol. RG. FW. 1929, 1294°, 1456°; serner RGS. 152, 404 – FW. 1937, 678° m. Anm. und FW. 1937, 1149°).

2. § 280 BBD. Die Zwischensestellungswiderklage erforbert zu ihrer Zulässigkeit, daß das bedingende Rechtsverhältnis ein anderes ist als das der Hauptklage zugrunde liegende und daß es über dieses hinausgreist. Hat sie nur zum Gegenstand, was bereits derart Gegenstand der Hauptentscheidung ist, daß darüber schon durch diese eine in Rechtskraft übergehende Entscheidung erkassen werden muß, so ist sie unzulässig (vgl. RG8. 126, 237 – JB. 1930, 5487 und JB. 1933, 1259 m. Ann.). (RG., IV. ZivSen., U. v. 25, Okt. 1937, IV 123/37.) [Ba.]

18. AG. — § 823 BOB.; § 7 Araftis. Bertminderung eines Kraftwagens durch einen Unfall.

Der klagende Kraftfahrer, deffen Wagen bei einem Busammenftog mit dem Fahrzeug der Bekl. beschädigt worden ift, macht unter anderem auch einen Ersatzauspruch für den Minderwert seines Wagens geltend. Das BG. hat diesen Ansprud bernefut, weil nach bem Gutachten bes Sachverftandigen durch die Reparatur die einwandfreie Betriebssicherheit wie vor dem Unfall erreicht worden fei. Nicht ohne Grund beanftandet bie Reb. bereits die Begründung, mit der das BG. eine Bertminberung des Rraftwagens durch den Unfall verneint. Es stütt biefe Beurteilung lediglich auf die Erwägung, nach dem Gutachten fei burch bie Reparatur die einwandfreie Betriebssiderheit wie bor dem Unfall erreicht worden. Die Wiederherstellung einwandfreier Betriebssicherheit besagt jedoch noch nichts darüber, ob der Wert des Wagens vermindert worden ift ober nicht, insbef. darüber, ob und inwieweit feine Lebensbauer und sein Berkaufswert beeintrachtigt worben find. Gerade ber Sachverftändige, auf den fich bas BG. beruft, vertritt ben Standpuntt, daß an fich jeder Unfall bis zu einem gewiffen Grade eine Bertminderung berursache, und nimmt, bornehmlich auch im hinblid auf die Notwendigkeit bes Einbaues ber Berstärkungsbeilage im Längsträger, eine Wertminderung um 20 % an, obwohl er davon ausgeht, daß die Betriebssicherheit einwandfrei wiederhergeftellt worden fei

(RG., VI. ZivSen., N. v. 19. Aug. 1937, VI 100/37.) [Hn.]

10. RG. — § 1006 BGB. Die Eigentumsvermutung des § 1006 BGB. besteht grundsäglich auch dem früheren Eigentimer gegenüber. Die Bermutung nach Abs. 3 a. a. D. gilt nur für den Eigenbesiger. Dem Besitzer muß aber nachgewiesen werden, daß er den Besitz nur als Besitzmittler für einen anderen ausübt.

Der BerR. führt aus, es könne nicht als erwiesen angesehen werden, daß zwischen ben brei erbberechtigten Abkömmlingen ber Fran &. nach beren Tode eine Teilauseinanderfegung bagl. des Schmudes dabin getroffen worden fei, daß Frau D. biefen gu Lebzeiten tragen, nach ihrem Tode aber bas Eigentum an dem Schmud auf die Sel. übergeben folle; anderseits konne auch nicht als erwiesen angesehen werden, daß Frau P. die erwähnten Schmudsachen nach dem Tobe ihrer Mutter, der Frau E., im Wege ber Auseinandersetzung als Alleineigentümerin erhalten habe. Er halt alfo eine Auseinandersetzung der Alichen Miterben über ben Schmud nicht für dargetan und fpricht deshalb der Erbengemeinschaft X. das Gigentum baran zu. Dabei übersieht er, daß Frau D. zu ihren Lebzeiten Besitzerin der Schnudftude gewesen ift, daß ber Besit an ihnen nach § 857 BBB. auf ihre Erben, beren Belange der verklagte Testamentsbollstreder wahrnimmt, übergegangen ift und daß deshalb die Bermutung bes § 1006 Abf. 1 Sat 1 (hinfichtlich einer Broiche und Ohrringen Abf. 2) BBB. für ihr Eigentum an den Schmud ftuden fpricht. Die Eigentumsvermutung bes § 1006 BBB be-

steht grundsätlich auch dem früheren Eigentümer gegenüber; daß die Ausnahme des Abs. 1 Sat 2 Plat greife, die Schmudfachen ohne den Willen der Miterben in den Besitz der Fran D. gelangt seien, behanpten die Rl. selbst nicht. Allerdings gilt die Bermutung nach Abs. 3 baselbst nur für den Eigenbesitzer, aber dem Besiter muß nachgewiesen werden, daß er den Besit nur als Besigmittler für einen anderen ausübt. Die Rl. be= haupten zwar, der Frau P. die Schmudstücke nur zur Benutung bei Lebzeiten überlassen zu haben. Der BerR. hält ihre Be-hauptung aber für nicht erwiesen. Da also die Eigentumsbermutung bes § 1006 BBB. zugunften der Frau D. und ihrer Erben fpricht, tann die Feststellung des BerR., es sei nicht erwiesen, daß Frau D. die Schmudsachen nach dem Tode ihrer Mutter im Wege ber Auseinandersetzung als Alleineigentümerin erhalten habe, die Berurteilung des Bekl. nicht tragen.

Das angefochtene Urteil muß daher aufgehoben werden. Das RebG. ist auch in der Lage, gemäß § 565 Abs. 3 Nr. 1 3PO. selbst in der Sache zu entscheiden. Denn die Feststellungen des Borderrichters ergeben, daß die El. nicht in der Lage sind, die jugunften der Frau P. und ihrer Erben fprechende Eigentums= vermutung zu widerlegen. Die Klage ist daher abzuweisen.

(RG., VII. ZivSen., U. v. 26. Ott. 1937, VII 85/37.) [Ba.]

20. 28. — §§ 1565 ff. BBB.; Art. 13 Bertrag von Monte-video; Argentinisches Geset v. 11. Dez. 1894. Nach argentini= ichem Recht enticheidet über die Auflösung der Ghe das Recht des Wohnsiges, vorausgesett, daß der Auflösungsgrund durch das Recht des Ortes der Cheschliegung zugelassen ift. Dieser Grundsat gilt gewohnheitsrechtlich auch für außerhalb Argentiniens geschlossen

Unstreitig ift der Bekl. argentinischer Staatsangehöriger, die staatenlos. Anerkanntermagen find bie beutschen Berichte für Scheidungeklagen von Ausländern nur zuständig, wenn ber Beimatstaat von vornherein die Anerkennung des Scheidungsurteils gewährkeistet (vgl. RG3. 85, 156; 105, 365 = 33. 1926,

2852). Dies trifft vorliegend zu. Das argentinische Eherecht ist durch das Geset über die Zivilehe v. 12. Nov. 1888, welches Bestandteil des argentinischen Gesethuches geworben ift, geregelt. Die in die sem Geseth zugelassene Scheidung der Ebe besteht nach Art. 64 (jest Art. 221 ArgentBGB. neue Folge) nur in der personlichen Trennung der Ehegatten; eine Auflösung dem eheltigen Bande nach kennt das argentinische Recht nicht. Müßte das Gericht also argentinisches Recht anwenden, so wäre die Scheidung der Ehe ungulässig und wurde somit nicht vom argentinischen Staate an-erfannt. Da ber Bekl. argentinischer Staatsangehöriger ist, ift an fich für die Scheidung der Ehe genäß Art. 17 EGBGB. das argentinische Geset maßgebend. Jedoch sind die deutschen Geset and diese deutschen des argentinische Geset maßgebend. Jedoch sind die deutschen Geset and dieses zurückerweist (Art. 27 EGBGB.). Wenn also nach argentinischen internationalen Privatrecht das deutsche Ehescheidungsrecht maßgebend ist, kann auch nach deutschen Necht die Scheidung der Ehe dem Bande nach ausgesprochen werden.

Argentinien gehört grundsatlich zu den Staaten, welche bei Regelung des internationalen Privatrechts von dem Domizilprinzib ausgehen (vgl. Staudinger, 9. Aufl., Bem. H II 2b und K 6 zu Art. 17). Allerdings ist es fraglich, ob dieser Grunds sauch für das Eherecht unbeschnätt anzunehmen ist. Soweit es fich um die Auflösung einer Ehe in Argentinien handelt, gilt nach Art. 239 ArgentBGB. in der Fassung des Art. 82 des Gesetes über die Zivilehe argentinisches Recht. Solche Eben können der in Argentinien nur nach Maßgabe des Art. 238 Argents BBB., d. h. nur durch den Tod eines Ehegatten aufgelöst wers den. Daraus folgt, daß für die Scheidung solcher Ehen im Aussland das dortige Recht maßgebend sein soll, entsprechend dem Frundsat des Art. 8 ArgentBBB., wonach die außerhalb des Lansundsat des Art. 8 ArgentBBB., wonach die außerhalb des Lansundsat des Artes des Dreef ung des borgenommenen Rechtshandlungen den Geseten bes Ortes un-

terstehen, an dem sie vorgenommen worden sind. Andererseits bestimmt Art. 7 Shegeset v. 12. Rob. 1888, daß eine im Ausland und nach ausländichem Recht gültig vonzogene Lösung des Shebandes einer in der Republik Argentinien geschlossene Ehe, die mit dem argentinischen Geset nicht übereinstimmt, keinen der Ehegatten zur Wiederverheiratung ermächtigt. Dieser Sat bedeutet eine Einschränkung des Domizilprinzips in bezug auf die Chescheidung. Art. 2 und Art. 7 des Chesgesehes werden nun dahin ausgelegt, daß die im Aussand auss gesprochene gerichtliche Lösung des Chebandes, auch wenn fie bem Bohnsitrecht entspricht, nicht anerkannt wird, wenn einer der Chegatten nach Argentinien zurückehrt, daß aber, sofern einer

der Geschiedenen eine nach dem Wohnsitzrecht gultige nene Cho eingeht, diese auch in Argentinien für gultig erachtet wird (vgl. Bergmann, "Intern. Ehe- und Kindschaftsrecht", Bb. III S. 15 und die dort zitierte Bescheinigung bes argentinischen Konfulats b. 19. Ott. 1923). Gewährt sonach der argentinische Staat eine beschränkte Anerkennung des ausländischen Shescheidungs-urteils für den Fall der Schließung einer neuen She im Ausland, so erkennt er weiterhin auch ein Scheidungsurteil insoweit an, als es sich um die im Ausland ausgesprochene Scheidung einer im Ausland geschlossenen Ehe handelt. Die Rüdberweisung auf das Domizilrecht, die insoweit wiederum gur Geltung tommt, sprechen die argentinischen Gesetz zwar nicht unmittelbar aus, sie wird aber aus Art. 7 Ges. über die Zwische und Art. 13 des Verstragswerles von Montevideo v. 12. Febr. 1889 i. Verd. m. dem Ges. v. 11. Des. 1894 hergeleitet. Nach diesem Abkommen entscheis der gemäß Art. 13 das Recht des Domizils über die Ausschlage der Che parausgesetzt. der Che, vorausgesett, daß ber Auflösungsgrund durch das Recht des Ortes der Eheschließung vorgeschrieben oder zugekassen ist. Es ist Gewohnheitsrecht in Argentinien, diesen Grundsat auch für solche Ehen allgemein anzuwenden, die außerhalb Argentiniens geschlossen sind (vgl. Urt. des DLG. Hamburg v. 16. Mai 1930: Höchtenfilder in der Verlagen und die dort zitierte Auskunft des Döchstenfilder in Gemenkung v. 16. Aug. 1928) argentinischen Generalkonsulats in Hamburg v. 16. Juni 1928). Zum gleichen Ergebnis kommt auch, soweit sich übersehen läßt, einhellig das Schrifttum (vgl. Bergmann a.a. D. S. 15 ff.; Diez: Zeitschr. für Intern. PrivR. u. OffR. 19, 447; Gottschied. IV.

Sonach ist davon auszugehen, daß auf Grund der nach argentinischem Recht anerkannten Rudberweisung für die Scheidung deutsches Recht anzuwenden ift und das Scheidungsurteil in Argen-

tinien im borl. Fall Anerkennung findet.

Hinsichtlich der örtlichen Zuständigkeit des Gerichts ift nach deutschem Zivilprozestrecht gemäß \ 606 Ubs. 1 3BD. der Wohnsit des Chemannes zur Zeit der Erhebung der Scheidungsklage maßgebend. Da die klagende Chefrau keine Ausländerin ist, sondern staatenlos, kommt \ 606 Ubs. 4 3BD. nicht zur Anwendung, da diese Bestimmung nur dann eingreist, wenn beide Chegatten Ausländer sind. In diesem Falle verbleibt es also der Regel des \ 606 Ubs. 1 3BD. (vgl. Jonas, "3BD.", 15. Ausl., Anm. II 2 b zu \ 606; serner RGZ. 70, 139 ff. = FW. 1909, 78; RGZ. 105, 366 = FW. 1926, 2852 15; RGZ. 113, 40; 127, 195 = FW. 1930, 1868). Da der Bekl. im Zeitpunkt das angerusene Gericht zuständig. Sinfichtlich der örtlichen Buftandigfeit bes Gerichts ift nach bas angerufene Gericht zuständig.

(LG. Frankfurt a. M., 7. ZR., Urt. b. 8. Nob. 1937, 2/7 R 166/37.)

21. 26. - § 1568 BGB.; § 618 216. 2 3BD. Gine gefunde, 32 Jahre alte Frau, die den Befchlechtsverkehr ohne Schupmittel jahrelang verweigert, obwohl fie bisher zwei leichte Geburten hinter fich hat, gibt ben Scheidungsgrund aus § 1568 BGB. Wenn fie im erften Termin ohne Anwalt erscheint und den Sachverhalt ausführlich und glaubwürdig jugibt, fo tann fofort ohne zweiten Termin geschieden werden.

Die Barteien sind seit 11 Jahren verheiratet. In ihrer Ehe ist im ersten Jahre nach ihrer Eheschließung ein Junge geboren worden, der mit 8 Jahren wieder stard, und brei Jahre nach der Eheschließung 1929 ein Mädchen, das jeht 8 Jahre alt ist. Der Mann wollte sehnlichst an Stelle des gestorbenen Sohnes noch einen Sohn, bagegen sträubte sich aber seine Frau und ließ ben Geschlechtsverkehr nur mit Kondom zu, so daß eine Empfängnis ausgeschlossen war. Jeht versprach sie ihrem Manne, es so einzurichten, daß sie im August empfangen würde, so daß das Kind, ein Junge, am Geburtstage des gestorbenen Sohnes zur Welt täme. Der Mann schieft sie des kalk die k halb einige Wochen ins Seebad. Als sie im August d. J. heim-tehrte, verweigerte sie weiter den Geschlechtsverkehr ohne Schuhmittel. Die Frau ist 32 Jahre alt, gesund, hat bisher die beiden Geburten seicht überstanden. Sie weigert sich aber hartnädig, noch ein Kind zu empfangen. Begen dieser hart-nädigen Beigerung klagte ihr Mann auf Scheidung aus § 1568 BGB. Im ersten Termin erschien die Frau ohne An-walt und gab alles ausstührlich glaubhaft zu, sie wolle kein

Das Gericht schied die Ehe im ersten Termine. Denn ber Beischlaf allein mit Schutzmitteln wiberspreche nicht nur ben allgemeinen Begriffen ber Che als einer sittlichen Ginrichtung. Der jahrelange Berfehr mit Schukmitteln entwürdige bie Che zu einem Befriedigungsmittel ber Ginnenlust. Das widerspreche aber auch den Grundfagen unferer Bevölkerungspolitik, wonach die Erzeugung gesunder Rinder, insbes. aus den Rreifen

der Intellektuellen, zur Erhaltung von Volk und Staat uns bedingt notwendig sei. Ein solches Berhalten der Frau in der Ehe zerrütte das cheliche Verhältnis. Dem Manne könne die

Fortsetzung der Che nicht zugemutet werden.

Das Urteil konnte schon im ersten Termine gegeben werben, da die Frau — wenn auch ohne Anwalt — erschienen war und die Klagetatsachen glaubhaft zugab. Es wäre zweckloser Formalismus, wollte man bei dieser Sachlage die Barteien noch zu einem zweiten Termin laden und erst dann, unter Augrundelegung des Sachverhalts wie er schon und nur im ersten Termin sessenstellt worden war, schoeiden. Auf solche formessen Borschiften können die Parteien verzichten, und das Gericht kann sich darüber wegsehen.

Die Parteien haben bas Urteil auch auerkannt und auf

die Berufung verzichtet.

(LG. Rudolstadt v. 1. Nov. 1937, 1R64/37.)

Handelsgesethuch

** 22. RG. — § 18 Abf. 2 HBB. "Hamburger Raffeelager." Für die Frage, ob eine Firma i. S. § 18 Abf. 2 HBB. irressührend ist, ist die Berkehrsauffassung maßgebend. Die Bezeichsnung Kaffeelager ist irreführend, wenn der Kaffeedorrat nach den gegebenen tatsächlichen Berhältnissen keine Hervorhebung verdient. †)

I. Der Kaufmann Erich R. übernahm im Jahre 1935 eine Filiale der Hamburger Großhandelsfirma Th. & G. zur Fuhrung auf eigene Rechnung. Im Juli 1935 zeigte er dem AG. in K. an, daß er in K. ein Handelsgewerbe in Konfitüren, Kaffce, Kolonialwaren und Wein und anderen Lebensmitteln betreibe. Er melbete gleichzeitig das Geschäft zur Eintragung in das Handelsregister unter der Firmenbezeichnung "Hamburger Kaffeelager Erich K." an. Am 2. Okt. 1935 wurde die Firma nach Antrag ins Handelsregister eingetragen. Auf Beschw. der Mittelthüringischen Industrie- und Handelskammer hob das LG. am 28. Okt. 1935 den Beschliß des AG. v. 12. Sept. 1935, durch den die Eintragung angeordnet worden war, auf

Auf die weitere Beidw. R.s bob das D&G. am 21. Jan. 1936 den Beschluß des &G. auf und verwies die Sache zu neuer Entich. an bas &G. gurud. Die Beichm. gegen ben amtsgericht= Itden Beschluß fei unzuläffig; Beschwerben gegen die Anordnungen von Eintragungen in das handelsregifter feien unftatthaft. Das L. hätte aber, so führte das DLG. aus, in der als Beidw. bezeichneten Gingabe ber Industrie- und Sandelstammer ohne Zwang die Unregung gur Ginleitung eines Loschungsberfahrens nach §§ 142 ff. FGG. finden und gemäß § 143 FGG. als Gericht erfter Inftang entscheiden tonnen. Das &G. veranlagte hierauf polizeiliche Erhebungen darüber, a) ob bie breite Maffe ber Boltsgenoffen bie Bezeichnung "Hamburger Raffeelager" als irrefuhrend über die Große, ben Umfang und bie Leistungsfähigteit des Geschäfts empfinde oder b) nur als Sinweis barauf, bag in dem Gefcaft Raffee geführt wird, der aus Samburg ftammt. In der polizeilichen Melbung murde die Frage a) dahin beantwortet, es habe nicht festgestellt werden tonnen, daß bei ber breiten Masse der Boltsgenossen die Bezeichnung als irreführend angesehen werbe. Das taufende Bublifum fummere fich barum weniger. Nach weiteren Erhebungen über den Umfat R.s in Raffee und anderen Baren hob das LG. am 7. April 1936 den Beschluß des AG. b. 12. Sept. 1935 auf und erklärte ben Firmengufat "Samburger Raffeelager" für unguläffig. Auf die sofortige weitere Beschw. R& hob das DLG. Munchen am 26. Mai 1936 ben Befchlug des LG. v. 7. April 1936 auf und verwies die Sache gur neuerlichen Erwägung und Entich. an das LG. jurud. Es beanftanbete bas Berfahren bes &B. Das &B. habe felbft entscheiden muffen, ob es auf die Loichungsanregung der Industrie- und Sandelskammer eingehen wolle oder nicht, und ob es im ersteren Falle das Löschungsverfahren felbst einleiten und durchführen ober ob es das AG. damit beauftragen wolle. Hierauf wies das LG. das UG. an, das Löschungsverfahren einzuleiten und durchzuführen. Durch Bfg. v. 24. Cept. 1936 benachrichtigte bas 210. ben R., daß es beabsichtige, die Firma bon Umts wegen ju lofchen. Bleichzeitig fette es Frift zur Ginlegung bes Widerfpruchs. Es stellte fest, daß R. ein Rolonialwaren- und Lebensmittelgeschäft.

betreibe. Er vertreibe Rolonialwaren im engeren Ginne, ferner im Inland erzeugte Lebensmittel und Genugmittel jeder Art; er handle auch mit Saushaltsgegenständen, wie Seife, Bohnerwachs, Schuhwichfe. Im Gesamtverfauf und Umfat fpiele teine diefer Waren im Berhältnis zu den übrigen eine fo ausschlaggebende Rolle, daß fic bem Geschäft das Gepräge eines Spezialgeschäftes oder Großgeschäftes für einen bestimmten Artitel gebe. Die bier Schaufeufter feien bald mit biefen, balb mit jenen Gegenständen gefüllt. Bei einer polizeilichen Rachprüfung, am 18. Marg 1936 habe R. gerade 22 Bfund geröfteten Raffee in seinen Ladenbehältern gehabt, sonft sei keiner weiter am Lager gewesen. In der Zeit vom 18. Febr. 1936 bis 13. März 1936 habe R. aus Samburg siebenmal 9 Pfund, zusammen 63 Bfund geröfteten Raffee bezogen. Bei einem Gefamtumfat von 33 900 AM in der Zeit vom 1. April 1935 bis 29. Febr. 1936, also in elf Monaten, habe ber Umsat an Raffee 2050 RM = 6 % betragen. Den Biderfpruch R.s gegen die Berfügung v. 24. Sept. 1936 wies bas MG. durch Befchlug v. 8. Dit. 1936, die sofortige Beschw. R.s dagegen das LG. in R. am 26. Oft. 1936 gurud. R. legte weitere fofortige Befdw. ein mit dem Antrage, die Beschlüffe der Borinft. aufzuheben.

Das zur Entich, berufene DLG, in München hat burch Beschluß v. 2. Juli 1937 die Sache bem RG, gemäß § 28 Abf. 2

BBG. gur Entich, borgelegt.

Mit seiner Auffassung über die Bedeutung bes Wortes Kaffeelager würde das DLG. in München von der bisherigen Mipr. bes AG. abweichen, die die Bezeichnung als "Lager" ichon zulteß, wenn ber Gegenstand, als bessen Lager sich bas Geschäft bezeichnet, nur überhaupt in diesem geführt werbe (Beschl. bes KG. v. 16. Mai 1929: DNot3. 30, 86; ebenso DLG. Dresden: Fr. 7, 135; a. M.: DLG. Jena: JW. 1936, 944; Rarlsrube: 388. 13, 55 sjeweils für die Bezeichnung "Samburger Raffeelager"]). Das RG. hat bem DLG. in München auf Anfrage erflärt, baß es an feiner bisherigen Ripr. nicht festhalte. Es nehme vielmehr jett rechtsgrundsätlich an, daß ein Raufmann, ber außer Raffee noch andere Lebensmittel führe, den Bufat "Bamburger Kaffeelager" nur dann in feine Firma aufnehmen dürfe, wenn er stets eine, nach den ört = lichen Berhältnissen große Menge und besonders reich= haltige Auswahl an hamburger Raffee führe und wenn fein Umfat in Raffee gegenüber dem Umfat in den fon = stigen Einzelartiteln besonders hervortrete.

In der zweiten Frage halt dagegen das AG. an feiner bisherigen Auffassung fest, daß die Berkehrsauffassung, nicht der Wortsinn in der oben gegebenen Doppelbedeutung dafür maßgebend sei, ob eine irreführende Firmenbezeichnung vor-

riege.

II. Das D&G. in München ist ber Meinung, daß eine Borlage an das KG. gemäß z 28 Abs. 2 KG. dann nicht erforderlich sei, wenn eines der beiden für die Entsch. über das Rechtsmittel der weiteren Beschw. berusenen Zentralgerichte (KG. und D&G. in München) von einer früheren Entsch. des anderen D&G. abweichen will, das andere D&G. aber auf Anfrage erklärt, daß es an seiner früheren Rechtsauffassung nicht seischlache. Es weist darauf hin, daß es auch im Versahren nach 186 GBG. a. k. sür zulässig angesehen worden sei, daß ein Senat des KG. von der Entsch. eines anderen Senates ohne Anrusung der vereinigten Ivsen. oder StrSen. abweiche,

wenn der andere Senat erklärte, an seiner Enisch. nicht seste halten zu wollen. Das AG. tritt dem DLG. München darin bei, daß in dieser Weise auch im Verfahren der weiteren Beschw. vorgegangen werden könne. Beide Gerichte wollen aber von der nach ihrer Ansicht gegebenen Möglichkeit keinen Gebrauch maschen, ehe das AG. zu der Frage Stellung genommen hat.

Der Senat könnte in der Frage mit Bindung für die anberen Senate nur entscheiden, wenn die Entsch. über die jest vorliegende weitere Beschw. auf der hier aufgeworfenen Frage beruhen würde. Ist dies nicht der Fall, so könnte ein anderer Senat des RG. die Frage anders entscheiben, ohne die Entsch. des Großen Senats anrufen zu mussen. Dies entspricht der ständigen Rspr. des RG. (vgl. n.a. RGZ. 105, 90). In der jeht zur Entsch, stehenden Sache mußte aber die Borlage an das RG. auch dann erfolgen, wenn man grundsätlich der wiebergegebenen Auffassung der beiden Zentralgerichte beitritt. Denn in Wirklichkeit liegt überhaupt tein Einverständnis der beiden Zentralgerichte über die zu entscheidende Rechtsfrage aus § 18 Abs. 2 HBB. vor. Außerdem will das DLG. in München auch von einer Entsch. des RG. abweichen (vgl. die folgenden Ausführungen). Der Senat muß daher in diesem Falle von einer Entsch. der zuerst aufgeworfenen Frage absehen.

Ein Einverständnis über eine Rechtsfrage besteht nur, wenn die beiden Gerichte über den Rechtsfat einig find, nach dem der Streitfall, der dem Beschwll. vorliegt, zu entscheiden ist, und wenn es sich auch in dem früheren Fall um die gleiche Rechtsfrage gehandelt hat. Dieses Einverständnis ist in dem jest zur Entsch. stehenden Fall nicht vorhanden. Das KG. will zwar an seiner früheren Entsch., wonach der Firmenzusat "Hamburger Raffeelager" nicht irreführend i. S. bes § 18 Abf. 2 58B. ift, nicht festhalten, wenn es sich um einen ähnlich ge= lagerten Fall handelt. Es geht aber davon aus, daß die Frage, ob eine Firmenbezeichnung irreführend fei, nach der Vertehrsauffaffung zu eutscheiben sei. Das DLG. München halt bagegen bie Berkehrsauffassung nicht für maßgebend, wenn fie vom Sprachgebrauch nach der oben angegebenen Begriffsbestimmung abweicht. Danach bestünde die Möglichkeit, daß beide Zentralgerichte bei gleichem Sachverhalt einander widersprechende Entscheidungen erlassen. Damit ist der Fall des § 28 Abs. 2 FGG. gegeben. Das DLG. in München will aber auch von der Entid. des RG.: RGZ. 127, 77 = JW. 1930, 2701 abweichen. Dort ist ausgesprochen, daß für die Frage, ob eine Firma i. S. des § 18 Abs. 2 HBB. irreführend ist, die Verkehrsauffassung maßgebend fei.

Hiernach ist das NG. zur Entsch. über die an sich zulässige weitere Beschw. berufen.

III. Der Senat kommt zu bem Ergebnis, daß an seiner bisherigen Rechtsauffaffung feftzuhalten ift. Auch der Sprachgebrauch entspringt aus der gleichen Wurzel wie die Verkehrs= auffassung. Er entsteht dadurch, daß diejenigen, die ein Wort gebrauchen, sei es, daß sie es aussprechen, sei es, daß sie es aufnehmen, damit einen bestimmten Sinn, eine bestimmte Borstellung verbinden, und daß diese Borstellung die in einem größeren oder fleineren Kreise der Bolksgenossen, den Angehörigen einer Sprachgemeinschaft, übliche ist. Sprachgebrauch wie Berkehrsauffassung oder Sitte oder Berkehrssitte (§ 157 BGB.) sind dem Wandel unterworfen. Der Sprachgebrauch des Bolles halt sich nicht immer und bauernd an den mit einem Borte bisher verbundenen Begriff. Auch wenn es sich um eine "Real"bezeichnung im Gegensatz zu einer Phantasiebezeichnung handelt, bei der bas DLG. in Münden nach seinem Vorlagebericht eine abweichende Berkehrsauffassung für unbeachtlich hält, ist ein Wandel des Sprachgebrauches nicht ausgeschlossen. Das DLG. München versteht unter einer Realbezeichung eine folde, bei der der Rame (die Firmenbezeichnung, der Firmenzusat) auf etwas hinweist, was an dem Namensträger durch Radichan als wirklich bestehend festgestellt werden kann. Aber gerade diese objektive Feststellbarkeit einer Tatsache ober einer Eigenschaft kommt im Sprachgebrauch wegen feiner Wandel barteit nicht immer gum Ausbrud. Die Bezeichnung "Lager" gibt da ein gutes Beispiel. Das zeigt fich bei zusammengesetten Worten, in denen das Wort Lager einen Bestandteil des Ganzen bildet. Unter Kohlenlager stellt sich der Berkehr nicht notwendig einen großen Lagerraum mit großen Vorräten, etwa für den Großhandel, vor, sondern versteht darunter auch den Lagerraum mit den üblichen kleinen Vorräten eines Kleinhändlers. Unter einem Bierlager (oder Bierniederlage) wird man aber nicht ben Borrat eines Schankwirtes für feinen Ausschank, sondern ben eines Biergroßhändlers verstehen. Auch das Wort Haus in Verbindung mit anderen ist in seinem Wortsinne und in der Berkehrsauffassung veränderlich. Es gibt tein Sprachgesetz, das eine solche Beränderung hindern könnte. Ahn= lich verhalt es sich bei dem Wort "Werk": Kalkwerk, Sägewerk, int Gegensatz zu Walzwerk, Stahlwerk. Hier regelt die Verkehrsauffassung den Sprachgebrauch. Der Sprachgebrauch kann nicht daneben als etwas Unveränderliches bestehen. Deshalb gibt der Sprachgebrauch, so wie er sich in der Bergangenheit einmal gebildet hat, teinen ftets branchbaren Magftab dafür ab, ob eine Firmenbezeichnung irreführend ift.

Aber auch der Zweck der Vorschrift des § 18 Abs. 2 HBB. läßt es geboten erscheinen, wie bisher die Verkehrsauffassung als maggebend anzusehen. Nach § 17 5GB. ist die Firma eines Raufmanns der Name, unter dem er im Sandel feine Geschäfte betreibt und seine Unterschrift abgibt. § 18 gibt im öffentlichen Interesse nähere Vorschriften über die Firmenführung. § 18 Abs. 1 stellt den Grundsatz der Firmenwahrheit auf. Abs. 2 er= ganzt diese Bestimmung, indem er mahrheitswidrige oder irreführende Zusätze zur Firma, insbes. solche verbietet, die zur Täuschung über Art und Umfang des Geschäfts oder die Ber= hältnisse des Geschäftsinhabers geeignet sind. Diese Vorschriften follen den Berkehr ichugen gegen Gefahren, die mit der Führung einer Firma verbunden find. Deshalb muß es auch auf die Verkehrsauffassung ankommen. Ihrem öffentlichen Zweck entsprechend sind die Bestimmungen nicht eng, sondern weit aufzufaffen. Es follen alle diejenigen geschütt werden, die mit dem Geschäftsinhaber unter deffen Firma in geschäftlichen Berkehr treten. Das sind vor allem die Kunden, die bei ihm Waren kaufen; aber nicht sie allein, sondern auch diejenigen, die ihm Waren liefern oder sonst im Zusammenhang mit seinem Betriebe mit ihm in Verfehr treten. Die Vorschrift des § 18 Abf. 2 hat auch eine wettbewerbliche Funktion. Wie die Bestimmungen des UnlWG. hat sie eine doppelte Aufgabe: die mit der Firma in Berkehr Tretenden, aber auch die Mitbewerber gegen unlauteres Geschäftsgebaren zu schützen. Ift die Bezeichnung im allgemeinen geeignet, die beteiligten Rreise irrezuführen, so ist die Unzulässigfeit nicht badurch ausgeschlossen, daß die Räufer nicht besonders auf den Zusatz achten. Es ist nicht erforderlich, daß tatfächlich Frreführungen vorgekommen sind oder daß fie beabsichtigt find; es genügt, daß der Busat gur Frreführung geeignet ift, wenn auch nur bei einzelnen Gruppen ber Beteiligten, wie etwa den Lieferanten, die auf schriftlichem Wege mit der Firma in Geschäftsberkehr treten. Legt man so die Bor= schrift ihrem Zwede entsprechend weit aus, so können Digbranche vermieden werden, ohne daß auf einen von der Bertehrsauffassung abweichenden Sprachgebrauch abzustellen ist.

In der Frage des Begriffes des Lagers tritt der Senat der Auffassung des DLG. München, die fich im wesentlichen mit der des AG. dedt, bei. Danach versteht der Berkehr, soweit sich nicht für bestimmte Geschäftszweige (wie beim Rohlen= handel) eine andere ithung herausgebildet hat, bei Bezeichnung eines Geschäftes als Lager ein solches, das nicht wie jedes andere einen Borrat hat, sondern deffen Borrat dauernd besonders ansehnlich ist. Kaffeelager bedeutet daher, daß der vorhandene Kaffeevorrat das Geschäft als den Durchschnitt überschreitend hervorhebt. Aus der 2. DurchfBD. zum Ges. vom 6. Juli 1934 (RGBI. I, 585) v. 22. Aug. 1934 (RGBI. I, 645) tann nichts für ben Begriff des Lagers i. G. bes allgemeinen Berkehrs entnommen werden. Benn in der BD. in Biff. 2 für die Berechtigung zum Berkauf von Waren aus Automaten der Begriff des Lagers als Boraussehung für die Berechtigung besonders umschrieben wurde, so erklärt sich das aus dem besonderen Zwed jener Bestimmung und ist für die hier zu entscheidende Frage ohne Belang (es follten nur diejenigen zum Berkauf aus Automaten zugelassen werden, die die Ware auch sonst vertreiben und zu diesem Zwede einen Vorrat am Lager haben). Die Bezeichnung Kaffeelager ift daher irreführend,

wenn der Raffeevorrat nach den gegebenen tatsächlichen Berhältnissen keine Hervorhebung verdient. Unter den gegebenen tatfächlichen Verhältniffen find dabei auch die örtlichen Verhältniffe und das Berhältnis des Raffeeumfages zu dem fonstigen Umsat bes Geschäfts zu berücksichtigen. Es liegt nichts dafür vor, daß sich im Raffeehandel eine von der allgemeinen Anschauung über den Begriff des Lagers abweichende Ubung entwidelt hat; insbef. nicht, daß der Ausdrud Raffeelager nur als Ausdruck dafür verftanden wird, daß in einem Geschäft auch Raffee im Kleinhandel verkauft wird. Dagegen spricht schon der Umstand, daß R. wie hunderte von anderen mit der ham= burger Firma I. & G. als Abnehmer in Geschäftsverbindung ftehenden kleineren Ginzelhandelsgeschäften ihren Firmen den Bufat "hamburger Raffeelager" gegeben haben. Sie wollten ihre Firma damit von anderen unterscheiden und durch den Firmenschutz erreichen, daß örtliche Mitbewerber den gleichen Bufat nicht machen dürfen.

Nach den tatsächlichen Feststellungen der Borinst. über die Art des Geschäftsbetriebes R.s., insbes. seine Kasseevorräte und deren Verhältnis zu seinem Gesamtumsatz ist der Zusatz, Handburger Kasseelager" geeignet, Verbraucher oder andere für den Geschäftsverkehr mit R. in Betracht kommende Personen über Art und Umsang des Geschäftes irrezusühren. Hiernach war die weitere Beschw. zurückzuweisen.

(RG., II. ZivSen., Beschl. v. 19. Ott. 1937, II B 9/37.)

Anmerkung: KG. (FG. 13, 59 = FW. 1985, 3164 11: "Zentrale") und die DLG. Karlsruhe (FG. 13, 55: "Kaffeelager") und Jena (JB. 1936, 944 36: "Kaffeelager") haben der liberalistischen Weitherzigkeit, die die Täuschungseignung i. S. des § 18 Abs. 2 BBB. jum Schaden der Verkehrssicherheit zu verneinen allzu bereit war, einen Damnt entgegengesett. Runmehr hat auch das RG. Gelegenheit gefunden, zu der Frage ber Täuschungseignung der Firmenzusätze Stellung zu nehmen. Es hat sich in dem Sonderfall "Raffee lager" für die stren gere Auffassung dabin entschieden, daß die Bervorhebung dieses Zusates in der Firma nicht auf irgendeinen Bor rat hinweift, wie ihn andere branchegleiche Geschäfte auch haben, fondern auf einen im Gegenfat zu den Vorräten der Konkurrenz besonders ansehnlichen Borrat: Die Hervorhebung "Kaffeelager" ift also firmenrechtlich täuschungsgeeignet i. S. des § 18 Abf. 2 BGB., wenn diese Boraussetzung fehlt. Das RG. stimmt hiernach mit den Ausführungen des Unterzeichneten in der Unm. gu JW. 1936, 944 30 und der Anficht des DLG. Karlsruhe (JFG. 13, 55) überein.

Streitig war bisher, ob für die Frage der Täusch ungseignung ber "Sprachgebrauch" ober die "Berkehrsanschauung" maßgebend sei; letterenfalls bestanden weiterhin Meinungsverschiedenheiten, ob die Berkehrsanschauung der "Sandelskreise" ober des "Publikums" alternativ (fo Baumbach: DJ3. 1934, 325 Nr. 5) oder beider kumulativ zu berücksichtigen sei. Crisolli (FB. 1934, 492) hielt sogar bei Gefahr der Täuschung einer "Minderheit" eine Täuschungseignung i. S. des § 18 Abs. 2 HBB. für gegeben. Ein Unterschied ist endlich zu konstruieren versucht worden zwischen "Bertehrsanschauung" und "Sittenwidrigkeit" (Arieger: DJ. 1934, 284; AG.: JB. 1934, 12474; hiergegen Groschuff: JW. ebda., Anm.). Das RG. sett sich zunächst über diesen Streit hinweg: "Sprachgebrauch wie Berkehrsauffassung oder Sitte oder Verkehrssitte (§ 157 BGB.) sind dem Wandel unterworfen ... Der Zwed der Vorschrift des § 18 Abs. 2 & BB. lätt es geboten erscheinen, wie bisher die Verkehrsauffassung als maggebend anzusehen." Dem ift an sich - mit einem bemnächst zu erörternden Borbehalt -zuzustimmen.

Das RG. betont sodann mit Kecht, daß "alle diejenigen geschützt werden sollen, die mit dem Geschäftsinhaber unter dessen Firma in geschäftlichen Berkehr treten", insbes. also die Lieseranten und die Kunden des Geschäftsinhabers. Es ist mithin nicht die Anschaung, die der Geschäftsinhaber vom Firmenzusat hat, sondern die Anschaung des Berkehrs, wie sie sich in Handelskreisen und im Publikum bildet, kunulativ zu berücksichtigen. Das KG. hat hier den Bedenken Rechnung getragen, die der Anterzeichnete gegen den vom DCG. Jena: JW.

1936, 944 30 aufgestellten Begriff "breite Masse bes Publikums" erhoben hat.

Nur in einem wesentsichen Bunkte vermist man leider nähere Richtlinien: nämlich in der Frage, wie die Berkehrsanschauung der Lieferanten und des Publikums fest aust ellen ist.

M. E. sind nur zwei Erkenntnismittel benkbar: 1. die eigene Sachkunde des Gerichts, 2. die Befragung der Standesorganisation der Handelskreise, insbes. der Industriesund Handelskammer.

Da aber liegt der Hafen. Angenommen, die Induha. begutachtete — dem Standpunkt des Beschwh. in obiger Entsch. entsprechend —, "der Ausdruck Kasseelager werde nur als Ausdruck dafür verstanden, daß in einem Geschäft auch Kassee im Kleinhanden, daß in einem Geschäft auch Kassee im Kleinhanden, daß in einem Geschäft auch Kassee im Kleinhander Unschlauften lediglich die Anschauung der Lieferantenkten Gestung kommen. Es ist nicht verständlich, wie die Induha. die Meinung der "Verbraucher" sollte abhören können, wenn nicht zufällig vereinzelte Beschwerden ihr zur Kenntnis gelangt sein sollten.

In der eigenen Sach funde des Gerichts, deffen Mitglieder nur als "Aunden" in Frage kommen, spiegelt sich andererseits die Anschauung der Berbraucherkreise wieder.

Wenn nun das Gericht das gedachte Gutachten ablehnen würde, weil Kleinhandelvertrieb oder evorrat kein "Lager" sei, so würde es die kritische Sonde des Sprachgebrauchs an die notwendig einseitige Verkehrsanschauung der Handelskreise legen.

Danach käme es also — im Gegensatzur Ansicht des RG. — boch auch auf den "Sprachgebrauch" an. Bei der Berkehrsanschauung der Handelskreise ist nur zu oft der Bunsch der Bater des Gedankens. Kumulative Berücksichtigung der Anschauung der Handelse und der Berbraucherkreise aber führt notwendig zur kumulativen Berücksichtigung der Berkehrseanschung und des Sprachgebrauchs. Im "Sprachgebrauch", der wie die Berkehrsanschauung nach den Borten des RG. dem Bandel der Zeiten unterliegt, drücksich die Berkehrsanschauung des Bolkes aus.

Der Richter ist Kind seiner Zeit, er macht also diesen Wandel unbewußt mit (vgl. Zusat; "Fabrit"). Er ist ferner als Jurist im Sprachgebrauch logisch geschult. Er ist endlich Repräsentant der Anschauung des Volkes, dem er lebensnah angehört. Indem er aus seiner Volksverbundenheit heraus sich des Erkenntnismittels der Logik von Auts wegen bedient, stellt er be wußt die Verkehrsanschauung der Handels= und Versbraucherkreise sest.

DAR. Groschuff, Berlin.

privates Verficherungsrecht

23. AG. — Eine private Krankenversicherungsgesellichaft ift verpflichtet, einer Berficherungsnehmerin die Roften ber Operation gur Beseitigung der Unfruchtbarkeit zu erstatten. †)

Der AI. ist mit seiner Ehefrau seit etwa zwei Jahren bei der beklagten Krankenversicherungsgesellschaft versichert. Bereinbart sind die neuen, sogenannten N-Bedingungen. Die Speleute hatten sich kurz der Bersicherungsbeginn verheiratet. Mes ein Jahr nach der Eheschließung die Spe noch kinderlos geblieden war, suchte die Ehefrau einen Frauenarzt auf; dieser riet zu einer Operation, um die vorhandene Steristät der Ehefrau zu beseitigen. Die Operation wurde vorgenommen. Der Al. verlangte im Rechtsstreit Erstattung aller durch die Operation entstandenen Kosten. Die beklagte Gesellschaft wünschte Klageabweisung und hielt sich nicht sür entschädigungspslichtig. Untreitig war noch, daß die Ehefrau des Al. i. J. 1933 eine Geschwusse mach versiche hatte; diese Eestwussek i. d. vie der Mehanptet und die Bekl. nicht bemängelt, schon vor Beginn des Versicherungsverhältnisse behoben.

Der Klageanspruch ist bem Grunde nach gerechtfertigt. iber die Höhe kann zur Zeit nicht entschieden werden. Doch kann jest ichon seitschen, das die Klageansprüche nicht in voller Höhe zuzubilligen sein werden, da nach den Bersicherungsbedingungen und dem maßgebenden Taris nicht alle entstandenen Kosten vergütet werden, sondern nur nach Maß-

gabe bes bereinbarten Tarifs; im übrigen ift auch anzunehmen, daß die Parteien sich, wenn bas Urteil rechtsträftig wird, über bie Sohe ber Entschäbigung vergleichen werben. Deshalb erscheint ein Zwischenurteil gemäß § 304 BBD. zwedmäßig. Bu bem Ausspruch, baß ber Rageanspruch bem Grunde

nach gerechtsertigt ist, führt solgende Erwägung. Daß der Begriff der Krantheit im privaten Versicherungs-recht ein anderer als im sozialen Versicherungsrecht ist, berührt die Entich. nicht. Es tommt auch nicht barauf an, ob das RBerial. in bem von bem Al. gitierten Urt. v. 13. Juni 1936 die Unfruchtbarteit von Chefrauen, auch ohne daß fie wesentliche Beschwerben verursacht, als eine Krankheit im Rechtssinne ansieht, wenn ihre Beseitigung durch ärztliche Behandlung mög-lich und im Interesse der Allgemeinheit erwünscht ist. Das Gericht ist an die Entsch. des RBersu. nicht gebunden. Es ist vielmehr ausschließlich von den hier maßgebenden Bersicherungs-bedingungen auszugehen. Hier handelt es sich um die neuen allgemeinen Versicherungsbedingungen der beklagten Bersiche rungsgesellschaft nach einem der sogenannten N-Tarife. Welcher von ben fünf N-Tarifen hier vereinbart ist, wird für die Entsch. bezüglich der Söhe der zu zahlenden Entschädigung von Interesse sein, ift aber für die jeht zu entscheidende Frage unerheb-lich, da die Bedingungen aller N-Tarife gleichsauten. Diese neuen Berficherungsbedingungen ber beflagten Berficherungsgesellichaft, die in gahlreichen Punkten von den alten Bersicherungsbedingungen berselben und insbesondere auch von den Normativbedingungen des Berbandes privater Krantenversicherungsunternehmungen burchaus mobern abweichen und infoweit in Deutschland einzig dastehen, bringen gerade in dem hier maggebenben § 15 eine wesentliche neuerung. Ge unterliegt feinem Zweisel, daß ber Unspruch bes Al. abzuweisen sein wurde, wenn die mit ben Normativbedingungen übereinstimmenben alten Bedingungen ber beklagten Berficherungsgefellschaft gelten würden. Hier soll nur furz darauf hingewiesen werben, daß sich in dem § 15 in der alten Fassung die Worte sinden "auch ohne Kenntnis des Versicherungsnehmers". Welche Bedeutung dies fat wied sich wied fat wied ist. dies hat, wird sich aus dem folgenden ergeben.

Krantheit im Ginne ber Bersicherungsbedingungen ist nach § 1 Abs. 2 ein nach ärztlichem Urteil anormaler torperlicher ober geistiger Zustand. Krankheiten find bemnach nicht nur die Krantheiten im engeren Sinne, sondern auch die Anomalien und törperlichen Fehler, ba auch diese anormale körperliche Buftande find. Ob auch Unfälle und die im § 15 Biff. 2 erwähnten Ber-letzungen als Rrankheiten im weiteren Sinne der Bedingungen angufehen find, ift hier nicht zu prufen.

Bersicherungsschut ist nach § 15 Ziff. 1 der Bedingungen ausgeschlossen bei Anomalien ober körperlichen Fehlern:

1. wenn die Anomalie oder der forperliche Fehler vor Beginn bes Berhältniffes ober bor Beendigung ber im § 13 genannten Wartezeiten bestanden hat und der Versicherte von dem Bestehen der Anomalie oder des körperlichen Fehlers Renntnis hatte, ober

2. wenn die Anomalie oder der forperliche Fehler mit Brantheiten in unmittelbarem urfächlichen Zusammenhang fteben,

für die eine Leistungspflicht nach § 18 nicht besteht. Ob die Sterisität einer soust gesunden Chefrau eine Anomalie oder ein forperlicher Fehler ift, fann unerortert bleiben, da beibe anormalen Körperzustände gleiche Bedeutung im Ginne ber Berficherungsbedingungen haben. Daß die Sterilität einer Frau ein anormaler törperlicher Zustand ist, wird wohl von teiner Scite bestritten werden konnen; dabei ist es unerheblich, ob nebenher förperliche Beschwerden bestehen oder nicht.

In dem zu 1 erwähnten Falle, der nach § 15 Ziff. 1 Leistungsfreiheit der Gesellschaft zur Folge hat, ist Kenntnis des Versicherungsnehmers unbedingte Voraussehung. Daß der Verschung sicherungsnehmer oder die versicherte Chefrau von dem Bu ftande der Sterilität bei Abschluß bes Berficherungsvertrages Renninis hatten, ift bon der beflagten Berficherungsgefellichaft nicht behauptet und auch nicht anzunehmen. Die beklagte Ber-sicherungsgesellschaft hat zwar die Gierstocksgeschwulft, die im Jahre 1933 bestanden hat, gelegentlich erwähnt, darans aber selbst keine Folgerungen gezogen, da sie selbst die Erklärung bes Kl. in dem Versicherungsantrage, die Geschwulft sei behoben, wiebergibt. Daher liegt auch der zweite Fall, der nach § 15 Liff. 1 Leiftungefreiheit bewirkt, nicht vor, ba die Unomalie mit ber bor Beginn bes Berficherungsvertrages borhandenen Geschwulft nicht in unmittelbarem Zusammenhang steht. Es fragt sich dann noch, ob etwa § 15 Ziss. 3 der Bersicherungsbedingungen vorliegt. Auch diese Frage ist zu verneinen. Nach § 15 Biff. 3 gehören nicht zu ben Leiftungen der Gesellschaft Kosten, die nicht unmittelbar zur Behebung von Krantheitszustanden notwendig find, insbesondere für Impfungen

und beren Folgen, für Sterilisierungen und beren Folgen, fur Beseitigung von Schönheitssehlern, für arziliche Gutachten usw. Belche Kosten nicht unmittelbar zur Behebung von Arankheitszuständen notwendig sind, ist in jedem Falle besonders zu entscheiden. § 15 Ziff. 3 gibt nur einzelne besondere Kosten beispielsweise an, gibt aber keine abschließende Aufzählung aller in Frage kommenden Kosten; die besonders erwähnten Kosten sind wenigstens zum Teil in die Bedingungen aufgenommen worden, weil nach den früheren Bedingungen, die vor mehreren Jahren galten, Streitsragen entstanden waren, so 3. B. bezüglich der Kosten für die Beseitigung von Schönheitsssehler. jür Sterilisserungen. In dem jetzigen Falle handelt es sich nicht um die Kosten einer Sterilisierung, sondern gerade im Gegen-teil um die Kosten für die Bescitigung eines sterilen Zustandes. Diese Rosten sind nicht besonders angeführt; bisher ift, soweit bekannt, noch niemals von einer Berficherungsgefellichaft Erstattung ber Kosten für die Beseitigung bes sterilen Bustanbes im Prozegwege geforbert worben.

Ob die Operation zur Behebung des stertlen Zustandes führen wird, läßt sich selbstverständlich nicht mit absoluter Sicherheit, auch nicht einmal mit einer gewissen Bahrscheinlichkeit sagen; das ist aber nicht anders als bei anderen Operationen, bei welchen auch häusig genug nicht gesagt werden kann, ob durch die Operation der trankhaste Austand behoben werden wird. Zedensalls hat der operierende Arzt unstreitig zur Operation geraten; er muß sid auch bavon überzeugt haben, daß die Rinderlofigteit ber Ehe des Rl. nur auf die Sterilität der Frau zurudzuführen ist und nicht etwa am Rl. felbst liegt; er hatte sonst sicher nicht die Operation vorgenommen; er hat fie vorgenommen, weil er, wie jeder Operateur, geglaubt hat, durch die Operation den gewünschten Erfolg zu erreichen. Auch ohne Bernehmung des operierenden Arztes kann daher ohne weiteres angenommen werden, daß die Operation unmittelbar gur Behebung des sterilen Zustandes notwendig gewesen ift. Die daburch entstandenen Kosten sind deshalb von der bettagten Bersicherungsgesellschaft zu erstatten.

(AG. Schöneberg, Urt. v. 21. Oft. 1937, 33 C 1292/37.)

Anmerfung: Die private Krankenversicherung, vor bem Kriege noch unbebeutend, hat jeht einen Bestand von mehr als 8 Millionen Bersicherten. Das BBG. enthält noch feine Bor-schriften über die private Krankenversicherung; fürzlich hat der Ausschuß für das Bergicherungswesen der Atademie für deutsches Recht vorgeschlagen, das Recht der privaten Kranken-versicherung als neuen besonderen Abschnitt in das BBG. einzubauen. Der Berband der privaten Krankenversicherungsunternehmungen hat Normativbedingungen (unter Berücsichtigung ber allgemeinen Borschriften des VBC) erlassen, die die Erundslage für die Allgemeinen Bersicherungsbedingungen der verschiedenen Gesellschaften bilden. Von diesen weichen die Bedingungen einer Aktiengesellschaft (nach den Tarisen NI—5) wesentlich ab, insbesondere in der Frage nach ben sogenannten "alten Leiden". Alte Leiden find die bei Beginn bes Bersicherungsvertrags (bzw. bei Ablauf der Wartezeit) bereits borhandenen Krantheiten, Anomalien und körperlichen Fehler. Nach der herrschenden Ansicht sind die Normatingungen und mit ihnen die Allgemeinen Bersicherungsbedingungen dahin auszulegen, daß das objektive Borhandensein ber Krankheit, ber Anomalie oder des forperlichen Fehlers genügt, um die Gesellschaft von der Leiftungspflicht zu befreien. Die Bedingungen nach ben fogenannten N-Tarifen weichen hiervon bewußt gen nuch den sogenunnten Arkursen werden getoden dewocht ab; es genügt nicht das objektive Vorhandensein des körpersichen Fehlers; der Versicherte nuß davon auch Kenntnis zur Zeit des Vertragsabschlusses (bzw. Ablaufs der Wartezeit) gehabt haben. Dieser Unterschied in den Berzicherungsbedinsen gungen ift von wesentlicher Bedeutung bei ber Entscheibung der Frage, ob die Roften der Operation gur Beseitigung ber Unfruchtbarkeit zu erstatten sind MGR. Dr. Schaefer, Berlin.

Reichsjagdgeset

** 24. AG. — RJagdG. (PrJagdG.); § 839 BGB.

I. Chenfo wie die ärztlichen Chrengerichte und die für die Rechtsanwälte bestehenden Chrengerichte üben die Jagdehrengerichte nach dem BrJagdB., wie auch die Ehrengerichte nach dem Ragde. innerhalb der Grenzen ihrer Zuftandigkeit traft staatlicher Autorität und Berleihung nach ihrer freien überzeugung in einem den Formen bes Strafprozeffes nachgebildeten Berfahren richterliche Strafgewalt gegen die Angehörigen ihres

Standes aus. Sie find reichsgesestlich zugelassene besondere Gerichte und in dem ihnen zugewiesenen Geschäftstreise Organe der Staatsgewalt. Ihre Sprüche können also nicht im Rechtswege vor den ordentlichen Gerichten bekämpft werden.

II. Der Provinzjägermeister wird bei der Auslibung des Bestätigungsrechts nicht als Richter, sondern als Verwaltungsbehörde (§§ 6 Abs. 7, 8 PrzagdG.) tätig. Ebenso handelt der Reichsjägermeister oder der Gaujägermeister, wenn sie nach § 59 MzagdG. den Spruch des Zägerehrengerichts bestätigen oder zum Zwede der nochmaligen Entsch. durch ein anderes Ehrengericht ausheben, nicht als übergeordnetes Ehrengericht, sondern als Verwaltungsbehörde kraft Aussichtsrechts. Die Vestätigung des Spruches eines Zägerehrengerichts ist nicht i. S. des § 839 Abs. 2 Sat 1 BGB. ein "Urteil in einer Nechtssache", so daß dem Provinzjägermeister die angesührte Sonderschrift des BGB. nicht zustatten kommt.

Der Ansicht, daß keineswegs Handlungen, die vor dem 311streten des BrJagdG. begangen worden sind, der ehrengestichtlichen Beurteilung unterworsen werden könnten, kann nicht beigestimmt werden. Amtspflichtverletung des Provinziägersmeisters bei Bestätigung und Entziehung des Jagdicheins.

Der Kl. hatte von der B.schen Kentkammer in B. die Jagd in einem Jagdbezirk gepachtet. Er war Inhaber eines Jagdscheins und wurde daher mit dem Inkraftkreten des Przagds. v. 18. Jan. 1934 (SS. 13) nach dessen S Mitglied des Landesverbandes der preußischen Jäger. Wegen Vorkommnisse aus dem Jahre 1933 hat auf Anzeige der Rentkammer das Ehrengericht Rheinprovinz im Landesverband preußischer Jäger am 6. Febr. 1935 gegen ihn auf Grund mündlicher Berzhandlung solgenden Spruch gefällt:

"Der Beschuldigte wird wegen unweidmännischen Berhaltens zu einer Geldbuße von 1000 AM und zu den Kosten des Bersahrens verurteilt. Der für das laufende Jagdjahr erteilte Jagdschein wird ihm entzogen. Ferner wird ihm die Signung zur Filhrung eines Jagdscheins bis zum 1. April 1937 aberkannt. Der vorstehende Spruch soll in den amtlichen Verkündungsblät-

tern beröffentlicht werden."

Der Probinzjägermeister für die Rheinprodinz hat den Spruch bestätigt, die Bestätigung dem Al. bekanntgemacht und den Spruch und die Bestätigung außerdem der Rentkammer zugestellt. Auch hat er den Spruch in den Zeitschriften "Der Deutsche Zäger" in München, jest "Deutsche Jage" in Kendamm, und "Wild und Hund" in Berlin veröffentlichen lassen.

Der Al., der die Geldstrafe und die Versahrenskosten besahlt hat, macht geltend, die ihm gegenüber getroffenen Maßnahmen seien unzulässig gewesen, der Prodinziägermeister habe dies erkennen und daher die Vestätigung des Spruches versagen müssen.

Durch die gesetwidrigen Magnahmen sei er erheblich gesichädigt worden.

Der Al. hat beantragt,

- 1. die beklagte Deutsche Jägerschaft, vertreten durch den Reichsjägermeister, zu verurteilen, anzuerkennen, daß das Urteil des Ehrengerichts der Rheinprovinz im Landesverband der preussischen Jäger gegen ihn vom 6. Febr. 1935 und seine Bestätigung durch den damasigen Provinzs (heutigen Gaus) Jägermeister wie auch die Bekanntmachung des Urteils in den Verstündungsblättern des ehemasigen Landesverbandes der preußissichen Jäger und die Zustellung des Urteils an die V.sche Kentstammer gesehwidrig seien,
 - 2. die Bekl. zu verurteilen, an ihn 6100 RM zu zahlen,
- 3. festzustellen, daß die Bekl. verpflichtet sei, ihm auch allen weiteren Schaden zu ersetzen, der ihm durch die Bestätigung des Arteils usw. entstanden sei und noch entstehe,
- 4. ihn zu ermächtigen, den erkennenden Teil dieses Urteils in den Berkundungsblättern der Bekl. bekanntzumachen,
- 5. die Bell. zu verurteilen, den ertennenden Teil biefes Urteils der Rentkammer befanntzugeben.

Das LG. wies die Klage ab. Das DLG. hat die Berufung zurückgewiesen. Das KG. hat die Rev., soweit die Klageanträge zu 1, 4 und 5 in Betracht kommen, zurückgewiesen. Im übrigen verwies das KG. die Sache an das BG. zurück.

I. Die Klage wird auf § 839 BGB. i. Berb. m. Art. 77

EBBBB. und § 4 BrStaatshaft. v. 1. Aug. 1909, richtiger auf § 839 BBB. i. Berb. m. Art. 131 WeimBerf. geftust. Der Probingjägermeifter foll burch bie Bestätigung bes am 6. Febr. 1935 bom Ehrengericht der Rheinproving im Landesverband der prengischen Jäger gefällten Spruchs dem Rl. gegenüber eine Amtspflicht verlett und baburch dem Rl. Schaben zugefügt haben. Mit den Klagcanträgen verfolgt der Kl. die Beseitigung des ihm angeblich entstandenen Schadens. Daß die Deutsche Jägerschaft als Rechtsnachfolgerin des Landesverbandes der preußischen Jäger, wenn eine Umtspflichtverletung des Provinzjägermei fters in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt porlicat, für den entstandenen Schaden auftommen muß, ist nicht streitig. Mit Recht aber haben die Borderurteile für die Rlageanträge 1, 4 und 5 die Zuläffigkeit des Rechtswegs verneint, freilich das DLG. hinsichtlich der Antrage 4 und 5 nur insolveit, als mit ihnen die Beröffentlichung und die Bekanntgabe der zu 1 verlaugten Eutsch. begehrt wird; im übrigen halt das DLG. diese Anträge für zulässig, weil mit ihnen nichts anderes als die Beseitigung der nach der Behauptung des Ml. entstandenen Schadensfolgen erftrebt werde. Diefer Ginschränfung kann nicht beigepflichtet werden, vielmehr ift der Rechtsweg für die mit den Antragen 1, 4 und 5 verfolgten Ansprüche ohne Einschränkung unzulässig.

Der Landesverband der preußischen Jäger wurde durch das BrJagdG. v. 18. Jan. 1934 (GS. 13) für das ganze preußische Staatsgebiet als eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit eigener Standesgerichtsbarkeit geschaffen (§§ 8, 82 bis 89 des Gesetes). In ihm wurden fraft staatlichen Zwanges (§ 8 Abs. 1 Sat 1) alle Inhaber ber in Breugen gelöften Jahresjagdicheine zusammengefaßt. An der Spitze stand als Führer der vom Pr MinPräs. ernannte Landesjägermeister (§§ 8 Abs. 2, 6 Abs. 1). Dieser ernaunte die Provinzjägermeister (§ 6 Abs. 2), die wie derum die Kreisjägermeifter zu ernennen hatten. Dem Proving jägermeister stand als beratendes Organ der Provinzjagdrat zur Seite (§ 6 Abf. 5). Ein Chrengericht war bei jedem Proving jägermeister einzurichten (§ 82 Sat 2). Die Aufgaben der Ehren gerichte, die guläffigen Strafen und ihre Voraussetzungen und die wesentlichen Verfahrensvorschriften waren im Gesetz selbst (§§ 82 bis 88) festgelegt. Die nähere Regelung, insbes. die Aus gestaltung des Verfahrens war durch den Abschn. 14 der Ausf Beft. v. 24. Febr. 1934 (GS. 75) und die bom Min Braf. ge nehmigte, auf Grund ber §§ 7, 83 bom preußischen Landesjäger meister erlassenen Satung bes Lanbesberbandes bom gleichen Tage erfolgt. Der Abschn. 2 biefer Satung enthält die Ehrengerichtsordnung (EGD.). Aus ihr mag hier wegen der Zusammensehung des Ehrengerichts und seiner Stellung der § 19 wiedergegeben werden. Er lautet:

"Das Ehrengericht besteht aus brei Richtern, nämlich dem Borschen, der zum ordentlichen Richteramte oder zum höheren Berwaltungsdieust befähigt sein soll, und zwei Beisitzern. Die Mitglieder des Ehrengerichts und ihre Stellvertreter sind vom Prodinzjägermeister seweils für die Dauer von drei Jahren zu ernennen. Im Bedarfssalle können mehrere Ehrengerichte bestellt werden. Zu Mitgliedern des Ehrengerichts können nur Berbandsmitglieder ernannt werden.

Die Ehrenrichter sind in ihren richterlichen Handlungen unabhängig und nur dem Gesetz und der Satzung des Landesverbandes der preußischen Jäger unterworfen."

Wie aus diesen und den übrigen versahrensrechtlichen Bestimmungen solgt, ist das Versahren den allgemeinen Rechtssätzen der StPO. und dem GVG. nachgebildet worden. Eine besondere Stellung nahm im ehrengerichtlichen Jagdversahren nach dem PrJagdV. der Prodinzjägermeister ein. Er war nicht nur Anklagebehörde (§§ 6 Abs. 7, 7 PrJagdV., §§ 17, 18, 21 der Sahung des Landesverbandes), sondern bei ihm lag auch in der Regel die Entsch. darüber, ob der auf Strase lautende Spruch des Ehrengerichts bestätigt und damit endgültig und vollstreckbar werden sollte (§ 87 PrJagdV., § 23 Ubs. 2 der Sahung des Landesverbandes). Schließlich lag ihm auch nach § 83 Abs. 2 des Gesches die Vollziehung des Spruches ob. Nur wenn auf dauernde Entziehung des Jagdscheins erkannt war, bedurste der Spruch der Bestätigung durch den Landesjägermeister (§ 87 Ubs. 2 des Gesehes).

hierans ergibt fich, daß nicht nur das Jägerehren = gericht eine staatliche Behorde war, die auf Antrag einer Bermaltungsbehörde, des Provingjägermeifters, tatig wurde, sondern daß auch der Provingjägermeifter mit staatlicher Zwangsgewalt ausgestattet war. Die den Jägerehrengerichten übertragenen obrigkeitlichen Berrichtungen gehören dem Gebiete der Ripr. an. Dies gilt fowohl fur die Jagdchrengerichte nach bem BrJagdo. wie auch fur die Ehrengerichte nach dem RJagdG. (§§ 53, 54, 56 ff. RJagdG.). Ebenjo wie die ärztlichen Ehrengerichte und die für die Rechtsanwälte bestehenden Ehrengerichte (vgl. RGB. 138, 57 mit Nachweisen = 39B. 1933, 1256 10 m. Anm.) üben fie innerhalb ber Grenzen ihrer Buftandigfeit fraft ftaatlicher Autoritat und Berleihung nach ihrer freien Uberzeugung in einem ben Formen bes Strafprozesses nachgebildeten Berfahren richterliche Strafgewalt gegen bie Angehörigen ihres Standes aus, denen eine Berlegung ihrer Standespflichten gur Laft gelegt wird. Gie find reichsgefetlich jugelaffene besondere Berichte gemäß \$\$ 13, 14 BBG. und in dem ihnen zugewiesenen Geschäftstreise Organe der Staatsgewalt, der Juftighoheit. Ihre Spruche tonnen alfo nicht im Rechtswege bor ben orbentlichen Gerichten befampft werden (§§ 13, 17 GBG.). Demgemäß ift es auch nicht gulaffig, bor ben ordentlichen Berichten bie Feftftellung gu begehren, daß ber Spruch eines Jägerehrengerichts und feine Beftätigung, feine Befanntmachung und feine Buftellung gefeteswidrig feien. Es handelt fich nicht nur bei bem Spruche felbft, fondern auch bei feiner Beftätigung, feiner Buftellung und feiner Bollftredung um Amtshandlungen hoheitsrechtlicher Art, alfo um Staatshoheitsatte. Bur Bornahme oder Unterlaffung folder Untshandlungen durfen aber Gerichte ebenjowenig wie Bermaltungsbehörden im ordentlichen Rechtswege angehalten werden (RG3. 138, 57 und die dort angeführten Entich). Ebeniowenig fann baber im ordentlichen Rechtswege barauf geklagt werden ben durch Strafe bes Ehrengerichts betroffenen Jager ju ermächtigen, in ben amtlichen Bertundungsblättern bes Landesverbandes der prengischen Jager oder in sonstigen Blattern Urteile mitzuteilen oder bem Jagdverpächter (hier der Rentfanimer) zustellen gu laffen, die aussprechen, bag ber Spruch bes Sagbehrengerichts ober feine Beftatigung gefetwidrig feien. Das folgt icon daraus, daß folde Urteilsausiprüche den ordentlichen Gerichten nicht gufteben und affo bon ihnen nicht erwirkt werden tonnen, weil barin eine unguläffige Einmischung in die ftandesgerichtliche Ripr. ber Jagergerichte und die amtliche Buftandigteit und Tatigteit einer Berwaltungsbehörde, des Provingjägermeifters, liegen wurde. Eine folche Einmischung liegt aber nicht nur bor, wenn auf Bornahme oder Unterlaffung ober Widerruf von Umtshandlungen geflagt wird, sondern auch dann, wenn begehrt wird, fie für gefetwidrig gu ertlaren. Gine Berfcharfung eines folden unzuläffigen Begehrens bedeutet es aber, wenn darnber hinans vor ben ordentlichen Berichten noch die Buerkennung ber Befugnis erftrebt wird, den Ausspruch über die Gejegwidrigteit des Spruches eines Jagerehrengerichts und feiner Bestätigung burch den Provingjagermeifter in Blattern und durch Buftellung an ben Jagdverpächter befanntgeben zu dürfen. Wie der Genat wiederholt ansgesprochen hat (RB3. 150, 140, bes. 143 mit Rachweis = 328. 1936, 1593 i m. Anm.), tann eine Befugnis zur Einmischung in Die Buffanbigfeit von Sondergerichten ober Ber= waltungsbehörben auch nicht aus § 249 BBB. hergeleitet werden, vielmehr tonnen die ordentlichen Berichte den dort ausgesprochenen Brundfat, daß Chadenserfat regelmäßig durch herstellung bes Buftandes gu leiften ift, der ohne den gum Erfat verpflichtenden Umftand bestehen murde, nur fo weit verwirklichen, als ihre Befugniffe uberhanpt reichen. Läßt fich bie Beseitigung bes entstandenen Schabens und die Berhutung weiteren Schabens nur burch Amtshandlungen erreichen, werden diefe aber nicht borgenommen, fo tann nur auf Schadenserfat durch Gemahrung eines wirticaftlichen Ausgleichs geflagt werden. Das verfennt die Rev., wenn sie geltend macht, bie Antrage 1, 4 und 5 hatten bie Weststellung bezwedt, daß bie Befl. fich bem Rl. gegenüber nicht auf ben Spruch bes Ehrengerichts folle berufen burfen, biefer

nämlich im Verhältnis zwischen dem Kl. und der Bekl. nicht gelte. Der Spruch des Ehrengerichts und die Bestätigung durch den Prodinziägermeister sind eben, auch im Verhältnis des Kl. zur Bekl., als bestehend und verbindlich hinzunehmen, solange nicht etwa im Gnadenwege Austebung ersolgt. Deshalb geht auch die versahrensrechtliche Küge sehl, daß der Bern. nach § 139 ZPD. auf die Stellung sachdienlicher Anträge habe hinzwirken müssen. Es kommt hinzu, daß bereits das LG. die Anträge 1, 4 und 5 abgewiesen hatte, weil insoweit der Kechtsweg unzulässig sei. Unter diesen Uniständen kam eine Pflicht des BG., auf Stellung sachdienlicher Anträge hinzuwirken, um so weniger in Frage, als die allein zulässigen Anträge Kr. 2 und 3 in der BerInst. gestellt waren. Die Abweisung der mit den Anträgen 1, 4 und 5 versolgten Ansprücke ist also unter dem Gesichtspunkt der Unzulässigkeit des Rechtsweges ausrechtzuerhalten.

II. Sinsichtlich ber Antrage 2 und 3 ift ber Rechtsweg zuläffig Mit biefen Unträgen wird Schabenserfat und bie Feftftellung begehrt, daß die Betl. auch den weiter entstehenden Schaden erfegen muffe, ber barauf gurudguführen ift, bag ber Provingiagermeister unter Berletjung einer ihm dem M. gegenüber obliegenden Amtspflicht ben Spruch bes Jägerehrengerichtes bestätigt, vollstredt und bekanntgegeben hat. Die RI. wird insoweit auf § 839 BGB., §§ 6, 7, 8, 87, 88 PrJagdG. i. Berb. m. Art. 131 BeimBerf. geftüht. Der Spruch bes Ehrengerichts wurde erft vollftredbar, wenn ihn ber Provingjagermeister bestätigte (§ 87 Abs. 2 Cat 2 Br Jagd .). Bu bem 3 wed hatte der Brovingjägermeifter den Spruch gu überprufen. Denn er tonnte ihn, falls er ihm unbillig oder mit dem Bejet nicht vereinbar ericien, mildern ober aufheben und bie Entid. durch ein anderes Ehrengericht anordnen (§ 87). In letterem Falle wurde der neue Spruch des Ehrengerichts ohne Beftatigung endgültig und vollstredbar. Gin Rechtsmittel mar gegen bie Entich, bes Provinziagermeifters nach § 7 Abf. 2 nicht ftatthaft.

Die Rev. meint, der Provinzjägermeifter werde bei der Bestätigung richterlich tätig. Das trifft nicht gu. Denn ber Brovingjägermeister war nicht Rechtsmittelinstang, er wurde bei Wahrnehmung der Befugniffe des § 87 nicht als übergeordneter Richter im Rechtsmittelverfahren gegen den Spruch des Chrengerichts tätig, sondern in feiner bereits erwähnten Gigenschaft als Berwaltungsbehörde (§§ 6 Abs. 2, 8 PrJagdG.) in Ansübung der ihm bom Gefet übertragenen Aufsichts-, Berfolgungs- und Vollstredungsbefugnisse (§§ 8, 82 ff. BrJagol., §§ 15 ff. EGD.), die dem Zwede bienten, die Mitglieder des Landesverbandes zu ehrliebenden, weibgerechten Jagern zu ergieben und strafbare oder ehrenwidrige Bandlungen zu ahnden. Wie § 23 Abf. 2 EGD. flarftellt, tam die Anordnung ber Enifch. durch ein anderes, bom Landesjägermeifter gu beftimmendes Ehrengericht in Frage, wenn nach Anficht bes zur Bestätigung Berechtigten Freisprechung ober eine hohere als die erkannte Strafe angebracht erschien. Das RJagb., das das BrJagde. abgeloft hat, hat deffen Beftimmungen über die Beftätigung und Bollftredung ehrengerichtlicher Gpruche übernommen, jedoch unter Fortlaffung bes Strafmilberungsrechts (§ 59 RJagdG.). Der nach dem RJagdG. gur Bestätigung Berufene tann alfo ben Spruch bes Ehrengerichts nicht milbern, sondern ihn nur bestätigen ober ganglich aufheben. Das Recht, die erkannte Strafe gang ober jum Teil zu erlaffen, ift als Musübung der Gnadenbefugnis von dem dafür allein zuständigen Führer und Reichstanzler durch Erl. v. 15. Aug. 1936 (RGBI. I, 705) mit dem Recht der Beiterübertragung dem Reichsjägermeister im Einvernehmen mit dem RIM. übertragen worden. Die Bestimmungen über die Bestätigung und die Bollftredung haben ihr Borbild in ben Boridriften ber Milet BD. Diefe tannte bereits in ber Fassung bom 1. Dez. 1898 (RGBI. 1189) das Bestätigungsrecht, und zwar ein zweisaches. Die Bestim-mungen der §§ 416 ff. handelten von der Bestätigung der militärgerichtlichen Urteile, die durch ein ordentliches Rechtsmittel nicht mehr anfechtbar waren, alfo ber im Friedensverfahren ergangenen Urteile. Diese waren mit ber Bestätigungsorber gu berfehen, die zum Ausbrud zu bringen hatte, daß das Urteil rechtsträftig geworden und, soweit es auf Berurteilung lautete, ju vollftreden fei. Richt erft bie Beftätigungsorder machte alfo das Urteil rechtskräftig, die Rechtskraft trat vielmehr ichon ein. sobald das Urteil durch ein ordentliches Rechtsmittel nicht mehr anfechtbar war; die Bestätigung brachte nur jum Ausdrud, daß Rechtstraft borlag, und enthielt zugleich die Beisung bes Gerichtsherrn, es zu vollstreden. Bu unterscheiden von bieser Bestätigung war die sogenannte Feldbestätigung friegsgericht= licher Urteile. Gegen die im Felbe oder an Bord ergangenen Urteile fand nämlich nach § 419 MilSt O. weder bas Rechtsmittel der Berufung noch das der Reb. ftatt. Gie wurden aber nach § 420 erft durch die Beftätigung rechtsträftig und vollftredbar. Der für die Bestätigung zuständige Befehlshaber fonnte die Bestätigung versagen und unter Aufhebung des Urteils ein neu gu berufendes Gericht mit ber Aburteilung der Sache betrauen (§§ 420, 432). Das Urteil unterlag also ber Rachbrufung durch den zuständigen Befehlshaber. Das Beftatigungsverfahren war mithin in gewiffem Sinne Erfat für bas fehlende Rechtsmittelverfahren, tam diesem jedoch nicht gleich. Denn das im Falle der Aufhebung neu erkennende Gericht war an die rechtliche ober militardienstliche Auffassung bes auf hebenden Befehlshabers nicht gebunden. Diefer entschied über die Bestätigung oder Aufhebung aber erft nach Bernehmung bes Angekl. und bei den schwereren, im Gefetz genannten Strafen nur nach Begutachtung durch einen richterlichen Militärjustizbeamten oder einen zum Richteramt befähigten Be-amten oder Offizier. Das Bestätigungsrecht wurde nach den Motiben und den Kommiffionsberichten zur MilStGD. als Ausfluß der Kommandogewalt des Gerichtsherrn, jedoch als Beanadigungseinrichtung aufgefaßt.

Die neue MilStGD. i. d. Fass. v. 29. Sept. 1936 (MGB1. I, 751) hat die früheren Bestimmungen im wesentlichen übernommen. Die Bestätigung und Aushebung der Felds oder Bordurteile ist in den §§ 380 ff. geregelt. Fortgefallen ist die Bestätigung der Friedensurteile (§§ 411 ff.), doch werden auch sie nur auf Anordnung des Gerichtsherrn vollstreckt.

Richt zu vergleichen mit der Bestätigung kriegsgerichtlicher Urteile ist die Entsch., die nach der BD. über die Ehrengerichte der Offiziere im preußischen und baherischen Heere v. 20. Mai 1874 und 15. Juli 1910 bzw. sur Bapern 31. Aug. 1874 und 27. Febr. 1911 dem obersten Kriegsherrn oder dem Kriegsministerium zustand. Wie die Bestimmungen unter Nr. 60 dieser Berordnung ergeben, kam im ehrengerichtlichen Bersahren über Offiziere dem Spruche des Ofsiziersehrengerichts nur die Bedeutung eines Gutachtens zu; die alleinige Entsch. lag beim obersten Kriegsherrn oder dem Kriegsministerium, ohne daß diese an den Spruch des Ehrengerichts gebunden gewesen wären.

Das Bestätigungsrecht, wie es § 87 d PrJagdG. regelt, weicht von dem Bestätigungsrecht gegenüber Feld- und Bord urteilen baburch ab, daß es die Befugnis einschließt, ben Spruch bes Ehrengerichts zu milbern, mahrend es im übrigen jenem Bestätigungsrecht entspricht. Dieses Milberungsrecht tann nur als die übertragung einer Bnadenbefugnis aufgefaßt werden. Denn der Provingjagermeifter wird bei der Ausübung des Bestätigungsrechts nicht als Richter, sondern als Berwaltungsbehörde (§§ 6 Abs. 7, 8 PrJagdG.) tätig. Ebenso handelt der Reichsjägermeister oder der Gaujägermeister, wenn sie nach § 59 RJagow. ben Spruch bes Jagerehrengerichts bestätigen ober zum Zwede der nochmaligen Entsch. durch ein anderes Chrengericht aufheben, nicht als übergeordnetes Ehrengericht, sondern als Berwaltungsbehörde kraft Aufsichtsrechts. Das tommt bor allem dadurch zum Ausdruck, daß das neue mit der Sache befaste Chrengericht nicht an die Auffassung des betreffenden Jägermeifters gebunden ift, vielmehr felbständig auf Grund des zu ermittelnden Tatbestandes seinen Spruch zu fällen hat (vgl. § 87 Abf. 3 San 2 PrJagdol.). Es tann hiernach insbes. feine Rebe bavon sein, daß die Bestätigung bes Spruches eines Jägerehrengerichts i. S. bes § 839 Abf. 2 Sat 1 BBB. ein "Urteil in einer Rechtsfache" fei und alfo bem Provinzjägermeister die angeführte Sondervorschrift des BBB. zuftatten kommen muffe. Bon einem Urteil in einer Rechtssache tann nur dann die Rede fein, wenn eine Sachentscheidung in ber äußeren Form eines Urteils im prozestechnischen Sinne ber Bezeichnungsweise der StBD. oder BBD. oder öffentlicher Berfahrensvorschriften ergeht (RBB. 116, 90, besonders 93

IN. 1927, 1250, 2625; RGB. 138, 6 ff. — JW. 1933, 601°). Der Provinzjägermeister aber war, wie bereits dargelegt, kein Gericht, sondern eine Berwaltungsbehörde, die Bestätigung des Spruches durch ihn bedeutete lediglich eine einseitige Verwaltungsnahmahme. Dah sie nicht die Eigenschaft eines Urteils besitht, kommt darin zum Ausdruck, dah § 87 des Gesches den Ausdruck "Urteil", "Spruch" oder eine ähnliche Bezeichnung vermeidet, dafür nicht, wie für den Spruch des Ehrengerichts, eine mündliche Verhandlung und die Zuziehung eines Verteidigers vorgesehen ist und das Vestätigungsrecht entfällt, wenn nach Aushebung des ehrengerichtlichen Spruches ein anderes Ehrengericht in der Sache entscheidet, nämlich dann nach § 87 Abs. 3 Sac 2 der Spruch des Ehrengerichts ohne Vestätigung endgültig und vollstreckbar ist.

Eine Umtspflichtverletung bes Provinzjägermeifters bei Bestätigung des ehrengerichtlichen Spruches nehmen ber Rl. und ber BerR. junachst an, weil die Sandlungen des RI., in benen das Ehrengericht ein unweidmännisches Berhalten erblidt hat, bor dem Intrafttreten des PrJagd. liegen. Der BerR. meint, solche Handlungen hätten ber Ahndung durch das Ehrengericht nicht unterlegen, weil sich das PrJagd. teine Rüdwirkung beimesse. Zur Abweisung der Klage ist er insoweit gekommen, weil er einen entschuldbaren Rechtsirrtum bes Provingjägermeisters annimmt. Die Berneinung ber Fahrlässigkeit würde teinem rechtlichen Bedenten unterliegen. Indeffen fann der Auffassung des BerR., daß die bor dem Infrafttreten bes BrRagdes, liegenden Sandlungen nicht ehrengerichtlich hätten geahndet werden können, nicht beigetreten werden. Ziel und Bwede des PrJagd. und ber bazu ergangenen EGD. nötigen zu der gegenteiligen Auffassung. Wie bereits hervorgehoben wurde, ist der Landesverband der preußischen Fäger eine zwangsweise Standesgemeinschaft. Seine Mitglieder sollen zu chrliebenden, weidgerechten Jägern erzogen werden (Vorfpruch und § 8 PrJagde.). Die Ehrengerichte sollen alle Stanbesfragen, die sich aus dem im Gesetz und im § 9 der Satzung niedergelegten Pflichtentreis ber Berbandsmitglieder ergeben, feststellen und aburteilen. Alls Berletung ber genannten Pflichten gilt neben strafbaren Sandlungen unwürdiges ober ehrenwidriges Verhalten wie auch ein vorfätliches Sandeln gegen die Berbandsintereffen (§§ 15 ff. EGD.). Richt weidgerechte Jager follen im Berband ber preußischen Jager nicht gebulbet, sondern ausgeschlossen werden (§ 24 BrJagow.). Demgemäß besaat der Borspruch des Gesetes, daß die Bege und Pflege des Wildes, die Erhaltung eines artenreichen, in seinen einzelnen Studen fraftigen und gefunden Bilbstandes von angemeffener Bahl und die Sorge für eine weidgerechte Jagdausübung Aufgabe bes Staates feien und ber Erfüllung biefer Aufgabe bas Gefet dienen wolle. Nach den AusfBest. b. 18. Jan. 1934 zu § 8 mußte jeder Jagdicheininhaber in Breugen bem Landesverband der preußischen Jäger angehoren und trat an die Stelle ber gahlreichen, in früherer Zeit entstandenen und noch bestehenden Jagdvereine die Einheitsorganisation, die in Zukunft allein entscheidend fein soll für die Erziehung des Jägers. Abf. 2 a. a. D. hebt bagu noch herbor, daß unter dem neuen Jagdgesetz für die gablreichen bestehenden jagdlichen Einzelvereine und Berbande nunmehr tein Raum mehr fei und erwartet werbe, daß sie sich im Interesse ber Bereinheitlichung alsbald selbst auflöften. Im Abs. 3 wird als Aufgabe des Landesverbandes bezeichnet, die Jägerschaft zu einer ihrer Aufgabe und ihrer Ehre bewußten, in sich geschlossenen Rörperschaft zusammenzuschweißen und zu erziehen. Es bestanden also schon borber Jagdvereine und verbande, die zum Teil auch den Zwed verfolgten, unweidmännisches Jagen ihrer Mitglieder nicht gu bulben, es durch Erhebung von Bugen zu ahnden und so gleiches Sandeln für die Zukunft zu verhüten. Dazu kommt, daß § 82 bes Gesehes als Aufgabe der Jägerschaft ansieht, sich selbst rein bon Bersonen zu halten, die den Grundgebanten bes Gefetes und den Grundgedanken beutscher Beidgerechtigkeit verständnislos gegenüberstehen. Demgemäß besagt auch § 15 EGD., daß Anzeigen von strafbaren oder gegen die Ehre und bas Unsehen berstoßenben Sandlungen von den Mitgliedern des Berbandes beim Rreisjägermeifter anzubringen find, daß aber auch jedes Mitalied des Verbaudes ein chrengerichtliches Berfahren gegen

fich felbst beim Kreisjägermeifter beantragen fann, um fich bon dem Borwurf unweidmännischen ober unehrenhaften Sandelns ju reinigen. Die Aufgaben ber Jagerehrengerichte find zu einem Teil ähnlich benen ber Ehrengerichte ber Offigiere gestaltet (vgl. die Bestimmungen Rr. 1, 2 Abs. 1 a und b BD. über die Ehrengerichte der Offiziere im preugischen und baberifden Beere [fur Preußen v. 20. Mai 1874 und 15. Juli 1910, für Bayern bom 31. Aug. 1874 und 27. Febr. 1911]). Der Beurteilung der Offi-Biersehrengerichte unterliegen aber fogar Bortommniffe, Die vor ber Ernennung jum Offizier liegen, wenn fie durch Berichulden des Betreffenden noch fortwirken, nachdem er Offigier geworben ift (Rr. 2 Abf. 2 EGD. für bas Beer). Dabei ift gu berücksichtigen, daß der Bahl und Ernennung jum Offizier Ermittlungen über einwandfreies Berhalten vorausgingen. Die Inhaber der in Preugen gelöften Jahresjagbicheine waren aber i. S. des BrJagd. bereits por beffen Intrafttreten Jager; fie wurden mit dem Infrafttreten des Befetes zwangsweise Mitglieder des Landesverbandes. Da tann es nicht der Wille des Gefenes gemefen fein, unweibmannifches Berhalten, das vielfach ichon bor bem Infrafttreten bes Gefetes von den Jagdbereinen burd Geldbufen geahndet murde, unberudlichtigt gu laffen. Der Aufbau und der Zwed des Landesverbandes und der Jägerehrengerichte rechtfertigen vielmehr die Annahme, daß auch folche Sandlungen der Mitglieder bes Berbandes der preu-Bifchen Jager der ehrengerichtlichen Beurteilung unterworfen fein follen, die bor dem Infrafttreten des Befetes gefchehen find. Wie der BerR. felbit anführt, hat die AusfBD. jum RJäger . v. 27. Marg 1935 (RGBI. I, 431) gu diefem Gefet, das im wesentlichen die Bestimmungen des BrJagd. übernommen hat und an die Stelle des preufischen Befetes getreten ift, ausdrudlich bestimmt, daß ber Entich. bes Ehrengerichts auch folche Sandlungen bon Mitgliedern der deutschen Jagerichaft unterliegen, die bor Errichtung ber Chrengerichte und bor Aufnahme bes Beschuldigten in die Deutsche Jagerschaft begangen worden find. Der BerR. meint unter Berufung auf Flid (vgl. auch JB. 1936, 567), es tonne baraus nicht mit Sicherheit die Anordnung einer Rudwirkung auf die Beit vor dem Intrafttreten des MJagd., dem 1. April 1935, erst recht nicht auf Zeiten, die bor dem Intrafttreten des preußischen Gesetzes, dem 21. Jan. 1934, lägen, geschlossen werden, es stehe einer folden Rudwirfung insbef, bas Bedenfen entgegen, daß damals, alfo gur Beit ber bem RI. gur Laft gelegten Berfehlungen, ein öffentlicherechtlicher Jägerverband mit eigener Chrengerichtsbarkeit nicht bestanden habe. Allerdings ift in jener Ausführungsbestimmung nur bie Rebe bon ber Beit, Die por der Errichtung der Ehrengerichte liegt. Indeffen waren auch nach bem MJagd. bie Jägerehrengerichte alsbald zu errichten. Sie haben nach § 57 RJago . gegen Mitglieder, die gegen die Jägerehre handeln, ehrengerichtlich vorzugeben und nach § 1 EGD. über von den Mitgliedern der Deutschen Jagerichaft begangene Sandlungen gu befinden, bie gegen die Ehre und bas Unseben der Jägerschaft verstoßen. Im Laufe einer strafgerichtlichen und dienftstrafgerichtlichen Untersuchung barf gegen ben Beidulbigten nach § 2 EGD. ein Ehrengerichtsverfahren wegen derfelben Tat nicht eingeleitet werden; ein schwebendes Ehrengerichtsverfahren ift mahrend biefer Zeit auszuseten. Die deutsche Sägerschaft ift nun aber an bie Stelle bes Landesverbandes ber preußischen Jäger getreten. Für bie Mitglieber bes Berbandes ber preußischen Jager galten im wesentlichen gleiche ehrengerichtliche Bestimmungen. Den Bestimmungen ber §\$ 1 und 2 EGD. für die deutsche Jägerschaft entsprachen die Bestimmungen bes § 15 BrEGD. hiernach liegt auf der hand, daß eine Sandlung, die bon dem Jagerehrengericht nach bem BrJagd. wegen einer ftrafgerichtlichen ober bienftftrafgericht lichen Untersuchung bor bem Infrafttreten bes Ragole. nicht abgeurteilt werden fonnte, nunmehr ber ehrengerichtlichen Aburteilung burch bas Jägerehrengericht zufolge ber AusfBeft. jum § 57 RJagod. unterliegen muß. Es fann aber auch nicht der Anficht Flids beigestimmt werben, daß teineswegs Sandlungen, die bor dem Intrafttreten bes Brgagbe. begangen worden find, ber ehrengerichtlichen Beurteilung unterworfen werden konnten. Die gegenteilige Meinung wird benn auch u. a. von Migjote - Schafer, Anm. 4 3u § 57 RJagd., ber-

treten. Ihr ift beizupflichten. Berjährungsfriften fennt weder das RJagdo. noch das PrJagdo. Die AusfBD, hat aber zu § 58 RJagdG. im Abs. 1 ausdrudlich bestimmt, daß der Spruch des Ehrengerichts auch auf Ausschluß aus der deutschen Jägerschaft lauten tann, wenn ein Mitglied durch fein Berhalten fich des Ansehens und der Achtung unwürdig gezeigt hat, die die Mitgliedschaft zur deutschen Jägerschaft von ihm erfordert. Unwürdige Bersonen sollen eben in der Deutschen Jagerichaft nicht verbleiben. Dabei fann es feinen Unterschied machen, ob fich die Unwürdigfeit erft durch Sandlungen ergibt, die nach dem Intrafttreten des RJagd. begangen find, ober aus hand lungen, die borber liegen, und nunmehr durch Anzeige bei dem Mreisjägermeister betannt werden. Es läßt sich dagegen nicht einwenden, daß auf biefe Beife eine übermäßige Ausdehnung der Berfolgung bon Sandlungen gegen die Jagerehre, insbef. ber unweidmännischen Jagdausübung zu befürchten fei, benn anders als im ordentlichen Strafverfahren besteht ein Berfolgungszwang zum Vorgeben wegen unweidmännischen Berhaltens oder sonstiger gegen die Jagdehre verstogender handlungen nicht ohne weiteres, vielmehr ist es insoweit nach § 5 EGD. des RJagdy. wie nach § 18 EGD. des PrJagdy. jest Sache der berftandigen Brufung des Gaujagermeifters, fruher bes Provinzjägermeifters, ob ein genügender Anlag zum ehrengerichtlichen Borgehen vorliegt. Folgt aber nach den vorstebenden Darlegungen aus dem Sinn und Zwed ber Jägerehrengerichte, daß auch zurudliegende Handlungen ber Beurteilung durch das Ehrengericht unterworfen werden können, fo icheitert die Hauptruge der Rev., die die gegenteilige Meinung vertritt.

Bu prüsen bleibt hiernach nur noch die Frage, ob der Provinzjägermeister den Spruch des Ehrengerichts nicht bestätigen durste, soweit darin auf Entziehung des Jagdscheins erkannt worden ist, und ob er insoweit sahrlässig gehandelt hat.

§ 84 PrJagdG. beftimmt, daß neben einer Gelbbufe im Falle des § 88 auch auf Entziehung des Jagdicheins für beftimmte Zeit ober auf die Dauer erfannt werden tann. Die Aberkennung ift also nur in ben Fällen bes § 88 zulässig. § 88 aber hat, wie icon die Uberichrift ergibt, nur im Strafverfahren verfolgbare Sandlungen zum Gegenftand. Rur wenn folde, in den Strafbestimmungen des Abidn. 13 BrJagde. oder bes Sich. mit Strafe bedrohte Sandlungen in Frage tommen, beshalb Beftrafung erfolgt ift ober diefe wegen mangelnder Zurechnungsfähigkeit hat unterbleiben muffen, kann also das Jägerehrengericht auf Entziehung des Jagbicheins ertennen. Liegen ichon im ordentlichen Strafverfahren bie Boraussehungen zur Entziehung des Jagdscheines offensichtlich vor, fo tann ichon bort, als Rebenstrafe, bie Entziehung ausgesprocen werden. Geschieht das nicht, so sollen nach der Rechtsfraft ber Entich. im ordentlichen Strafverfahren die Borgange dem guftandigen Provingjagermeifter gur Entich. über die Ginleitung eines chrengerichtlichen Berfahrens vorgelegt werben. Damit kommt gang klar zum Ausdruck, bag nur bei ben unter den Abschn. 13 BrJagdG. fallenden oder den vom AStGB. angeführten Tatbeständen eine Entziehung bes Jagdicheins in Frage tommen tann. Gin folder Tatbestand ift im Spruche des Jägerehrengerichts nicht festgestellt und auch in dem Ginleitungsbeschluß des Provinzjägermeisters nicht behauptet worden. Danach hatte die Bestätigung des Spruches, soweit er auf Entgiehung des Jagdicheins lautet, nicht erfolgen durfen.

Dem Provinzjägermeister ist mit dem ihm zugewiesenen Bestätigungsrecht eine verantwortliche Aufgabe übertragen worden. Das gilt insbes, soweit die Entziehung des Jagdsscheins in Frage kommt, denn bei der Entziehung des Jagdsscheins erlosch nach § 24 Abs. 1 Przagd. mit der Rechiskraft des ehrengerichtlichen Spruches, also der Bestätigung desselben durch den Brovinzjägermeister, ohne weiteres der geschlossen Jagdpachtvertrag. Demgemäß hat auch die EGD. in den §§ 21, 23 besondere Bestimmungen sür das Versahren gegeben, soweit die Entziehung des Jagdscheins in Frage kommt. Das Ehrengericht kann, sosern eine dasür wesentliche Tatsache der Glaubshaftmachung bedarf, die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung anordnen. Bei dieser gesetzlichen Regelung hätte der Probinziägermeister mit besonderer Sorgsalt prüsen müssen, ob die zeitweise Entziehung des Jagdscheins berechtigt war. Davon

geht auch der Berkt. aus. Er nimmt an, daß in dieser Beziehung der Prodinzjägermeister seine Amtspflicht dem Kl. gegenüber verletzt habe, meint jedoch, dem Prodinzjägermeister gereiche es zur Entschuldigung, daß der Verteidiger des Kl. im ehrengerichtlichen Versahren auf die für die Entziehung des Jagdscheins ersorderlichen Voraussetzungen und deren Fehlen nicht besonders hingewiesen habe. Weiter führt er an, es habe von dem Prodinzjägermeister nicht nicht Gescheskenntnis verlangt werden lönnen, als von dem LS., das in seinem mit der Berufung angesochtenen Urteil sich selbst auf den Standpunkt gestellt habe, die Foodlicheinsutziehung ist gestellt profess

die Jagdscheinentziehung sei gesetzmäßig gewesen. In beiden Beziehungen kann dem BG. nicht gefolgt werben. Der Berteidiger hatte nur eine Milberung des Spruches des Ehrengerichts herbeiführen wollen. Zuzugeben ift, daß er darauf hatte hinweisen durfen, daß die Boraussehungen für die Entziehung des Jagbideins nicht vorlägen. Aber eine Berpflichtung dazu hatte er nicht, vielmehr war es Sache bes Brovinzjägermeifters, felbst in eigener Berantwortung zu prufen, ob die gesetlichen Boranssetzungen für die Entziehung des Jagofcheines vorlagen. Diefe find im Gefet flar herausgeftellt. Insolveit konnte bei nur einigermaßen forgfältigem Lefen ber gesetzlichen Bestimmungen ein Zweisel barüber, daß die Bor-aussetzungen nicht borlagen, nicht aufkommen. Dem Probing-jägermeister waren insoweit durch das Gesetz Schranken gesetzt. Es stand nicht in seinem Belieben, ob er die Entziehung des Jagdscheins bestehen lassen wollte, vielmehr ift es gang selbst= verständlich, daß der Verwaltungsbeamte, ebenso wie der Richter, unbedingt dem Gesetz unterworfen ift. Da, wo ihm das Gefet für die Betätigung seines pflichtmäßigen Ermeffens Schranken zieht, darf er diese nicht überschreiten; er darf nicht fein Ermeffen an die Stelle der gesetzlichen Vorschriften setzen, muß asso prüfen, wieweit die gesetlichen Borichriften ihn bei ber Vornahme von Amtshandlungen beschränken (vgl. Urt. des Sen. III 82/33 b. 27. Oft. 1933). Es kommt insoweit auch nicht darauf an, welche Kenntnisse und Ginsichten der Beamte tat sachlich besitzt, vielmehr ist auszugehen von den stenntnissen und Einsichten, die für die Führung des von ihm übernommenen Amtes erforderlich gewesen sind (Urt. III 51/31 v. 1. Dez. 1931). Zu Unrecht nimmt der BerR. weiter an, das Verhalten des Provinzjägermeisters sei nicht schuldhaft zu behandeln, weil das LG. die Entziehung des Jagdscheins für zuläffig erachtet habe. Diese Annahme beruht auf einer Bertennung ber Ripr. bes RG. Wenn es sich um eine zweifelhafte Rechtsfrage handelt, die objektiv falsch entschieden worden ist, so kann allerbings unter Umftänden das Berschulden mit der Begründung verneint werden, daß ein Kollegialgericht die Rechtsfrage in gleicher Beise entschieden habe. Dort aber, wo es sich um klare Gesetzesbestimmungen handelt, die für jeden Berftändigen ohne weiteres verstanden werden können, tann von einer zweifelhaften Rechtsfrage überhaupt feine Rede fein. Der Provingjägermeister hat fahrlässig gehandelt, indem er die Bestimmungen nicht mit der gebotenen Gorgfalt nachgelesen hat. Er tann sich auch nicht zu seiner Entschuldigung barauf berufen, daß ihm der Vorsitzende des Ehrengerichts erklärt habe, es bestünden teine Bedenken, den Spruch zu bestätigen. Er felbst hatte zu prüfen und zu entscheiden, ob sich der Spruch im Rahmen des Gesetzes hielt; er hatte sich also nicht bei der Er flärung des Borfigenden des Chrengerichts beruhigen dürfen. Das beratende Organ des Provinzjägermeisters war nach § 6 Abs. 5 der Provinziagdrat. Wenn der Provinziagermeifter irgendwelche Zweifel hatte, hatte er ihn befragen muffen. Das Ehrengericht selbst oder dessen Borsitzenden zu befragen, war unangebracht, weil beim Fehlen einer Rechtsmittelinftang das dem Provinzjägermeister eingeräumte Bestätigungsrecht die Nachprüfung bes Spruches nach der tatfächlichen und rechtlichen Geite erforbert.

Der Probinzjägermeister hat also durch die Bestätigung der Entziehung des Jagbscheins die ihm dem Mt. gegenüber obliegende Amtspflicht mindestens sahrlässig schuldhaft verlett.

Richt von entscheibender Bedeutung ift es, daß in dem Spruche des Ehrengerichts nicht ausdrücklich gemäß der Beftimmung des § 84 c PrJagd. der gemeinnütige Berein bezeichnet worden ift, an den die Geldbuße gezahlt werden soll.

In dieser Beziehung konnte der Spruch dahin aufgesaßt werben, daß der sonst dafür in Betracht kommende Berein gemeint war. Jedenfalls kann eine Schädigung des Al. auch nicht darin erblickt werden, daß die Bezeichnung des Bereins unterblieben ist. Dem Sinne des Spruches entsprach es, wenn die Buße einem solchen Berein zugeführt wurde. Dem Al. aber konnte es gleichgültig sein, welcher Berein sie erhielt. Die Zustellung des bestätigten Beschlusses an die Kentkammer aber sand ihre Richtsertigung in § 24 BrJagdG., § 16 EGD.

Hiernach war das BU. aufzuheben. Das BG. wird zu prüfen haben, ob und in welchem Amfange dem All. ein Schaben dahurch erwachsen ist, daß die Einziehung des Jagdscheins die Bestätigung durch den Provinziägermeister gesunden hat.

(RG., III. ZivSen., U. v. 29. Juni 1937, III 205/36.) [v. B.]

Konfursordnung

25. LG. — §§ 58 Ziff. 1, 82 KO.; §§ 88, 79 Ziff. 3 UMG. Hastung des Kontursverwalters für die Gerichtstoften des Kontursversahrens. †)

Der Beschwof. war Verwalter in dem Konkursberfahren. Dieses Versahren ist nach Abhaltung des Schlustermins aufgeshoben worden. Der Konkursverwalter — dem die Schlusverteislung genehmigt worden war — hat die Masse völkte ausgeschüttet Dabei hat er jedoch die Gerichtskosten des Konkursversahrens — soweit sie den von ihm bezahlten Vorschus übersteigen — nicht berücksichten des Konkursversahrens sind ihm am 6. Okt. 1937 mit 104,85 Kn berechnet und von ihm erfordert worden. Die Ersinnerung des Konkursversahrens war erfolglos. Seine Beschw. ist begründet

Schuldner der abgerechneten Gebühr des § 42 GKG. sowie der Auslagen des Konkursversahrens ist nach ausdrücklicher gesetlicher Vorschieft — § 78 GKG. — der En ein schuld er er er Allerdings besteht für die Dauer des Konkursversahrens dw. — salls die Schlüßverteilung tatsählich erst nach Aussenschwens exfolgt (wegen der letzteren Möglichkeit ugl. Jaeger, 6./7. Aufl., Ann. 1 zu § 163) — dis zur Berstrickung den Teilungsmasse in den Händen des Konkursverwalters (vgl. hierzu Jaeger, Lum. 6 und 7 zu § 163) auch eine Kostenpslicht des Konkursverwalters als solch en. Denn die Bersahrenstosten gehören nach § 58 Ziff. 1 KD. zu den Masseschen, die der Konkursverwalter von Ants wegen aus der Konkursnasserwalters dans Mitteln der Konkursnasserwalters (aus Mitteln der Massessichten, die der Konkursverwalters (aus Mitteln der Massessichten, die konkursverwalters (aus Mitteln der Massessichten, der Schnkursverwalters (aus Mitteln der Massessichten, des Konkursverwalters (aus Mitteln der Meichstasserwalters fan alser hier die beanstande Zahlungsschaften gegenüber bestehend auersannt (vgl. Baum bach, 7. Ausl., Aum. 1 zu § 88 GKG.). Ausdrücklich als unmittelbar der Reichstasserwalters kann aber hier die deanstandete Zahlungsscholkursverwalters kann aber hier die Deanstandete Zahlungsscholkursverwalters kann aber hier die Wassen, nachdem das Archalteramt selbst schlechtin erloschen ist und insolge endscilliger Massenzielerung auch für eine Berwaltersuntion kein Raum mehr ist; hier war nämlich die Ausbeausschützung bereits am 25. Aug. 1937 beendet und auch die Ausbeausschützung bereits am 25. Aug. 1937 beendet und auch die Ausbeausschützung bereits am 25. Aug. 1937 beendet und auch die Ausbeausschützung der Konkursverwalters für Kosteurechnungen, die dem Gemeinschuldner oder die Konkurswasses der konkurswasses

Es bleibt sonad, nur die Frage, ob die nach Amtsbeendigung erlassene Kostenanforderung eiwa den Konkursderwalter persönlich betrifft. Eine persönliche Kostenhaftung des Konkursderwalters ist im allgemeinen ausgeschlossen (vgl. Baum dach, Ann. 2 a. E. zu § 42 GKG.). Rur unter dem Gesichtspunkte des § 82 KD. kann sich auch eine persönlich zu geltung des Konkursderwalters ergeben (zu vgl. Jacger, Ann. 6 zu § 57; Wen hel, Ann. 4 zu § 57; Jonas, 3. Aufl., Ann. 2 das § 42 GKG.). Zweifelhaft ist nur, auf welchem Weg eine persönlich e Frönlich e Franspruchnahme des Konkursderwalters gemäß § 82 KD. zu verwirklichen ist: od im Wege eines beisonderen Fivilprozesses oder aber im Wege unmittelbarer Kostenbeitreibung gegen ihn. Der ersteren Ansicht ist Faeger, 6. und 7. Aufl., Ann. 6 zu § 57 KD., wenn er sagt: "Etreitigkeiten zwischen Staat und Konkursderwalter über die Haftdarkeit des letzteren sind im Erkenntniss und Zwangsversahren des Fivilprozesses auszutragen; eine Beitreibung im Verwaltungszwangsversahren ist unstatthaft". Diese Faeger siche Ansicht berdient Billigung. Sie ist auch nicht etwa durch die Kensassung des § 79 UKG. — wie sie nach dem (am 1. März 1936 ersolgten) Ab-

schlusse der 6./7. Aufl. des Jaegerschen Kommentars die VD. b. 27. März 1936 (RGBl. I, 319) erbracht hat — hinfällig geworden. Jene Reufassung des § 79 Ziff. 3 GKG. bedeutet sachlich gar keine neue Rechtsschöpfung, sondern erbringt — in Anpassung an die entsprechende Borschrift in § 3 Ziff. 3 Recht. — nur die eindeutige Klarstellung einer dis dahin dem § 88 GKG. unterwarferen Aber den den die eine Startellung einer die dahin dem § 88 GKG. unterwarferen terworfenen, aber bon jeher in berfelben Beise ausgelegten Regelung (zu vgl. Pfundtner "Neubert, "Das neue Deutsche Keichsrecht", II b 40 S. 6 Anm. 3 zu Nr. 5 und Anm. 1 zu Nr. 6). Im übrigen ist die Bestimmung des § 79 Ziss. 3 GKG.
— wonach auch derzeitigen Kostenschuldner ist, der nach den Vorschiften des bürgerlichen Rechts für die Kostenschuld eines anschreit Keschas hertet wur auf dieseigen Schle zu hes beren fraft Gefetes haftet - nur auf Diejenigen Falle gu begiehen, in benen jemand unmittelbar fur die Roft en felbit haftet (fo auch alle Beifpiele in den Erlauterungswerten gu § 79 GRB. (iv auch alle Beispiele in den Erlauterungswerten zu § 75 Stellend zu § 3 RKoftD.); sie hat jedoch keine Geltung für diesenigen rechtlich ganz andersartigen Fälle, in denne eine Schabenserfahhaftung hat die Koftenschuld nicht zum Indexe, sondern vollends zur Voraussetzung. Auch die Saftpslicht des Kontursverwalters aus § 82 nd. begründet jadlich leine eigentliche Mithaftung für die Koftenschuld selbst, sondern nur eine Ersatverbindlichkeit (vgl. Jaeger, Anm. 5 zu § 82; Men tel., Ann. 5 zu § 82). Im Koftenversahren konten nur Koftenforderungen selbst geltend gemacht werden, wegen Kostense zu eine kondernungen selbst geltend gemacht werden, wegen Kostense zig einerversahren sondern der Kostense zu eine kondernungen selbst geltend gemacht werden, wegen Kostense zig einer kondernungen selbst geltend gemacht werden, wegen Kostense zig einer genacht werden, wegen Kostense zig einer kondernungen selbst genacht werden, wegen Kostense zig einer genacht werden verschaften. ften er fat forderungen (Schaben ser fat) muß der Prozeg-weg beschritten werden. Nach alledem ist jedenfalls für einen

weg vezaritten werden. Rach ausdem ist sedenfalls für einen Kosten auf at gegenüber dem Beschwift, unter keinersei Sessichtspunkt mehr Raum. Dem Rechtsmittel ist darum der Exfolsnicht zu versagen. Wegen der Kosten voll. §§ 38 Abs. 2, 6 GKO. In diesem Aufammenhange mag jedoch bemerkt werden, das der Beschwift, gut tun wird, es nicht erst auf einen Zivilprozes ankommen zu lassen. Die Gerichtskoften des Kontursversahrens gehören — wie gesagt — zu den Massetzsten (§ 58 Ziss. 1 KD.). Massetzerbindlichteiten aber hat der Kontursverwalter — wentes Masserbindlichteiten aber hat der Konkursverwalter — wenig-ftens soweit sie ihm bekannt find (und fei es auch nur dem Grunde nach bekannt; zu bgl. unter Hinweis auf die Motive Mentel, Ann. zu § 172) — überhaupt von Amts wegen zu befriedigen ober vor Masseausschüttung sicherzustellen (Jaeger, Ann. 6 zu § 57; Mentel, Ann. 3 au § 57 und Ann. du § 172); bie Ausschlufbestimmung bes § 172 SeD. bezieht fid nur auf auferhalb jeber "Kenntnis bes Kontursvermalters" liegende Maffeanfpruche. Die Berichtstoften des Kontursverfahrens gehören aber zu denjenigen Masselosten, beren Kenntnis in jedem Falle und unter allen Umftanden bei einem Kontursberwalter borausgefett werden muß; benn infoweit handelt ce fich um gefetliche Ansprüche; auch ihre Sohe ift im BRG. genan geregelt, so daß der rechtskundige Konkursverwalter sie vollends selbst errechnen kann (wenigkens gilt dies sür die Gebühr des § 42; vgl. § 43 GRG.; die Auslagen des § 72 Abs. 1 ziff. 3 GRG. lassen sich wenigkens überschlagsweise ermitteln). Im übrigen hält es die Kspr. sür eine unerläkliche Sorgsaltspssicht des Konkursberwalters, sich vor Massenschutzenschlagsweise erwitteln. tung genau über die Berichtstoften bes Rontursverfahrens gu unterrichten und deren endgültige Abrechnung - bie nach § Abf. 1 Biff. 2 ber Roftenberfugung v. 13. Marg 1937 (DJ. 433) überhaupt erst "bei Beendigung des Konkurses" zu ersolgen hatherbeizusübren (vgl. Jaeger, Ann. 6 zu § 57 KD. sowie Jonas, Ann. 2 b zu § 42 KK.). Ein Konkursverwalter, der ohne en dültige Abrechnung der Gerchtskoften die Massenstelltet, derlebt ich ubchaft seine Amts- und Sorgsaltspssicht. Für ein foldes Sandeln tann es auch feine durchichlagende Entdulbigung geben. Dag ber ju Beginn des Konfursberfahrens beim Konfursverwalter angesorderte und von ihm bezahlte kleine Borschuf haargenan die gangen Berfahrenskoften ausmachen oder deden könnte, ift eine befremdliche Aufsassung, die allein schon durch die allgemeine Konkursberwalterersahrung wie auch durch eine vom Rechtsauwalt allerdings zu erwartende konkrete Nachprüfung der §§ 42, 43 bzw. 72 Abs. 1 Jiff. 3 GKG. ausgeräumt werden konnte. Daß der Konkursberwalter von einem Gerichtsbeanten die Auskunft erhalten hätte, es seien keine Gerichtskoften zu karablen partige er selbst nicht zu holgen und ist aus mehr zu bezahlen, vermag er felbit nicht zu belegen und ift an sich auch vollkommen unwahrscheinlich; selbst wenn es aber gutrafe, konnte das ein überwiegendes Eigenverschulben bes Son= fursverwalters gewiß nicht ausschließen, weil biefer eben eine berartige, ohne Rechnungsunterlagen gegebene Auskunft (nach) seinen bisherigen Konkurdersahrungen und auch bei gehöriger Eigenprüfung und Beachtung des gesetzlichen Kostenanfpruchs) als offensichtliches Bersehen hatte erkennen muffen. Auch die übrigen Entidulbigungen werden gewiß nicht burchichlagen Die genehmigungsbedürftige Schluftverteilung betrifft überhaupt nur die Konfursforderungen felbit, wahrend Diaffeverbindlichteiten bollig augerhalb bes Berfahrens und unabhangig

vom Gange der Berteilung zu berichtigen find (Mentel, Anm. 3 ju § 57); auch die Aufhebung des Kontursverfahrens fest keineswegs etwa notwendig die Bollziehung der Schlußverteilung voraus (Faeger, Anm. 1 zu § 163). Daraus ergibt sich, daß der Konfurvorwalter seiner Pflicht die gesetzliche Kostensforderung von Am is wegen zu berückfichtigen und zu berichtigen — auch wenn ihm die endgultige Abrechnung noch nicht zugegangen war -, feineswegs burch ordnungsgemäße konturggerichtliche Magnahmen irgendwie enthoben war

(LG. Zwidau, 5. ZR., Befchl. v. 22. Nov. 1937, 5 T 591/37.)

Anmertung: Die Entich. läft einen Rechtsirrtum nicht er-

Rad § 57 RD. find die Maffetoften und Maffeschulben aus der Kontursnasse vormeg zu befriedigen. Aus dieser Bestimmung ergibt sich die den Massegläubigern gegenüber obliegende Pflicht bes Kontursverwalters, ihre Ansprücke vor allen Kontursgläubigern aus ber Rontursmaffe gu befriedigen. Die Reichstaffe fann gern aus der Kontursmasse zu befriedigen. Die Keichstasse fann also auch den Kontursverwalter unmittelbar, wie alse Masse-gläubiger wegen ihrer Ansprüche auf Befriedigung der Verschrenskoften als Masselfelen (§ 58 Nr. 1 KD.) aus der Masse, und awar in dem für die Einziehung der Kosten dom Kostenschuldener geltenden Versahren in Anspruch nehmen. Das und nichts weiteres will § 88 GKG. durch die Bezugnahme auf §§ 57 dies 60 KD. besagen und klarstellen. Die Inanspruchnahme des Kontursverwalters als Kostenschuld u. I. d. n. er ist hiernach auf die Konfursberwalters als Roften | chuldner ift hiernach auf die Ronfursmaffe beichränkt (val. bagu RG3. 124, 351 ff. - 3M. 1929, 2611 21). Rur wenn und soweit Maffe zur Dedung der Berfahrenstoften vorhanden ift, tann beren Befriedigung bom Konfursverwalter als Roftenichulbner berlangt werben, niemals aber haftet ber Kontursverwalter perfonitch als Rostenschuller neben dem Gemeinschuldner mit seinem eigenen Vermögen. Die gegenteilige Ansicht ware ein absurder Gedanke Rachdem baher, wie die Entsch. feststellt, die Masse vollständig ausgeschüttet und das Kontursversahren ausgehoben ist, tonnte ber Konfursbermalter nicht mehr als Roftenichuldner in Unfpruch genommen werden.

Die versönliche Haftung des Konkursverwalters für die Kosten aus § 82 KD. wegen schuldhafter Pflichtverletzung hat ihren Rechtsgrund nicht in der Kostenschuld, sondern in der Schabensersatppslicht und kann deshalb nur in dem für die Geltendmachung dom Schabensersatpansprüchen zuständigen Versahren des

ordentlichen Rechtsweges verfolgt werden.

SenBraf. b. RG. a. D. Frang Mentel, Leipzig.

Reichs=Rechtsanwaltsordnung

26. DLG. - § 41 AND. Gegen die Auswahlberfügung bes Borfigenden, in der unguläffigerweife die Rechte des beigeordneten UrmUnw. eingeschräntt werden, gibt es teine Befdwerbe. Der Anwalt muß die fpatere Feftsebung feiner Gebuhren abwarten, gegen welche er gegebenenfalls gemäß § 4 ArmanwG. vorgeben tann. †)

Die Beschwerde ist gesetzlich nicht statthaft (§ 574 3PD.). Mit ihrem Rechtsmittel wollen die Beschw. - ber frühere und ber jegige ArmUnm. — nicht bagegen ankampfen, bag auf Grund ber früheren Armenrechtsbewilligung nunmehr RN. B. ber beklagten Partei als Anwalt beigeordnet ift; es ihnen lediglich barum zu tun, daß ihnen aus bem Bechsel in ber armenanwaltlichen Bertretung der beil. Partei teine Din-

derung ihrer Armenanwaltsgebühren entsteht. Die geschliche Grundlage ihres Rechtsmittels haben die Beschw . nicht angegeben. Es sind nur zwei Beschwerdewege

dentbar:

§ 41 Abs. 1 (früher § 36 Mbs. 1) RUD. bestimmt: "Der beizuordnende Rechtsanwalt wird durch den Borsihenden des Gerichts aus der Zahl der bei diesem Gericht zugelassenn Rechtsanwälte ausgewählt." Abs. 3 das. bestimmt: "Gegen die Verkönung (has Monistenden) steht dem Rechtsanwalt die Re-Regisanwalte ausgewahlt." Abl. 3 dal. bestimmt: "Gegen die Berfügung (bes Borsitzenben) steht dem Rechtsanwalt die Beschwerbe nach Maßgabe der IRO. au." Oder sonst die Beschwerbe gen. § 4 ArmAnwG., § 567 JKO.
Der Beschwerdeweg unter Ziff. 1 steht den Beschwf. nicht offen Zunächst ist Au. A., der mit der anges. Berfügung des

Gerichtsvorsisenden entsprechend seinem Aufrag von der Bertretung der armen Partei entbunden wurde, durch die Aufstellung eines neuen ArmAnw. überhaupt nicht beschwert. Aber auch letzterer sindet in den Bestimmungen des § 41 MID. keine geselliche Grundlage für seine Beschwerde. Gine Beschwerde gemäß § 41 MHD. kann sachlich nur darauf gestützt werden. das die Auswahl des Rechtsanwaltes unzulösig oder werden, daß die Auswahl des Rechtsanwaltes unzuläffig oder unangemessen ift (f. Noad, "Komm. z. RAND.", 2. Aufl,

Anm. 7 zu § 41). Eine solche sehlerhafte Auswahl wird von den Beschwff. selbst nicht bemängelt. Gerügt ist vielmehr, daß die an sich ordnungsmäßig getrossen Wahl eines anderen Armanw. mit dem Hinweis versehen ist, daß durch den Anwaltswechsel keine erhöhten Kosten entstehen dürsen, d. h. daß die Erstattungsansprüche beider Armanw. gegenüber der Accigstasse sinzigen der armen Partei sür die Instantzbeigevordeten Acchtsanwalts. Der Vorsihende des Gerichts kann aus § 41 RAD. nicht die Besugnis herleiten, dei Auswahl des Anwaltes auch schon den Umsang seiner ersahfähigen Gebühren und Auslagen zu bestimmen. Hierüber entscheidet auf das Feststellungsgesuch des Anwaltes der Urf. der Veschäftsstells selbst än dig. über Erinnerungen gegen seine Entsch, hat nicht der Vorsihende allein zu bestimmen, sondern das Gericht, wobei die Möglichkeit besteht, daß der Vorsihende überstimmt wird.

Für eine berartige überschreitung der dem Vorsihenden gem. § 41 AUO. gegebenen Besugnisse ist aber der Beschwerdeweg des § 41 Abs. 3 AUO. nicht eröffnet.

Den oben unter Ziff. 2 genannten Beschwerbeweg bagegen können die Beschwf, jeht noch nicht beschreiten. Sie nüssen abwarten, wie der UrkB. ihr Festschungsgesuch verbescheibet; für AU. B. ist noch nicht einmal eine Fälligkeit seines Ersahanspruches gegeben.

Der Anlaß zu ber gesetzlich nicht vorgeschenen Beschwerbe war lediglich der vom Vorsitzenden des Gerichts getroffene, jedoch nicht zu billigende Hinveis auf die Kostenauswirkung seiner Verfügung. Deshalb waren gem. § 6 Abs. 1 Sat 1 GKG. Gebühren und etwa entstandene Auslagen zugunsten der Beschw. niederzuschlagen.

(DLG. Zweibrücken, Beschl. v. 20. Okt. 1937, 1 W 243/37.)

Anmerfung: Die Entsch. vermag keineswegs zu befriebigen, wie sie selbst ja eigentlich zuglöt, indem sie die anges. Berfügung als eine überschreitung der dem Vorsihenden gesetzelich gewährten Besugnisse beaustandet, gleichwohl aber eine gesetzliche Möglichkeit verneint, in diesem Stadium die Ungesetzlichkeit bereits zu beseitigen.

Der Sachverhalt war folgender: Der erste ArmAnw. der Bell. hatte sich mit dem gegnerischen Prozesbevollmächtigten assoziert. Jusolgedessen mußte er um seine Entlassung als ArmAnw. der Bell. nachsuchen und mußte das Gericht der Partei einen anderen ArmAnw. beiordnen. Dies hat der Borssten mit der Maßgade getan, daß durch diesen Anwaltswechsel im Armenrecht nicht erhöhte Kosten entstehen dürsten als ohne den Wechsel. Hiergegen wendet sich die Beschwerde sowohl des früheren wie auch des jezigen ArmAnw.

Es ift nun ohne weiteres klar, daß eine Beschwer bes ersten ArmAnw. überhaupt nicht gegeben ist. Denn eine Beschränkung ist ja nur gegenüber dem zweiten ArmAnw. ausgesprochen. Dies ist jedenfalls der Sinn und Zweck dieser Klausel, wie sie vor allem aus Anlaß des Ausscheidens von Armanw. Infolge der nationalsozialistischen Kevolution in Abung gesommen ist und dem neu eintretenden Anwalt das Opser auferlegte, auf die in der Person des Vorgängers bereits erwachsenen Gebühren der Staatskasse gegenüber zu verzichten.

Materiell beschwert ist bagegen ohne Frage der neu eingetretene ArmAnw., und nicht etwa nur mittelbax, wie man dies z. B. nennen könnte, wenn Armenrechtsbewisligung und Beiordnung nur zu einem Bruchteil erfolgen, wodurch sedenfalls unmittelbar nur die Partei beschwert ist, so daß auch nur sie ein Beschwerdertecht gem. § 127 BBD, hat. Ein solches steht hier nicht in Frage. Denn hier handelt es sich nur darum, ob der Arm Anw berechtigt ist, ihm — durch seine barum, ob der Arm Anw berechtigt ist, ihm — durch seine siber gestend zu machen. Diese Frage hat er im eigenen Namen auszutragen.

Es ist nun zweisellos richtig, daß der normale Beg hierzu das Berfahren gem. § 4 ArmUnwG. ist. Dieser normale Rechtsmittelweg paßt aber naturgemäß nur auf ein auch in regelrechten Bahnen verlausendes Festsekungsversahren, d. h. auf eine Entsch. zunächst des UriB und dann evtl. des Gerichts über einen bereits gestellten Festsekungsantrag des ArmUnw. Darum handelt es sich hier aber nicht. Denn soweit ist es noch nicht. Folglich scheck § 4 ArmUnwG. für unseren Fall ohne weiteres aus. Es müßte vielmehr in der Tat, wie obige Entsch, lagt, der Anwalt abwarten, wie — später — entschieden werden wird.

Damit ist aber nichts gewonnen. Denn das ist eine Berweisung auf eine mögliche künftige Beschwer. Hier dagegen liegt bereits eine gegenwärtige Beschwer vor. Dies erstennt DLW. Zweibrücken auch — zutressend — au. Folglich muß auch ein Weg gesunden werden, sie zu beseitigen. Ich sabe bereits in anderem Zusammenhang ausgesprochen, der ich Aufgabe der Gerichte ist, vor Unzulänglichteiten der gesellichen Regelung ohne weiteres zu kapitusieren. Solche Unzulänglichteiten wird es — auch dei eingehendster gesellicher Regelung — immer geben. Sie dürfen sir die Aspr. kein unsuberwindbares hindernis sein, einen für Unrecht erkannten Zustand zu beseitigen. Vielmehr setzt hier eine besonders deranttwortungsvolle Aufgabe der Gerichte ein, eben die, die Dessonderen sich zeigenden Schwierigkeiten unter allen Umständen zu meistern, dies vor allem dann, wenn die Schwierigkeiten nur sormesser Arbsung einer Notseist, einem weiteren Vorzehen und sachlicher Entsch. ein Ende sehen.

Schon insoweit erscheint baher obige Entsch. unzulänglich. Denn sie besagt nichts darüber, weshalb nicht entweder aus dem Gesichtspunkt einer Art von Vorverfahren zu § 4 ArmAnwG. heraus, da es sich um eine Borfrage der Festschung handelt (so KG. v. 9. Aug. 1935; JB. 1935, 2512 unter Billigung von Jonas: JW. 1937, 201 jür den Anspruch des ArmAnw. auf Stellungnahme des Gerichts zur Kotwendigkeit einer beabsichtigten auswärtigen Terminswahrnehmung) oder aus dem Gesichtspunkt einer entsprechenden ben Heranzichung des in § 41 RUD. geregesten Beschwerdeversahrens die Beschwerde des in seinen Kechten zu Unrecht beschränkten ArmAnw. zulässig sein kann.

Ist man aber bei dieser Fragestessung angelangt, dann muß man — überraschenderweise — seststellen, daß es solch somplizierter Erwägung und solchen Umweges gar nicht einmal bedarf. Denn in Wahrheit nennt daß Gesetz selbst die Beichwerde gegen die Versügung des Vorsihenden als den gesgebenen Nechtsbehelf!

Wenn man sich allerbings darauf beschränkt, die Auffassung des Komm. von Noach dazu nachzulesen und sie als unbedingt maßgebend hinzunehmen, verbaut man sich damit selbst den einsachsten und natürlichsten Weg zur Abhilfe. Denn geht man unbesaugen an die Bestimmung des § 41 Mh. 3 RUD, heran, dann enthält sie durchaus nicht die Beschränkung, die OEG. Zweibrücken in Übereinstimmung mit Noach aus ihr heraussiest. Gewiß richtet sich die in Abs. Zweibrücken der eben gegen die Answahl versügung des Borsitzenden, aber eben gegen die Answahl versügung des Borsitzenden, aber eben gegen die Kerfügung in sie dem ihrer Teile, ohne Beschränkung auf einen bestimmten Teil ihres Inhalts, nämlich darauf, daß gerade nur die Answahl des Anwalts und die Frage, ob die se unzulässig oder unangemessen sie zur Erörterung steht. Davon sagt das Geseh nichts und dazuzwingt auch nicht etwa aus dem Zusammenhalt mit den vorherzehenden Absähen die Auslegung. Der Wortlaut decht vielmehr die Versügung, d. h. se de Anvordnung, die Teil dieser Versügung bilbet, mag es sich dabei nun speziell um die Auswahl der Person oder um sonstige einengende und damit gerade den Anwalt persönlich beschwerende Anordnungen handeln.

Dies erscheint sebenfalls die natürlichste, ungezwungene Auslegung der Bestimmung des Abs. 3, die denn in der Tat auch jedem vorkommenden Fall gerecht wird und den Vorwurf einer unzulänglichen gesetzlichen Regelung hinfällig macht.

Es ist im übrigen burchaus nicht sicher, ob der Komm. von Noack mit seiner Aussegung wirklich seben anderen Fall einer Beschwer des ausgewählten Auwalts als nicht im Kahmen des § 41 Abs. 3 nachprüsbar absehnen will, und ob er nicht die diesbezügliche Ersäuterung ohne weiteres auf Fälse der hier behandelten Art ausgedehnt hätte, wosern er nur an solche Möglichseiten gedacht hätte.

Wie dem auch sei: die Beschwerbe des zweiten Arm-Unw. gegen die einengende, seinen Ersakanspruch betreffende Klausel ist aus § 41 Abs. 3 KAD. zulässig und hätte nach der Auffassung des DLG. Zweidrücken zur Beseitigung der Klausel führen müssen.

Und damit die Probe aufs Exempel: befriedigend kann ja wohl nur die se Lösung sein, die von vornherein eine klare Acchtslage schafft und nicht erst abwartet, dis die unrechtmäßige Beschränkung weitere Folgen zeitigt und damit weitere Komplikationen herausbeschwört.

AGR. Dr. Gaebete, Berlin.

Rechtsanwaltsgebührenordnung

27. AG. — §§ 23 Ziff. 5, 16 MUGED.; §§ 148, 620 ZVD. Berhandeln über die Aussetung bes Berfahrens nach §§ 148 oder 620 3BD. ist eine die Sach- und Brozesteitung betreffende Tätigkeit. Die Gebühr ist also nach § 23 3iff. 5 und nicht nach § 13 Biff. 2 HUGebo. ju berechnen.

Much in Chefachen greift die Minderung auf 5/10 bei nichtstreitiger Berhandlung Blat, wenn nicht gur Gache felbit ber-

handelt wird.

Die Erinnerung wendet fich bagegen, daß ber Urty. für ben Erinnerungsführer als ber M. beigeordneten Urmanm.

den Erinnerungsführer als der Kl. beigeordneten ArmAnd. statt der 10/10-Verhandlungsgebühr eine solche nur in Hohe von 3/10 gent. § 23 Biff. 5 RUGebd. festgeseth hat. Die Erinnerung ist nicht begründet. Im Einberständnis der Parteien hat das Gericht im Wege schriftlicher Entsch. den Eheprozeß gem. § 620 JBD. ausgeseht. Der Senat hat nun bereits in seinen Entsch. 20 W 839/31 v. 2. Febr. 1931 und 20 W 9017/34 v. 28. Dez. 1934 in übereinstimmung mit der sonstigen Kspr., insbes. auch des Ku. in KS. 40, 381 ausgesprochen, daß die Aussehung des Verschvens sowohl aus Grund des § 148 als auch auf Grund des § 620 JBD. eine die Prozeß ober Sachleitung betressens sowohl auf Grund des § 148 als auch auf Grund des § 620 JBD. eine die Prozeß ober Sachleitung betressens sowohl auf Grund des § 148 als auch auf Grund des § 620 JBD. eine die Prozeß der Sachleitung betressens sowohl auf Grund des Serschrens sowohl auf Grund des Serschrens sowohl auf Grund des Serschrens sowohl auf Grund des Berschrens derressens der Steet der alle der Berschlich seiner Serschrens betressen, sowohl auf Grund des Berschrens der Serschrens der Greit und den Serschrens der Serschrens des Berschrens, mag es sich um die für die Ehesache vorgesehene Sonderseit des § 620 JBD. oder um die allegenneine sur zehrens der verschren in § 148 JBD. vorgesehen Kussiehung handeln, gegeben.

segung hanbeln, gegeben. Der UrkB. hat daher mit Recht die Gebühren für die beteiligten Anwälte insoweit nicht nach § 13 Biff. 2, fonbern

nad) § 23 Biff. 5 MMGebD. feftgefest.

Es versteht sich von selbst, daß die gebührenrechtliche Be-urteilung nicht etwa dadurch eine Anderung erfährt, daß es sich hier um eine im Wege schriftlicher Entsch. ergangene Anordnung des Gerichts handelt, die Berhandlungsgebuhr somit nicht durch mundliche Berhandlung, sondern durch den übereinstimmenben Untrag auf ichriftliche Entich. gem. §§ 7, 8

EntlBD. erwachsen ift.

Daß die Gebühr, da es sich um eine nicht streitige Verhandlung über die Aussehung, die übereinstimmend beautragt worden ist, gehandelt hat, gent. § 16 Sah 1 NAGebD. nur als nichtstreitige Gebühr, d. h. nur in Höhe von $^5/_{10}$ des Acgelsates, also hier nur 3u $^5/_{20}$ der vollen Gebühr hätte angesett werden dürsen, beschwert den Erinnerungsführer zedensalls nicht. Die Ausnahme des § 16 Sah 2 RAGebD., wonach in Ehesachen die Minderung auf $^5/_{10}$ der Regelgebühr bei nichtstreitiger Verhandlung nicht eintritt, seht nämlich, wie der Senat bereits in seiner Entsch. 20 W 3942/32 v. 14. April 1932 ausgesprochen hat, eine Berhandlung zur Sache voraus. Eine sediglich die Sachleitung betressende Verhandlung fällt dagegen nicht unter diese Vorschrift. Daß die Gebühr, da es sich um eine nicht streitige Berbagegen nicht unter biese Borschrift.

(RG., 20. Biv Sen., Befcht. v. 6. Rov. 1937, 20 Wa 223/37.)

28. 26. - §§ 38, 38 a, 42, 43 RUGebo. Auch beim übergang bom Mahnberfahren jum Guteberfahren ift die Rotwendigfeit eines Anwaltswechsels zu prufen. 3m Guteverfahren find, wenn ein Hauptbevollmächtigter und ein Unterbevollmächtigter tätig werden, die Vorichriften der §§ 42, 43 NUGebD. über die Prozestigebühr entsprechend anzuwenden. Im Güteversahren kann beine Nachberdina anzubenden. leine Berhandlungsgebühr entstehen.

Der in B. bei D. wohnhafte Al. hat burch einen in G. in Sachsen ansässigen Anwalt einen Zahlungsbefehl erwirkt, gegen ben ber Bekl. Widerspruch erhoben hat. Mödann hat der sächsische Anwalt einem Anwalt in Berlin Untervollmacht erteilt. Nach § 91 Abs. 2 BPD. sind die Kosten mehrerer Anwälte

nur insoweit zu erstatten, als sie die Kosten eines Kechtsanwalts nicht übersteigen ober als in der Person des Rechtsanwalts ein Wechsel eintreten mußte. Nach ber herrsch. M. (vgl. 3. Shoow Busch, 3PD. 21, 8 91 Anm. 9) ist die Notwendigkeit bes Wechsels immer gegeben, wenn der Al. einen Zahlungsbefehl burch ben Anwalt seines Wohnorts hat beantragen laffen und bann, nachdem ber Bell. Biberfpruch erhoben hatte, einen anderen Anwalt am Sibe bes von feinem Bohnort weit entfernten MG. jur Berhandlung der Sache angenommen hat. hiernach würben die Koften beider Anwälte im vorliegenden Falle ohne weiteres erstattungspflichtig sein. Zwar wohnt ber Al. in

B. bei D., und ber in G. anfässige Anwalt ift, wie ber Beschmif. geltenb macht, für ben Rl. ebenfalls ein auswärtiger Unwalt. Der Al. verlangt aber nur die Kosten beider Anwälte, nicht etwaige Kosten von Reisen zum Ger Anwalt erstattet; an der Erstattungspflicht für die Kosten beider Anwälte wurde also

nichts geanbert.

Nun halt allerbings die beichließende Kostenkammer in ständiger Mipr. im Gegensatzur herrich. M. baran fest, bag bie Grage, ob die Roften von zwei Unmalten erftattungspflichtig find, nicht verschieben beantwortet werden fann, je nachdem gunächst ein Zahlungsbesehl erwirkt ober unmittelbar Rlage er-hoben worden ist. Daß im zweiten Fall bie Notwendigkeit eines Anwaltswechsels zu prüsen ist, wird allgemein angenommen. Dann muß eine solche Prüsung aber auch vorgenommen werden, wenn zunächst ein Zahlungsbefehl erwirtt worden ist. Denn die Prüsung der Notwendigkeit eines Anwaltswechsels muß sich stetz nach der Goche zum Bechtslege und denech richten ab die ftets nach ber Sach- und Rechtslage und banach richten, ob bie Bartei gewandt ober ungewandt ift. Aber auch unter biefem Gesichtspuntt find hier bie Roften bon zwei Unmalten bem Grunde nach gerechtfertigt. Der Rl., ber Muhlenbefiger, und gwar, wie der Beschwf. behauptet, Inhaber einer großen Getreidemuhle ift, mag sehr geschäftsgewandt sein. Damit ist aber noch nicht gejagt, bag er hier auch einen Berliner Unwalt un mittelbar ichriftlich hatte beauftragen und ausreichenb unterrichten können. Denn die Sach- und Rechtslage mar nicht gang einsach, wie icon baraus folgt, bag ber Bell. gegen ben Bah-lungsbefehl Wiberipruch erhoben hat, bie Sache erft im zweiten Termin burch gerichtlichen Bergleich erledigt worden ift und ber Ml. als Gegner einen Rechtstundigen gehabt hat, bem er fich in Rechtssachen unterlegen fühlen fonnte.

Bedoch ift bie Sohe ber berechneten Anwaltsgebuhren gu

beanstanden.

Der sächsische Anwalt bes M. erhält für die Erwirkung bes Jahlungsbefehls nach § 38 Biff. 1 RUGebD. eine volle Gebühr, sie wird nach Abs. 2 auf die in einem nachfolgenden Güteverfahren zustehende Gebühr angerechnet. Gin Guteverfahren hat hier stattgefunden, nachbem ber Betl. gegen ben Bahlungsbefehl Wiberipruch erhoben hatte. Die Sache ift bann im Guteverfah-

ren gerichtlich verglichen worden.

Nach § 38a Abs. 1 RAGebO. erhalt der Rechtsanwalt im Güteversahren die Sähe des § 9 RAGebO. Daraus wird mitunter gefolgert, bag im Guteverfahren § 43 RUGebo. nicht anwendbar sei und jedem im Güteversahren tätig geworbenen Anwalt eine volle Gebühr zustehe (vgl. AG. Kirchhundem. IN. 1934, 505 1). Demacgenüber hat die Beschwerbetammer bisher ausgeführt, daß der Hauptbevollmächtigte und der Unterbevollmachtigte jujammen im Guteverfahren nur eine Gebuhr erhielten; die Gebühr aus § 382 AUGebd. sei eine einmasige und entstehe nicht dadurch mehrmals, daß eine Partei sich eines Hautebevollmächtigten und eines Unterbevollmächtigten bediene, benn bie Frage, welche Gebithr bei Annahme eines Sauptbevollmächtigten und eines Unterbevollmächtigten sowohl für den einen als auch für den anderen entstehe, sei in den §§ 42 st. KUGebo. erschöpfend geregelt; hier sinde sich jedoch teine Borsichtift darüber, welche Gebühr beim Güteversahren dem Haupt bevollmächtigten und bem Unterbevollmächtigten zustehe; auch eine entsprechenbe Anwendung dieser Vorschriften sei nicht mog-lich; denn est önnten mit gleichem Recht die Vorschriften iber Berhandlungsgebühr wie über die Beweis- und weitere die Verhandlungsgebühr wie uber die Beweise und weitere Verhandlungsgebühr auf die Gebühr des Guteversahrens angewandt werden; diese seinen aber verschieben geregelt; denn der Verschieben geregelt; denn dem Prozehgebühr stehe dem Hauptbevollmächtigten zu 10/10, dem Unterdevollmächtigten nur zu 5/10, dagegen die Verhandlungsgebühr dem Hauptbevollmächtigten nur zu 5/10, dem Unterdevollmächtigten zu 10/10 zu; demnach müsse entsprechend dem Willen des Geschardbers, das Küteversahren so hissa wie möglich zu ges des Gesetzgebers, das Guteverfahren so billig wie möglich zu geftalten, angenommen werben, bag im Guteverfahren auch bann, wenn die Partei fich eines Hauptbevollmächtigten und eines Unterbevollmächtigten bediene, ftets nur eine einzige Gebuhr entftebe, in die sich die Unwälte teilen mußten.

Nach nochmaliger Prüfung tann bie Beschwerdetammer aber ihre bisherige Ansicht nicht aufrechterhalten. Denn sie würde dazu führen, daß hier zwar der sächsische Anwalt gemäß 88 38, 38a RUGebO. eine volle Gebühr, der Berliner Anwalt aber feine Gebühr erhalten wurde, m.a. B. umfonft tatig ge-worden ware. Unbererfeits fann nicht angenommen werben, daß die Anwälte im Gegensat jum Prozegversahren, wo sie nach §§ 42, 43 NUGebo. nur eine 10/10= und eine 5/10=Brozeß= gebühr erhalten, im Güteversahren zwei volle 10/10-Gebühren erhalten sollen. Denn bas würde eine ungerechtsertigte Berteuerung des Guteversahrens gegenüber bem Prozesversahren bedeuten. Die bei ber Ginfügung des § 382 RUGebo. unter-

bliebene Regelung der Gebühren bes Hanptbevollmächtigten und bes Unterbevollmächtigten muß vielmehr von ber Ripr. in ber Weise getroffen werben, daß die in den §§ 42, 43 RUGebo. für bie Brogefigebühr geichaffenen Bestimmungen im Guteber fahren entsprechend angewandt werden. Abuliche Erwägungen finden fich auch ichon im Schrifttum (vgl. Baumbach, Reichekostengesehe?, Anm. 2 zu § 38a MMGebD.; Danielcike Graf von Medem, RUGebD. § 38a Anm. 4). Dieser Standpunkt sindet seine Kechtsertigung darin, daß die Gütegebühr ihrem inneren Wesen nach der Prozeggebühr gleichbehandelt werden muß. Senso wie die Prozeggebühr (§ 13 Ziff. 1 NUGebO.) dient sie der Abgeltung des Geschäftsbetriebes einschließlich der Information und wird nach § 38a Abf. 1 Sat 2 MMGeb. auf eine etwa im nachfolgenden Rechtsstreit zustehende Prozekgebühr voll angerechnet. Entsprechend wurde, wenn eine Bartei fich eines Vertehrsanwalts und eines Prozestevollmächtigten bebient, bem Vertehrsanwalt eine 10/10-Gebuhr gemäß §§ 44, 38a Abs. 1 RAGebo. und bem Prozegbevollmächtigten eine 10/10-Gebuhr aus § 38a AUGebo. zuzubilligen sein.

Daher sind hier für den Hauptbevollmächtigten eine 10/10" Gütegebühr aus §§ 42, 38a Abs. 1 MNGebo. und für den Unterbevollmächtigten eine 5/10-Gütegebühr aus §§ 43, 38a Abs. 1

AUGebo. erstattungspflichtig.

Dagegen ist die vom Hauptbevollmächtigten berechnete %/10° Berhandlungsgebühr abzusehen. 3war bestimmt § 42 KAGebD., daß ber zum Prozesbevollmächtigten bestellte Anwalt, welcher auf Berlangen ber Kartei die Bertretung in ber mundlichen Berhandlung einem anderen Rechtsanwalt übertragen hat, neben den ihm zustehenden Gebühren 5/10 der Verhandlungsgebühr erhält. Hierbei ist aber vorausgesetzt, daß eine Verhandlung ftattgefunden hat, und das ift hier nicht der Fall. Aber ab-gesehen hiervon kann im Güteverschren keine Verhandlungsgebühr entstehen. Denn im Guteverfahren tonnen nach § 38 a RAGebo. nur die Gütegebühr aus Abs. 1 und die Bergleichsgebühr aus Abf. 2 erwachsen.

(LG. Berlin, 27. (Roften=) BR., Befchl. v. 12. November 1937,

227 T 9848/37.)

Jivilprozefordnung

29. 26. — §§ 3, 9 3BD.; §§ 9, 10 GRG. Beim Streit über bie Bohe bes Mietzinses ift § 10 Abi. 1 G. 1 GRG. entsprechend angulwenden.

Der klagende Vermieter hat von der beklagten Mieterin Bahlung der gesetlichen Micte von monatlich 95 RM verlangt, während die Bell. nur 85 RM gezahlt hat. Darauf hat der Vermieter den Unterschied von je 10 RM für füns Monate eingeklagt und beantragt, die Bekl. zur Zahlung von 50 RM zu verurteilen. Die Bekl. hat Widerklage auf Feststellung erhoben, daß dem Kl. ein Anspruch auf eine über 85 RM monatlich hins ausgehende Miete nicht zusteht. Das AG. hat ben Streitwert ber Biberklage auf 40 R.M.

festgesett. Der Anwalt ber Bekl. verlangt Berauffepung auf

1500 RM.

Entgegen ber Ansicht bes Beschwo. fann (ber in erster Linic für die Streitwertfestschung jum 3wede der Entscheidung über vie die Streitwertzeizigung zum zweie der Entigetoling uchtsbie Auftändigkeit des Prozesserichts oder die Zulässigkeit des Nechtsmittels gestende) § 9 ZPD. nicht angewandt werden. Denn § 9 ZPD. setzt Nechte voraus, deren Dauer sich auf eine lange Neihe von Jahren, mindestens aber 12½ Jahre, erstreckt oder zu erstrecken psiegt (vgl. Willenbücher, Kostensesstegungs-versahren 1., § 10 RNGebD. Ann. 71 S. 284). Das ist dei Ausprüchen aus Mictverträgen mindestens in der Großstadt nicht ber Fall. Wenn es in Berlin auch burchaus vortommt, daß ein Mieter länger als 121/2 Jahre in denfelben Räumen wohnt, erfolgen doch häufig Wohnungswechsel in kürzeren Zeiträumen als 121/3 Jahren. Auch der Gesetzgeber hat durch § 10 Abs. 1 S. 1 GKG. die gebührenrechtliche Bewertung des Strei-tes über das Bestehen oder die Dauer eines Mietverhältnisses höchstens auf den Jahresbetrag angeordnet und bann noch in Sat 2 eine Ausnahme gemacht, wonach Räumungsklagen hochsat den die Niertelsahresmiete zu bewerten sind. Die Beschwerdefammer wendet in solchen Fällen regelmäßig gemäß § 9 KK., § 3 BKD. den § 10 Abs. 1 S. 1 UKG. entsprechend mit der Maßgabe an, daß sie, wenn, wie hier, Streit auf unbestimmte Zeit bestanden hat, den Streitwert auf den Jahresbetrag des streitigen Unterschiedes bemist. Sie geht davon aus, daß, wenn ichon ber Streit über das Bestehen oder die Dauer (gangen) Mietverhältniffes höchstens auf die Jahresmiete bewertet werben fann, ein entsprechender Grundsat beim Streit nur über die Sohe ber Miete um fo mehr gelten muß, als es

sich hier lediglich um einen Teil ber im Mietvertrag getroffenen Abreden handelt. So rechtfertigt sich hier die Bewertung der Widertlage auf 12 imes 10 = 120 K.A. Dieser Betrag umfaht auch die Mage. Denn Mage und Wiberklage betreffen hinsichtlich ber eingeklagten 50 AM benjelben Streitgegenstand i. S. bes 13 Abj. 1 GRG., wie sich auch daraus ergibt, baß bas AG. bie Mage abgewiesen und gleichzeitig ber Widerklage stattgegeben hat.

(LG. Berlin, 27. (Roftens) 3R., Befchl. v. 26. Dit. 1937, 227 T 10 120/37.)

30. 28. - § 6 390. Der Streitwert ber Rlage der bom Rentengutsvertrage zurudgetretenen Siedlungsgesellschaft gegen den Siedler auf Raumung und herausgabe des Rentenguts be-mist sich auf den Wert des Rentenguts.

Der angesochtene Beschluß frütt sich auf ben Beschluß bes KG. v. 24. Jan. 1936 (21W 157/36). Dort ist in einem abnlichen Fall ausgeführt, daß nach der bisherigen Afpr. der volle Wert der Sache, deren Herausgabe verlangt werde, ohne Abzug der Besastungen nach § 6 3\PD. maßgebend sei; der Senat breche jedoch mit dieser Aspr., weil sie dem allgemeinen gesunden Kechtsempsinden des Volkes widerspreche; maßgebend könne nur das wirkliche Zuteresse des Al. sein, wovon auch § 3 JPO. ausgehe; übrigens sei die Bestimmung des § 6 JPO. auch schon durchbrochen durch das Ges. v. 20. Juli 1933 (RGBI. I, 521), in dem bestimmt sei, daß bei einem Anspruch auf Räumung eines vermieteten ober verpachteten Grundstücks der vierteljährliche Mietzins für die Wertberechnung maßgebend fein folle; da es sich bei dem Rentengutsvertrage um ein pachtähnliches Berhältnis handle - ber Siedler erwerbe erft Eigentum nach Bahlung bes Raufpreises durch die Renten -, habe ber Senat teine Bebenken, diese Bestimmung entsprechend anzuwenden. Dagegen sührt das LG. Stolp: JV. 1937, 580 58 aus, es tresse nicht zu, daß der Siedler das Eigentum an der Siedlerstelle erst nach Bollzahlung des Kaufpreises oder nach Erledigung der Menten zahlungen erwerbe; der Siedler werde vielmehr Eigentumer mit seiner Eintragung im Grundbuch, die sofort nach Erledigung aller Formalitäten und nicht erft nach Bahlung bes ganzen Raufpreises erfolge; der Siedler unterscheibe sich barin in nichts von sedem Privatkäufer, der beispielsweise int nur kleiner Anzahlung ein Grundstück kaufe; für die Bemessung des Streitwerts dei einer Klage auf Herausgade des Grundstücks müsse daher in dem einen wie in dem anderen Falle die Vorschrift des § 6 BBD. maßgebend fein; daß dabei die Belaftungen nicht in Abzug gebracht werden dürften, sei anerkannten Rechts; die Borschrift des § 10 Abs. 1 GAG. sei eine Sonderregelung, die auf Rentengutsverträge nicht entsprechend angewandt wer

Die Beschwerbekammer schließt sich bem LG. Stolp im Er gebnis an. Es fann babingeftellt bleiben, wann ber Giebler bas Eigentum am Renteugut erwirbt. Denn ber § 6 BBD. gilt in erster Linie beim Streit über den Besit einer Sache, und Gegenstand ber Herausgabetlage ist hier minbestens ber Besit ber Sache. Hiernach ist ber Streitwert auf ben Wert bes Rentenguts anzunehmen, ber bem Raufpreis von 7960 RM entipricht. Daß dies mit der bisherigen Ripr. in Einklang steht, wird auch vom KG. angenommen. Im Gegensat zum KG. halt sich aber die Beschwerbekammer nicht für befugt, durch Aspr. die heute noch geltende Vorschrift des § 6 3BD. zu durchbrechen, zumal ba ber Erlaß bes vom KG. angezogenen Ges. v. 20. Juli 1933 (RGBl. I, 521) ergibt, daß sich ber Gesetgeber die Regelung berartiger Streitwertfragen hat vorbehalten wollen.

(LG. Berlin, 27. (Rosten-) BR., Bescht. v. 5. Ott. 1937, 227 T 8892/37.)

31. RG. - § 50 3PD. Die prozestrechtliche Stellung einer beflagten Bartei, die aber in Wirflichfeit nicht exiftiert.

Kür die Bekl., eine angebliche Bauern-, Koffäten- und Hänslergenoffenschaft im Kreise G., vertreten durch ihren Bürgermeister in C., stand im Wasserbuch für gewisse Wasserläufe zweiter Ordnung ein Fischereirecht eingetragen. Die Rl. haben aweiter Ordning ein Fischerkeit eingettugen. Die Kl. haben als Anlieger Klage erhoben, einmal auf Feststellung des Kicht-bestehens des Fischereirechts, jodann auf Löschung der einge-tragenen Rechte im Wasserbuch. Die Kl. haben zunächst das Fischereirecht der Bekl. bestritten, demnächst haben sie das Be-stehen der Bekl. geseugnet mit dem Vortrage, die Vekl. zei weber als zivilrechtliche noch als öffentlich-rechtliche Korporation rechtswirtsam gegründet worden. Die Bell. hat auch im Brozeg noch das Fischereirecht für sich beansprucht und ausgeführt, die Genoffenschaft und die politische Gemeinde C. feien personengleich. Im Laufe bes Acchtsftreits ift bie Bell. von ber Bafferbuchbehörbe als nicht existierend und somit nicht fischereiberechtigt gelöscht worden. Der Streit der Parteien beschränfte sich darauschin nur noch auf die Kostenfrage. Das Löchat die Kosten der Bekl. auferlegt, da in Wirklichteit die einzelnen Genossen verklagt seien, die seitzustellen der Kl. nicht augumuten sei; daher müsse sich die Bekl., auch wenn sie nicht eristiere, eine Berklagung gesalken lassen. Da an sich der Rechtsweg bei Streitigkeiten über ein Fischereirecht zulässig sei, musse weg bei Streitigkeiten über ein Fischereirecht zulässig sei, musse so süchtsinstitut der nur prozessuselnsten Rechtspflege durch das Rechtsinstitut der nur prozessuseln Rechtspflege durch das Rechtsinstitut der nur prozessusen Rechtspersönlichteit, ähnlich so Abs. 2 PD., dieser Rechtsweg auch gegen das zenes Recht in Auspruch nehmende Gebilde ermöglicht werden. Die Klage sei daher begründet gewesen, aber durch die Lössung im Wasserbald gegenstandslos geworden! Auf die Sischung im Esissendung gegenstandslos geworden! Auf die sossitute Beschwerde der Bekl. hin hat das KG. in Abänderung des landereiegt aus solgenden Eründen:

Nach dem eigenen Vortrag der Al., der durch die Löschung der Bekl. im Wasserbuch bestätigt wird, existiert die Bekl. überhaupt nicht; diese Tatsache steht jedoch der Einlegung der softigen Beschwerde durch sie nicht entgegen. Wenn gegen eine nicht vorhandene Partei Klage erhoben ist, muß diese sistliew Gebilde auch die Wöglichseit haben, im Prozeß die Nichtparteisähigkeit gestend zu machen und gegen ein besastendes Urteil Rechtsmittel einzulegen (RG3.35, 362 ff.). Das von der Bekl. also zulässig eingelegte Rechtsmittel muß zur Kländerung der angef. Kostenentsch, führen. Die Kosten des Kechtsstreits mussen der von der Verlagt, also eine unzulässige Klage erhoben, der von vornherein Erfolgsosigkeit beschieden sein mußte, und zwar auch dann, wenn es nicht zur Erledigung der Hauptsche gekommen wäre. Ob die Bekl. sich selbst zunächst als parteisähig angesehen und den Standpunkt vertreten hat, daß ihr das eingetragene Recht zustehe, ist unerheblich.

Daß sie tatsächlich nie existiert hat, ist unstreitig. — Eine nicht existierende Partei kaun aber eben nicht verklagt werden. Dem LG. kann auch nicht in der Aufsassung gesolgt werden, daß in Wahrheit die die Mitglieder der Bekl. bildenden physisses, welche Personen verklagt seien. Einerseits seht in keiner Weissest, welche Personen als solche in Vetracht kommen, andererseits erscheint auch einer Mochen seitz erscheint auch eine Ausbehnung des Ausnahmefalls des § 50 Abs. 2 BPD. unzulässig. Dem LG. kann auch in der Schlüßsolgerung nicht beigepslichtet werden, daß, weil zusolge RO3. 112, 269 bei Streitigkeiten über ein im Bafferbuch eingetragenes Recht der ordentliche Rechtsweg zulässig sei, auch gegen jeben nach ber Bafferbucheintragung Berechtigten bie Rlage zulässig sein musse, evtl. unter Berwendung des Rechts-instituts der nur prozessualen Rechtspersonlichkeit. Ift ber ordenkliche Rechtsweg an sich zulässsig, dann unterliegt er auch den Grundsäten der BPD. Entsprechend diesen Grundsäten ist aber ein Rechtsstreit zwischen zwei Parteien nur durchsührbar, wenn überhaupt zwei Parteien vorhanden sind. Das Rechtssissischteit ist dieser Massissischteit ist dieser dieser dieser die dieser dieser die dieser institut ber formalen Rechtspersonlichkeit ift in biefer MIge-meinheit dem Rechtsleben nicht bekannt. Es geht auch nicht an, es aus der Ausnahmebestimmung für den nicht rechtsfähigen Berein des § 50 Abs. 2 BPD. herzuleiten; denn es muß berücksichtigt werben, daß der nicht rechtsfähige Berein an sich existiert, und daß der Gesetzgeber aus wichtigen rechtlichen und praktischen Gründen es für diesen Fall als angebracht erachtet hat, von der nach der APD. bestehenden Verknüpfung von Rechtsfähigkeit und Parteifähigkeit abzusehen. Die Kl. hätten daher nur im Berwaltungswege gegen die Eintragung vorgehen können. Es ist unbeachtlich, wenn die Al. ihre klage das mit zu rechtfertigen versuchen, daß dieser Berwaltungsweg aussichtslos gewesen sei, da ihr Biderspruch wegen der Nicht-criftenz der Genossenschaft während des Eintragungsverfahrens Erfolg nicht gehabt habe. Diefer Umftand ift nicht geeignet, die Erhebung einer prozessual unzulässigen Rlage zu recht-

(KG., Beschl. v. 9. Nov. 1937, 2 W 4880/37.)

32. DLG. — §§ 114 ff. BBD. Die Rechtsverfolgung im Urstundenprozeß ist nicht schon mutwillig, wenn der Berklagte nur Einwendungen geltend macht, die im Nachverfahren zu prüsen sind, und deshalb anzunehmen ist, daß es zum ordentlichen Bersahren tommen werde.

3wed des Urkundenprozesses ist, einem Kl., der zum Nachweis seiner Ansprüche über Urkunden verfügt, auf schnelle und einsache Beise eine Bollstredungsmöglichkeit zu schaffen und ihm, abnlich wie beim Arrestversahren, einen vorläufigen gerichtlichen Beistand zu gewähren. Wie beim Arrestversahren darf auch im Urkunden-

prozeh das beantragte Armeurecht nicht aus dem Grunde verweigert werden, weil die begehrte Entsch. nur von vorübergehender Bedeutung sei. Einmal steht das noch nicht fest, zum anderen wurde die Ablehnung des Armenrechts für ein von der ZBO. vorgesehenes Bersahren eine Schlechterstellung der armen Partei bedeuten, die der Gesetzeher nicht gewollt hat. Die Rechtsversolgung der Klim Urtundenprozeh ist daher nicht mutwillig, wenn der Berklagte nur Einwendungen geltend macht, die im Rachversahren zu prüsen sind.

(DLG. Jena, 2. BibGen., Beschl. v. 22. Ott. 1937, 2 W 862/37.)

** 33. NG. — §§ 233, 556 3BD. Auch bei Berfäumung der Mebisionsanschluffrist ist Wiedereinsehung gemäß § 233 3BD. statthaft.

Der KevBekl. kann sich gemäß § 556 Abs. 1 BPD. nur dis dum Ablauf der Begründungsfrist der Kev. auschließen. Diese Frist war jedoch am 30. Sept. 1937 abgelausen, nachdem die Frist für die Einlegung einer jelbständigen Kev. bereits am 1. Aug. 1937 abgelausen war. Der Kl. und KevBekl. hat das Armenrechtsgesuch sür die Einlegung der Anschlußrevision am 21. Aug. 1937, also rechtzeitig vor Ablauf der Kevisionsbegründungsfrist eingereicht. Das Armenrecht ist ihm durch Besch. v. 12. Okt. 1937, der ihm am 14. Okt. 1937 zugestellt worden ist, bewilligt worden. Daraushin ist die Anschlüßtwereision nehst deren Begründung am 21. Okt. 1937 eingereicht worden; zugleich hat der Kl. um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Bersäumung der Frist des § 556 Abs. 1 3BD. gebeten. Diesem Antrag ist stattzugeben.

Die Versäumung der Frist zur Einlegung der Anschlußzrevision ist nach dem dargelegten Sachverhalt die Folge eines unabwendbaren Zusalles i. S. des § 233 ZBD. Das Wiederzeinsehungsgesuch ist forms und fristgerecht gestellt. Es bestehen auch keine Bedeuten gegen die Anwendung des § 233 ZBD. auf die Versäumung der Frist des § 556 ZBD., obwohl diese im § 233 ZBD. nicht besonders angesührt ist.

Die Frift zur Begründung ber Reb. erlangt burch § 556 BBD. eine weitere Bedeutung, indem ihr Ablauf zugleich die Einlegung der Auschlufrevision und beren Begrundung gemäß § 556 Abf. 2 BPD. zeitlich begrenzt. Daraus folgt zunächst, baß auch dem RevBetl. die Möglichkeit gegeben fein muß, die Berlangerung der Begrundungsfrift gemäß § 554 Abf. 2 Cat 2 BBD. zu beantragen, damit er die bon ihm benötigte Beit hat, nicht nur, um fich über die Ginlegung einer Anschlufrevision schlussig zu werden, sondern auch, um sie zugleich zu begründen. Dafür sprechen auch noch folgende Erwägungen. Wenn auch ber RebBetl. felbständig hatte Rev. einlegen konnen, jo ift er doch dadurch, daß fein Prozeggegner den Rechtsitreit in die RevInft. gebracht hat, bor eine neue Lage und bor neue Entichlüffe geftellt. Es fann ihm nicht zugemutet werben, im voraus für ben Fall, daß fein Gegner Rev. einlegt, einen Anwalt zu bevollmächtigen, und es liegt fein Grund vor, ihn weiter, als es das Wefet borichreibt, von den Entichliegungen feines Prozefigegners abhängig zu machen. Eine Notwendigfeit, den § 554 266. 2 Sat 2 3BD. babin auszulegen, daß die Revisionsbegrundungsfrift nur auf Antrag bes Reval. verlangert werden darf, besteht bei ber allgemeinen Fassung der Borichrift aber nicht. Rann demnach die Begründungsfrift des § 554 Abf. 2 Sat 2 3PD. auch auf Antrag bes RevBell, verlängert werden, jo muß der RevBett. auch ebenso wie der RevRt. die Möglich feit haben, die Folgen der Berfaumung diefer Frift, durch einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand abzumenden (vgl. RG. IV 399/30 v. 12. März 1931; vgl. auch Sonas, "3BD.", § 233 Erl. I und § 556 Erl. I Abf. 4; Baumbad, "3BD.", § 233 Unm. 1 und § 556 Unm. 1). Diefe Gefețesauslegung ermöglicht es zugleich, einem Armenrechtsgesuch zur Einlegung der Anschlufrevision, wie es im vorl. Falle bewußt geschehen ift, erft stattzugeben, wenn die Buläffigfeit der Reb. nach Bahlung der Brozefgebühr (§ 554 Abs. 7 BBD.) und nach Eingang der RevBegr. (§ 554 Abs. 2 BBD.) feststeht, und so eine unnötige Belaftung ber Staatstaffe mit ben Roften für einen Urmaniv. zu vermeiben.

(RG., II. ZivSen., Beschl. v. 16. Nov. 1987, II 131/37.) [Hn.]

34. RG. - § 233 BBD. Wiedereinsetung in den vorigen Stand gegen Berfäumung der Frist jum Nachweis der Zahlung der Brozefgebühr. Der Rechtsanwalt darf die Kontrolle der Einzahlung ber Brozefgebühr grundfählich feinem Burovor-

fteher überlaffen.

Durch Urteil des LG. in Insterburg v. 14. Juni 1937 ift der Bell. verurteilt worden, 800 AM mit Zinsen an den Sel. ju zahlen. Unter bem 2. Aug. 1937 hat die Streitberfündete des Bekl. Berufung eingelegt. Durch die Berfügung des Borsitenden des BG. v. 28. Aug. 1937 find auf Antrag der BerAl. die Friften jum Nachweis ber Bahlung ber Prozeggebühr und gur Begrundung ber Berufung bis jum 20. Gept. 1937 einidlieklich verlängert worden. Diese Verfügung ift dem Prozeßbebollmächtigten der BerKl. am 31. Aug. 1937 zugestellt worden. Die Begrundungsschrift ist am 20. Sept. 1937 bei dem BG. eingegangen, die Brozefigebuhr fur die BerInft. in Roftenmarten unter gleichzeitiger Stellung bes Antrages auf Wiedereinsetnung in den vorigen Stand wegen Berfaumung der Frift am 29. Sept.

Bur Begründung des Biedereinsetungsantrags ift vorgetragen: Bur Rontrolle ber Frift gur Begründung ber Berufung und der Bahlung ber Brogeggebühr fei in dem Buro des prozegbevollmächtigten Unwalts eine Frift auf den 18. Sept. 1937 notiert gewesen. Die Atten seien dem Anwalt gur Anfertigung der BerBegr. auch friftgemäß vorgelegt worden. Die Bahlung der Prozefgebühr werde durch den Bürovorsteher tontrolliert und, da die Frist zur Begründung der Berufung und zur Einzahlung der Prozeggebühr am gleichen Tage beendet fei, fei es berfehentlich unterblieben, ben Buroborfteher auf bie Innehaltung der zweiten Frift zur Bahlung der Brozeggebühr hinzuweisen. Go fei lediglich die BerBegr. burch ben Unwalt gefertigt und friftgemäß beim Bo. eingegangen. Der Burovorsteher sei unbedingt zuverlässig, der Anwalt pflege sich durch Stichproben über die Innehaltung ber Friften zu unterrichten.

Das BG. hat durch Befchl. v. 2. Dtt. 1937 ben Untrag auf Wiebereinsetjung in ben borigen Stand gurudgewiesen und die Berufung felbst als unzuläffig verworfen. Denn der Anwalt fei nicht durch einen unabwendbaren Bufall an der Gin-

zahlung der Prozeggebühr gehindert worden. Die sofortige Beschw. ift begründet.

Die Verfäumung der Frist zum Nachweis der Einzahlung der Prozeggebühr ift nicht auf ein Berschulden des prozegbevollmächtigten Unwalts, fondern auf ein Berfeben feiner Ungeftellten jurudzuführen. Der Rechtsanwalt tonnte, als ihn die Sandaften am drittletten Tage ber Frift borgelegt wurden, ohne eine ihn felbst treffende Sorgfaltspflicht zu verletzen, davon ausgeben, daß die Aften auch dem Burovorsteher gur Beiterleis tung der bereits in feinen Sanden befindlichen Brozefgebuhr und zum Nachweis der erfolgten Einzahlung dem Gericht gegenüber vorgelegt werden wurden. Es ift an sich nicht zu beauftanden, daß ein Rechtsanwalt die Kontrolle der Einzahlung berartiger Gebühren seinem Bürovorfteher überläft. Dies durfte der Ublichteit in vielen Anwaltstanzleien entsprechen. Ein besonderer Anlag im vorl. Einzelfall, die Einzahlung zu kontrollieren, bestand nicht. Die Frist zur Einzahlung der Brozefgebühr lief bei Bor-lage der Alten an den Rechtsanwalt noch drei Tage, war also durchaus ausreichend. Umftande dafür, daß die Ginzahlung ber Prozefigebühr bom Buro überfeben werden murde, lagen nicht bor. Daß bas Buro bes Rechtsanwaltes ber Berkel. an fich ordnungsmäßig arbeitete, ergibt sich aus beffen pflichtgemäßer Erklärung. Nach allem ift die Berfäumung der Frift zum Nachweiß der Einzahlung der Prozeggebühr für die BerInft. auf einen unabwendbaren Zufall zurudzuführen.

(RG., III. ZivSen., Beschl. v. 29. Oft. 1937, III B 5/37.) [\$n.]

35. RG. - § 256 BBD. Bur Frage bes Feststellungsintereffes bei der Mage eines Rindes gegen den Chemann ber Mutter auf Feststellung der blutmäßigen Abstammung von einem Dritten (Chebrecher).

Durch das landgerichtliche Urteil ist festgestellt, daß der Ml. blutmäßig nicht von bem Bekl. abstammt. Der weitergehende Feststellungsantrag, daß ber Rl. blutmäßig von S. abstamme, ist zurüdgewiesen worben.

Die bon bem Al. beabsichtigte Berufung mit bem Biele, auch diefe lettere Feststellung zu erstreiten, verspricht jedoch feinen Erfolg.

Das LG. hat biefe Feststellungeklage mit der Begründung abgewiesen, daß G. nicht Bartei biefes Rechtsftreits fei und daß daher die erstrebte Feststellung in diesem Berfahren nicht erfolgen könne. Das LG. ist damit der Formulierung der Abweifung berartiger Rlagen gefolgt, wie sie sich herausgebildet hat und gegen die an sich Bebenken nicht zu erheben sind.

Dazu aber fommt, daß, wenn auch bas Rechtsverhältnis S. bes § 256 3PD. nicht ausschließlich zwischen ben Parteien zu bestehen braucht, so bod immerhin eine gewisse Beteiligung des Betl., eine Wirtung ober Rudwirkung für ober gegen ihn, ver Beil., eine Wirth, anderenfalls ein Interesse bes Kl.
zu erfordern sein wird, anderenfalls ein Interesse des Kl.
zerade ihm gegenüber zu verneinen wäre. Ein derartiges
Interesse der Feststellung der blutmäßigen Abstammung des
Kl. von S. gegenüber dem Best. sehlt. Denn, steht es einmal
sest, daß der Best. nicht der blutmäßige Bater ist, so ist sür ihn
und im Verhältnis zum Kl., dem von ihm nicht erzeugten
Kinde, es völlig belangloß, ob der Kl. dieser oder jener Sippe
und dieser oder iener Rasse angehört. Steht doch der Best. und bieser oder jener Rasse angehört. Steht boch ber Beil., blutmäßig, selbst dann, wenn etwa ber Beil. als Chemann bas Unfechtungsrecht verloren haben follte, bem M. als ein an ber Person des wahren Erzeugers ganzlich uninteressierter Dritter gegenüber.

Eine andere Auffassung könnte immerhin dann Platz greisen, wenn, wie hier, das klagende Kind von dem Dritten im Chebruch erzeugt ist. Denn nach der Rspr. des RG., mit der für die Folgezeit zu rechnen ist, kann der Ehemann sür den Unterhalt des Unterhalt des von der Frau während der Ehe im Chebruche erzeugten Kindes unter den dort (f. RG3. 152, 397 ff. = FB. 1937, 7404 [m. Anm.]) aufgeführten Borausfetungen und ber Beschränkung hinsichtlich ber Kausalität für ben Unterhaltse anspruch bes Kindes von dem Shebrecher Schadensersat versangen. Dieser Ersakanspruch, zielend auf Erstattung ber aufgewendeten Unterhaltskosten und auf Befreiung von der Unterschen haltsverpflichtung, welche bem "ehelichen" Bater gegenüber bem als ehelich geltenden Kinde obliegt, kann gegebenenfalls Gegenstand eines Borgehens des Kindes auf Grund eines gegen ben ehelichen Bater erwirkten Unterhaltsurteils mit nachfolgender Pfändung und überweisung bes Anspruchs gegen ben Ghe-brecher sein. Damit aber könnte die für bas alsbalbige "Feststellungeinteresse" erforberliche, wenn auch nur gufünftig-mittelbare Beziehung zwischen bem ehelichen Bater und bem Dritten begründet werden, deren praktische Auswirkung für das Kind schon bezüglich der Ermittlung des Drittschuldners von Wert sein könnte. Dieser Lösung aber könnte andererseits bas Bedenten entgegenftehen, baß ber an bem Rechtsftreit nicht beteiligte blutmäßige Erzeuger an ein bort ergangenes Urteil nicht gebunden und bemnach auf Grund der Pfändung gegen ihn ein neuer Nechtsstreit auf Zahlung des Schabensersatzes erforberlich wäre.

Einer Stellungnahme zu dieser Frage bedarf es jedoch im vorl. Falle nicht. Denn jedenfalls hat der Rl. hier felbst borgetragen, ber Bekl. habe ihm feinen Unterhalt geleiftet, er werbe, nachbem seine Mutter ben G. geheiratet habe, in bessen Familie betreut. So fehlt es hier, da der Kl. noch nicht einmal einen Unterhaltstitel gegen den Bell. besitzt, und weil S. gegenüber dem Kl. bereits alle die Berpflichtungen erfüllt, die ihm auch fonst auf Grund Mage und Bfanbung und überweisung obliegen würden, auch aus dem Gesichtspunkt der Erzeugung des M. durch Ehebruch des S. an jeder Notwendigkeit eines prozessualen Borgehens und damit, soweit der Bett. in Frage kommt, auch an jedem Interesse an der alsbaldigen Feststellung ber blutmäßigen Abstammung des Al. von S.

gegenüber bem Befl.

(RG., 8. Biv Sen., Beschl. v. 12. Nov. 1937, 8 U H 1684/37.)

36. RG. — §§ 264, 268 BPD. — Reine Rlageanderung, wenn der Ml. feinen Aufwertungsanspruch junächst auf Bertrag, später auf Aufwertung nach allgemeinen Borichriften ftugt.

Der Aufwertungsanspruch ift nach der ftandigen Ripr. des RG. (RGZ. 123, 376 = JW. 1929, 1966; RGZ. 141, 146; 33. 1928, 1390) der Anspruch auf eine durch die Geldentwertung notwendig gewordene anderweitige Bestimmung des Betrags einer entwerteten Gelbforderung. Bu jeder Zeit ift ein bestimmter Geldbetrag als der derzeitige Aufwertungsbetrag anzusehen, der nach der weiteren Entwicklung jeweils Underungen unterliegt. Zum Abichluß tommt die Entwidlung erft, wenn die Art der Leiftung durch Bertrag ober Urteil festgestellt wird. Die Kl., welche sich zunächst auf eine vertragliche Festlegung der Auswertungshöhe berusen hatte, hatte also damit keinen ans deren Anspruch geltend gemacht, als sie es später tat, indem sie sich für den Fall, daß die Abrede nicht als erwiesen gelte, auf die Auswertung schlechthin berief. Unter diesen Umständen liegt darin auch keine Anderung des Klagegrundes. Es darf also keine Klageänderung angenommen werden.

(KG., IV. Ziv€en., U. v. 25. Oft. 1937, IV 138/37.) [Ba.]

37. AG. — §§ 286, 406, 371 3PD.

- 1. Bur Frage, inwieweit das Gericht, das das Gesuch um Ablehnung eines Sachverständigen abgewiesen hat, die vorsgebrachten Ablehnungsgründe bei der Prüfung des von dem Sachverständigen erstatteten Gutachtens zu berücksichtigen und in den Urteilsgründen zu erörtern hat.
- 2. Der Antrag des wegen Batentverletzung in Anspruch genommenen Bell., einen Sachverständigen darüber zu vernehmen, daß durch seine Maschine die Wirtungen der patentierten Maschine des Kl. nicht erzielt würden, kennzeichnet sich als ein Beweisantritt, der die Einnahme des richterlichen Augenschens begehrt, bei dem sich aber der Richter, dem die ersorberliche Sachtunde zur Bornehmung der Bersuche sehlt, durch einen Sachverständigen vertreten läßt. Zur Ablehnung eines derartigen Beweisantrages. 7)

Der Al. hat mit der Behauptung, daß die Bekl. ein ihm für eine Verbrennungskraftmaschine erteiltes Patent verletze, gegen sie Klage erhoben auf Unterlassung, Rechnungslegung und Feststellung der Schadenersatpflicht. LG. und BG. haben der Klage in den wesentlichen Punkten stattgegeben. Die Rev. der Bekl. hatte Erfolg.

1. Die Rev. rügt zwar zu Unrecht, der Tatrichter habe, nachdem die Bekl. den gerichtlichen Sachverständigen R. wegen Besorgnis der Besangenheit abgelehnt habe, gemäß KGZ. 64, 434 auch unabhängig von dem Ablehnungsversahren die zur Begründung des Ablehnungsgesuchs vorgebrachten Tatsachen, aus denen sich für die Bekl. die Besorgnis der Besangenheit ergab, würdigen müssen, bevor er das Gutachten troh seiner Gegensähe zu den übrigen Gutachten zur Grundlage seiner Entsch. habe machen dürfen.

In der angeführten Entsch. ist ausgeführt, daß die Partei, bie das Ablehnungsrecht wegen verspäteter Geltendmachung verloren habe, alles, was fie zur Begründung des Ablehnungsgesuchs habe geltend machen tonnen, noch in der mundlichen Berhandlung zur hauptsache geltend machen könne, um die Unzuverlässigleit und Unglaubwürdigkeit des Sachverständigen darzutun. Das Gericht habe, so wird ausgeführt, bei der Brüfung des Gutachtens diese Umftande zu berücksichtigen und tonne, wenn es die Bedenken gegen die Unbefangenheit des Sachverftandigen für begründet erachte, nun noch andere Sachverständige bernehmen. Es hatte also in dem in RG3. 64, 434 behandelten Fall eine Brufung bes Ablehnungsantrages in fachlicher Beziehung überhaupt nicht stattgefunden. Es ift flar, daß in einem folden Fall im Urteil barzulegen ift, daß trot ber erneut vorgetragenen Umftanbe feine Bedenken bestehen, bas Sads verständigengutachten ber gu treffenden Entich. zugrunde gu legen. Im vorl. Fall ift aber über bas Ablehnungsgesuch sachlich entschieden worden. Reue Umftande, die zu einer anderen Beurteilung hatten führen können, find in der mündlichen Berhandlung nicht geltend gemacht. Es ift nicht erfichtlich, ob bie Bekl. in der mündlichen Berhandlung auf die Ablehnung des Sachverständigen überhaupt zurudgekommen ift. Unter diefen Umftanden beftand für das BG., wenn es bei feiner im Beschluß über die Zurudweisung des Ablehnungsgesuchs niedergelegten Auffassung berblieb, teine Beranlassung, biefe Grunde im Urteil noch einmal zu wiederholen. Es genügt, wenn es ausführt, daß es an der Eignung bes R. jum Sachverftandigen und beffen besonderer Sachtunde auch auf bem Bebiete ber Vornahme von Versuchen angesichts seines hohen Lehramtes. seiner jahrzehntelangen Erfahrung, deren ftändige Uberprüfung der Sachverständige gegenüber ben gegen ihn gerichteten Ungriffen besonders versichert habe, und angesichts seiner gangen

Persönlichkeit keinen Zweisel hegen könne, zumal seine sachlichen Gründe den Senat voll überzeugten.

2. Dagegen ist das Versahren nicht bebenkenfrei, das das BG. bei der Prüfung der Frage, ob die Ausführungsformen der Bekl. unter den Schutzumfang des Streitpatentes sallen, eingeschlagen hat.

Das BG. führt aus, daß zur Feststellung, ob die angegriffenen Einrichtungen dem Erfindungsgegenstand gleich oder gleichwertig seien, zwei Wege in Betracht kämen. In erster Linie werde man diese Feststellung auf Grund des Augenscheins, den bereits vorl. Ersahrungen und den hieraus zu entnehmenden wissenschaftlichen Erkenntnissen zu entnehmen haben und gestützt auf solche Unterlagen auf die Übereinstimmung der gesamten Wirkungen schließen können. Es sei aber andererseits auch möglich, umgekehrt die Übereinstimmung der Wirkungen durch Versuche an der praktischen Ausführung zu prüsen und daraus gegebenensalls die Sleichheit oder Gleichwertigkeit der Einrichtungen nachzuweisen.

Das BG. hält den ersten Weg für sicherer, schlägt ihn ein und kommt auf ihm nach anfänglich weitergehenden Ausführungen nur zu der Bermutung, daß bei so weitgehens der Benutung der Mittel des Klagepatents auch die mit diesen Mitteln zu erreichenden Erfolge von der Bekl. mindeftens teilweise erreicht worden seien. Andererseits billigt das BG. eine wenn auch geringe Aussicht auf Erfolg zu bem von ber Bekl. dafür angetretenen Begenbeweis, daß durch ihre bom Rl. angegriffenen Ausführungsformen im Gegenfat jum Streitpatent eine Berbefferung des Mifchens des Brennftoffs mit der Berbrennungsluft, die sich stets in einer Berringerung des Brennstoffverbrauchs erkennen laffe, nicht eintrete. Die Bekl. hatte den Beweis durch Bezugnahme auf das Gutachten eines ge-richtlichen Sachverständigen angetreten. Ein berartiger Beweisantritt tennzeichnet sich als ein solcher, ber ben richterlichen Augenschein begehrt, bei bem sich ber Richter aber, ba er mangels eigener Sachtunde nicht in ber Lage ift, die nötigen Berfuche fachgemäß vorzunehmen, durch den Sachverftandigen vertreten läßt (ebenso für den ähnlich liegenden Fall der forperlicen Untersuchung von Frauen: Jonas, "BBD.", Borbem. vor § 371 II). Es handelt sich bemnach um den Antritt eines Beweises, deffen Erhebung nicht in das Ermeffen bes Berichts gestellt war, sondern um einen folden, den bas BB. gemaß § 286 BPD. nur hatte übergehen burfen, wenn es unter Begründung dargelegt hätte, daß feine abweichende Uberzeugung nicht erschüttert werden tonne, welches Ergebnis ber Mugenschein auch haben werde. Auch die sonstigen Bebenten, die von dem BG. diefem Beweisantritt gegenüber hervorgehoben sind, können nicht durchgreifen. Insbesondere ift es unerheblich, daß zu der Beweisführung umfangreiche und teure Bersuche erforderlich sind. Denn es ist nicht Sache des Berichts, fondern der Parteien, abzuwägen, ob fie das mit einem Brozeß verbundene Kostenrisiko tragen wollen.

(RG., I. ZivSen., U. v. 18. Sept. 1937, I 245/36.) [N.]

Anmerkung: Die Entsch. stellt zwei prozehrechtliche Grundsfäte auf.

- 1. Bei der Verwertung des Gutachtens eines Sachverständigen braucht das Gericht im Urteil die gegen die Eignung (Sachkunde, Gewissenhaftigkeit, Unparteilickeit) des Gutachters erhobenen Bedenken nicht besonders zu würdigen, wenn dies schodenen Unlaß des Versahrens geschehen ist, in welchem der Sachverständige von einer Partei abgelehnt wurde. Dieser Fall ist zu unterscheiden von dem des Urteils: RGZ. 64, 434, in welchem die Ablehnungsgründe wegen verspäteten Vordringens überhaupt nicht geprüft worden waren, in welchem also das Gericht verpflichtet war, sie in seinem Urteil zu würdigen, wenn sie von der Partei noch einmal vorgebracht wurden, um die Beweiskraft des erstatteten Gutachtens zu erschüttern.
- 2. Um welche Beweisart handelt es sich, wenn im Patents verlezungsprozeß die Wirkungsweise einer angeblich patents widrigen Vorrichtung durch Beobachtungen eines Sachverstäns digen sestgestellt werden soll? Das RG. erblickt darin eine Augenscheinseinnahme, bei welcher sich das Gericht

durch den Sachverständigen vertreten läßt. Augenschein liegt in ber Tat vor, wenn der Zwed ber Beweisaufnahme barin besteht, im Wege unmittelbarer Ginnegwahr= nehmung gewisse streitige Tatsachen festzustellen, fei es auch, um aus diefen Tatfachen gewiffe Schluffolgerungen gu giehen, zu deren Gewinnung besondere technische Menntniffe erforderlich find. Wenn also im Auftrag des Richters ein Sach tundiger einen gewiffen tatfachlichen Buftand, etwa das Funt tionieren einer Maschine, beobachten foll, um daraus mittels Anwendung feiner technischen Speziallenntniffe Schluffolge rungen mit Bezug auf eine rechtserhebliche bestrittene Tatsache zu gewinnen, so liegt im Bereich der Sinneswahr-nehmung Augenscheinsbeweiß, im Bereich der fach-lichen Schlußfolgerung Sachverständigenbeweiß. Wie aber lägt es fich rechtfertigen, dag foldenfalls der Angenschein nicht durch den Richter felbst, sondern durch den Sachberständigen borgenommen wird -- ein Berfahren, welches fachlich durchaus angemessen und vernünftig ist, da ja der Richter mangels ausreichender Spezialkunde die erforderlichen technischen Bersuche selbst in sachgemäßer Weise nicht vornehmen könnte? Die Theorie (Kommentar von Jonas, Borbem. zn § 371 II) hilft fich mit der Borftellung einer Bertretung des Rich ters durch den Cachverständigen. Man wird fich aber ent-Schließen muffen, auf diefen — nicht einmal unbedenklichen konstruktiven Rechtsbehelf zu verzichten (der Rechtsbegriff der "Vertretung" paßt begriffsmäßig nicht auf rein tatsächliche Vorgänge, wie es die Sinneswahrnehmung ist) und in übereinstimmung mit der Realität der Dinge anerkennen muffen, daß der Angenscheinsbeweis, beffen Befen - im Gegensat gu gedanklichen Schluffolgerungen - in ber unmittelbaren Ginneswahrnehmung besteht, nicht notwendig von dem Richter perfonlich vorgenommen werden muß, vielniehr auch in feinem Auftrag burch eine andere Berfon durchgeführt werden tann, menn bafür angemeffene Grunde befteben. Der Beauftragte ift dann, soweit er Ginnesmahrnehmungen durchführt, Gehilfe des Richters in bemfelben Ginne, in welchem der Sachverftanbige tein Gehilfe bei der technischen Schluffolgerung ift. Um "Bertretung" handelt es fich in dem einen Fall ebensowenig wie in bem anderen, was icon barin jum Ausbrud tommt, bag ber Richter hier wie dort an die Ergebniffe fremder Tätigkeit nicht gebunden ift, fondern fie feinerfeits frei nachprufen tann.

Die praktische Bedeutung der Unterscheidung zwischen Mugenscheins- und Sachverständigenbeweis ist befanntlich die, daß der Richter einen beantragten Sachverständigenbeweis abtehnen fann, wenn er fich die nötige Sachkenntnis felbft gutraut, daß er dagegen einen Augenscheinsbeweis solange nicht ablehnen tann, als er nicht hinfichtlich des Beweisthemas eine uneridütterliche Aberzeugung gewonnen hat.

Der betrachtete Fall bestätigt übrigens in eindrucksvoller Beife, daß man auch in der Lehre von den Beweismitteln mit icharf gegeneinander abgegrenzten formalen Rechtsbegriffen nicht austommt. Insbesondere bie drei Beweismittel: Augen ichein = eigene Sinneswahrnehmung durch das Bericht (oder deffen Behilfen), Bengenbeweis = Mitteilung eigener Sinnes wahrnehmung durch einen Dritten an das Bericht, Sachberftandigenbeweis = Vornahme von Schluffolgerungen eines Drit ten auf Grund besonderer Sachkunde, gehen, wie schon oft be merkt, vielfach ineinander über. Db bas eine ober andere bor liegt, wird wesentlich davon abhängen, welches Moment im Gingelfall überwiegt. Go wird ber Sachverftan dige, ber im Auftrag des Richters einen Angenschein aufgenom men hat, auch dann nicht Benge fein, wenn er über das Er gebnis feiner Sinneswahrnehmungen berichtet, wie auch be tanntlich umgetehrt ein Benge dicfe seine Gigenschaft nicht ba durch verliert, daß er feine Wahrnehmungen nur vermöge einer besonderen Sachtunde hat machen können (fachverftandiger Beuge!). Tatsachenwahrnehmung, Tatsachenbericht, Tatsachen-erschließung berühren sich in der Praxis vielfach aufs engste und gehen ineinander über. Und hier ift das Leben ftarter als die Theorie.

Prof. Dr. Rifd, München.

38. LG. — § 401 BPD.

Aber Roftenbeschwerden von Zengen und Cachberftandigen gegen Befchluffe bes Erbgefer. hat das 20., nicht das Erbgef-DbBer. ju entscheiden.

Wird der behandelnde Argt des Unfruchtbargumachenden gehört, so ist er als sachverständiger Zeuge zu entschädigen. Für eine schriftliche Beantwortung der Beweisfrage hat er nur Anspruch auf Erstattung von Auslagen. Die Borschrift des § 401 Abs. 2 3BO. geht dem Preuß. Gef. betr. die Gebühren der Medizinals beamten v. 14. Juli 1909 (GS. 625) bor. †)

Auf einen vom Antkarzt gestellten Antrag auf Unfrucht-barmachung hat das Erbgesser. u. a. den Beschw. als be-handelnden Arzt der Unfruchtbarzumachenden auf Grund des § 7 Abs. 2 Erbernachweses, um schriftliche Mitteilung seiner Bahrnehmungen und um Wiedergabe seiner Eintragungen er sucht und gebeten, die Richtigkeit seiner Angaben an Eides Statt du versichern. Der Beschmof. hat sich wie folgt geäußert:

Frl. X. war bei mir in Behandlung. Sie gab an, fie leibe jeit 18 Jahren an Epilepsie. Sie habe Krämpse, Juckungen und sich schon oft im Anfall auf die Zunge gebissen und eingenäst, auch schon öfter im Anfall verlett. Der Anfall dauere einige Minuten. Die Reslere waren regelrecht. Ein Anfall wurde hier nicht beobachtet. Es ist wohl zweisellos, daß Frl. X.

an erblicher Fallsucht leibet.

Ich versichere an Eides Statt die Richtigkeit meiner Angaben."

Der Beschwf. hat für diese Außerung 5 RM geforbert. Diese Forderung hat das Erbgesser. abgelehnt. Hiergegen richtet sich die Beschwerbe.

Im Erbirnachwef, und ben bazu ergangenen Ausfub. sindet sich keine besondere Vorschrift, welches Gericht (das Erbgeschberen oder das LE.) über eine solche Kostenbeschwerde zu entscheiden hat. Hingegen war in Erbhossachen für gewisse Rostenbeschwerden ursprünglich das Landgericht ausdrücklich für zuständig erklärt (§ 55 der 1. DurchfBD. v. 19. Okt. 1933 [RGBI. I, 749]), während nunmehr nach § 114 EHBSD v. 21. Dez 1936 (NGBl. I, 1082) das Erbhofgericht zuständig ist.

Wie schon früher die bannals für Kostenbeschwerden in Erbgesundheitssachen geschäftsplanmäßig zuständige 3. 3K. des LV. Berlin im Beschl. v. 14. Juni 1935 (203 T 3414/35) ausgeführt hat, sinden nach Art. 4 Abs. 2 der 1. Ausswod vom 5. Dez. 1933 (RVBl. I, 1021) auf das Versahren vor den Erbgeswer. und den Erbgesodber. die Vorschriften des RFG. entsprechende Anwendung, soweit nicht in dem Erbkrnachweses. oder in dieser BD. etwas anderes bestimmt ist. Das ist für Beschwerben von Zeugen und Sachverständigen nicht ber Fall. Beschwerden von Zeugen und Sachverstandigen unft der Fall. Daher sind nach § 15 AFG. die §§ 373 ff., 402 ff. 3PD., insbesondere §§ 401, 413 3PD. und damit die ZeugGebD. anzuvenden. Nach § 20 Abs. 2 ZeugGebD., § 568 ZPD. entscheider dier die Beschwerde das im Instanzenzuge zunächst höhere Gericht. Das ist sür Kostenbeschwerden von Zeugen und Sachverständigen das Land gericht. Denn dieses ist sür das Ausgeschehrt ist, des ist sür das Ausgeschehrt ist, des (dem das Erbgeswer. angegliedert ist) das im Justanzenzuge zunächst höhere Gericht, da nach § 9 ErbkrNachwege, nur für Fälle des § 8 Sah 5 eine Beschwerde an das Erbgesundheitsobergericht vorgesehen ist.

Die Beschwerbe ist zulässig nach § 20 Abs. 2 Zeugwebd. und nicht an eine Beschwerbesumme von mehr als 50 RM gebunden (vgl. Breuer: JB. 1936, 2778). Ihr kann aber nicht

stattgegeben werben.

Die beschließende Beschwerdekammer, die nunmehr geichäftsplanmäßig nicht nur für Roftenbeschwerben in Bibilprozegfachen, jondern auch in Erbgefundheitssachen guftandig ift, kann den Aussührungen der 3. 3K. in dem schon oben erwähnten Beschl. v. 14. Juni 1935 in der Sache selbst nicht beistreten. Bie Gitt-Rüdin-Kutte in ihrem Erläuterungsbuch zum ErbkrRachwGes. (2. Aufl., § 7 Ann. 4 S. 236) zutressend aussühren, berichten die Sachverständigen auf Grund besonderer Sachkunde; sie "urteilen" mit und sind Gehilsen des Richters; bagegen berichtet der sachverständige Zeuge über den Sachverhalt des Einzelfalles in besonderer Weise auf Grund besonderer Sachkunde. "Alls wesentlicher sachverständiger Beuge wird baher ber behandelnde Arzt bes Unfruchtbarzumachenden ju hören sein" (a. a. D.). Nicht anders liegt es hier. Von bem Beschwof. ist kein Gutachten, sondern nur die schriftliche Mittellung seiner Wahrnehmungen und die Wiedergabe seiner Eintragungen mit elbesstattlicher Versicherung verlangt worden. Wenn der Beschwf. darüber hinaus eine gutachtliche Außerung abgegeben hat, es sei wohl zweifellos, daß Frl. X. an erblicher Fallsucht leide, so kann er hierfür mangels Auftrags keine Bergütung forbern.

Nach § 414 BPD. fommen die Vorschriften über den Zeugenbeweis zur Anwendung, insoweit zum Beweise vergangener Tatsachen oder Zustände, zu deren Wahrnehmung eine besondere Sachkunde ersorderlich war, sachkundige Personen zu vernehmen sind. Demgemäß hat das Erbgesser von der Besugnis aus 377 Abs. 3PD. Gebrauch gemacht. Für die darauf ersolgte schriftliche Beantwortung der Beweissrage hat der sachverständige Zeuge nach § 401 Abs. 2 BPD. nur Anspruch auf Erstatung der ihm durch die Beantwortung ensstandenen Aus au as a gen (im Gegensaß zu den Fallen, in denen er vernommen worden ist, § 401 Abs. 1 BPD.).

Daher kann bem Beschwff. eine Zeugen- ober Sachverstänbigenvergütung nicht bewilligt werden. Ihm bleibt es undenommen, Auslagen i. S. des § 401 Abs. 2 JVD. zu berechnen. Ann hat allerbings der Kostensenat des KG. im Beicht.

Nun hat allerdings der Kostensenat des KG. im Beich.
v. 17. Jan. 1933 (20 W 13365/32 in den Atten 9 O 10607/30 des
2G. III Verlin; auch als Grundsat in die Kostenkartei des KG.
3u § 16 ZeugGebD., § 414 ZPD. ausgenommen) den Grundsat
ausgestellt, daß der nichtbeamtete Arzt gemäß § 16 ZeugGebD.,
s. 3, 12 KrGes. detr. die Gebühren der Medizinalbeamten vom
14. Juli 1909 (GS. 625) einen Anspruch auf Vergütung habe, wenn
er auf Ausstünfte i. S. des Abs. III Rr. 11 u. 12 des Larifs zu
diesem Gesch abgede, mögen auch diese Austunfte prozestrechtsich nichts anderes als schriftliche Aussagen eines sachverständigen Zeugen (§ 414 ZPD.) sein. Auch dem kann die setzt beichließende Kostenkammer nicht beitreten. Sie sieht grundsallich
auf dem Standpuntt, daß die kostenechtliche Beurteilung nach
Möglichkeit mit der prozestrechtlichen in Einklang zu deringen ich.
Aber auch abgesehen hiervon enthält die ZPD. nicht nur die
vonn KG. augezogene prozestrechtliche Borschrift des § 414 ZPD.,
sondern auch die kostenechtliche Borschrift des § 401 ZPD. Rach
dem 2. Absah des § 401 ZPD. hat der Zeuge dei schriftlicher
Beantwortung der Beweisstrage (§ 377 Abs.) nur Unspruch
ausschrift. Der Landesgesetzgeber kann nicht bestimmen, daß
kostenechtlich ein Zeuge als Sachverständiger auzusehen ist,
wenn er nach dem Reichsgesetz als Zeuge zu entschädenen für hier daraus, daß das BrWedizinalbeamten. und dem Kahre
1909 stammt, während die §§ 377 Abs. 3, 401 Abs. 2 App.
ert durch ReichsvD. daß das BrWedizinalbeamten. ans dem Kahre
1909 stammt, während die §§ 377 Abs. 3, 401 Abs. 2 App.
ert durch ReichsvD. daß das BrWedizinalbeamten.
und dem Kohrend die Singten den kande dem Kahre
1909 stammt, während die §§ 377 Abs. 3, 401 Abs. 2 App.
ert durch ReichsvD. daß das BrWedizinalbeamten.

aus dem Kannen.

aus dem Kahrend

aus dem Kahrend

aus dem Kahrend

aus dem Kahrend

bei Kannenken.

aus dem Kahrend

aus dem Kahre

Die Beschwerbekammer kann schließlich die vom Beschwerdejührer gestellte Frage, ob er als Zeuge verpslichtet sei, die krankengeschichte vorher durchzustudieren, nicht beautworten, walt die Gerichte magels gesellicher Grundlage weber berechtist nech verpsssichtet sied Beschkänguskünfte zu erteilen.

tigt noch verpflichtet find, Rechtsausfünfte zu erteilen.
(LG. Berlin, 27. (Roften-) 3R., Befchl. v. 16. Juli 1937, 227 T

5568/37.)

Anmerkung: 1. Im Gegensatz zu ber oben vertretenen Aufssissung hält ErbgesDber. Jena: JW. 1937, 2067 67 nicht das DG., sondern das ErbgesDber. zur Entscheidung über Kostensbeschwerben in Erbgesundheitssachen für berufen.

2. Ju ber Sache selbst nimmt Erbges Dber Dangig: JB. 1937, 2069 61 benjelben Standpunkt ein. Bgl. dazu Fischer und Gaedeke: JB. 1937, 2437.

39. RG. — § 445 BBD. Der Beweisantrag auf Barteibernehmung ist neben anderen Beweismitteln nicht zuläffig. †)

(KG., II. ZibSen., U. v. 23. März 1937, II 240/36.) <= KGZ. 154, 228.⟩

Abgedr. JW. 1937, 1723 21.

Mumertung: Beantragt die beweispflichtige Partei neben der Benennung von Zengen die Vernehmung des Prozesgegeners, so soll dieser Antrag nach der Auffassung des RG. unzulässig sein, weil gemäß § 445 BBD. die Parteivernehmung, wie früher der Parteieid, ein subsidiäres Beweismittel ist. Das RG. hält es deshalb für richtig, daß das BG. auf den Antrag auf Parteivernehmung nicht eingegangen ist; die Partei hätte ihn nach der Zeugendernehmung wiederholen müssen. Der Prissung, ob das BG. nach der Zeugendernehmung gemäß § 139 BBD. eine entsprechende Frage hätte stellen müssen, entgeht das RG., weil im vorl. Falle die Verletung der Fragepflicht nicht gerügt ist.

Begen diese Entich, ergeben sich Bedenten: I. Gie findet in § 445 3BD, teine Stute 1. Die Zulässigiet des Antrages auf Parteivernehmen ist davon abhängig, daß der Zeugenbeweis das Gericht nicht von der Richtigkeit der Behauptung des Beweissührers überzeugt hat, also von einem inneren Denkvorgange des Gerichtes, über den mit bindender Kraft nichts sestgestellt werden kann.

Wird der Antrag schon vor der Zeugenvernehmung gestellt, so ist für die beweissührende Partei erst recht der Erfolg der Zeugenvernehmung ungewiß, da die Vernehmung noch gar nicht vorliegt. Aber in dieser Ungewißheit unterscheiden sich der Antrag vor und nach der Zeugenvernehmung nur dem Grade nach, nicht wesentlich.

Aus ihr folgt daher nicht, daß der Antrag nicht schon vor

der Zeugenbernehmung gestellt werden durfe.

2. Wird der Antrag auf Parteivernehmung gleichzeitig mit der Zeugenbenennung gestellt, so ist er aus § 445 ZPO. zwanglos dahin auszulegen, daß er erst nach der Zeugenvernehmung

Beachtung finden soll.

3. Aus 1 und 2 folgt, daß ein solcher Antrag im Regelfalle der in § 445 BPD. bestimmten Subsidiarität genügt. Im reinen Wortlaute dieser Bestimmung erscheint zwar nur der nach der Beugenvernehmung gestellte Antrag. Aber das Gesetz zeigt nicht, daß auf diesen Zeitpunkt für die Stellung des Antrages etwas ankomme. Wesentlich ist nur, daß im Zeitpunkt der Prüssung des Antrags das Gericht sich bereits eine Meinung über den Beweiserfolg hat bilden können.

Bu einem betonten Vortreiben von Schlußfolgerungen aus dem Grundsatz der Subsidiarität liegt heute kein Anlah vor. Denn die für den Eidesbeweis geltende unbedingte Beweiskraft, die seiner nur hilfsweisen Zulassung eine besonders starke Rechtsertigung verlieh, ist heute nicht mehr. Im Gegenteil unterliegen auch alle Vorgänge der Parteivernehmung der freien Beweiswürdigung; es können über dieselben Tatsachen nach der Parteivernehmung mit Ersolg Zeugen vernommen werden. In der Praxis zeigt sich daher auch seitens der Gerichte sehr oft eine nur geringe Achtung gegenüber diesem Grundsatze.

Daber find bie berbindenden Gedanten für bie bom RG.

formulierte Schluffolgerung nicht ersichtlich.

II. Schon nach allgemeinen Regeln ift der Antrag, obwohl gestellt für den Fall, daß das Gericht den Beweiserfolg der Zengenbernehmung berneint, feit der grundlegenden Entich. RBB. 144, 71 = 323. 1934, 2910 6, nicht als wegen Bedingtheit un-Bulaffige Brozeghandlung anzusehen. Denn ber Beweisführer "hat nicht durch eine willfürlich gesette Bedingung eine mit ben Zweden des Prozesses unverträgliche Unsicherheit geschaffen. Darin allein, ob der Richter den Zeugenbeweis für erfolgreich halten würde, lag ein Moment der Unficherheit, einc Art Bedingung. Aber die Entich. hieruber ftand allein beim Richter. Das ist keine willkurlich von der Partei gesetzte, von außen her beigefügte, fondern eine ichon von Rechts wegen bem Geschäfte innewohnende Bedingung". Die für den nach der Bengenvernehmung gestellten Antrag durch § 445 3PD. außer Zweifel gestellte Unschädlichkeit jener Ungewißheit entfallt daber auch nicht durch die allgemeinen Prozeglehren für den vorher gestellten.

III. Die heutigen tatfächlichen Möglichkeiten und Rotwendigfeiten des Prozesses zwingen die Bartei, den Antrag auf Parteivernehmung gleichzeitig mit bem auf Zeugenvernehmung ju ftellen Jeder Unschein bon Saumfeligfeit muß bermieden werden; die Gefahr bes Ausichluffes wegen Beripatung ift gegen wartig. Bor ber Partei fteht nicht nur ber Richter, sondern hinter diesem steht die Statistik. Der Sache ift nicht bamit gedient, wenn an diesen Tatjachen, die täglich in Erscheinung treten und täglich unter Rechtswahren erörtert werden, vorübergegangen wird. Jede Bartei, jeder Anwalt ftellt deshalb heute, ohne Rudficht auf touftruttibe Erwägungen, ben Antrag auf Partei vernehmung borher mit. Außerdem liegt es nicht außerhalb bes Möglichen, daß das Gericht zwar die Beweistatsache für erheb lich halt, aber mit Rudficht auf die Person des Zeugen bessen Bernehmung ablehnt. Damit hier die Partei nicht mit einem Urteile überrascht wird, muß fie ben Antrag auf Parteiverneh mung gleichzeitig mit der Zeugenbeneunung ftellen.

Beder der unter I bis III dargelegten brei Gesichtspuntte

für sich fteht der reichsgerichtlichen Auffassung entgegen.

20R. Dr. Scheld, Dresden.

40. AG. — Ob der Vorschrift bes § 519 Abs. 3 Rr. 2 3BD. genügt ift, tann stets nur nach der besonderen Lage des Falles beurteilt werden. Die Begründung muß erkennen lassen, wie der BerAl. sich mit den Gründen des angesochtenen Urteils außeinandersehen will und warum er ihnen entgegentritt.

Gegen ein der Räumungsklage des Kl. stattgebendes Urteil des 2G. haben die Bekl. vor deffen Zustellung Berufung eingelegt und in die Berufungsichrift außer dem Berufungsantrag folgende Begründung aufgenommen. "Man muffe schon gestehen, daß die Begründung des angefochtenen Urteils in keiner Beise auf das vorgetragene umfangreiche Prozesmaterial eingehe. - Daß die Ründigung auch formell nicht in Ordnung gebe, sei bon den Bell. nicht nur in einer Reihe bon Schriftfägen nachgewiesen, behauptet und dargelegt, sondern auch mit Beweisen vertreten. — Nicht anders verhalte es fich auch bigl. ber Frage, ob die Rundigung gegen die guten Sitten berftoge und damit nichtig fei. - Nachdem die BerAl. in erfter Inftang in ausführlichster Beise zur Mage Stellung genommen hatten, ohne daß der Erstrichter barauf eingegangen sei, werbe gur Begrundung ber Berufung auf die Schriftfate erfter Inftang, und auf die darin angebotenen Beweise, die fämtlich unerledigt geblieben seien, Bezug genommen. — Neue Tatsachen vermöchten die Bell. nicht vorzubringen, nachdem das Sach- und Rechtsverhältnis in erster Inftang erschöpfend und eingehendst auseinandergesett fei.'

Das BG. hat hierin eine bem § 519 Abs. 3 Nr. 2 BBD. genügende Begründung der Berufung nicht zu finden vermocht und ausgeführt, zwar seien die Punkte genannt, bzgl. deren das Urteil des LG. angesochten werde, nämlich die Frage der Ordnungsmäßigkeit der Kündigung und ihres sittenwidrigen Charakters; es seien aber nur die Angriffsziele bezeichnet, ohne daß eine nähere Begründung gegeben und gesagt sei, mit welchen Gründen im einzelnen die Bartei die Würdigung des Streitssosses durch das angesochtene Urteil erschüttern wolle; die Bezugnahme auf das Vorbringen erster Instanz genüge nicht.

Dem kann nicht beigetreten werden. Allerdings verlangt das Gefet "die bestimmte Bezeichnung der im einzelnen anguführenden Grunde ber Anfechtung". Db biefer Borichrift ge nugt ift, tann stets nur nach der besonderen Lage des Falles beurteilt werden. Die bloge Bezugnahme auf die Ausführungen bes erften Rechtszuges tann freilich nicht genügen. Die Begrundung muß erkennen laffen, wie der Berkl. fich mit den Grunden des angesochtenen Arteils auseinandersetzen will und warum er ihnen entgegentritt. Das soll aus der BerBegr. für Gericht und Gegner flar werden. Im vorl. Fall ift dem aber genügt. Die Berkl. machen bem angefochtenen Urteil gum Vorwurf, daß es (wie eine Bergleichung seiner Grunde mit dem von der bett. Bartei Borgetragenen ohne weiteres ergibt) unterlaffen hat, auf dasjenige Borbringen einzugehen, aus dem die Unwirksamkeit ber Ründigung hergeleitet worden ift. Da es sich um das ge famte Borbringen handelt, so würde eine nabere Darstellung in der BerBegr. nur auf eine überfluffige Wiederholung ber zahlreichen Brozegbehauptungen und der dafür angetretenen Beweise hinauslaufen.

(RG., IV. ZivSen., U. v. 25. Oft. 1937, IV 155/37.) [Ba.]

41. AG. — § 563 BPO. ist nicht anwendbar, wenn das RG. eine Klage, die das BG. infolge Rechtstretums aus verschrensrechtlichen Gründen abgewiesen hat, für sachlich unsbegründet erachtet; vielmehr hat hier das RG. den Rechtstreit an das BG. zurückzuverweisen.

(RG., I. ZivSen., U. v. 16. Okt. 1937, I 254/36.) [R.]

42. DEG. — a) § 730 BBD. Die Bestimmung, daß die tichterliche Anordnung oder die Rechtspflegereigenschaft in der Bollstreckungsklausel zu erwähnen ist, ist bloge Ordnungsvorschrift; sormale Mängel in dieser Hinsicht berühren die Rechtmäßigkeit der Bollstreckung nicht ohne weiteres.

b) Berufung auf das BollftrDifbrG. ift nur bis zur Zusichlagserteilung zulässig.

Das LG. stellt fest, daß der Schuldtitel der beigetretenen Gläubigerin — eine gerichtliche Urkunde i. S. von § 794 Abs. 1

Biff. 5 BPD. — einer wirksamen Vollstreckungsklausel entbehre, weil aus ihr nicht hervorgehe, daß sie, wie das nach §§ 727, 730 BBD. erforderlich sei, auf Anordnung des Borsitzenden oder von einem Nechtspfleger erteilt sei. Es glaubt, diesen Wangel, der die Vollstreckungsklausel rechtsunwirksam mache und auch die auf Erund der Klausel vorgenommene Zwangsvollstreckung unzulässig erscheinen sasse, von Amts wegen beachten zu müssen. So kommt es, weil das geringste Gebot nach dem Nechte der beigetretenen Mändigerin als erster Hypothekengläubigerin erteilt ist, zur Versagung des Zuschlags mit der Wirkung der Ausbedung des Versahrens in Ausehung des Beitritts.

Gegen biese Entsch. hat die beigetretene Gläubigerin fristgerecht die weitere sosortige Beschwerde eingelegt. Der Senat hat vom AG. Baldenburg eine Auskunft darüber, ob der Urk, der die Bollstrechungsklausel v. 10. Mai 1937 erteilt hat, zum Rechtspseger bestellt sie, und von diesem selbst eine Auslassung darüber, in welcher Etgenschaft er die Klausel habe erteilen wollen und warum er in der Klausel auf § 726 BBD. verwiesen habe, beigezogen.

Richtig ift, daß die Vollstreckungsklausel zu der vollstreckbaren gerichtlichen Urkunde v. 24. April 1928 unter Beobachtung der Vorschriften in §§ 727, 730 BBD. zu erteilen war Denn die Urkunde war zugunsten der Stadtgemeinde W. als der damaligen Trägerin des Sparkassenwermögens errichtet, während jeht die Stadtsparkasse W., auf die das Sparkassenwögen der politischen Gemeinde nach § 33 der sächs. Sparkassen und Girokassen V. 12. Mai 1932 kraft Gesehzs übergegangen war, aus der Urkunde vollstrecken wollte. Die Vollstreckungsklausel konnte daher vom UrkW. nur auf Anordsnung des Vorsiben den oder in seiner Gigenschaft als Rechtspflege er erteilt werden, und das eine wie das andere war in der Klausel zu erwähnen. Nuhat die Vollktreckungsklausel zum Schuldtitel der beigetreckenen Wländigerin ein UrkW. crieilt, der dabei nicht auf Anordnung des Vollktenden gehandelt hat, der aber tatsächlich seit Jahren als Nechtspfleger bestellt ist und auch nach seiner Versicherung der klausel als solcher hat tätig werden wollen, aber versehenklich unterlassen dies kechtspfleger bestellt ist und auch nach seiner Versicherung der reteilung der Rausel als solcher hat tätig werden wollen, plegereigenschaft neden seiner Dienstbezeichnung als Justizinspektor hervorzuheben. Die Vollstreckungsklausel seidet seiner dienen formalen Mangel.

Run ist weiter richtig, daß im Schrifttnm unterichie-ben wird, ob bei ber Bollstreckungsklausel bie materiellen Boraussehungen für ihre Erteilung (§§ 726, 727 BPD.) ober ob bei der Erteilung Formvorschriften — z. B. die des § 730 BBD. — verleht worden sind. Im ersten Falle wird angenommen, ber Mangel sei nicht von Amts wegen zu beachten, der durch ber Mangel jer mat von Ants wegen zu veragten, der duch den Mangel in seinem Recht Beeinträchtigte müsse sich nach §§ 732, 768 BPO. gegen die Klausel wenden; die Vollstreckung auf Grund einer solchen Klausel sei nicht ohne weiteres unwirksam. Diese Ansicht teilt auch der Senat. Aber in dem zweiten Falle wird in dem vom LG. angesührten Schriftsund in dem vom LG. angesührten Schriftsund in dem vom LG. angesührten Schriftsund in dem vom LG. tum 1) die Meinung vertreten, der formale Mangel in der Fastung der Klausel mache die Bollstreckung, die auf Grund der Rlaufel vorgenommen fei, schlechthin unwirksam. Diefer Ansicht ift das LG. beigetreten, hat den formalen Mangel in der Manjelsormel von Amts wegen beachtet und unter Versagung des Zuschlags das Berjahren, soweit es von der Beschwf. betrieben worden ist, ausgehoben. Es hat sich dabei bewust in Gegensat zu dem Standpunkte gesett, den der Senat schon in dem Beschlusse 6 W 162/36 v. 18. April 1936 2) eingenommen hat. Aber die Ausführungen des LG. geben dem Senat keinen Anlaß, von seiner Ansicht abzugehen, wonach auch dieser for-male Mangel in der Klausel, wenn diese sich (wie im vorl. Falle) ihrer Form und ihrer Fasinng nach als Bollstreckungsklausel gibt und bei ihr nur die Borschrift in § 730 BBO. unbeachtet geblieben ist, die mit vorgenommene Vollstredungshandlung Silfe ich le cht hin unwirksam macht, er vielmehr nur auf eine Einwendung des Schuldners oder bes sonstigen Betroffenen zu beachten ift. Auch Baumbach, "380.", hält die Bestimmung in § 730 Abs. 3 ABO. in biesem Sinne mur für eine Ordnungsvorschrift. Neuerdings haben auch Faltmann hubernagel, "Die Zwangsvollstreckung in bas bewegliche

¹⁾ Jonas. 15. Aufl., Anm. II 2 zu § 730, VI zu § 726 und V zu § 727; Shbows Busch, 21. Aufl., Anm. 4 zu § 730; Hein, "Handbuch ber Zwangsvollstreckung", 2. Aufl., S. 85; DLG. 2, 34.

²) In jenem früheren Falle war die qualifizierte Bollstreckungsklaufel fogar nur von einem Justkzassistenten exteilt, der nicht einmal Rechtspsieger war.

Bermögen", 3. Aufl., 1937, zu § 730 V ausgeführt, ber Schuter-punkt liege im Schuldtitel, nicht in der Rlaufel; beshalb sei auch eine fehlerhaft zustande gekommene Klaufel nicht geeignet, ben Vollstreckungsatt ohne Ansechung wirkungstos zu machen. Diese Meinung allein wird auch dem praktischen Bedürfnisse gerecht. Es fann nicht ber Sinn ber Borschrift in § 730 Abf. 3 BD. oder der entsprechenden Borfchrift in der Rechtspfleger-BD. fein, jeder Bollftreckungshandlung, die auf Grund einer in dieser Beziehung fehlerhaften Rlausel vorgenommen worden ift, die Wirksamkeit zu nehmen, auch wenn der Betroffene gar feinen Anftog baran genommen hat. Dann mußte auch ber Gerichtsvollzieher jebe Rlaufel, auch wenn fie äußerlich nach Fassung und Inhalt eine Bollstredungstlaufel darstellt, baraufhin nachprüsen, ob sie der Vorschrift in § 730 Abs. 3 AD. entspricht. Die Bollstreckungsklausel muß ja eben, von Ausnahmen abgesehen, zum Schuldtitel hinzutreten, um das Vollstrechungsorgan ber Nachprüfung ber Vollstrectbarkeit bes Schuldtitels zu überheben. Dem Vollstreckungsorgan muß es genügen, daß äußerlich eine Vollstredungsklausel vorhanden ist. Es wäre auch ein höchst unerfreuliches Ergebnis, wenn das nun seit 1932 anhängige Zwangsversteigerungsversahren wieder für langere Zeit aufgehalten werden müßte, obwohl der Schuldner an diesem sormalen Mangel der Klausel — wenn auch vielleicht aus Unkenntnis — keinen Anstoß genommen hat. Es mag sein daß das hingenommen werden muß, wo das Gejet an die Berletung einer Borschrift ausbrücklich die Unwirtsamkeit ber vorgenommenen Bollstreckungshandlung knüpft. Aus der Borschrift in § 730 Abs. 3 JPO. ober der entsprechenden Vorschrift der Rechtspsieger V. kann das aber nicht gefolgert werden. Der Senat muß daher dabei bleiben, daß im borl. Falle dieser formale Mangel der Mausel, die übrigens tatsächlich von einem Rechtspsleger erteilt ist, den Beitrittsbeschluß und das sich daran anschließende Bersahren nicht schlechthin unwirksam gemacht hat und baher auch nicht von Amts wegen zu beachten ift. Gerügt aber hat der Schulbner biefen Mangel nicht. Das 208. hat sonach zu Unrecht aus biesem Grunde ben Buschlag versagt und das sich an den Beitritt anschließende Versahren aufgehoben. Dasselbe muß auch gelten, soweit der UrfB. in der Klausel versehentlich auf § 726 austatt auf § 727 IVD. Bezug genommen hat. Denn daß es sich um einen Fall bes § 727 8BD. handelt, folgt icon aus ber bem Schulbtitel beigefügten, die Rechtsnachfolge betreffenden Urkunde v. 10. Aug. 1932. (DLG. Dresden, Beschl. v. 27. Ott. 1937, 6 W 501/37.)

43. 20. — §§ 901, 915 3BO. Zahlung der Bollftredungsichjuld im Offenbarungseidberfahren nach Erlag des Saftbeichluffes führt gur Aufhebung bes Saftbeichluffes und gur Boidung im Schuldnerverzeichnis.

Die gur Bollstredung stehende Forderung ift ausgeglichen. Die Hauptsache ist baher erledigt und ber angesochtene Beschluß, burch den nach § 901 BBO. gegen den Schuldner die Hatzur Erzwingung der Leistung des Offenbarungseids angeordnet ist, aufzuheben. Die Kosten des Verfahrens hat aber nach § 91 BBO. ber Schuldner zu tragen, da die Haft an sich zu Recht angeordnet war und bemnach der Schuldner mit seinem Rechtsmittel unterlegen ware, wenn sich die Sauptsache nicht erledigt hätte. (3G. Berlin, 27. 3K. v. 16. Nov. 1937, 227 T 10605/37.)

Reidystoftenordnung

44. AG. - §§ 128, 129 RRoftO. Durch das bom Bollitreltungsgericht an bas GBA. gerichtete Ersuchen um Gintragung bes Zwangsversteigerungsvermerks wird die Gebühr des § 129 Abj. 1 Ziff. 1 RKostD. nicht fällig. Dieses Ersuchen wird durch die Gebuhr des § 128 RRoftD. mit abgegolten. †)

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle hat der Gläubi-gerin neben der (bereits gezahlten) Gebühr für die Anordnung des Versahrens auch die Gebühr des § 129 Abs. 1 Zist. 1 KostD. nämlich bie "Gebühr für bas Berfahren im allgemeinen" mit

68 RM in Rednung geftellt

Die Erinnerung der Gläubigerin ist begründet.

Der Urfundsbeamte ber Geschäftsstelle geht davon aus, die "Gebühr für das Berfahren im allgemeinen" fei neben ber Anordnungsgebühr baburch fällig geworben, baß bas Loft undebnungsgebilt daburch fällig geworden, daß das Koss-freedungsgericht die Versügung getrossen, dabe, das GNA. sei um Eintragung des Versteigerungsvermerks zu ersuchen. Dieck Frage ist in der Rechtsprechung streitig. Während das AG. in einer Entsch. d. 5. März 1937 (la Wx 2238/36: NerwAl. 1937, 137) die Frage bejaht hat, hat das DLG. München in einer Entsch. d. 23. Jan. 1937 (Wx 342/36: NerwAl. 1937, 135) den gegenteiligen Standpunkt eingenommen.

Das AG. führt aus, die Berfahrensgebühr des § 129 Abf. 1 Biff. 1 RoftD. gelange bann zur Entstehung, wenn bas Bollsteff. 1 Rofto. gelange bann zur Suchertzung, wellt das Ersteige-ftreckungsgericht bas GBA. um die Eintragung des Versteige-rungsvermerks ersuche; diese Tätigkeit werde durch die An-ordnungsgebühr des § 128 Kost. nicht mehr abgegolten; die Anordnungsgebühr erfasse lediglich die Entsch. über den Antrag auf Anordnung der Zwangsversteigerung und die zum Wirtsamwerben dieser Entich. notwendige Zustellung; das Ersuchen um Cintragung des Versteigerungsvermerts falle aber nicht mehr unter dieje Entsch., sei vielmehr lediglich deren Folge; die Eintragung bezwede, einen gutgläubigen Erwerb Dritter auszuschließen und somit bas Grundstud für die Durchführung bes Berfahrens sicherzustellen.

Das beschließende Gericht kann dieser Ansicht nicht beispslichten, schließt sich vielmehr der vom DLG. München berstretenen Meinung an.

Siernach wird das Ersuchen um Eintragung des Ver-steigerungsvermerks durch die Anordnungsgebühr des § 128 KostO. mit abgegolten. Dieses Ersuchen ist nicht nur eine Folge ber Entsch. über den Anordnungsantrag, sondern fällt mit darunter; denn zunächst einmal hat das Gericht kraft auß-drücklicher gesetzlicher Borschrift das Ersuchen sofort an das GBA. zu richten. Im übrigen erlangt ber Anordnungsbeschluß seine volle Birksamkeit erst bann, wenn auf bas Ersuchen bin ber Zwangsversteigerungsvermerk eingetragen ist. Bis bahin besteht immer noch die Möglichkeit, daß ein Dritter das Grund-stud gutgläubig erwirbt. Die Beschlagnahmewirkung tritt mithin praktisch erft mit ber Eintragung ein. Voraussetzung für bie Durchsührung bes Verfahrens ist aber eine voll wirksame Be-ichlagnahme. Mithin tann bas Ersuchen um Eintragung bes Berfteigerungsvermerks nicht ichon jum Berfahren im allgemeinen, muß vielmehr noch zu der Entich. über den Anfrag auf Anordnung der Zwangsversteigerung gehören.

(AG. Ebern, Beichl. v. 11. Nov. 1937, K 3/37.)

Anmerkung: In ber Frage: "Wann entsteht die Gebühr bes § 129 Abs. 1 Ziff. 1 Kostd." (vgl. DNotZBapB. 1937, 56 u. 97) gehen die Meinungen der beiden Obergerichte des Kosten-rechts auseinander. Das DLG. München erachtet das Ersuchen um Eintragung bes Versteigerungsvermerks als zur "Anord-nung" gehörig und damit durch die Gebühr des § 128 Kostd. abgegolten, während es das KG. bereits als Teil des Versahrens, als bessen Einleitung und deshalb die Gebühr des § 129 Abs. 1 Jiff. 1 auslösend, erachtet. Das AG. Ebern hat sich mit Necht der Ausschlang des DLG. München angeschlossen, die allein bem Gefet gerecht werben burfte. Richtig ift, worauf auch Norintenberg-Wenzihre Berteidigung des AG. stüten, daß § 128 auf die Entscheidung über den Untrag auf Anordnung abstellt, zu deren Wirksamwerden das Ersuchen um Eintragung des Bersteigerungsvermerks nicht mehr gehört. Das mag sormal richtig sein, rechtsertigt aber nicht, wenigstens nicht zwingend, die daraus gezogene Folgerung, daß das Er-suchen nicht zur Entsch. über den Antrag auf Anordnung ge-höre. Zu einer vollwirksamen Beschlagnahme gehört nicht nur die Zustellung des Anordnungsbeschlusses, sondern auch dessen Eintragung im Grundbuche, denn erft bas Eingehen bes Ersuchens um Eintragung des Versteigerungsvermerts beim GBA. macht bie Beschlagnahme zu einer vollwirksamen (§ 22 IwVersich). Auch sonst knüpft das ZwVersich. an die Eintragung des Versteigerungsvermerks Kechtswirkungen der Beschlagnahme (§ 23 Abs. 2 Zw Berst.). Mit gutem Grund ordnet das Geset (§ 19 Zw Berst.) daher an, daß das Gericht mit der Anordnung "zugleich" das GBA. um Eintragung dieser Anordnung zu ersuchen hat. Es hieße dem Geset Gewalt autun, wenn man daraus nicht folgern wollte, daß das Ersuchen um Eintragung des Bersteigerungsvermerks nicht Teil der Beschlagnahme, sondern Einleitung des Berfteigerungsverfahrens fei. Diesem materiell gewichtigen Grund gegenüber schlägt die Betonierung des formalen Begriffs "Entscheidung über den Antrag" nicht durch. Er besagt nichts weiter, als daß die Gebühr des § 128 für die Beschlagnahme eben mit der Entsch. über den Antrag anfällt. Wit gutem Erund und logischer Konsequenz läßt daher auch die Kosto. (§§ 63 Abs. 2, 19 Abs. 2) die Eintragung des Vermerks und die Erteilung der beglaubigten Abschrift des Erundbuchblattes als durch die Eedühr des § 128 abgegolten und zur

in BUDA. 1937, 179 ist ersahrungsgemäß (entgegen der Abstückt des Gesetzebers) "der wirtschaftliche und prattische Zweck eines Versteigerungsversahrens nicht die Versteigerung, sonbern ber Druck auf den Schuldner". Auch ich habe bereits in Bannotz. 1931, 63 ausgeführt: "Ein Mißbrauch des Versteigerungsversahrens ist, daß es dazu verwendet wird, eine gesehliche Lücke auszufüllen, nämlich die Sicherstellung, nicht ernstliche Beitreibung von kleinen Forderungen und Forderungsresten, denen § 866 JPD. die dingliche Sicherung verwehrt; es ist daher begreislich, daß der Mäubiger die Erreichung seines Zweckes auf dem ihm offen gelassenen geschlichen Weg, dem Weg des Versteigerungsversahrens, sucht, zumal ihm dieser Weg auch noch ein wirksames Druckmittel gibt". Da das Erzuchen um Eintragung des Versteigerungsvernerts "zugleich" mit der Anordnung zu erlassen ist, hätte die Aufstalung des KG. zur Folge, daß die Gebühren der §§ 128 u. 129 Uhb. 1 Alff. I stets gleichzeit ein eusstehen, nämlich mit der Entsch. über die Anordnung und vor Zustellung des Anordnungsbeschlusses des Anordnung und vor Zustellung des Anordnungsbeschlusses die Anordnung und vor Zustellung der Anordnung von denem böswilligen Glänbiger wegen einer Forderung von denem böswilligen Glänbiger wegen einer Forderung von 50 And beschlagunghmt wird, müßte danach, auch wenn er unter dem Druck der Beschlagnahme den Gläubiger soson der unter dem Druck der Beschlagnahme den Gläubiger soson der unter dem Druck der Beschlanden den Gläubiger soson der unter dem Druck der Beschlanden den Gläubiger soson der unter dem Druck der Beschlanden den Gläubiger soson der unter dem Druck der Beschlanden den Gläubiger schaft geben der von der Underschlanden der Beschlanden der Gläubiger geschlassen gebühr bezahlen, zu denen er verdammt ist, noch ehe er von der Underschlanden der Gläubiger geben sein; er ist es auch nicht und wird nur durch formalistische Aussessen gebühr des Breschlanden der Gläubiger gesehlen gein; er ist es auch nicht und wird nur durch formalistische Aussessen

IR. Wiefinger, München.

Gerichtstoftengefeh

45. DLG. — § 11 GRG. Bemessung bes Bertes des Streifgegenstandes bei im Armeurecht geführten Rlagen auf Heraußgabe eines Rindes.

Die Parteien seben seit Dez. 1933 getrenut. Mit der Alage hat der Al. Herausgabe des 3½jährigen Sohnes von der Bekl. verlangt. Die Bekl. hat Abweisung beautragt, weil vor dem BormGer. ein Versahren auf Entziehung des Sorgerechtsschwebe. Nachdem dem Al. das Sorgerecht rechtsträftig entzogen war, hat er die Alage zurückgenommen. Den Bert des Streitsegenstandes für diese Klage hat das LG. auf 500 Am sestengelest. Dagegen richtet sich die Beschwerde des Prozesbevollmächtigten des M. mit dem Antrage auf Festsehung von 1000 AM.

Die Beschwerbe ist zum Teil begründet. Nach der ständigen Kspr. des Senats bestimmt sich in nichtvermögensrechtlichen Streitigkeiten der Wert des Streitgegenstandes nach der Bedeutung des gettend gemachten Anspruchs seiner Art nach und den wirtschaftlichen Berhältnissen der Karteien. Der Rechtsstreit ist im Armenrecht geführt worden. Die Bermögens und Einkommensberhältnisse der Karteien geben auch keinen Ansas u einer Festsehung, die von der in Armenrechtssachen üblichen abweicht.

Es tommt bennach für die Streitwertsestigeng darauf an, welche Bedeutung der Alage auf Herausgabe eines Aindes ihrer Art nach zukommt. Der Senat hat in ständiger Asprin Armensachen für die Alage auf Ansechung der Ehesickeit einen Streitwert von 1000 K. angenommen. Ohne Zweisel erreicht aber die Alage auf Herstiellung der Ehesickeit eines Kindes auf Kertstellung der Ehesichkeit oder Richtehesichkeit eines Kindes. Denn diese ist bestimmt, die Klärung der samilienrechtlichen Stellung des Aindes sür sein ganzes Leben herbeizussihren. Demgegenüber kommt der Klage auf Herausgabe nur die Bedeutung zu, die wirklichen Verhältnisse mitse mit der bestehenden Rechtslage in Einstang zu dringen. Die Entsch., die in Birklichkeit über den Verbleib des Kindes die Bestimmung trifft, liegt in der Hand des Vormundschaftsrichters. Der Perausgabesslage fällt vielsach, wie auch im gegenwärtigen Falle, die Kolle zu, eine Entsch, wie auch im gegenwärtigen Falle, die Kolle zu, eine Entsch, dies Verausgabesslage feines durch den anderen Elternteil herbeizussingen. Aus die seines durch den anderen Elternteil herbeizussinken. Aus die seines falls in gleicher Höhe wie der sür die Ansechtung der Eheslicheit angenommen werden. Auf der anderen Seite geht es

aber auch nicht an, ben Minbeststreitwert von 500 AM zu wählen. Denn dieser Minbeststreitwert muß den Streitigkeiten vorbehalten bleiben, die im Kahmen der nichtvermögensrechtslichen Ausprüche die geringste Bedeutung haben. Das sind die Sachen, in denen es sich um vorübergehende Anordnungen wie etwa vährend der Dauer eines Thescheidungsrechtsstreits oder eines anderen schwebenden Verschrens handelt. Demgegen über ist die Klage auf Herandgabe eines Kindes, wenn sie auch durch eine adweichende Regelung des BormGer. hinfällig werden kann, ihrem Ziele nach doch als endgültig gedacht. In Abwägung aller Umstände hält der Senat danach in Armenrechtssachen, die keine besondere Lagerung ausweisen, eine Festeschung des Streitwertes auf 800 AM für angemeisen.

(DLG. Kassel, 1. ZivSen., Beschl. v. 14. Ott. 1937, 1 W 209/37.)

46. DLG. — § 11 DGRG. Streitwert des Feststellungsanjpruchs im Unterhaltsprozeß. Wenn mit der Zahlungstlage nach § 1708 Abs. 1 BGB. die Klage auf Feststellung der unchelichen Vaterschaft verbunden wird, so ist der Streitwert für die Feststellungstlage besonders zu berechnen; er beträgt in der Regel 1000 A.K.

Es ist streitig, ob bei der Zahlungsklage nach § 1708 Abs. 1 BGB., die in Berbindung mit der Feststellungsklage wegen der unchelichen Baterschaft erhoben wird, der Streitwert für die Feststellungsklage besonders berechnet werden kann, oder ob vielmehr die Feststellungsklage auch wiederum nur die geldlichen Beziehungen der Parteien im Auge hat und daher sür die Streitwertselstehung ohne Bedeutung ist. Die Auffasung, daß für die Feststellungsklage kein besonderer Streitwert in Frage kommt, wird vom LG. Kassel (DJ. 1937, 1474 mit zustimmender Anm.) vertreten. Dieser Ansicht schließt sich das DLG. Celle nicht an.

Man muß in der heutigen Zeit, wo in der allgemeinen Anffassung der Feststellung der Abstammung eines Kindes besonders hohe Bedeutung beigesegt wird, ohne weiteres davon ausgehen, daß der Kl. der Feststellung alle die Bedeutung beilegt, die sich aus den Gesehen ergibt. Diese Bedeutung liegt micht nur auf dem rein geldlichen Gebiet (§ 1708 Vbs.), sondern greift weiter auf die Personenstandsverhältnisse Kindes siber. Hinzu kommen die mancherlei einschlägigen Bestimmungen der Sozialgesetzgedung. Allen diesen Vorschriften schwebt wirkliche, blutsmäßige Abstammung vor Augen, ohne daß aber die ausdrückliche Feststellung der blutsmäßigen Abstammung, die ja nur auf Grund amtlicher Untersuchungen, niemals aber durch rechtsgeschäftliche Erklärungen und Urfunden wirklich bewiesen werden könnte, verlangt wird. Der Gescheider läßt asso zu, daß den rechtsgeschäftlichen Erklärungen und Urteilen die Vernntung der tatsäcsschäftlichen Erklärungen und Urteilen die Vernntung der tatsäcsschaftlichen Erklärungen und Urteilen die Vernntung der tatsäcsschaft, die über die gelblichen Beziehungen zwischen Kater und Kind in vielsachen Richtungen hinausgeht. Es ist daher durchaus richtig, dei der Streitwertsesstellichen kater und Kind in vielsachen Richtungen hinausgeht. Es ist daher durchaus richtig, dei der Streitwertsessehen hinausgeht. Es ist daher durchaus richtig, dei der dereitwert won 1000 KM führt. Man muß sich darüber kar einen Streitwert von 1000 KM führt. Man muß sich darüber kar ein, daß ein Ingendamt und ebenso jeder sonstige Vormund geradezu pslichtgemäß handeln, wenn sie die Unterhaltsklage als die gegedene Gelegenseit benutzen, um gleichzeitig ein sür alkemal die hentzutage so wichtige Abstammungskrage gerichtlich klären und entscheiden lassen. Daher hält der Senat seine frühere Ansicht und ausch aufrecht.

(DLG. Celle, Urt. v. 5. Ott. 1937, 1 W 815/37.)

47. AG. — §§ 77, 79 GAG. Unterschied awischen Enticheisbungs. (Abernahme.) Schuldner und Antragstellerhaftung. Ginswand einer Partei, ju Uurecht im Rubrum als Partei (3. B. als Mitglied eines nichtrechtsfähigen Bereins) ausgesührt zu fein.

Al. wendet sich gegen seine Inanspruchnahme als Kostensichuldner der im ersten Rechtszuge erwachsenen Gerichtskosten. Durch — rechtskräftiges — Urteil des LG. ist in dem Rechtsstreit der klagenden Arbeitsgemeinschaft als nicht rechtsfähigen Vereins gegen den Kausmann T. die Klage abgewiesen und sind die Kosten des Rechtsstreits den Kl. auferlegt worden. In dem Andrum des Urteils sind als Mitglieder des klagenden Vereins 29 Personen, darunter als Al. zu 3 der Beschw. aufgesührt. Er wird deshalb gesanntschuldnerisch mit den übrigen Vereinsmitgliedern als Kostenschuldner von der Gerichtskasse in Anspruch genommen.

Geine hiergegen gerichtete Beschwerbe ift nicht begründet. Allerdings greifen die Erwägungen, aus benen EG. die Inanspruchnahme bes Beschwf. für gerechtfertigt erklart hat, nicht burch. Der Beschwf. hatte ausgeführt, daß er niemals Mitglieb des Bereins gewesen sei, sondern lediglich als Wast mitunter Bersammlungen desselben besucht habe. Demgemaß habe er auch teine Mitgliedsbeitrage entrichtet und fei ihm von biefem Brozeß nichts bekannt geworben. Diefem Einwand ift EG. nachgegangen und hat festgestellt, bag vor Einleitung bes Rechtsstreites bem Prozegbevollmächtigten des Bereins eine Mitgliederliste vorgelegt worden sei, auf welcher die dann in Kubrum des Urteils aufgesührten einzelnen Mitglieder ein halten gewesen seien. LG. meint nun, daß der Beschw. gegen diese Aufführung als Mitglied nichts unternommen und weder beim Beginn noch im Verlauf des Rechtsstreits nachgewiesen pher elgenhöft genecht habe, daß er der Arkeitsgeweinschaft ober glaubhaft gemacht habe, daß er der Arbeitsgemeinschaft nicht angehört habe, so daß das Urteil mit diesem Rubrum gegen ihn rechtskräftig geworden sei.

Entscheidend tommt es indes ausschlieflich barauf an, daß der Beschw. im Rubrum des Urteils als einer der K. mit aufgeführt ist. Damit sie bezüglich seiner Person die Haftung des § 79 Ziff. I GKG. — Urteilskostenschuldner — begrünzett bet, welche ausschließlich bavon abhängt, ob ber Juanspruchgenommene durch gerichtliche Gutich. als Roftenschuldner bezeichnet ift. Ob dies zu Recht ober Unrecht geschehen ist, ob insbes. die gerichtliche Entsch. den richtigen Schuldner benennt oder sonst im übrigen materiell richtig ober unrichtig ift, ist für den Bestand der Kostenhaftung aus dieser gesehlichen Bestimmung ohne Bedeutung. Solange die Entsch. nicht abgeändert oder aufgehoben ist (durch anderweite gerichtliche Entsch., § 81 BK.), ist sie sie materielle Kostenhaftung maßgebend.

Solange es sich noch um die bloße Antragstellerhaftung bes klagenden Bereins (§ 77 GKG.) handelte, hätte der Einwand des Beschw. nicht Mitglied des Bereins zu sein, von Bedeutung sein können. Denn soweit eine Partei als Untragsteller der Instanz in Anspruch genommen wird, ist nicht ischlecklich gesehend, das Autragstellen gestellengebend. schlerbeite ausschlaggebend, daß sie als Antragsteller ausge-führt ist, sondern entscheidend, ob sie zu Recht als Antrag-stellerin ausgesilhrt ist. Diese Frage kann also insbes, von Bedeutung werden, wenn an Stelle des Urteilsschuldners auf ben Antragsteller ber Juftang als Zweitschulbner (§ 82 Abf. 2 GRG.) zurudgegriffen wirb.

Darum handelt es sich hier jedoch nicht. Bielmehr steht hier, obwohl die Gerichtskostenrechnung dies nicht ausbrücklich gum Ausbrud bringt, nur die Juanspruchnahme aus § 79 Biff. 1 GRG. auf Grund ber ergangenen Koftenentsch. zur Ersorterung, mas sich schon baraus ergibt, daß bie Beschwerba sich gegen ben unmittelbar nach Erlas bes landgerichtlichen Urteils aufgestellten Kostenansat richtet. Danach ist die In-anspruchnahme bes Beschw. nicht zu beanstanben.

(RG., 20. Ziv Sen., Beschl. v. 6. Nov. 1937, 20 W 5285/37.)

Zeugengebührenordnung

48. A.G. - § 3 BeugGebD. Schwierigkeit und befondere Schwierigkeit der dem Sachverständigen aufgetragenen Leiftung. †)

LG. hat eine besondere Schwierigkeit der Leistung ver-neint und nur 3 RM als Stundensatz zugebilligt. Der Sachverständige will die besondere Schwierigkeit deswegen bejaht wiffen, weil für die Erstattung seines Gutachtens der allgemeine Wissensvorrat nicht ausgereicht habe, um mühelos ein gutacht-liches Urteil diesem vorhandenen Wissensvorrat entnehmen zu tonnen, sonbern umftandliche geiftige Arbeiten für Erwägungen und Berechnungen erforderlich gewesen seien, und weil erft auf Grund biefer Schwierigkeiten — jumal unter Berücksichtigung ber zeitlich etwa 11/2 Jahre zurudliegenben örtlichen Besichtigung — die Ausarbeitung seines Gutachtens möglich gewesen sei. Diesem Standpunkt war nicht beizutreten.

Der Begriff ber Schwierigkeit ber Leiftung in § 3 Ubf. 1 BeugGebo. ift ein minbestens überwiegend objettiver, wenn auch vielleicht die subjektive Seite babei nicht völlig unberücksichtigt bleiben darf (so schon DLG. Bamberg v. 24. Nov. 1900: DLG. 1, 468). Auch wird dem DLG. Braunschweig (DLG. 17, 240 v. 9. Juli 1907) darin beizutreten sein, daß eine schwierige Leistung nicht etwa allein schon bann und um beswillen auerkannt werden barf, weil als Sachverftan-biger eine besondere Autorität hinzugezogen wird. Entscheibenb tann vielmehr nur fein, ob der bei jebem Sachverftandigen als vorhanden anzunehmende Erfahrungs- und Wiffensvorrat ihm gestattet, ohne große Mühewaltung bie ihm vorgelegten Fragen zu beautworten (so auch DLG. Braunschweig a. a. C., bas die Auswendung einer außergewöhnlichen Mühe-waltung für bie Beautwortung burch einen mit normaler

Sachkunde begabten Sachverständigen für nötig hält). Dabei darf auch ganz allgemein nicht überseben werden, daß von einem Sachverständigen auszugeben ift, ber grabe für bie gur Begutachtung gestellte Frage sachtundig ist, wobet ganz all-gemein zu beachten ist, daß eine Arbeit, die zeitraubend ist, nicht etwa schon um deswillen auch schwierig ist. Denn diesem Ungrand wird dadurch Rechnung getragen, daß die errechnete Stundenzahl hier ben Ausgleich für ben Mehrauf-wand des Sachverständigen schafft.

Damit gelangt man bereits zu bem Ergebnis, bag nicht etwa jede dem Laien schwierig erscheinende Frage in der Beantwortung durch den Sachverständigen sich als schwierig herausstellt. Ein Gutachten 3. B. durch einen Chemiter, das Analysen der verschiedensten Art notwendig macht, braucht für diesen durchaus den Rahmen der gewöhnlichen Tätigfeit, ber er ohne befondere Inanspruchnahme seines Erfahrungs-und Bissenvorrats gewachsen ift, nicht zu übersteigen, mahrend andererseits allein schon schwierige außere Umftanbe, wie 3. B. die Schwierigkeit in der Beschaffung von Untersuchung3-, insbes. von zu vergleichenden Zwecken erforderlichem Material die Gesamtleistung des Sachverständigen zu einer schwierigen gestalten können.

Die im § 3 Abj. 1 Sat 2 ZeugGebO. für den erhöhsten Sat (bis 6 R.M) aufgestellte Voraussetzung einer be fons bers schwierigen Leistung erfordert jedoch für die Zubilligung der höheren Gebühren noch einen hoheren Grab ber Schwierigfeit. Sie macht über die vorstehend erörterten Mertmale einer schwierigen Leistung hinaus noch eine außerge-wöhnliche Aufwendung bes Sachverständigen an Mühewaltung in tatsächlicher und geistiger Sinsidt, ober minbestens boch in einer bieser Beziehungen ersorberlich. Auch Leistungen, bie mit großen törperlichen Anstrengungen, sogar mit Gefahr für Leib und Leben verbunden sind, wic 3. B. die Prüfung von Maschinen im Betriebe, Untersuchung von elektrischen Hochspannungsanlagen, Untersuchungen von Explosionestoffen u. ogl. werben je nach Lage der Umftände höher bewertet werden können (vgl. Wegener, "Zeug Gebo.", 1930, Anm. 24 zu § 3).

Unter biefem Gesichtspuntt betrachtet, fann im borl. Fall allerdings unbedenklich davon gesprochen werden, daß die dem Beschw. aufgetragene Leistung sich als schwierige Leistung darstellte, (Feststellung der Henlten, des Beautwortung der Frage, wodurch und in welchem Umsange eine Verzögerung in der Fertigstellung des Baues hedingt warden ist.)

Baues bedingt worden ift.)

Andererseits rechtsertigt der Sachverhalt nach Ansicht des Senats trothem noch nicht die Anerkennung einer be son ber s schwierigen Leistung. Denn es ist nicht zu übersehen, daß es sich dei diesem Gutachten des Sachverständigen nur um ein Rachtragsgutachten gehandelt hat, daß hier nur eine Erganzung bam. Erläuterung von früher in berfelben Angelegenheit burch ben Sachverftändigen bereits erftatteten Gutachten vorzunehmen war, die ohne befonderen Aufwand an Untersuchung und ohne besondere umständliche geistige Arbeit erfolgen fonnte.

(AU., 20. Ziv Sen., Beichl. v. 5. März 1932, 20 W 2234/32.)

Bemerkung: Da auf diefer grundlegenden Entsch., die bisher noch nicht veröffentlicht worden ift, heute die gesamte Ripr. zu ber angegebenen Frage fußt, erschien es zwedmäßig, sie noch nachträglich zum Abbruck zu bringen.

Dollftredungsichut

49. DLG. - Die Zwangsvollstredung gegen ben Schuldner wegen überhöhter auf alten Schuldtiteln beruhenden Binsanfpruche ift nach dem BollftrMigbris. v. 13. Dez. 1934 unzuläffig.

Die Anwendung des Bollstr MisbrG. v. 13. Dez. 1934 besschräft sich nicht auf den Fall, wo das Borgehen des Gläubigers sich als eine dem gesunden Bollsempfinden gröblich widerspreschende Härte für den Schuldner im hindlic auf dessen besonderre personliche Berhältnisse darstellt. Es ist vielmehr auch dann anzuspresche Ausgebergen des Kollstreckungsrechts aber Misse sicht auf die besonderen Umstände des Bollstredungsrechts ohne Ridssicht auf die besonderen Umstände des Einzelfalls ganz allgemein dem Standpunkt eines natürlichen Gerechtigkeits- und Billigkeitsgesühls als ungerecht und unbillig empfunden wird. Das Geseich trifft insbes. auch den Fall, wo ein gewisses Aufgeden der Rechtsposition aus Billigkeitsgesichtspunkten geboten erscheint (vgl. Fon as: JW. 1937, 2215). wenden, wenn die Ausübung des Bollftredungsrechts ohne Rud-

So liegt die Sache aber hier. Der Bollftredungsbefehl, aus dem die Gläubigerin heute 12% Zinsen vom Schuldner ein-

fordert, ift im Jahre 1931 erlaffen. Unter den damaligen Berhältnissen mag dieser Ivil erlassen. Unter den damlatgen Vershältnissen mag dieser Irissak üblich gewesen und die Vollstreckung aus einem solchen Titel allgemein gebilligt worden sein. Nachsen sich aber seit 1933 die Verhältnisse grundlegend gewandelt haben und die Rechtsanschauung des Volles durch das nationalsizialistische Gemeinschaftsdenken sich völlig geändert hat, insbest das Nationalszialistische Parteiprogramm, dessen unt der Inskrechtschaft fordert, Vestandteil unserer Kechtsord nung der Jünstnechtschaft fordert, Vestandteil unserer Kechtsord nung geworden ist, ist ein so hoher Zinsanspruch heute in keiner Beise mehr gerechtsertigt. Das Empfinden aller anständigen Bolksgenossen würde sich mit Recht dagegen auslehnen, wenn die Gläubigerin auf Grund einer im Jahre 1931 erftrittenen Rechts position heute noch 12% Zinsen vom Schuldner einfordern durfte. Es ist daher nur recht und billig, wenn sie die Zinsen nur

in angemeffener Bobe beitreiben barf und fie fich gefallen laffen muß, daß der Pfandungs- und überweifungsbeschluß benientspre-

chend geandert wird.

Die Ansicht des KG. in seiner Entsch. v. 24. Febr. 1937 (3B. 1937, 1405), der Gesetgeber habe nur für einige bestimmt umgrenzte Tatbestände Inserleichterungen angeordnet, beshalb könne ber Richter in sonstigen Fallen überhöhte Zinsen nicht min

dern, vermag nicht zu überzeugen.

Bewiß hat ber Besetgeber teine allgemeine Zinssentung vor genommen, sondern den gesetzlichen Eingriff auf bestimmte Einzelsgebiete beschränkt. Das KG. solgert aber wohl zu Unrecht im Umkehrschligdug daraus, daß der Gesetzgeber die Zinsminderung nur allein für diefe Gebiete habe zulaffen wollen, im übrigen aber

Zinserleichterungen bewußt nicht geregelt habe. Wie Serrschell in seiner Ann. zu der Entsch. des K.G. (FB. 1937, 1407) zutressend aussührt, ist aber das allein auch

gar nicht ausschlaggebend

Das &B. hatte vielmehr noch dartun muffen, der Gesetgeber habe mit der Zinssenkungsaktion zugleich die stillschweigende negative Regelung getroffen, daß es unter Ausschaltung der Grundsätze von Tren und Glauben und guter Sitte (§§ 138, 242, 826 BBB.) im übrigen bei den bisher vereinbarten oder zugesprochenen Zinsen bewenden solle. Es hat aber in dem Zusamsmenhang zu dieser Frage nicht Stellung genommen.

Lediglich baraus, bag die Reichsregierung die Binsfentung nur für einzelne Typen und Gebiete angeordnet hat, kann nach Ansicht des Senats nicht geschlossen werden, sie habe hierdurch Bugleich für die sonstigen verschiedenartigen und einer gesetzlichen Erfassung weniger zugänglichen Fälle aussprechen wollen, das Weitersordern überhöhter Zinsen auf Grund alter Schuldtitel verstehe nicht gegen Treu und Glauben. Gegen eine solche Unnahme spricht vor allem Art. 11 des Parteiprogramms.
Der Gedanke von Treu und Glauben hat im Necht absolute

Geltung und läßt wesensgemäß teine Ausnahme gu (vgl. Serrschell a. a. D. S. 1407). Der Richter kann daher in allen Fällen überhöhte Zinsen mindern, wenn die Zinssorderung des Gläubigers dem Grundsatz von Treu und Glauben widerspricht.

Die gesetsliche Sandhabe hierzu bietet im borl. Falle bas

VollstrMigbro

Mag auch eine berartige Anwendung des Gesetes in ge-wissen Umsang praktisch eine Art Korrektur des rechtskräftigen Titels in der Bollstredungsinstanz bedeuten und damit eine Schwächung der Rechtsposition der Gläubigerin herbeisühren, so entspricht boch bas Ergebnis den Grundsäten der sozialen Vernunft und Gerechtigkeit. Gerade biesen Grundsäten bient bas Bollftr-Mißbr&.

Der Cenat hat baher teine Bedenken, der Glänbigerin ben Rechtsichut aus ihrem Titel zu versagen, soweit er fich mit diesen

Grundsapen nicht verträgt (vgl. Fonas a. a. D. S. 2215). Der in der Literatur (vgl. Roquette: JB. 1937, 1941) vertretenen Ansicht, das BollftrMifbrG. sei als allgemein gültiger Rechtsbehelf gegen die Geltendmachung überhöhter Binfen aus alten Urteilen grundfätlich abzulehnen, bermag ber Senat nicht

Es ist zwar richtig, daß der Schuldner durch die Vollstret-tungsbeschränkung von seiner hohen Zinsverpslichtung von 12 % nicht endgültig besreit wird; denn der Schuldtitel, durch den er gur Zahlung biefer Zinfen berurteilt worden ift, bleibt bestehen. Braktisch vermag jedoch die Glänbigerin den hohen Zinsanspruch nicht durchzuseben, denn der Titel ist insoweit für sie wertlos.

Einer endgültigen Entsch. über den Inhalt der Zinsleiftungs pflicht bes Schuldners bedarf es daher nicht. Zu der in Afpr. und Schrifttum streitigen Frage, auf Grund welcher gesetlichen Bestimmungen der Schuldner eine Aushebung des Schuldtitels, soweit er die Berurteilung zur Zahlung überhöhter Zinsen aussspricht, erreichen kann, braucht deshalb nicht Stellung genommen zu werden.

(DLG. Jena, 1. ZivSen., Beschl. v. 12. Okt. 1937, 1 W 838/37.)

Reichsarbeitsgericht

** 50. Erbir Nachwesej. v. 14. Juli 1933; § 63 56B.

1. Die frühere Auffassung des RArbB., wonach die Unfruchtbarmachung als folche ein unberfculbetes Unglud i. G. bon § 63 BBB. fei, wird nicht aufrechterhalten.

Freiwillige Unfruchtbarmachung einer herzleidenden Sandlungsgehilfin wegen Lebensgefahr im Kall der Schwangericaft be-grundet keinen Anspruch auf das Sechswochengehalt.

Die unverehelichte Kl. ist bei ber Bell. als kaufmännische Angestellte beschäftigt. Im Januar 1936 ist bei ihr burch ärztlichen Eingriff eine Schwangerschaftsunterbrechung vorgenommen worden, weil eine Austragung der Frucht für sie wegen eines bestehenden schweren Hersselbers nach ärzillicher Ansicht mit Lebensgescher verbunden war. Am 26. Nov. 1936 hat sich die Kl., die das mals nach ihrer Behauptung verlobt war und denmächst heiraten wollte, auf den Rat des sie behandelnden Arztes freiwillig un fruchtbar maden laffen, um nicht burch eine neue Schwangerschaft wieder in Lebensgefahr zu geraten. Bom 20. Nov. 1936 ab war fie deswegen bis über den Dezember 1936 hinaus arbeitsunfähig. Für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit ift ihr kein Gehalt gezahlt worden.

Die Al. fordert Behalt für fechs Wochen gemäß § 63 5BB.

Die Stlage ift abgewiesen.

Durchaus mit Acht behandeln die Vorinst. den vorl. Fall anders, als denjenigen, der durch RAG 145/35 v. 14. Dez. 1935: KArbG. 16, 73 = J.W. 1936, 1251 47 entschieden worden ist. In bem bamaligen Fall handelte es sich um eine Erfrankung an erb-licher Fallsucht, die zur zwangsweisen Unfruchtbarmachung führen mußte. Es ist in jenem Urteil gesagt, mit ihrem damals jelbst gestellten Antrag zur Unfruchtbarmachung sei die Kl. "nur dem Zwanzlern Antrag zur Unfruchtbarmachung sei die Kl. "nur dem Zwanzlern zur den Großt hätte außgesicht werden müssen". Im vorl. Fall dagegen kommt eine Krankheit, die nach dem ErbkrNachwGes. v. 14. Juli 1933 zur zwangsweisen Unfruchtbarmachung hätte sühren können, nicht in Betracht. Wenn in dem genannten früheren Urteil die Unfruchtbarmachung selbst, also ber operative Eingriff als solcher, als ein Unglück i. S. des § 63 HB. angesehen ist, so ist diese Aufsassung nach dem späteren Urteil vom 28. Oft 1936, RAG 120/36: Aufb. 17, 281 — JB. 1937, 487 38 m. Ann. nicht aufrechtzuerhalten. In aller Regel ist nicht der zur Beseitigung von Krautheitssolgen vorgenommene ärztliche Eingriff oder eine Heilbehandlung, sondern die den Eingriff oder die Heilbehandlung notwendig machende Krankheit selbst das "unberschulbete Unglüd" i. S. des § 63 HGB.

Der wesentliche Unterschied des jetigen Falles gegenüber dem früher entschiedenen liegt darin, daß die Unfruchtbarmachung, die früher entschiedenen liegt darin, das die Unstruchtbarmachung, die in beiden Fällen an dem bestehenden Leiden nichts ändern sollte, hier aus freiem Entschluß von der AL. selbst veranlaßt ist, während der erwähnte Zwang das Entscheidende war. Dier sollte ledigslich den Gesahren einer fünstigen Schwängerung vorgebeugt wersden, in jenem Falle war die Unstruchtbarmachung eine gesehlich notwendige Folge der bestehenden Erbtrankseit. Nicht das ohne Zweisel als "unverschuldetes Unglück" anzusprechende Herzleiden kedigete den Einerist sondern ledialich die Sarce der Einerist seiner Künstellen. bedingte den Eingriff, sondern lediglich die Sorge vor einer kunftigen Schwängerung und einer badurch möglicherweise eintretentigen Schwangerung und einer vaourty moglicherweige einterenben Berschlinmerung des Leidens. In solchem Falle sehlt es an bem für eine Anwendung des § 63 HB. notwendigen ursächlichen Jusammenhang zwischen dem underschuldeten Unglück und der Arbeitsversäumnis. Dabei kann es keinen Unterschied machen, ob die Handlungsgehilfin underlobt, verlobt oder verheiratet ist. Es kann nicht der Sinn des § 63 sein, daß der Prinzspal auch der einem Dienstausfall zur Behaltszahlung verpflichtet sein follte, der bie Folge eines operativen Eingriffs ift, bem sich eine Sanblungs-gehilfin ohne gegenwärtigen bringenben Anlag aus freien Studen unterzieht, nur um kunftige Gefahren zu meiden, die sie zweisellos auch auf andere Beise vermeiden kann. Wenn der operative Eingriff in dem amtsärztlichen Gutachten des Prof. B. für "ersorderlich" erklärt worden ist, so doch zweisellos nur im Hindlick auf eine Lebensgefahr, die sich erst aus einem zukünstigen Geschlechtsverkehr der Ml. ergeben murbe.

(Marbis., Urt. v. 20. Ott. 1937, RAG 112/37. — Berlin.)

** 51. § 32 ArbOG. Gine allgemeine Erhöhung der Tarifgehälter hat nicht ohne weiteres eine Erhöhung übertariflicher frei vereinbarter Gehälter zur Folge. Dasselbe gilt, wenn eine Erhöhung des Tarifgehalts bei sonst gleichbleibenden Tariffäßen burch Gintritt bes Beschäftigten in eine höhere Tarifgruppe, durch Bollenbung weiterer Berufsjahre ober burch andere Umftande bedingt wird. †)

Die Al. ist bei der Bekl. als Berkauferin beschäftigt. Sie be-

gieht ein im schriftlichen Arbeitsvertrag b. 26. Febr. 1936 fest-

gesetztes Monatsgehalt von 125 R.M.

Das Arbeitsverhältnis der Parteien unterliegt dem als Tarif-ordnung weiter geltenden Tarifvertrag für den Einzelhandel in München-Gladdach. Dieser Tarisvertrag sieht nach Berufssahren steigende Bohnsabe vor. Die Al. stand im Febr. 1936 im 8. De-rufssahr und würde damals als Tarisgehalt 115 A.M. monatlich ju beanspruchen gehabt haben. Um 1. Dtt. 1936 fam bie Stl. in das 9. Berufsjahr. Das Tarifgehalt betrug dann monatlich 125 RM.

Ein bestimmtes Berhältnis zu den Sätzen der Tarifordnung enthält der Bertrag nicht, insbes. auch keine Bestimmung dahin, daß jeweils ein Zuschlag zum Tarifgehalt gezahlt werden solle. Daß ein Zuschlag zu den jeweiligen Tarifgehaltern gezahlt werden sollte, kann aus dem Arbeitsvertrag nicht gefolgert werben; es ist auch kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß das festgesetzte Wehalt von 125 AM etwa in der Beise auf dem Tarifgenalt aufgebaut ware, daß bei dem Eintritt der Boraussetzungen eines höheren Tarifgehalts auch das vertraglich festgesetzte sich entiprechend erhöhen follte.

Daß eine allgemeine Erhöhung der Tarifgehälter nicht ohne weiteres eine Erhöhung übertariflicher frei vereinbarter Gehalter aur Folge hat, ift in RAG 394/28 b. 27. Febr. 1929: Arbit-Samml. 6, 90 ausgesprochen 1). Gleiches muß gelten, wenn eine Erhöhung des Tarifgehalts bei soust gleichbleibenden Tariffaven durch Eintritt des Beschäftigten in eine höhere Tarifgruppe, durch Bollendung weiterer Berufsjahre ober durch andere Umftande be-

dingt wird

Eine übertarifliche Bezahlung erfolgt in vielen Fällen, wenn die Art einer Arbeit sich über das Normale einer Tarifgruppe heraushebt, ohne daß jedoch die Boraussehungen der höheren Grupheraushebt, ohne daß jedoch die Boraussehungen der höheren Gruppen erreicht werden. In anderen Fällen wird bei besonders guten Leistungen eine übertarisliche Bezahlung ersolgen. Ersolgt dann die übertragung einer höher einzugruppierenden Arbeit an den Beschäftigten, so besteht tein Rechtsgrund, auch diese höhere Arbeit durch einen Zuschlag zu dem Tarisgehalt der höheren Gruppe besonders zu vergüten. Auch die Berücksichtigung einer wirtschaftslichen Notlage eines Gesolgschaftsmitgliedes kann zu einer überstarislichen Bezahlung sühren, ebenso das Jnteresse, ein Gesolgschaftsmitglied dem Betried zu erhalten. In allen diesen Fällen besteht kein innerer Anlaß, daß das frei vereindarte Gehalt bei Erreichung eines höheren Tarisanspruches sich um den Unterschied Erreichung eines höheren Tarifanfpruches fich um ben Unterschied erhöht, wenn fich nicht aus ben Umftanben ergibt, bag ber Bille der Parteien dahin gegangen ift, daß bei Gintritt ber Boraussetungen eines hoheren Tarifgehaltes eine entsprechende Erhöhung bes bisher gezahlten Gehalts erfolgen sollte. Dag ebenso bie Berchelichung eines Beichäftigten nicht ohne weiteres ben Unfpruch auf eine tariflich vorgesehene Hauf ohne weiteres den Amprika vereinbarte Gehalt das Tarifgehalt einschließlich der Hausbalts-zulage übersteigt, ist in RAG 287/36 vom 5. Mai 1937 (RArb. 18, 292) ausgesprochen. Die Kl. kann somit aus der Zurücklegung eines weiteren Berufsjahres allein keine Erhöhung des frei vers einen gehalts üben des Kreikliche Mindaltschaft hinzus ber einbarten Gehalts über bas tarifliche Mindestgehalt hinaus beanspruchen.

(Aurbo., Urt. v. 22. Sept. 1937, RAG 89/37. - Rrefclb-Uer-

Anmerkung: Der Entsch, ist zuzustimmen. Sie wiederholt einen tarifrechtlichen Grundsatz, der sich schon unter der Herrausgebildet hat. Dieser Erundsatz lätzt sich turz dahin zusammenkasen: bei Erhöhung des Tarifgehalts bleibt eine abweichende eine eine beiterberdiche Kaheltsberginbarung in aller Regel in lange bes zelvertragliche Gehaltsbereinbarung in aller Regel so lange be-stehen, als sie für den Beschäftigten günstiger ist. Eine verhältnis-mäßige Erhöhung des vereinbarten übertarislichen Saves tritt also im Zweifel nicht ein. hierbei macht es feinen Unterschied, ob bie Erhöhung burch allgemeine Erhöhung ber Tariffane bebingt ift ober baburch, bag ber Beschäftigte in eine höhere Tarifgruppe ober in ein weiteres Berufsjahr eintritt (val. Nipperden bei Hueck-Nipperden - Dietzu § 32 ArbOG., Anm. 195a und ebenso schon in der ersten Aussage von Hueck-Nipperden, Tehrbuch des Arbeitsrechts 2, 223 mit Nachw. aus der Kspr.).

Ausnahmen sind benkbar, wenn die vereinbarte Bergutung ausbrudlich in bestimmter Beise auf einem Tarifgrundgehalt aufgebaut ist, ober wenn etwa eine neue Tarifordnung die all-gemeine Erhöhung der "derzeitigen" Löhne anordnet; zu dem zwei-ten Fall vgl. RArbG.: J.W. 1930, 443 24 m. Anm.

RA. Dr. W. Oppermann, Dresben.

1) Ebenso schon RAG 16/27 v. 30. Nov. 1927: RArby. 1, 47 = 3B. 1928, 571; RAG 229/28 b. 19. Dez. 1928; 3B. 1930, 428.

** 52. Unfpruch des Reifenden auf einen Teil der fest vereinbarten Spefen bei grundlofer Burudgiehung bom Reifedienft.

Der MI. war Reisender bei der Bekl. gegen ein festes Gehalt von 200 AM monaklich und 12 AM Spesen für jeden Reisetag, über die er nicht abzurechnen brauchte. Auslagen für Transportmittel, Porto 11. dgl. durste er gesondert in Rech-nung stellen. Ende September 1936 hat die Bekl. dem Kl. erklärt, fie wolle ihn, da fein Bater in einem verwandten Geschäftszweig tätig sei, nicht mehr reisen lassen, er könne aber noch einige Monate bei ihr in S. arbeiten und sich dann aus ungefundigter Stellung eine andere Beschäftigung suchen. Wenn er damit nicht einverstanden sei, musse ihm fündigen. Der sel. hat sich damit einverstanden erklärt und, nachdem er zunächst eine Zeitlang im Innendicnst beschäftigt gewesen war, Ende Oktober 1936 sür Ende 1936 gekündigt. Er hat 752 RM als den in seinen Tagesspesen enthalenen Gehaltstell von täglich 8 RM für 94 ihm entgangene Reisetage gefordert.

Beide Vorinft. haben abgewiesen. Das AUrbG. hat auf-

gehoben und zurüdverwiesen.

Wenn, wie der Vorderrichter annimmt, der Inhalt des Bertragsverhältniffes ber Barteien burch das Einverständnis des Rl. von Ende September 1936 nur noch Innendienst zu tun, an sich nicht berührt worden ist, so hatte die Einstellung der Reisetätigfeit jedensalls die wirtschaftliche Folge, daß der underheirartete Kl. den Teil seines Lebensunterhaltes, den er — abgesehen von der Wohnungsunterkunft — auf der Keise aus seinen Tagesspesen decken konnte, sorten mit seinem Festgehalt zu bestreiten genotigt war. Die Vorenthaltung des Gesamtbetrages der Reisespesen be-beutete somit für den Kl. eine Benachteiligung, für die er Schad-loshaltung von der Bekl. fordern kann, wosern nicht die in der loshaltung von der Bell. fordern kann, wofern nicht die in der Bersagung der Spesen an sich enthaltene Vertragswidrigkeit der Bell. durch einen für die Untersagung der Reisetätigkeit dorliegenden wesenklichen Grund gerechtserigt ist (RUrbG.: UrbKSamml. 23, 6 = JW. 1935, 1351 17). Gleiches würde fur denjenigen Betrag der Reisespesen gesten, den der Kl. etwa bei angemessense Lebenführung auf der Keise vom Tagessat normalerweise hätte erübrigen können. Dem steht KUrbG. 16, 120 = JW.
1936, 1238 32 keineswegs entgegen, da diese Entsch. nur die Frage
betrifft, ob feste Tagesspesen auf ein Tarisgehalt anzurechnen sind. nen sind.

Burde hiernach an sich bem Mageanspruch in bem Sinne weiter nachzugehen sein, daß ber Mehraufwand festzustellen ware, ben ber M. auf ber Reise gegenüber seinem Lebensbedarf an seinem Wohnsite gehabt haben wurde, so bliebe doch zunächst noch zu prufen, ob die Behauptung ber Bekl. für die Abberufung des M. bom Reisedienst beachtliche Gründe gehabt zu haben, zutrifft.

In der neuen Berhandlung wird auch zu prüfen sein, ob der Kl. etwa doch, wie die Bekl. behauptet, auf seine Reisespesche verzichtet hat, wenn er durch die Bereinbarung, in Zukunft Innendienst zu tun, die ursprünglich beabsichtigte Kündigung der Bekl. abwandte, und ob ein solcher Berzicht besonders baraus zu entnehmen ist, daß der Kl. die erste Gehaltszahlung nach dem Abkommen von Ende September 1936 angeblich ohne Borbehalt scines Spesenanspruchs angenommen hat.

(RArbG., Urt. v. 6. Oft. 1937, RAG 137/37. — Düfselborf.)

** 53. Urlaubsanfpruch und Urlaubsvergütung bei friftlofer Entlassung.

Ein Gefolgichaftsangehöriger, ber einmal einen Urlaubsanfpruch erworben, ben Urlaub aber noch nicht erhalten hat, behalt im Falle seines Ausscheibens aus der Gefolgschaft regelmäßig den Anspruch auf Zahlung der Urlaubsbergütung ohne Rücksicht auf den Grund seines Ausscheidens (vgl. Urt. v. 2. März 1929, RAG 437/28: MArbG. 3, 277 = ArbKSamml. 5, 336 = JW. 1930, 437/234 und Urt. v. 11. März 1936, RAG 9/36: ArbKSamml. 26, 201 - 200 1036 246. $321 = \mathfrak{J}\mathfrak{B}. 1936, 2426 46)$

Wird ein Gefolgsmann, bem noch ein Urlaubsanspruch zu-fteht, friftlos entlassen und es besteht Streit über die Berechtigung der fristlosen Entlassung, so kann ihm möglicherweise, wenn die fristlose Kündigung als fristgemäße Kündigung gilt, und die Urslaubszeit nicht über die Dauer der Kündigungsfrist hinausgeht, der Urlaubsanspruch auch noch mit seinem ursprünglichen Inhalt, nämlich einer Freistellung von der Arbeit unter Beiterzahlung bes Lohnes gewährt werben. Bu beachten ist nun, was bei der Be-trachtung und Behandlung des Urlaubsanspruchs in neuerer Zeit noch mehr in den Vordergrund treten muß, daß der Zwed des Urlaubs im wesentlichen in der Erholung des Urlaubers liegt (vgl. die angeführte Entsch.: ArbRSamml. 26, 321 [324] = JW. 1936, 2426 6). Ihm soll Freizeit zur Erholung gewährt werden. Durch bloße Nichtbeschäftigung wird dieser Zwed aber regelmäßig nicht erreicht. In aller Regel fann ein Gefolgschaftsangehöriger den Arlandszwed nur erreichen, wenn ihm sein Kohn oder Gehalt weitergewährt wird. In den meisten Fällen wird infolgebessen das Urlandsentgelt schon der Antritt des Urlands ausgezahlt. Der Führer eines Betriebes muß wissenspriche zustaubs ausgezahlt. Der zichreitsangehörigen noch Urlandsanspriche zustehen. Wenn er ihm dann die Urlandsvergütung bei der fristlosen Kündigung auszahlt, so zieht er damit noch seineswegs die Richtigkeit seines Standpunttes in der Frage der fristlosen Kündigung in Zweisel. Vielemehr gibt er dem Gesolgsmann nur, was diesem regelmäßig auf ieden Fall zusteht, und dietet ihn auch für den Fall, daß die fristlose Fall zusteht, und betet ihn auch für den Fall, daß die fristlose Entlassung zu Erholungszweden zu verwenden. Ohne Urlandsvergütung unter Ausnuhung der tatsächlichen Richteschäftigung zu Erholungszweden zu verwenden. Dine Urlandsentgelt nützt einem fristlos entlassentgelt nicht einem fristlos entlassentgelt, die Beit der Richtbeschäftigung sir Erholungszwede in der Regel gar nichts, und es ist deshalb nicht angängig, ihm die Zeit der Nichtbeschäftigung als Urlandszeit anzurechnen, wenn er erst lange nach Wolanf der normalen Kündigungsfrist den Lohn sür diese Zeit nachgezahlt erhalt, nachdem sind die fristlose Kündigung als unbegründet herausgestellt hat.

(Rurbo., Urt. v. 20. Oft. 1937, RAG 106/37. - Berlin.)

Reichsfinanzhof

[> Bird in ber amtlichen Sammlung ber Entscheibungen bes Reichsfinanghofs abgebruckt]

× 54. § 4 Mbj. 1 Ziff. 6 KörpStG. 1934; § 17 StAnpG.; § § und 10 der 1. KörpStDurchjBD. 1935. Krankenanstatten gemeinnüßiger Körperschaften bilden i. S. des KörpStG. einen steuerlich unschädlichen Geschäftsbetrieb, wenn sie in besonderem Maß der minderbemittelten Bevölkerung dienen. Dies ist anzuerkennen, wenn die Boraussetzungen von § 8 Abs. 2 der 1. DurchfBD. zum GewStG. v. 26. Febr. 1937 erfüllt sind. †)

Das Hift betreibt ein im Eigentum der Katholischen Kirchengemeinde A. stehendes Kranferhaus. Streitig ist, ob diese Bestätigung einen die Steuervergünstigung des § 4 Abs 1 Ziff. 6 Kördst. 1934 einengenden wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb darstellt. Das FinA, hat das Stift für den Steuerabschnitt 1933/34 mit dem Uberschuß der Einnahmen über die Ausgaben zur Körperschaftsteuer herangezogen.

Die Sprungberufung bes Beichmf. blieb ohne Erfolg.

In der Residw. it geltend gemacht, der Zwed des dem Karitasverband angeschlossenen Stifts sei die Pflege und Bestreuung alter und kranker Leute. Es liege daher eine rein gemeinmitige Einrichtung der Ein solches Unternehmen, das die numittelbare Ersüllung des gemeinmitigen Zwecks darstelle, unterstatte nach den Urteilen des KKD. III A 351/33 v. 11. Jan. 1934: RFH. 35, 147 = RSPU. 1934, 246 und III A 378/34 v. 25. Juli 1935: RSPI. 1935, 1493 = SPU. 1935 Nr. 571, seinen steuersschäftlichen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb.

Die RBeschw. ist begründet.

Das FinGer. hat die Frage, ob es sich bei dem H.ftift um eine ausschliehlich gemeinnutige körperschaft nach § 4 Abs. 1 Biff. 6 Körpeis. 1984 handelt, nicht erörtert. Es hat lediglich ausgeführt, es bedürfe keiner weiteren Begründung, daß bei dem Stift ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb vorliegt, der die Steuersvergünstigung ausschließt.

Es fann keinem Zweifel unterliegen, daß Krankenanstalten gemeinnütiger Körperschaften wirtschaftliche Geschäftsbetriebe darstellen, die über den Rahmen einer bloßen Vermögensverwaltung hinausgehen. Streit kann nur darüber herrschen, ob und in welschem Umsang dieser wirtschaftliche Geschäftsbetrieb als steuerlich unschädlich behandelt werden kann, wenn er unmittelbar der Berwirtschung der steuerbegünstigten Zwede dient. Wenn ein steuerbegünstigter Zwed nur durch die Führung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs erfüllt werden kann, wenn also Zwed und wirtschaftlicher Geschäftsbetriebs ich nicht voneinander treunen lassen und gleichsch eine Einheit bilden, würde die Annahme, daß schlechschin seder wirtschaftliche Geschäftsbetrieb eines an sich steuerbegünstigten Unternehmens eine Einengung der Begünstigung nach sied ziehen müßte, im Ergebnis zur Einschränkung der gemeinnützigen Betätigung selbst führen. Es kann daber nicht angenommen werden, daß eine Tätisseit, die unmittelbar der gemeinnützigen Zwescheistimmung dient, aber sich in den Techne Formen eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs vollzieht, in seden Fall die Steuervergünstigung ausschließt. Eine andere Auslegung

würde zu der eigenartigen Folge führen, daß eine ausschliehlich gemeinnützige Korperschaft, deren gemeinnütziger Zwed nur durch die Führung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs ermöglicht werden kann, die Erträge dieses Geschäftsbetriebs versteuern müßte, während andere Einfünfte, 3. B. aus Kapitalvermögen, steuersrei sind

Der Borschrift in Sat 2 des § 4 Abs. 1 Ziff. 6 KörpSty. 1934 liegt der Gedanke zugrunde, die steuerpflichtigen privaten Unternehmen im Wettbewerb nicht zu schäften. Bei Beurteilung der Frage, ob ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb unmittelbar der Bewirklichung der steuerbegünstigten Zwede dient, nuß daher der Gesichtspunkt des Wettbewerbs in den Vordergrund gestellt werden. Der Maßkab, der für die Entsch. dieser Frage anzulegen ist, nuß unter diesen Umständen ein sehr stenener sein und sich inuner den besonderen Verhältzussen des einzelnen Falles anpassen. Für Krankenanstalten, dei denen der Wettbewerdsgedanke eine besonders große Rolle spielt, ist die Auffassung berechtigt, daß derartige Einrichtungen dann einen steuersich unschädlichen Geschäftsbetrieb bilden, wenn sie im besonderen Maß der ninderbemittelten Bevölkerung dienen. Diese Borausseung kann in Anlehnung an die in § 8 der 1. Durchsung am Geworts. v. 26. Febr. 1937 getrossenen Regelung als ersüllt gelten, wenn

- 1. die Pflegejätze in allen Berpflegungsklassen die Beträge nicht überschreiten, die der Praj. des Bink. als Söchstat bezeichnet hat.
- 2. mindestens 40 % der jährlichen Verpstegungstage auf Kranke der Sozialversicherung und der öffentlichen Fürsorge oder auf solche Selbstzahler entfallen, die nicht mehr als den niedzigsten Pflegesat i. S. der Ziff. 1 entrichten und bei denen die ärztlichen Gebühren nachweislich die Mindestsätze der staatlichen Gebührenvohnung nicht überschritten haben.

(Bgl. auch § 16 DurchfBD. 3. GrStV. für den ersten Haubtveraulagungzeitraum b. l. Juli 1937). Da das FinGer. den Krankenhausbetrieb des H. fitst ohne weiteres als steuerschädlich betrachtet hat, war die angesochtene Entsch. aufzuheben. Die Sache ist nicht spruckreif; sie war daher an das FinGer. zurüczuberweisen.

Das FinGer. wird zu prüfen haben, ob das S.stift nach seiner Satung und tatjächlichen Geschäftsführung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zweden i. S. des § 4 Abs. 1 Ziff. 6 KörpStG. 1934, §§ 9 und 10 der 1. KörpStDurchfBD. 1935 und § 17 StAnpG. dient. Für die Gemeinnützseit spricht der Umstand, daß das Stift alte und franke Leute pslegt und betreut und daß die Krantenpflege in das Gediet der össentlichen Gesundheitspslege gehört, die in § 17 Abs. 3 Ziff. 1 StAnpG. ausdrücklich als Forderung der Allgemeinheit und damit als gemeinnützig anerkaunt ist. Ist das Stift in diesem Sinne als gemeinnützig au erachten, wird das FinGer. nach den oben angegebenen Richtlinien weiter zu erörtern haben, ob das von ihm betriebene Krantenhaus in besonderem Maße der minderbemittelten Bevölzerung dient. Berneint das FinGer. eine der beiden Boraussschungen, so sind die Einkünste des Stifts aus dem Krantenhausbetrieb wie sont bei einer Erwerdsgesellschaft steuerpslichtig. Gelangt dagegen das FinGer. zu dem Ergebnis, daß sich der Betrieb des Krantenhauses als Aussluß der gemeinnützigen Gesinnung des Stifts aus Stifts der Betrieb ver Strantenhauses als Aussluß der gemeinnützigen Gesinnung des Stifts darzsellt und in besonderem Maß der minderbemitselten Bevölkerung dient, dann ist der Krantenhausbetrieb steuerfied unschadlich und es sind auch die Überschüssselle aus dem

(MFH., VI a Sen., Urt. v. 24. Juli 1937, VI a A 1/37 S.)

× 55. § 4 206. 1 Biff. 6 KörpStG.; §§ 9 und 10 der 1. KörpstDurchfBD. 1935; § 17 StUnpG. Zur Frage, inwieweit Alterscheime, Waisenhäuser und Kindergärten als ausschliehlich gemeinnüßig oder milbtätig anerkannt werden können. †)

Das St. Josephshaus in R. verfolgt nach der Satung den Bwed:

1. verarmte, insbes. arbeitsunfähige und ältere Personen aufzunehmen, zu unterhalten und zu verpflegen,

2. Kinder, die den einen Elternteil oder beide Eltern verloren baben, aufzunehmen, zu unterhalten, zu erziehen und zu berspflegen.

3. Kinder vor dem ichulpflichtigen Alter zu beauffichtigen,

4. Franken in R. die erforderliche Krankenpflege angedeihen gu laffen.

Unbestritten ist, daß das St. Josephshaus gemeinnihigen und mildtatigen Zweden i. S. des § 4 Abs. 1 Ziss. 6 KörpStG. 1934 dient. Streit herrscht nur darüber, ob die von dem St. Jo-

sephshaus geschaffenen Einrichtungen (Altersheim, Baisenhaus, Kindergarten und Krankenpflege) einen bie Steuerbegunftigung einengenden wirtichaftlichen Geschäftsbetrieb darstellen. Das Final. hat das Vorbringen des Beschwift, das ein wirtschaftlicher Ge-schäftsbetrieb steuerlich unschädlich ist, wenn sich durch ihn gerade die Gemeinnützigkeit oder Wildtätigkeit verwirklicht, als irrig zurückgewiesen und den Beschwff, mit den aus den Einrichtungen gewonnenen Einkunften zur Körperschaftsteuer herangezogen. Das FinGer. hat die Auffassung des FinA. bestätigt,

Die Vorentsch, wird unter hinweis auf das zu den Kranken-austalten ergangene Urteil des KFH, v. 24. Juli 1937, VI a A 1/37: JB. 1937, 3334 ⁵⁴ aufgehoben und die Sache an das Fin-Ger. zurückverwiesen. Das FinGer. wird zu prüsen haben, ob das St. Josephshaus in seinen Ginrichtungen mit privaten, ber Steuerpflicht unterliegenden Unternehmen in Wettbewerb tritt. Dabei wird im Anhalt an die vom AFH. für Krankenanstalten vater wird im Anhalt an die von KzD. hir Krantenanstallen bertretene Auffassung davon auszugehen sein, daß ein solcher Wettbewerb ausgeschaltet ist, wenn die Einrichtungen des Beschwß. im besonderen Waß der minderbemittelten Bevölkerung dienen. Der Beschwß. hat vorgebracht, daß auf die Insassen des Altersheims ein durchschnittlicher Pssegsat von täglich 1,56 RM entfällt, der Pssegsat sür die in das Waisenhaus aufgenommenen Kinder in der Woche nur 40 Aps. beträgt, im Josephshaus Kranke keine Aufnahme sinden, sondern die Schwestern nur außer der Vargelen die Kranken des Hauses bei Kranken die Pflege und Rachtwache übernehmen und für diese Tätigkeit keine Entschädigung verlangt wird. Ift dieses Borbringen zutreffend, so ist die Ansicht begründet, daß mit diesen Einrichtungen eine Schädigung privater Unternehmungen nicht verbunden ift.

(RFS., VI a Sen., Urt. v. 23. Ott. 1937, VI a 70/37 S.)

× 56. § 4 Abj. 1 Ziff. 6 KörpStG.; §§ 9 und 10 ber 1. KörpStDurchfBD. 1935; § 17 StUnpG. Lungenheilstätten find als ausichlieglich gemeinnugig zu erachten, wenn fie in besonde-rem Mag der minderbemittelten Bevöllerung dienen. +)

Unbestritten ift, daß der Verein für Rekondaleszenten gemeinnütigen Zweden i. S. des § 4 Abs. 1 Ziff. 6 KörpStG. 1934 bient. Streit herrscht nur darüber, ob die von ihm betriebene Lungenheilstätte einen die Steuerbegünstigung einengenden wirt= schaftlichen Geschäftsbetrieb darftellt. Wenn das Vorbringen des Bereins zutrifft, daß der Pflegesat von täglich 5,60 AM unter dem üblichen Sat in der dritten Masse ähnlicher Anstalten liegt und die weit überwiegende Mehrzahl der Patienten nicht Selbst= zahler sind, sondern auf Kosten der Sozialversicherung und der öffentlichen Fürsorge verpflegt und behandelt werden, wird der Geschäftsbetried des Bereins als steuerlich unschädlich zu betrachten fein.

(RFH., VI a Sen., Urt. v. 23. Oft. 1937, VI a 25/36 S.)

Anmerkung zu Nr. 54-56: Die Körperschaftsteuerbefreiung sett die Unterlassung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes voraus, der über den Rahmen einer Bermögensberwaltung hin-ausgeht. In § 11 Abs. 1 der 1. KörpStDurchsWD. ist bestimmt:

Ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb ist eine planmäßige wirtschaftliche Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen oder anberen wirtschaftlichen Borteilen, die über eine einmalige Betätisgung hinausgeht. Die Absicht, Gewinne zu erzielen, ist nicht erforderlich."

Hiernach unterhalten ohne Zweifel Krankenanstalten gemein-nütiger Körperschaften, Altersheime, Waisenhäuser, Kindergärten und Lungenheilstätten wirtschaftliche Geschäftsbetriebe, die auch ben Rahmen einer Bermögensberwaltung überschreiten. Andererseits bienen häufig biese wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe unmittelbar ber Berwirklichung gemeinnühiger ober misbtätiger Zwecke. Der RFH. behandelt in dem letteren Falle einen wirtschaftlichen Ge-schäftsbetrieb als steuerlich unschädlich, wenn ein steuerbegünstigter Nived nur durch die Führung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes erfüllt werden kann (vgl. im einzelnen die Ausführungen des Urt. v. 24. Juli 1937, VI a A 1/37 S, vorstehend Nr. 54).

Der NFD. kommt zu einem steuerlich billigenswerten Ersaebnis, indem er unter Abweichung vom Wortlaut des § 4 Uhs. 1 Biff. 6 KörpStG. unter Zugrundelegung des Zwedgedankens der steuerlichen Bestimmung trothem Körperschaftsteuersreiheit für folde wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe feststellt, die unmittelbar der Verwirklichung der steuerbegünstigten Zwecke dienen. Die Entsch. bildet ein vorzügliches Beispiel für die Gestaltungsfähigkeit der Steuerrechtslage im hindlid auf Zwed und Sinn der ein= zelnen Beftimmung.

Das Urteil bom 24. Juli 1937 gibt auch gleichzeitig ber Praxis wertvolle Fingerzeige für die Feststellung, wann ein wirt-

schaftlider Geschäftsbetrieb unmittelbar ber Berwirklichung steuer-begunstigter Zwecke bient. Für ben Braktiker wertboll ift es, baß auch für das Körperschaftsteuerrecht insoweit die gewerbesteuerrechtliche Sonderregelung mit übernommen wird.

§ 4 Abs. 1 Biff. 6 KörpStG. hat somit durch die Rspr. etwa solgende Ergänzung ersahren:

"Dient jedoch ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb unmittelbar ber Berwirklichung ber steuerbegunstigten Zwecke, ist bies steuerlich unschädlich, wenn ber Geschäftsbetrieb im besonderen Maß nicht von Gesichtspunkten des Wettbewerbs geleitet wird. Hür Krankenanstalten müssen die Boraussetzungen des § 8 der 1. DurchsBO. z. GewStG. b. 26. Febr. 1937 ersüllt sein." Das Urt. b. 23. Ott. 1937, VI a 70/37 S wendet die vors

stehende Auffassung auch auf Altersheime, Baisenhäuser, Kindergärten und Krankenpflegeanstalten, das Urteil vom gleichen Tage VI a 25/36 S auf Lungenheilstätten an. Die Pflegesätze von täglich 1,56 RM für Erwachsene, von wöchentlich 0,40 RM für Kinster und 5,60 RM für Erwachsene sind als steuerlich unschädlich bezeichnet worden.

Die Urteile sollten den Betrieben Beranlassung geben, bei der Beranlagung zur Körperschaftsteuer für 1937 diese Ripr. zu beachten und gegebenenfalls für rechtsträftig veranlagte gemeinnütige Betriebe Erstattungsantrage zu stellen.

Ru. Dr. Dr. Megow, Küftrin.

Oberverwaltungsgericht Kamburg

57. Die allgemeinen Bejugnisse der Polizei. Vorlegung von Führericheinen gur Gintragung bon Beftrafungen.

Der AMdJ. hat durch AdErl. an alle Polizeibehörden bom 21. Juli 1936 im Einvernehmen mit dem RBertM. angeordnet, daß in die Führerscheine der Kraftsahrer alle nach dem 31. Juli 1936 rechtskräftig verhängten Bestrafungen der Inhaber wegen Berletzung der Verkehrsborschriften eingetragen werden. Der Klist wegen Berletzung von Berkehrsvorschriften rechtskräftig bestraft worden. Der verklagte Volpräs, hat ihm durch Bescheid auserlegt, seinen Führerschein zweds Eintragung der Bestrafung vorzulegen. Der Kl. sicht diesen Bescheid als unzulässig an. Das Berwaltungssericht hat seine Klage abgewiesen. Die Berusung ist unbegründet.

Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß der hochgesteigerte Kraftverkehr alle jum Schut des Verkehrslebens berufenen Stellen veranlassen nuß, von jedem Mittel Gebrauch ju machen, das bei veranlassen muß, von jedem Mittel Gebrauch zu machen, das bet vernünftigem Berhältnis von Auswand zum Zweck geeignet ist, die Gesahr des Krastverkehrs herabzumindern. Es bedarf auch keiner weiteren Begründung, daß die regelmäßige Eintragung der Bestrafungen wegen Berletzung der Berkehrsborschriften dem genannten Zwecke zu dienen durchaus geeignet ist, weil die lästigen Folgen der Berkehrsstünden gesteigert werden und das Bestreden, sie zu vermeiden, gesördert wird. Es kann auch keine Rede dabon sein, daß etwa die damit derbundene Belastung des einzelnen Krastschreft in keinem vernünstigen Berhältnis zu dem möglichen Erfolge stehe Streiten kann man nur darum, ob die Polizeibe-Erfolge stehe. Streiten kann man nur darum, ob die Polizeibe-hörde rechtlich befugt ist, in der angegebenen Weise vorzugehen.

Gine Berfügung, wie fie an ben Ml. ergangen ift, tann ihre Rechtsgrundlage entweder in einer gesetzlichen Sondervorschrift haben oder sich auf die allgemeinen Befugnisse der Polizeibehörden

Als eine Sondervorschrift kann im vorl. Falle nur der RoGrl. bes RMbJ. v. 21. Juli 1936 in Frage kommen. Voraussetzurif hierbei, daß dieser Erlaß sich als eine rechtswirtsam erlassene und verkündete Rechtsvordrung darstellt. Dies ist aber, wie schon das BrDBG. durch Urt. v. 22. April 1937: JW. 1937, 1839 ausgessprochen hat, nicht der Fall, weil der Rurderlaß weder im RGBI. noch im RMinBl. noch im DRUg, verkündet worden ist. Sine Berkundung in einem dieser dei Blätter ist aber durch das RGes. v. 13. Ott. 1923 für alle Rechtsberordnungen des Reiches vor-geschrieben. Dieses Geset ist zwar vor dem Umbruch erlassen, ist aber für alle dem Neichsgesetzeber selbst nachgeordneten Stellen auch heute noch in Kraft; benn es ist durchaus mit den Grundsaten des heutigen Staates vereinbar, daß nachgeordnete Stellen beim Erlag von Rechtsverordnungen auf bestimmte Formen ber Beröffentlichung angewiesen werben. Der Berklagte meint zwar, daß der Runderlaß um deswillen ordnungsgemäß verfündet sei, weil der RverkM. zugestimmt hat, und weil der Runderlaß im RVerkU. veröfsentlicht ist, das sich selbst als Organ sur Versössenklichungen zur Durchsührung des neuen Keichsrechts bezeichnet. Aber nur der Reichsgesetzgeber wäre berufen gewesen, Bersöffentlichungen im RBerkBI. die gleiche Wirkung beizulegen wie ben Beröffentlichungen gemäß bem Bef. b. 13. Dtt. 1923.

Die umstrittene Berfügung tann also nur rechtmäkia sein, wenn sie aus den allgemeinen Besugnissen der Polizeibehorde sich

ableiten läßt. Dies ist in der Tat der Fall. Es kann allerdings wohl kann bezweifelt werden, daß vor dem Umbruch die Aspr. die Gültigkeit einer solchen Berfügung nicht anerkannt hatte. Damals leitete man aus ben allgemeinen Befugnissen ber Bolizei nur ein Recht gum Bekampfen folder Gefahren ab, die bevorstanden, d. h. nach den besonderen Umständen des Falles beninachft zu erwarten maren. Es wurden an die Feftftellung folder bevorftebender Befahr nicht geringe Unforderungen gestellt

Das BrowG, hat in dem oben genannten Urteil die Befugnis ber Bolizeibehörden gur Abforderung bes Guhrericheine fur die heutige Zeit aus den allgemeinen Befugnissen der Polizeibehorden bejaht und sich dabei auf die SS 14 und 41 des noch aus der Zeit vor dem Umbruch stammenden PrPoliverws. v. 1. Juni 1931 gestützt, das im § 41 noch von den im einzelnen Falle bevorsehren Gesahren spricht. Das PrDBG. sagt dabei, daß bei einem bereits wegen Verletzung von Verkehredvorschieden vollkateit. Straftfahrer grundfählich mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit babon ausgegangen werden konne, daß er fich auch in Zukunft wie-ber Berletzungen zuschulden kommen lassen werde. Es pruft bann, ob int gegebenen Falle die gegenteilige Annahme gerechtfertigt sei. In dieser Rspr. liegt eine Fortentwicklung zu einer zeitgemäßeren Luffassung von der Stellung der Polizei. Sie hängt aber, del in Preußen das geschriebene Recht des PolVerw. noch gilt, doch in Ernen von der Wille gestellten Gestellten von infofern noch am Alten, als fie letten Endes boch die Entich. auf den einzelnen Fall abstellt.

In den althamburgischen Teilen von Groß-Hamburg gibt es tein geschriebenes Recht über die allgemeinen Befugnisse der Poligetbehörde. Es gilt deshalb zu prufen, ob fich hier nicht bas Ro lizeirecht bereits, weil es durch kein geschriebenes Recht gehemmt ist, dahin entwickelt hat, daß die Bolizeibehörde die umstrittene Befugnis schlechthin hat, ohne genötigt zu sein, die Umstände des einzelnen Falles in Betracht zu ziehen.

Die Polizei ift das Dladhtmittel, mit bem der Staat im Innern für Ordnung sorgt. Begriffsmäßig muß sich daher das Besen des Staates in der Stellung der Polizei widerspiegeln. Ein liberal eingestellter Staat neigt dazu, der Bolizei eine allgemeine Befugnis jum Ginichreiten erft bann ju geben, wenn bereits eine Rot borhanden ist; er gestattet ihr allgemein nur eine unmittelsbare Gesahrenbekännpfung. Ein Staat, der für sich die Besugnis in Unspruch nimmt, in alle Lebensverhältnisse insoweit regelnd und ordnend einzugreisen, als die Lebensinteressen des Volkes und polizet die Aufgabe stellen, ihm überall als ausführende und durchführende Hellen, ihm überall als ausführende und durchführende Hellen, ihm siberall als ausführende und durchführende Heller zur Seite zu stehen, soweit er selbst regelnd und ordnend vorgeht. Da er selbst für sich nur die Schranken an und ordnend vorgeht. Da er seihst fur sich nur die Schranten an erkennt, die sich aus der Natur der jeweiligen Aufgabe ergeben, wird er auch der Polizei alle Befugnisse zuerkennen, die sich in diesen Grenzen aus der Stellung der Polizei als einer Gesseinerzeben. Aus der Umgestaltung des Staates ergibt sich also bezriffsmäßig eine Erweiterung der Befugnisse der Polizei, ohne daß damit etwa eine Ubertreibung der Bestugnisse der Polizei nach der Kickenne des reinen Rollzeistaates oder der reinen Rollzeistaates. der Richtung des reinen Polizeistaates oder der reinen Bohlschrieben zu befürchten wäre; denn die Polizei hat ihrer Natur nach nur zu betreuen, was die Regierung betreut wissen will. Es ist nicht ersorderlich, des näheren zu untersuchen, wieweit

diese Tenbeng gur Erweiterung ober beffer gefagt Umgestaltung ber Stellung der Boligei, die im Rechte der Bebeimen Staatspolizei bereits ihren beutlichen Ausdruck gefunden hat, sich angessichts des noch vorhandenen älteren geschriebenen Rechtes im Reich und in den Ländern nach den verschiedenen Richtungen hin bereits ausgewirft hat. Die Entwicklung tritt naturgemäß schrittsweise in die Erscheinung. Wo aber, wie im althamburgischen Geweise in der Ausgewirft der Verschieden der biet, Auseinandersetzungen mit geschriebenem Rechte überhaupt nicht ersorberlich sind, ist jedenfalls das eine festzusiellen, daß, so weit das Reich für eine bestimmte Seite des Gemeinschaftslebens eine Ordnung geschaffen hat, die Polizeibehörde ohne weiteres berufen und berechtigt ift, diese Ordnung zu schützen. Anders ist es nur, wenn vom Reiche erlassene oder bewußt aufrechterhaltene Regelungen entgegenstehen. Es ist ferner nach den heutigen Be-griffen vom Wesen der Polizei unmöglich, ihre Besugnis auf die Fälle zu beschränken, in denen für diese Ordnung sich schon eine unmittelbar bevorstehende Gefahr zeigt. Jedenfalls tann die Bo-lizei gegen solche Personen, die diese Ordnung icon einmal nicht nur gefährdet, sondern sogar schon gestört haben, solche borbeugen-den Magnahmen treffen, die ihnen gegenüber nur einen kleinen

Eingriff bedeuten und bod andererseits in hohem Mage geeignet find, die Ordnung des Zusammenlebens gu ftugen. Bum mindesten wird dies gang unbedenklich, wenn die Polizeibehörde ihr Bor-geben gang gleichmäßig allen Berkehrssundern gegenüber durchführt, benn sie macht es damit wiederum zu einer Ordnung des Bolkslebens, die sich als eine Erganzung der von der Regierung gesetten Ordnung im Geifte der Regierung barftellt,

Letten Endes läuft das gewonnene Ergebnis materiell nicht cinmal auf eine wesentliche Neuerung hinaus.

Daß eine Bolizei ver ordnung ginaus. Daß eine Bolizei ver ordnung eine Regelung hätte schaffen können, nach der jeder wegen Berletung von Berkehrsvorichriften bestrafte Kraftsahrer seinen Führerschein zwecks Eintragung bon Bestrafungen borlegen muß, ware wohl icon nach altem Rechte anerkannt worden. Man hatte nur die ordnungsmäßige Einkleidung in die äußere Form einer Rechtsverordnung, also die vorgeschriebene Berkündung, gefordert. Run muß zwar der Ein-zelne, wenn er nach dem Berlangen der Polizei unaufgesordert etwas tun foll, durch eine Verfündung barauf hingewiesen werben, und es hat auch seiner guten Sinn, wenn man für solche Verkundungen eine bestimmte Form borschreibt. Wenn aber die Polizer vom Einzelnen nur verlangt, daß er auf eine besondere Ausschwenzung etwas tut, so läuft es letzten Endes auf einen leeren Formalismus hinaus, der Polizei das Recht zu der Einzelaufforderung nur dann zuzusprechen, wenn sie ihr beabschichtigtes Vorsenung von den der Verlagenung von de geben zuvor in einer gang beftimmten Form der Beröffentlichung befanntgegeben hat.

hiernach ift das Berlangen der Polizeibehörde rechtlich be-

Der Rl. hat noch eine Reihe bon Gesichtspunkten borgetragen, aus denen das Ergebnis boch ein anderes fein foll: er meint insbes, daß Sonderbestimmungen des Reiches dem Borgeben

des Berklagten entgegenstehen.

Junächst hat der M. bestritten, daß er zu Recht bestraft worden sei. Dieser Einwand ist unbeachelich, weil die Eintragungen im Führerschein keineswegs ohne weiteres den Inhaber als einen unzwerlässigen Fahrer stempeln. Sie wollen nur die Tatsache der erfolgten rechtskräftigen Bestrasung vermerken, und überlassen es der Zukunft, welche Folgen gegebenenfalls daraus zu zieden sind. Die Sache liegt nicht anders als dei der Eintragung ins Strafregister. Wer sie vermeiden will, hat nur die Mög lichkeit, durch Einlegung eines Rechtsmittels im Strafberfahren

feine Freisprechung zu erwirken. Keuftoff gegen Borschriften über den Kraftschrzeugverkehr. Daß das Kraftsch. teineswegs die Befugnis der Polizeibehörden zu den umftrittenen Magnahmen aus-schließt, hat bereits das Provo. im angesochtenen Urteil zutres-send ausgeführt. Es regelt lediglich, wer ein kraftsahrzeug führen barf und wer nicht, wie ein Kraftsahrzeug beschaffen sein nuß und was beim Bertehr mit Kraftsahrzeugen auf öffentlichen Berkehrswegen zu fun und zu unterlaffen ift. Alles biefes läßt bas in Mede stehende Borgehen der Polizei völlig unberührt; es nimmt dem Inhaber des Führerscheins insbes. in keiner Beise die Be-

dem Inhaber des Führerscheins insbes. in keiner Weise die Befugnis zum Führen von Kraftsahrzeugen.

Ebenso zutrefsend hat das PrDBG, ausgeführt, daß die
reichsgesehlichen Borschriften über das Strafregister dem Borgeben der Polizei nicht entgegenstehen. Soweit der Inhaber den
Führerschein Behörden vorlegen muß, handelt es sich nur un
solche, für die der Inhalt des Strafregisters ohnehin kein Geheimnis ist. Daß der Führerschein in der Brazis vielsach ganz allgemein als Ausweispapier benutt wird, kann nicht entscheidend sein,
weil er sur diese Zwecke nicht bestimmt ist. Gewiß ist nicht zu verkennen, daß der Juhaber in Lagen kommen kann, in denen er von
jentandenn, mit dem er trgendein Geschäft abschließen will, nach
seinem Führerschein gefragt wird und die Borlegung nicht wohl
berweigern kann. Dann handelt es sich aber auch um Källe, in verweigern tann. Dann handelt es sich aber auch um Fälle, in benen der Fragende ein Interesse an den Bestrafungen hat und der Inhaber des Kührerscheins ohnehin verpflichtet ist, über seine Bestrafungen wahrheitsgemäß Auskunft zu geben. Daß ihm dabei vielleicht sein Fortkommen erschwert wird, liegt dann aber an seinen Verkehrssünden.

Bas endlich die Berufung auf Art. 109 BeimBerf. anlangt, so hat dieser nie etwas anderes besagt, als daß Gleiches gleich zu behandeln ist und Ungleiches ungleich behandelt werden darf. Dieser Sat gilt zwar sichersich auch heute noch, weil er nichts als eine Selbstverstänklicheit bedeutet; die Polizei will aber auch allen, die wegen Berletzung von Verkehrsstrafen rechtskräftig bestraft sind, diese Strafen in den Kührerschein eintragen. (Hamburg VV., Urt. v. 19. Nov. 1937, 32/37.)

A SZKOKA

Hauptschriftleiter: Rechtsanwalt Rudolf Hensen, Berlin W 35, Fügenmer 1311. Stellvertrerer: Carl-Herbert Wechmann, Berlin. Strafrecht: Schriftleiter Rudolf Leppin, Berlin. Anzeigenlotzer: Food Goldstein Leipzig C 1, Dresdner Str. 11/13. Durchschnittsaufl. 3. Bj. 37: 20 000. — Trud: Darat Brandletter, Zedzig. Berlag; W. Moeser Buchhandlung, Leipzig. Główna E